

Dieses Werk wurde Ihnen durch die Universitätsbibliothek Rostock zum Download bereitgestellt.

Für Fragen und Hinweise wenden Sie sich bitte an: digibib.ub@uni-rostock.de .

Das PDF wurde erstellt am: 13.03.2026, 08:22 Uhr.



Kurt Neumann

Die Rolle des Reichslandbundes bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland (1928-1933)

[2]

Maschinschrift, [Meißen], 1977

<https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1950808238>

Band (Druck) Freier  Zugang  OCR-Volltext

3.4. Der militante Antikommunismus - die politisch-ideologische Hauptwaffe des RLB in der Auseinandersetzung mit dem Bauernhilfsprogramm der KPD

In dem Maße, wie sich einerseits die Wirtschaftskrise sowie die Krise des bürgerlich-parlamentarischen Systems vertiefte und andererseits der Masseneinfluß der faschistischen Partei sprunghaft zunahm, empfahl sich die NSDAP den reaktionärsten Kräften des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes als jene Partei, mit deren Hilfe die angestrebte faschistische Diktatur rascher und dennoch risikoloser, weil auf scheinbarem Wege installiert werden konnte. Die KPD erhöhte ihre Anstrengungen, um dem drohenden Faschismus den Weg zu verlegen. Ein konkreter Ausdruck dieser Bemühungen war das Bauernhilfsprogramm der KPD,¹⁾ das auf der Tagung des ZK am 14. und 15. Mai 1931 beschlossen und am folgenden Tag von Ernst Thälmann auf einer großen Bauernkundgebung in Oldenburg verkündet wurde.²⁾

Das Bauernhilfsprogramm war ein Bestandteil der Gesamtkonzeption der KPD im Kampf gegen den Faschismus. Die KPD hatte schon auf ihrem 12. Parteitag im Juni 1929 vor der Gefahr des Faschismus gewarnt und an der "ungenügenden Bekämpfung der faschistischen Bewegung" sowie an der "Vernachlässigung der Propaganda in den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten, die zum Rekrutierungsfeld der Faschisten" würden, Kritik geübt.³⁾ Vor dem Plenum des ZK im Oktober 1929 begründete Ernst Thälmann die Notwendigkeit, daß die Partei eine scharfe Wende zum konsequenten Kampf gegen den Faschismus vollzöge.⁴⁾ Mit ihrer am 24. August 1930 veröffentlichten Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes erhob die KPD den Kampf zur Verhinderung der faschistischen Diktatur und zur Schaffung eines antiimperis-

1) Wortlaut in: GdA, Bd.4, a.a.O., S.545 ff. Vgl. auch: ebenda, S.292 ff; W.Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a.a.O., S.397 ff.

2) Vgl. Ernst Thälmann, Auszüge aus Reden. Als Manuskript gedruckt, Potsdam o.J., S.283 ff.

3) Vgl. K.Mammach, Bemerkungen über die Wende der KPD zum Kampf gegen den Faschismus, in: BZG, 1963, H.4, S.661.

4) Vgl. ebenda, S.664.

listischen Deutschlands zur Generallinie ihrer Politik.¹⁾ Die Auswirkungen der Brüning'schen Notverordnungs-diktatur sowie das offensichtliche Vordringen der Nazipartei veranlaßten die KPD, ihre Bündnispolitik weiterzuentwickeln und eine breite Front gegen die Brüning-Diktatur und die faschistische Gefahr zu schaffen. Das Plenum des ZK im Januar 1931 stellte die Partei vor die Aufgabe, unter der Losung der Volksrevolution die Mehrheit für den revolutionären Kampf zu gewinnen sowie alle Ausgebeuteten und Unterdrückten um das klassenbewußte Proletariat und seine Vorhut zusammenzuschließen.²⁾

Die Schaffung eines breiten Bündnisses aller Unterdrückten und Ausgebeuteten unter Führung der Arbeiterklasse ist jedoch unmöglich, wenn der Klassenkampf nicht, wie Lenin lehrt, "ins Dorf hineingetragen wird, wenn die kommunistische Partei des städtischen Proletariats die werktätigen Massen des Dorfes nicht um sich scharft, wenn das Proletariat diese Massen nicht erzieht."³⁾ Im Deutschland jener Jahre zeichnete sich immer deutlicher ab, daß die Frage, auf wessen Seite die Masse der Klein- und Mittelbauern stehen würde, zu einer der zentralen Fragen des Klassenkampfes geworden war.⁴⁾ Auf der einen Seite nahm die Anfälligkeit der notleidenden Landbevölkerung gegenüber der faschistischen Bauerndemagogie⁵⁾ zu, und die Nazipartei konnte bei der Ausdehnung ihres Masseneinflusses auf dem Lande, begünstigt durch die profaschistische Ideologie und Politik des RLB, die größten Erfolge verzeichnen. Deshalb sah es die KPD als vordringliche Aufgabe ihrer Bündnispolitik an, die werktätigen Bauern als die wichtigsten potentiellen Bundesgenossen der Arbeiterklasse vom faschistischen Einfluß loszureißen - eingedenk der Engels'schen Mahnung, den dem Untergang geweihten Bauern nicht in den Händen seiner "falschen Beschützer" zu lassen und nicht ruhig zu warten, "bis er aus einem passiven in einen aktiven Gegner

1) Vgl. GdA, Bd.4, a.a.O., S.255 ff.

2) Vgl. GdA, Bd.4, a.a.O., S.280 ff.; W.Ruge, a.a.O., S.394 ff.

3) W.I.Lenin, Werke, Bd.31, Berlin 1959, S.141.

4) Vgl. E-D.Hoeft, Die Agrarpolitik des deutschen Faschismus als Mittel zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, in: ZfG, 1959, H.6, S.1208.

5) Vgl. N.Steinberger, Die Agrarpolitik des Nationalsozialismus, Moskau-Leningrad 1935, S.23 ff.

der industriellen Arbeiter verwandelt" werde.¹⁾ In seiner Oldenburger Rede warnte Ernst Thälmann die notleidenden Bauern davor, den Ausweg in dem ihnen angepriesenen "dritten Reich" der Faschisten zu wählen; denn der führe sie in die Kerker und ihre Familienangehörigen in die Gräber.²⁾ Auf der anderen Seite vertiefte sich im Gefolge der Krise der Differenzierungsprozeß auf dem Lande, gerieten die werktätigen Bauern in Bewegung, bildeten sich in verschiedenen von Junkern geführten oder bereits von Faschisten beeinflussten Bauernverbänden Oppositionsgruppen heraus.³⁾ Es verbesserten sich also auch die Möglichkeiten, die werktätigen Bauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu gewinnen und ihren Kampf mit den Aktionen aller Werktätigen zu einer einheitlichen Bewegung gegen Brüning-Diktatur und faschistische Gefahr zu vereinigen. Diese Möglichkeit zu verwirklichen, war das Grundanliegen des Bauernhilfsprogramms.

Das Bauernhilfsprogramm zeugte von den großen Anstrengungen des ZK der KPD, die Leninsche Lehre vom Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft in der gesamten Partei durchzusetzen und die Unterschätzung der Bauernfrage endgültig zu überwinden. Es krönte die jahrelangen Bemühungen der marxistisch-leninistischen Kräfte in der Parteiführung, die von Anfang an für das Zustandekommen des Bündnisses gekämpft hatten und sich dabei sowohl mit theoretischen Unklarheiten in der Bauernfrage als auch mit der Unterschätzung und Vernachlässigung der Parteiarbeit auf dem Dorfe seitens rechtsopportunistischer und ultralinken sektiererischer Kräfte auseinandersetzen mußten.⁴⁾ Mit der Bildung des leninistischen ZK unter Führung Ernst Thälmanns war eine entscheidende Voraussetzung geschaffen, um frühere Fehler und Schwächen in der Bündnispolitik zu überwinden und die Arbeit auf dem Lande wesentlich zu aktivieren.⁵⁾ Die Erfolge, welche die

- 1) F. Engels, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in: Marx/Engels, Werke, Bd.22, Berlin 1963, S.486.
- 2) Vgl. E.Thälmann, Auszüge aus Reden..., a.a.O., S.292.
- 3) Vgl. GdA, Bd.4, a.a.O., S.286.
- 4) Vgl. H.Rau, Die Bauernpolitik der KPD unter Führung Ernst Thälmanns, in: BZG, 1960, H.3, S.455 ff.
- 5) Vgl. Edwin Hoernle - Ein Leben..., a.a.O., S.78 ff.: Edwin Hoernle - Zum Bündnis..., a.a.O., S.12. Vgl. auch: K.Mannmach, Der Kampf der KPD um die Einbeziehung der Bauern in

Partei dabei erzielen konnte, sind untrennbar mit dem Wirken solch hervorragender kommunistischer Agrarpolitiker wie Edwin Hoernle, Heinrich Rau und Ernst Putz verbunden.¹⁾ Trotz der erreichten Fortschritte war die Bauernpolitik der KPD bis zum Frühjahr 1931, wie Ernst Thälmann im Hinblick auf die wachsende faschistische Gefahr erklärte, noch "zu wenig wirkliche Massennarbeit unter den werktätigen Bauern, eine viel zu parlamentarische Arbeit."²⁾ Das Bauernhilfsprogramm war der bedeutendste Schritt, den die KPD zur Durchsetzung einer leninistischen Bündnispolitik gegenüber der Bauernschaft bis dahin machte, um das Klassenbündnis in der Praxis zu verwirklichen. Es ging von den unmittelbaren Nöten der Landbevölkerung aus und enthielt eine Reihe von Forderungen, deren Erfüllung die Lage der werktätigen Bauern sofort erleichtert hätte. Damit entsprach die Partei dem Hinweis von F. Engels, schon unter kapitalistischen Bedingungen alles nur irgend Zulässige zu tun, um das Los des werktätigen Bauern erträglicher zu machen und ihn als Bundesgenossen zu gewinnen.³⁾ Die KPD machte den Bauern jedoch keine Versprechungen. Sie hob die Interessengemeinschaft der Werktätigen in Stadt und Land hervor und erklärte offen, daß die Bauern ihre Forderungen nur selbst und im Bunde mit der Arbeiterklasse durchsetzen könnten.⁴⁾ Das Bauernhilfsprogramm erwies sich als ein richtiger Schritt der Bündnispolitik. Das Bekenntnis B. Von Salomons, eines prominenten Führers der schleswig-holsteinischen Landvolkbewegung, zum Bauernhilfsprogramm, die Konferenz oppositioneller Vertreter der Bauernverbände am 31. Mai 1931 in Fulda, der Aufschwung der Bauernkomitee-Bewegung in Vorbereitung des ersten Deutschen Reichsbauernkongresses 1931/32, die Vielzahl gemeinsamer Aktionen der werktätigen Bauern und Arbeiter zur Abwehr von Zwangsversteigerungen und Exmittierungen auf dem

die antimperialistische, antimilitarische Kampffront. Zum Europäischen Bauernkongreß im März 1930 in Berlin, in: BZG, 1960, H. 2, S.275 ff.

- 1) Vgl., über Ann. 4 u. 5 auf S.227 hinaus: E.Weitinas, -Du standest stets, wo das Leben ist. Heinrich Rau, in: BZG, 1969, H.6, S.1027 ff.; A.Hönig, Ernst Putz - ein kommunistischer Bauernführer, a.a.O.; ders., Der Bauer vom Sinnthalhof. Ernst Putz, in: BZG, 1967, H.4.
- 2) E.Thälmann, Auszüge..., a.a.O., S.300.
- 3) Vgl. F.Engels, Die Bauernfrage..., a.a.O., S.501
- 4) Vgl. GdA, Bd.4, a.a.O., S.547; E.Thälmann, Auszüge..., S.301.

Lande sowie die solidarische Unterstützung streikender Industriearbeiter durch werktätige Bauern - all das¹⁾ zeugte davon, daß sich auf der Grundlage des Bauernhilfsprogramms erstmalig in Deutschland unter Führung der Arbeiterklasse eine umfassende Bauernbewegung gegen Junkertum, Monopolkapital und drohenden Faschismus anbahnte.

Die reaktionären Ausbeuterklassen erkannten sehr wohl, welche Bedeutung das Zustandekommen des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern für die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen haben würde; deshalb fühlten sie sich alsbald, wie Edwin Hoernle feststellte, "in ihrer bisher sichersten Domäne bedroht."²⁾ Die großbürgerliche "Deutsche Allgemeine Zeitung" forderte unter Hinweis auf das veröffentlichte Bauernhilfsprogramm die staatlichen Stellen, besonders die preußischen, dazu auf, "der neuen kommunistischen Taktik größere Aufmerksamkeit zuzuwenden."³⁾ Am empfindlichsten reagierten die Junker und Großgrundbesitzer auf das Bauernhilfsprogramm der KPD; sie sahen ihre Vorherrschaft auf dem Lande unmittelbar bedroht und betrachteten es als ihre ureigenste Aufgabe, seine Ausstrahlungskraft auf die werktätigen Bauern weitestgehend zu paralysieren. Da sie das Programm keineswegs totsichweigen konnten, forcierten sie systematisch die antikommunistische Hetze, wobei sie sich vor allem ihrer Lieblingsmethode bedienten, die Bündnispolitik der kommunistischen Partei gröblichst zu entstellen und zu diskreditieren. In den Presseorganen des RLB erschien eine ganze Flutwelle verleumderischer Artikel über die kommunistische Agrarpolitik, über die "rote Gefahr", die "kommunistischen Maulwürfe" auf dem Lande und - immer wieder -

1) Vgl. GdA, Bd.4, S.295; W.Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a.a.O., S.399 f.; E.Liening, Das Bauernhilfsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands..., a.a.O., S.66 ff., S.92 ff. S.116 ff., S.168 ff; Bauernkampf gegen Bauernnot, hrsg. vom Deutschen Reichsbauernkomitee, o.O.u.J.; Bauernkampf gegen Zwangsenteignung, hrsg. vom Reichsbauernbund, Düsseldorf o.J.; Wie wehrt sich der Bauer gegen Zwangsenteignung? Hrsg. vom Reichsbauernbund, Berlin o.J.

2) Edwin Hoernle - Ein Leben..., a.a.O., S.392

3) Zit. nach L.Berthold, Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930, Berlin 1956, S.157.

Über den "kommunistischen Bauernfang".¹⁾ Die direkt gegen das Bauernhilfsprogramm der KPD gerichtete und gegen die Bündnispolitik der KPD zielende Hetzkampagne beruhte im wesentlichen auf folgenden antikommunistischen Thesen.

Erstens behauptete der RLB, das Bauernhilfsprogramm sei nichts anderes als eine spekulative Taktik, darauf berechnet, mit unerfüllbaren, leeren Versprechungen, in großer Zahl aneinandergereiht, Bauernfang zu treiben. Die KPD wolle den Eindruck erwecken, als habe sie sich radikal gewandelt, als wolle sie hinfert ausschließlich Bauernpartei sein.²⁾ Indes hatte F. Engels schon 1894 festgestellt: "Die bürgerlichen und reaktionären Parteien wundern sich ungemein, daß jetzt plötzlich und überall bei den Sozialisten die Bauernfrage auf die Tagesordnung kommt. Sie sollten sich von Rechts wegen wundern, daß dies nicht längst geschehen."³⁾ Das Bauernhilfsprogramm war also ein Ausdruck der Tatsache, daß die Führung der KPD entschlossen war, die Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus über das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern in der gesamten Partei vollends durchzusetzen; es hatte nichts mit der unterstellten Absicht gemein, die KPD aus taktischen Erwägungen heraus ins Licht einer reinen Bauernpartei rücken zu wollen. Ausgerechnet die Junker und Großgrundbesitzer, deren eigennützige Agrarpolitik die werktätigen Bauern schädigte, maßen sich an, in diesen Volksschichten Zweifel an der Ehrlichkeit der Bündnispolitik der Kommunisten zu wecken und zu nähren. Natürlich konnte die KPD nicht damit rechnen, daß die werktätigen Bauern sofort und in ihrer Gesamtheit davon überzeugt würden, daß es die Kommunisten mit ihrem Bauernhilfsprogramm ehrlich meinten, zumal bekannt war, daß in den Parlamenten der Weimarer Republik alle kommunistischen Anträge zur Verbesserung der Lage der werktätigen Landbevölkerung von der Mehrheit der Abgeordneten der herrschenden Klassen stets niedergestimmt worden wa-

1) "Kommunistischer Bauernfang", in: ZdRLB, Nr.23 v. 10.6.1931; RLB/AWS, Nr.40 v. 3.10.1931 u. Nr.43 v. 24.10.1931; Schlesischer Landbund, Nr.46 v. 12.11.1931.

2) Vgl. ZdRLB, Nr.23 v. 10.6.1931; RLB/AWS, Nr.23 v. 6.6.1931 u. Nr.45 v. 7.11.1931.

3) F.Engels, Die Bauernfrage..., a.a.O., S.485.

ren. Gerade diese Tatsache, daß solche Anträge unter den Bedingungen des bürgerlichen Parlamentarismus unerfüllt blieben, auch weil ihnen infolge der Spaltung der Arbeiterbewegung das erforderliche Gewicht nicht verliehen werden konnte, nutzten die Junker und Großgrundbesitzer aus, um die berechtigten Forderungen des Bauernhilfsprogramms als schlechthin unerfüllbare bzw. leere Versprechungen hinzustellen. So bekräftigten sie auf ihre Weise die von Lenin formulierte und durch die historische Praxis bestätigte Feststellung, daß die niedergedrückte werktätige Landbevölkerung das revolutionäre Proletariat

"erst n a c h dessen Eroberung der politischen Macht entschlossen zu unterstützen vermag, ...erst n a c h d e m diese niedergehaltenen Menschen i n d e r P r a x i s gesehen haben werden, daß sie einen organisierten Führer und Beschützer haben, der genügend Stärke und Fähigkeiten besitzt, ihnen zu helfen, sie zu leiten und ihnen den richtigen Weg zu zeigen."¹⁾

Unter den Bedingungen der Weimarer Republik konnte die KPD die Bauern nur auf indirektem Wege davon überzeugen, daß allein die von der revolutionären Partei geführte Arbeiterklasse die werktätigen Massen des Dorfes aus dem durch Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzer verschuldeten Ruin herauszuführen vermag, indem sie auf das Beispiel der Sowjetunion verwies. Ernst Thälmann erklärte in Oldenburg: "Wir haben nichts versprochen. Aber wir haben gesagt: Sowjetrußland zeigt das Beispiel des einzigen, revolutionären Auswegs aus dieser Massennot."²⁾ Im Sommer 1946, nachdem im Osten Deutschlands die von der marxistisch-leninistischen Partei geführte Arbeiterklasse bereits unter Beweis gestellt hatte, was sie den werktätigen Bauern nicht nur zu versprechen, sondern auch in der Tat zu geben bereit und fähig ist, bekräftigte Edwin Hoernle, daß die Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber den Bauern keine "spekulative Taktik" der kommunistischen Partei ist, mit der folgenden Feststellung:

"Zunächst müssen wir in unsrer Partei vollkommene Klarheit darüber schaffen, was das Bündnis der Arbeiter und Bauern n i c h t ist. Unser Bündnis mit der Bauern-

1) W.I.Lenin, Werke, Bd.31, Berlin 1959, S.143 f.

2) E.Thälmann, Auszüge..., a.a.O., S.284.

schaft ist erstens kein demagogisches Propagandamittel, kein taktischer Trick, wie es bei den Großagrariern, bei der imperialistischen deutschen Bourgeoisie und schließlich im ausgeprägtesten Maße bei der Hitlerpartei war. Unser Bündnis mit der Bauernschaft ist eine ernste, dauerhafte und zentrale Angelegenheit, an der die gesamte Arbeiterklasse ein lebenswichtiges Interesse hat."1)

Zweitens behauptete der RLB, daß die KPD - trotz ihres Hilfsprogramms - eine "rein städtische", bauernfeindliche Partei bliebe und die Bauern von ihr nichts zu erwarten hätten.²⁾ Um diese antikommunistische Kolportage glaubhaft erscheinen zu lassen, redeten die Junker den Bauern ein, daß die Förderung der KPD nach Aufhebung der volksfeindlichen Zölle einseitig den städtischen Konsumenten nütze, weil sie ihnen billige Nahrungsmittel verheiße, den sich abrackernden Bauern aber benachteilige, weil sie ihn der Gefahr der Schleuderkonkurrenz ausliefere und dadurch "gerechte und auskömmliche Preise" für seine Produkte unmöglich mache.³⁾ Das war eine um so infamere Lüge, als es die KPD gerade im Bauernhilfsprogramm wie auch in der Oldenburger Rede Ernst Thälmanns verstanden hatte, den untrennbaren Zusammenhang zwischen den Lebensinteressen der Bauern und denen der Industriearbeiter überzeugend darzulegen, z.B. in der Hinsicht, daß durch die Zoll- und Steuerpolitik der Brüning-Schiele-Regierung nicht nur die Produktionskosten der werktätigen Bauern, sondern auch der Massenkonsum verteuert und der Absatz der bäuerlichen Produkte erheblich eingeschränkt würden, daß die Bauern ihre Interessen folglich nicht im Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterklasse, sondern nur im festen Bündnis mit den Industriearbeitern gegen die herrschenden Klassen durchsetzen könnten. Die Diskreditierung des Bauernhilfsprogramms der KPD durch den RLB zielte gerade darauf ab, die Kluft zwischen Land- und Stadtbevölkerung zu vertiefen, die werktätigen Bauern gegen die Industriearbeiter aufzuhetzen und zu verhindern, daß sich beide als Bundesgenossen gegen die gemeinsamen Ausbeuter zusammenfanden. Deshalb hielten sich die Jun-

1) E.Hoernle, Das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, in: Einheit, 1946, H.2, S.74 f.

2) Vgl. ZdRL, Nr.23 v. 10.Juni 1931.

3) Vgl. ZdRLB, Nr.23 v. 10.6.1931; RLB/AWS, Nr.40 v. 3.10.1931.

ker in Klassenkampf an den jesuitischen Grundsatz, worach der Zweck die Mittel heilige; das bedeutete in diesem Zusammenhang, den werktätigen Bauern in den Publikationen des Landbundes den Wortlaut des Bauernhilfsprogramms vorzuenthalten und statt dessen ausschließlich antikommunistische Interpretationen zu liefern. Um die Lüge vom bauernfeindlichen Charakter der kommunistischen Partei zu erhärten, strapazierten die Junker auch die These von der angeblich eigentumsfeindlichen Einstellung der KPD.¹⁾ Dabei mußten sie allerdings, bezogen auf das Bauernhilfsprogramm, ideologische Salti vollführen. Einerseits konnten sie nicht umhin festzustellen, daß die kommunistische Partei, um größere Teile der Bauernschaft für sich gewinnen zu können, sich veranlaßt gesehen habe, das Prinzip des Privateigentums anzuerkennen, d.h. im Hilfsprogramm den landarmen Bauern nicht nur Land, sondern auch Eigentumsrechte zu verheißen.²⁾ Andererseits reagierten sie empört darauf, daß die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und die unentgeltliche Bereitstellung von Land an die landarmen Bauern und Bauernsöhne im Bauernhilfsprogramm gewissermaßen in einem Atemzug gefordert wurden, daß diese Forderungen folglich revolutionären Charakter trügen und "lediglich auf eine Umwälzung der Besitzverhältnisse" hinausliefen.³⁾ Eine solche radikale Umwälzung - auf ihre Kosten, zugunsten der werktätigen Bauern - das war es, was die Junker am Kommunismus vor allem fürchteten und haßten, was sie in letzter Instanz allein in ihrem Interesse abwehren wollten, jedoch nur mit Hilfe der Massen geistig manipulierter Bauern abwehren konnten. Eben deshalb forcierten sie nach der Verkündung des Bauernhilfsprogramms durch die KPD ihre Anstrengungen, um unter den Bauern konservative und reaktionäre Bewußtseinsselemente, vor allem hinsichtlich der Eigentümerideologie, zu befestigen, ihre "seelische Verbundenheit mit der eigenen, noch so kargen Scholle" zu vertiefen und sie gegen revolutionäre Ideologien zu immunisieren.⁴⁾

1) Vgl. S.43 der vorliegenden Arbeit.

2) Vgl. ZdRLB, Nr.23 v. 10.Juni 1931.

3) Ebenda.

4) Vgl. S.58 der vorliegenden Arbeit.

Drittens war die ideologische Verleumdungskampagne des RLB gegen das Bauernhilfsprogramm der KPD auf das engste mit einer verstärkten Antisowjetpropaganda verbunden. Die Junker suchten die Glaubwürdigkeit der deutschen Kommunisten bei den werktätigen Bauern auch dadurch zu erschüttern, daß sie dem Hinweis Ernst Thälmanns auf das sowjetische Beispiel die hemmungslose Verleumdung der sowjetischen Politik im allgemeinen und der Agrarpolitik im besonderen entgegensetzten. Dabei schreckten sie auch vor bewußten Fälschungen nicht zurück. Noch im März 1931 hatte sich die Pressestelle des RLB zu dem Eingeständnis bequemt, daß alle skeptischen Voraussetzungen über die Auswirkungen der Kollektivierung auf die Frühjahrbestellung und die Ernte ebenso wie die meisten über Rußland aufgestellten Vorhersagen sich nicht erfüllt hätten und daß die Ergebnisse der Kollektivierung dazu nötigten, "die Einstellung der russischen Wirtschaft gegenüber einer gründlichen Revision zu unterziehen."¹⁾ Jedoch in der Auseinandersetzung mit dem Bauernhilfsprogramm, durch dessen Ausstrahlung sie ihre Vorherrschaft auf dem Lande unmittelbar bedroht sahen, ließen die Junker alle Skrupel fallen, und der von ihnen beherrschte RLB fühlte sich berufen, die deutschen Bauern "darüber aufzuklären, welche Hölle in Wirklichkeit das versprochene Paradies des Kommunismus" darstelle.²⁾ Schamlos wurde z.B. in der Landbundpresse behauptet, daß das, was der sowjetische Fünfjahrplan wolle, nichts anderes sei als der Wiederaufbau dessen, was zuvor der Kommunismus in einem Jahrzehnt zerstört hätte.³⁾ Wider besseres Wissen wurde den deutschen Bauern das Märchen von der im ehemals agrarischen Rußland herrschenden Hungersnot aufgetischt.⁴⁾ Das Hauptanliegen der von den Junkern forcierten Antisowjethetze bestand jedoch darin, die auf der Grundlage des Leninschen Genossenschaftsplanes in der Sowjetunion sich vollziehende Kollektivierung der Landwirtschaft in eine großangelegte Enteignungsbewegung umzufälschen. Vor 14 Jah-

1) ZdRLB, Nr.13 v. 31.März 1931.

2) RLB/AWS, Nr.27 v. 4.Juli 1931.

3) Vgl. ebenda, Nr.45 v. 7.Nov.1931.

4) Vgl. ebenda, Nr.27 v. 4.Juli 1931.

ren, so hieß es in der agrarpolitischen Wochenschrift des RLB, sei in Sowjetrußland zunächst der Großgrundbesitz zugunsten des Staates enteignet worden. Der russische Bauer habe von dem enteigneten Grundbesitz kein Land zugeteilt bekommen, im Gegenteil - nun müsse er es über sich ergehen lassen, "daß ihm die letzte Ackerhufe enteignet" werde.¹⁾ Und in der Kollektivwirtschaft, so weiter beim RLB, sei der Bauer nur noch ein besitzloser Land- oder Staatsarbeiter, dazu verurteilt, der Sowjetmacht "Frondienste" zu leisten, Agrarprodukte abzuliefern für die Versorgung der "sowjethörigen Industriearbeiter" und für den Schleuderexport, der den deutschen Bauern schädige.²⁾ Was an derart militant-blindwütigem Antisowjetismus in der Pressestelle des RLB produziert und weitergegeben wurde, verbreiteten die Blätter der Provinzial- und Kreislandbünde wortgetreu unter der ländlichen Bevölkerung bis in die entlegensten Dörfer hinein.

Viertens setzten die Junker dem von der KPD mit dem Bauernhilfsprogramm eingeleiteten Schritt zur Verwirklichung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern ihre reaktionäre These vom "einheitlichen Dorf" entgegen. Indem sie demagogisch an die positive Einstellung der Bauern zur friedlichen, kontinuierlichen Arbeit anknüpften, waren sie bemüht, die revolutionären Ziele der kommunistischen Partei abzuqualifizieren und ihr anarchisch-destruktive Absichten zu unterstellen, nämlich als "Handlanger Sowjetrußlands" die steigende Bauern- und Landarbeiternot "für die revolutionären Zwecke Moskaus" ausnutzen zu wollen, d.h. die "politische Brandfackel in das deutsche Dorf" zu werfen, den "Kampf aller gegen alle" zu propagieren und - ohne Rücksicht auf die Ernährung im nächsten "bitter schweren Winter" - Arbeit und Besitz in Trümmer zu schlagen.³⁾ Der antikommunistischen Hetze des RLB zufolge wäre die Bündnispolitik der KPD lediglich darauf gerichtet, Frieden und Eintracht im Dorf zu stören, "Zwietracht zu säen zwischen Groß- und Kleinbesitz und die Bauern aufzuhetzen gegen ihre Führer."⁴⁾ Die junker-

1) Ebenda, Nr.40 v. 3.Okt.1931.

2) Ebenda. Vgl. auch Nr.43 v. 24.Okt.1931.

3) Vgl. RLB/AWS, Nr.27 v.4.7.1931 u. Nr.43 v.24.10.1931.

4) Ebenda, Nr.27 v. 6.7.1929.

lichen Landbundführer, diese "falschen Beschützer" der Bauern, konstruierten den Schluß, daß es keine unversöhnlicheren Gegensätze gäbe als den deutschen Bauern und den Kommunismus,¹⁾ und sie feierten scheinheilig im Bauerntum "das stärkste und letzte Bollwerk des Widerstandes gegen die rote Flut."²⁾ In der konkreten Auseinandersetzung mit dem Bauernhilfsprogramm der KPD propagierten die Junker verstärkt die Landvolkidee, die Ideologie von der unlösbaren Lebens-, Arbeits- und Schicksalsgemeinschaft des Landvolkes.³⁾ Der RLB bekräftigte die von den Junkern postulierte These von der "schärfsten Ablehnung des Klassenkampfgedankens"⁴⁾ und erklärte, daß er "seine wertvollste und erfolgreichste Arbeit (!) darin" sähe, "das Landvolk (in antikommunistischer Stoßrichtung - K.W.) organisatorisch zusammenzuschließen."⁵⁾

Deshalb war es für die Junker auch selbstverständlich, den Antikommunismus als ihre schärfste Waffe im Klassenkampf nicht nur auf ideologischem Gebiet, sondern auf allen Gebieten und in verschiedenen Formen anzuwenden. Eine politisch-organisatorische Form ihres militanten Antikommunismus kam z.B. in der Taktik zum Ausdruck, den von den Bauernkomitees organisierten und von Arbeitern unterstützten bäuerlichen Selbsthilfekampf durch die Bildung von "Not- und Schicksalsgemeinschaften" unter Führung der Landbünde zu kanalisieren. Auf der Sitzung des Bundesvorstandes des RLB am 10. November 1931⁶⁾ übermittelte Graf Kielmannsegg die Erfahrungen des Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbundes bei der Anwendung dieser Taktik, wobei er ausführte:

"Im September hatten sich in Schleswig-Holstein z.T. radikale Gruppen unter den Bauern gebildet, die Aktionsausschüsse aufgestellt hatten mit teilweise direkt kommunistischem Anstrich... Darauf sind wir dazu geschritten, sofort in allen Dörfern Notgemeinschaften zu bilden... Durch diese... gelang es uns, die ganz radikalen Elemente zurückzudrängen... Das Wesentliche für uns ist, daß es uns gelungen ist, die Radikalisierung, die durch die steigende Not

1) Vgl. ebenda, Nr.45 v.7.11.1931.

2) Ebenda, Nr.40 v. 3.10.1931.

3) Vgl. S.57 f. der vorliegenden Arbeit.

4) RLB/AWS, Nr.43 v. 24.10.1931.

5) Ebenda.

6) Vgl. S.261 der vorliegenden Arbeit.

starke Fortschritte gemacht hat, aufzufangen und sie in unsere Bahnen zu leiten."1)

Den Bemühungen der KPD, auf dem Lande kommunistische Zellen zu bilden, wirkten die Landbundführer mit Hilfe des Stahlhelms und der SA entgegen. Sie wiesen z.B. ihre Mitglieder an, an Stelle linksorientierter Landarbeiter Stahlhelm- oder SA-Mitglieder einzustellen, selbst auf die Gefahr hin, daß dies nicht ohne Reibungen abginge und die sogenannten "nationalen Leute" sich nicht gut benehmen oder als Arbeitskräfte nicht einschlagen sollten.²⁾ Außerdem verstärkten die Landbundführungen den direkten Terror auf dem Lande, um die KPD daran zu hindern, ihren Einfluß unter der ländlichen Bevölkerung auszudehnen. Sie forderten die Bauern auf, Kommunisten, die zum "Roten Landsonntag" in die Dörfer kamen, um mit den Bauern Kontakt aufzunehmen und sie über das Bauernhilfsprogramm zu informieren, als "Sendboten des sowjetrussischen Systems"³⁾ zu betrachten und sie mit dem Dreschflegel zu empfangen.⁴⁾ Diejenigen Bauern, welche am Landsonntag mit Kommunisten ins Gespräch kommen wollten, suchten die Landbundführer mit der Drohung einzuschüchtern, daß sie "in Acht und Aberacht innerhalb der ehrenhaften Dorfgemeinschaft" geraten würden.⁵⁾ Bei diesem gegen die Bündnispolitik der KPD organisierten Terror waren sich die Landbundführer nicht nur der

1) DZA I, RLB, Nr.145, Bl.38.

2) Der Kreislandbund Jüterbog-Luckenwalde übermittelte in einem Schreiben an den Hauptgeschäftsführer des Brandenburgischen Landbundes vom 26. Oktober 1931 diesbezügliche Erfahrungen mit der Empfehlung, sie in allen Landbünden anzuwenden. Dort hieß es: "Wir müssen zweifelsohne, abgesehen von allen anderen Dingen, dieser kommunistischen Zellenbildung praktisch entgegentreten. Es genügt nicht, daß wir unseren Leuten sagen, ihr dürft keine linksorientierten Knechte beschäftigen, sondern wir müssen ihnen auch im Bedarfsfalle nationale Leute, z.B. Stahlhelm, SA usw. - die mit der Landwirtschaft vertraut sind, nachweisen, um so den kommunistischen Arbeiterzellen nationale Arbeiterzellen entgegenzusetzen. Selbstverständlich werden sich bei solchen Versuchen hier oder da Reibungen ergeben; aber das Ziel ist von so großer Bedeutung, daß wir über diese kleinen Schwierigkeiten, daß mal ein nationaler Arbeiter nicht einschlägt oder sich nicht gut benimmt, hinwegkommen müssen." Ebd.n Nr.177, Bl.58 f.

3) RLB/AWS, Nr.45 v. 7. Nov. 1931.

4) Vgl. Schlesischer Landbund, Nr.46 v. 12. Nov. 1931.

5) Ebenda.

Hilfe und Unterstützung durch andere reaktionäre Parteien und Verbände sicher, sondern sie konnten auch auf entsprechende Maßnahmen seitens der staatlichen Machtorgane der Weimarer Republik zählen. Das bestätigt z.B. ein Lagebericht des Reichsministeriums des Innern vom 12. Juli 1931, in dem es heißt: "Auf jeden Fall wird es notwendig sein, die revolutionäre Hetzarbeit der Kommunisten in den Dörfern mehr als bisher durch Versammlungsverbote zu erschweren."¹⁾

Die massive antikommunistische Reaktion der herrschenden Klassen auf das Bauernhilfsprogramm der KPD erklärt u.a.,²⁾ warum es der KPD - trotz bemerkenswerter Teilerfolge - nicht gelang, einen entscheidenden Einbruch in die Reihen der werktätigen Bauern zu erzielen. Andererseits förderten solche historischen Erfahrungen innerhalb der kommunistischen Bewegung die Erkenntnis, daß die unmittelbare Verknüpfung der demokratischen Forderungen zugunsten der werktätigen Bauern mit der Forderung nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats im Bauernhilfsprogramm dem damaligen Kräfteverhältnis der Klassen in Deutschland nicht entsprach und die Wirksamkeit der Bündnispolitik der KPD einengte, zumal die Mehrheit der Bauern nach wie vor unter dem verhängnisvollen antikommunistischen Einfluß der Junker und Großgrundbesitzer stand und noch nicht bereit war, den Ausweg aus ihrer Not an der Seite der Arbeiterklasse oder gar im direkten Kampf um den Sozialismus zu suchen. Die Landbundführer forcierten die antikommunistische Hetze und Politik gerade in der Absicht, den Bauern die Diktatur des Proletariats als Schreckgespenst zu suggerieren und somit auch die Anziehungskraft des Bauernhilfsprogramms der KPD abzuschwächen. Auf diese Weise machten sie die notleidenden Bauern für die profaschistische Scheinalternative empfänglich, trieben sie Millionenmassen des Landvolkes der faschistischen Partei in die Arme. Schließlich bekräftigten diese historischen Erfahrungen auch die Erkenntnis, daß sich die Ideen des gesellschaftlichen Fortschritts, der Demokratie und des Sozialismus auf dem Lande

1) Zit. nach: L. Berthold, Das Programm der KPD..., a.a.O., S.158.

2) Vgl. auch: Edwin Hoernle - Ein Leben..., a.a.O., S.115 ff.

erst durchsetzen können, wenn die Macht der reaktionären Junker und Großgrundbesitzer gebrochen wird.¹⁾

3.5. Der RLB in der "Harzburger Front"

Im Sommer 1931 signalisierten solche Erscheinungen wie der Zusammenbruch großer Firmen und der Bankkrach vom 13. Juli die sprunghafte Verschärfung der Wirtschaftskrise in Deutschland.²⁾ In diesem Zusammenhang verdichtete sich die profaschistische Aktivität der extremen Reaktion, die sich schon mit dem im Frühjahr eingeleiteten Vorstoß gegen die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung abgezeichnet hatte, außerordentlich. Obwohl Brüning sich nach wie vor als Willensvollstrecker der herrschenden Klassen erwies und bemüht war, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise unter Kontrolle zu halten und sie durch verschärfte Handhabung der Notverordnungsdictatur zuerst und weitestgehend auf die Volksmassen abzuwälzen, wandten sich weitere Kreise der Monopolbourgeoisie dem militanten Flügel der profaschistischen Reaktion, der rechtsradikalen "nationalen" Opposition zu. Jene Kreise des Monopolkapitals und des Junkertums, welche die Ablösung der parlamentarisch verbrämten Diktatur durch die offene Gewaltherrschaft erstrebten, glaubten nunmehr, von der Talsohle der Wirtschaftskrise aus, ihre strategisch-taktische Konzeption der Katastrophenpolitik unmittelbar verwirklichen zu können.

In innenpolitischer Hinsicht bedeutete dies, das Suchen der Massen nach einem Ausweg aus der Krise in profaschistische Bahnen zu lenken und es sowohl als Stimulus wie auch als Legitimation für die beschleunigte Errichtung der faschistischen Diktatur auszunutzen.³⁾ Diesem Drang der rechtsradika-

1) Lenin erklärte am 8. November 1918: "Alle europäischen Revolutionen sind eben darum ergebnislos geblieben, weil das Dorf nicht verstand, mit seinen Feinden fertig zu werden." W.I. Lenin, Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 167.

2) Vgl. W. Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a. a. O., S. 405ff.

3) J. Goebbels bezeichnete es als die Aufgabe der Nazi-Partei, "die W e l l e, die da vom Schicksal angetrieben wird, h o c h z u p e i t s c h e n, sie agitatorisch in das richtige Bett zu leiten, sie einmünden zu lassen in den großen, reißenden Strom einer deutschen Volkserhebung, die

len Kräfte nach Übernahme der Alleinverantwortung für die Staatsführung gab die DNVP Hugenbergs Ausdruck, als sie am 15. Juni verkündete: Nur der Rücktritt der jetzigen Reichsregierung, Neuwahlen in Preußen und die Übernahme der Verantwortung durch die Rechte könnten Deutschland retten.¹⁾ Der RLB verbreitete diese Orientierung mit Hilfe seines umfassenden Zeitungsdienstes unverzüglich im ganzen Lande. Von der Prämisse ausgehend, daß durchgreifendes Handeln von der Brüning-Regierung " n i c h t mehr zu erhoffen" sei, forderte er freie Bahn für ein Kabinett der rechtsradikalen Kräfte. Wörtlich verkündete er:

"Daher kann es für alle verantwortungsbewußten Kreise der Politik und Wirtschaft n u r e i n e P a r o l e geben, unter Einsatz aller Kräfte den Boden zu bereiten für ein K a b i n e t t r a s c h e r E n t s c h l u s s k r a f t u n d v e r a n t w o r t u n g s b e w u s t e r T a t."²⁾

Obwohl die Brüning-Regierung auch den Interessen der Großgrundbesitzer und Großbauern weitestgehend entsprochen hatte, hörte der RLB nicht auf, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik, vor allem hinsichtlich ihrer agrarpolitischen Widersprüchlichkeiten und Halbheiten, schärfster Kritik zu unterwerfen und den unverzüglichen Systemwechsel zu fordern. Als neuer Angriffspunkt für die wirtschaftspolitische Begründung diente ihm zunächst die zweite Notverordnung "zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" vom 5. Juni 1931,³⁾ in der sich nach seinem Urteil⁴⁾ die "grundsätzlich falsche Wirtschaftsauffassung der Reichsregierung" konzentriert widerspiegelte.⁵⁾ Der RLB kritisierte jene drakonischen Krisensteuern, die auch die Interessen wirtschaftlicher Kreise, im besonderen die der Großagrarien, berührten, und zwar die Verdoppelung der Zuckersteuer, die dem Staatshaushalt 120 Millionen einbringen soll-

an ihrem Ende in der M a c h t ausläuft." Der Angriff, Nr.95 v. 5.Mai 1931 (Hervorhebung von mir - K.N.).

- 1) Vgl. Egelhaafs Historisch-politische Jahresübersicht für 1931, Stuttgart 1932, S.117.
- 2) "Bahn frei!", in: ZdRLB, Nr.24 v. 17.Juni 1931.
- 3) Vgl. RGBL. I, 1931, S.279 ff.; W.Ruge, a.a.O., S.406.
- 4) Vgl. "Stellungnahme des Reichs-Landbundes zu den Regierungsmaßnahmen" (vom Bundesvorstand anläßlich der Vertretertagung des RLB am 12.Juni 1931 in Heidelberg einstimmig gefaßte Entschließung - K.N.), in: DZA I, RLB, Nr.111, Bl.157 ff.
- 5) Vgl. ebenda, Bl.161.

te. Graf von Kalckreuth hielt vor dem Gesamtvorstand des Brandenburgischen Landbundes der Regierung entgegen, daß es näher gelegen hätte, die Einfuhr der ausländischen Rohstoffe zur Herstellung von Margarine zu belasten als ausgerechnet den deutschen Zucker, wobei er zynisch behauptete, daß die Verteuerung der Margarine selbst den kleinsten Konsumenten an seinem Lebensnerv nicht getroffen hätte, da er doch auf anderes vollwertiges Fett, wenn nicht auf Butter, so doch auf Schmalz, ausweichen könnte.¹⁾ Der RLB kritisierte ferner, daß die Notverordnung lediglich dazu beitrüge, die "falsch aufgebaute Sozialpolitik" und das "verkehrte System der Arbeitslosenversicherung" künstlich am Leben zu erhalten. Letztere sei keine Versicherung, sondern eine Fürsorge, dazu geeignet, zusätzliche Arbeitslosigkeit zu beschaffen und zur Vermehrung der Unterstützungsempfänger beizutragen. Vornehmlich im Interesse der Junker, denen die sozialreaktionären Maßnahmen der Brüning'schen Notverordnung offensichtlich nicht genügten, forderte er unbedingt die Beseitigung des "bisherigen unhaltbaren Zustandes" und den völligen Umbau des bestehenden Systems. Dazu gehörten nach seiner Auffassung solche Maßnahmen wie die Herstellung der "Freiheit des Arbeitsmarktes", die "unerläßliche Lockerung der Preisbildung der Arbeitskraft", die Ersetzung der Arbeitslosenunterstützung durch Naturallieferungen (Speisungen) sowie die Unterbindung jeder nicht lebensnotwendigen Einfuhr.²⁾

Bundsvorstand und Vertreterversammlung des RLB faßten das Fazit ihrer wirtschaftspolitischen Kritik an der Brüning-Regierung in der Schlußfolgerung zusammen:

"Noch nie waren einer Regierung in der Nachkriegszeit größere Möglichkeiten zur rettenden Tat gegeben. Der notwendig durchgreifenden Tat weicht man nach wie vor aus... Die Widersprüche, Gegensätzlichkeiten und die Unmöglichkeit der Durchführung der vorliegenden Notverordnung ziehen den Schlußstrich unter diese verfehlte Politik... Der Reichs-Landbund ist der Überzeugung, daß die Führung des deutschen Volkes aus unerträglicher Not u n g e s ä u m t in die Hände anderer entschlossener und zur rettenden Tat bereiter Männer gelegt werden muß."³⁾

- 1) Vgl. Geschäftsbericht des Brandenburgischen Landbundes für 1931, S.4.
- 2) Vgl. "Stellungnahme des Reichs-Landbundes zu den Regierungsmaßnahmen", a.a.O., Bl.160 f.
- 3) Ebenda, Bl.162 (Hervorhebung von mir - K.N.).

Der Ruf nach der Regierung entschlossener und tatbereiter Männer, der von den militant profaschistischen Kräften immer entschiedener erhoben wurde, je mehr sich die Wirtschaftskrise verschärfte, war offensichtlich auch von ihrer Absicht bestimmt, das sozialreaktionäre Programm der herrschenden Klassen noch zügiger und rücksichtsloser, also mit brutaler, offener diktatorischer Gewalt auf Kosten der Volksmassen durchzusetzen. Das vom RLB geforderte neue Kabinett sollte sich - Ausführungen des Grafen von Kalckreuth zufolge - tatsächlich dadurch auszeichnen, daß es die Energie aufbrächte, " m i t e i s e r n e r F a u s t der wahnsinnigen Verschwendung zu steuern", die immer noch, vor allem auf dem Gebiete der Sozialversicherung, vom Reiche betrieben werde.¹⁾

Der Drang der rechtsradikalen "nationalen" Opposition zur Übernahme der Regierungsverantwortung im Sommer 1931 war nicht nur innenpolitisch motiviert, sondern ergab sich auch aus außenpolitischen Gründen, im besonderen aus dem Ringen um die Abschüttelung der deutschen Reparationslasten. Das am 20. Juni 1931 verkündete Hoover-Moratorium, welches das Ende der deutschen Reparationszahlungen einleitete, war von der Sorge des angloamerikanischen Imperialismus diktiert, den deutschen Imperialismus als Bollwerk gegen den Bolschewismus zu erhalten und zu verhindern, daß die auf dem Boden der Wirtschaftskrise sich entwickelnde politische Radikalisierung der Massen dem Kommunismus zugute kam.²⁾ Die Taktik A. Hugenbergs und ihrer Verfechter im RLB hatte nach der Annahme des Youngplanes darin bestanden, die "Systemparteien" aus der Verantwortung für die Kompromiß- bzw. Erfüllungspolitik nicht zu entlassen, sondern sie sich inzwischen verbrauchen zu lassen, damit dann, im geeigneten Augenblick, die Repräsentanten der "nationalen" Opposition als "Retter Deutschlands" auftreten könnten.³⁾ Aber in dem Maße, wie sich das

1) Vgl. Deutsche Wacht, Nr.25 v. 20.Juni 1931 (Hervorhebung von mir - K.N.).

2) Vgl. R.Ruge, a.a.O., S.405 ff.; Internationale Pressekorrespondenz, 11. Jg., Berlin 1931, S.299.

3) Vgl. Hugenbergs innenpolitisches Programm. Rede, gehalten auf dem 10. Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei am 20. September 1931 in der Messehalle Stettin. Deutschnationale Flugschrift, Nr.353, 3. Aufl., Berlin o.J., S.5.

Ende der Reparationsverpflichtungen abzeichnete, entwickelte sich im Lager der ultrareaktionären Kräfte der Drang nach alleiniger und unmittelbarer Übernahme der Staatsführung. Den "Systemparteien" sollte dadurch die Möglichkeit genommen werden, ihre erschütterten Positionen durch außenpolitische Erfolge zu stärken. In der erwähnten Verlautbarung der DNVP vom 15. Juni hieß es, daß die am Youngplan Schuldigen v o r der Inangriffnahme der Revision ausgeschaltet werden müßten.¹⁾ Dies wurde auch damit begründet, daß durch die Bildung einer Regierung "tatbereiter Männer" ein energisches Anpacken der Reparationsfrage ermöglicht werden sollte, zumal die Brüning-Regierung ungenügend Initiative entwickle. Die Kritik des RLB an der neuesten Notverordnung Brünings enthielt deshalb auch den Vorwurf, daß "Opfer von solcher Ungeheuerlichkeit", wie sie hier dem Volke zugemutet würden, "einer ganz anderen reparationspolitischen Begleitmusik bedurft" hätten, und daß sie nur zu rechtfertigen seien, "wenn sie erkennbar dem Befreiungsziel und dem Wiederaufstieg", d.h. der entschlossenen Revisions- und Revanchepolitik dienten.²⁾

Als Brüning auf der Grundlage des Hoover-Vorschlages die deutsch-englisch-französischen Wirtschafts- und Kreditverhandlungen begann, wandte sich Kalckreuth am 18. Juli mit einem "Appell des RLB an die Reichsregierung".³⁾ Von der Befürchtung ausgehend, daß die Regierung vor Frankreich kapitulieren und sich den an eine französische Kredithilfe geknüpften politischen Bedingungen unterwerfen würde, entwickelte er ein Programm der "Hilfe aus eigener Kraft", das seinem Wesen nach eine außenpolitische Komponente der von den Rechtskräften propagierten Katastrophenpolitik war. Kalckreuth bezeichnete es als heiligste Pflicht des RLB, "zu warnen und einen W e g d e r t i e f s t e n N o t zur Freiheit aus der eigenen Kraft" zu zeigen. Ein solcher Weg habe aber "die völlige Umgestaltung des Reichskabinetts zur Voraussetzung"; denn das bestehende habe den Feldzug des Kompromisses verlo-

1) Vgl. Egelhaaf, a.a.O., S.117.

2) Vgl. ebenda, S.115; Stellungnahme des Reichs-Landbundes zu den Regierungsmaßnahmen, a.a.O., Bl.159.

3) DZA I, RLB, Nr.111, Bl.31 ff.

ren. Die von Kalckreuth geforderte "nationale" Regierung sollte faktisch die Autarkiepolitik und die teilweise Zahlungseinstellung des Reiches als unumgänglichen Dornenweg zur Sanierung der öffentlichen Wirtschaft durchsetzen.¹⁾ G. Paeyna kommentierte diesen Appell des RLB unter der Überschrift "Nur die Besinnung auf die eigene Kraft kann Deutschland retten", wobei er davon ausging, daß die von den kurzfristigen Auslandskrediten erhoffte "Ankurbelung" der Wirtschaft bestenfalls zu einer Scheinblüte führen müßte, die deswegen so gefährlich war, weil sie im Ausland ganz falsche Vorstellungen von der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes erweckte und daher zu einem gefährlichen Hemmschuh einer zielbewußten Revisionspolitik wurde.²⁾ Gleichzeitig verkündete der Pommerische Landbund:

"Marxismus und Börsenliberalismus (d.h. die hinter Brüning stehenden Kreise des Finanzkapitals und die sie tolerierende Sozialdemokratie - K.N.) ...sehen nur das Geld, und wenn es vom Ausland geborgt werden muß. Unter ihrer Herrschaft verkommen die Kräfte, die das Rettungswerk aufbauen müssen. Das darf nimmer sein. **J e t z t** müssen die ans Ruder, die von der ersten Stunde an dieses System bekämpft und die bisher in allem und jedem Recht behalten haben."³⁾

Am 21. Juli beteiligte sich der RLB an einem außenpolitischen Vorstoß der militant profaschistischen Reaktion, der auf die Revision des Versailler Systems zielte. Neben Hugenberg, Mittler, von der Goltz, Seldte und Duesterberg setzten auch die drei Landbundpräsidenten ihre Unterschriften unter ein Telegramm, das an den in London weilenden Reichskanzler gerichtet war und in aller Form zum Ausdruck brachte, daß die "gesamte nationale Opposition" ihrer Einstellung gemäß neue Bindungen, die Frankreich gegenüber eingegangen werden sollten, für sich als nicht rechtsverbindlich ansehen würde.⁴⁾

Am nächsten Tag wandten sich die Präsidenten des RLB mit einem Brief an P. von Hindenburg. Sie erklärten, daß jetzt nicht nur die Erfüllungspolitik, sondern ebenso und noch mehr die gesamte deutsche Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit

1) Vgl. ebenda, Bl.32 f.

2) Vgl. ebenda, Bl.34 ff.

3) "Schluß gemacht!", in: der Pommerische Landbund, Nr.29 v. 18.Juli 1931 (Hervorhebung von mir - K.N.).

4) Vgl. ebenda, Nr.30 v. 25.Juli 1931.

ihren Zusammenbruch erlebten. Unter Bezugnahme auf das an Brüning gerichtete Telegramm sprachen sie die Erwartung aus, daß es im Ergebnis der Finanzverhandlungen gelingen werde, Deutschland eine Atempause zu verschaffen. Diese müsse dazu benutzt werden, um das Steuer der deutschen Politik herumzuwerfen, andernfalls stünde in kürzester Frist eine neue Katastrophe bevor. Die Landbundführer suchten den Reichspräsidenten davon zu überzeugen, daß es dem Reichskanzler auch bei persönlich bestem Willen nicht möglich sein werde, mit den zur Zeit hinter ihm stehenden parteipolitisch gebundenen Kräften eine solche Wendung der Politik herbeizuführen, die notwendig sei, um den eingetretenen Staatskonkurs zu überwinden; und sie forderten Hindenburg auf, nunmehr "unabhängige Männer" zu berufen, die bereit stünden, die Verantwortung für die Regierung und die "Rettung Deutschlands" zu übernehmen. Wörtlich heißt es in dem Schreiben:

"Wertvolle fähige Kräfte stehen bereit, das Werk der Rettung Deutschlands verantwortlich zu übernehmen... Das deutsche Landvolk ruft in dieser schweren Stunde die verfassungsmäßige Einwirkung des Herrn Reichspräsidenten an, um dem deutschen Volke die Führung zu geben, die es befähigt, sein Schicksal zu wenden."¹⁾

Wie ernst es die Landbundpräsidenten mit diesem Appell an Hindenburg meinten, geht daraus hervor, daß sie das Schreiben sogleich den Unterzeichnern des oben erwähnten Telegramms zur Kenntnis gaben, dazu noch Schacht, Reusch, Gessler, Frh. von Lünigk und Hopp, und daß sie ihrer Bereitschaft, den kommenden "starken Mann" als den "Retter Deutschlands" aktiv zu unterstützen, im Begleitschreiben mit folgenden Worten Ausdruck gaben.

"Die Hoffnung aller gesunden Kräfte in Deutschland ist auf die nationalen Führer gerichtet... Wir erwarten als die berufenen Vertreter des Urstandes der Nation, daß die nationalen Führer j e t z t handeln, und versichern, daß das deutsche Landvolk sich hinter d e n stellen wird, der sich s t a r k macht zum Rettungswerk."²⁾

Die intransigenten Junker und die Führungsspitze des von ihnen beherrschten RLB gehörten also zu jenen Kräften der herrschenden Klasse, die am ungeduldigsten die offene Gewalt-

1) DZA I, RLB, Nr. 113, Bl. 43.

2) Ebenda, Bl. 42 (Hervorhebung von mir - K.N.).

herrschaft erstrebten und die der Meinung waren, daß die Bedingungen jetzt dafür herangereift waren. Die Erwartung des Grafen von Kalckreuth, daß M. Schiele noch im Juni aus dem Kabinett ausscheiden und infolgedessen die gesamte Brüning-Regierung zu Fall gebracht werden könnte,¹⁾ erfüllte sich jedoch nicht. So sahen sich die Junker veranlaßt, den Druck auf die Brüning-Regierung zu verstärken und im besonderen den wirtschaftspolitischen Kampf des RLB darauf einzustellen, die dringende Notwendigkeit des Systemwechsels noch "überzeugender" zu begründen. Dabei nutzten sie die Verschärfung der Agrarkrise aus, um der Regierung mangelnde Entschlußkraft hinsichtlich der Verwirklichung agrarprotektionistischer Forderungen anzulasten.

Graf von Kalckreuth wußte sich darauf zu berufen, daß die Landwirtschaft zwischen zwei Mühlsteinen zermahlen würde: der eine seien die Lasten und Zinsen, der andere die Produktionspreise.²⁾ In der Tat gerieten im Gefolge der Finanzkrise, von der die deutsche Wirtschaft im Sommer 1931 erschüttert wurde, auch die stark verschuldeten landwirtschaftlichen Betriebe in eine bedrohliche Lage. Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschungen zufolge hatte die Neuverschuldung der Landwirtschaft am 1. Juli 1931 12,4 Mrd. RM erreicht. Bei einem Zinssatz von 8% überschritt die jährliche Zinsbelastung bereits 1 Mrd. RM; der Anteil der Zinszahlung am Verkaufserlös der Betriebe betrug bereits 14%. Als die Reichsbank auf den Bankkrach sofort mit einer Erhöhung des Diskontsatzes auf 10% und dann noch einmal auf 15% reagierte, hatte dies zur Folge, daß in der Landwirtschaft neue kurzfristige Kredite entweder unerschwinglich wurden oder die ohnehin schon hohe Zinsbelastung unerträglich machten. Die Kreditverknappung beeinträchtigte bereits die Abnahmebereitschaft der Genossenschaften, Mühlen, des Handels usw. Andererseits verstärkten die Gläubiger den Druck auf ihre landwirtschaftlichen Schuldner, sie unter Hinweis auf die neue Ernte zur Rückzahlung von Krediten bzw. zur Bezahlung der Zinsen drängend. Die Schuldner waren dadurch in die

1) Vgl. Schreiben Kalckreuths an H. von Goldacker vom 11. Juni 1931, in: DZA I, RLB, Nr. 14 a, Bl. 58 f.

2) Vgl. DZA I, RLB, Nr. 23, Bl. 88.

Zwangslage gedrängt, die Ernte sofort, und zwar zu niedrigen Preisen zu verkaufen, um ihre hohen finanziellen Verpflichtungen begleichen zu können. In eine solche Situation gerieten vornehmlich bäuerliche Betriebe, deren Lage sich der Vorkriegszeit gegenüber insofern verschlechtert hatte, als ihre Verkaufserlöse um etwa 25% geringer waren, die Zinsbelastung dagegen schon beim Zinssatz von 8% um das Doppelte über dem Niveau des Jahres 1913 lag.

Der RLB organisierte nun eine Selbsthilfe-Bewegung der Landwirtschaft, um der Gefahr der Verschleuderung der neuen Ernte entgegenzuwirken. Dabei ging es ihm offensichtlich darum, primär die Interessen der vorwiegend Getreide produzierenden Junker wahrzunehmen. Kalckreuth empfahl denselben, trotz des Zinsdruckes die Nerven zu behalten und die Situation richtig auszunutzen, um die bestehenden Getreidepreise bis zum Herbst zu halten; denn schließlich seien Vorräte nicht mehr vorhanden und leben müsse die Bevölkerung.¹⁾ Schon Ende Juni hatte der RLB vom Minister H. Schiele vorsorgliche Maßnahmen verlangt, um dem von der Kreditseite ausgehenden Druck auf die Getreidepreise entgegenzuwirken.²⁾ Am 16. Juli trat er erneut an den Minister heran,³⁾ um Maßnahmen zur Abmilderung des auf der Landwirtschaft lastenden Kreditdruckes zu fordern, für deren Verwirklichung Schiele im Reichskabinett "mit größtem Nachdruck" eintreten sollte, vor allem einen Vollstreckungsschutz für Zahlungsverpflichtungen sowie eine bessere Berücksichtigung der Erntesicherung bei der Kreditgewährung seitens der Reichsbank. Außerdem wies der Landbund darauf hin, daß er es als zweckmäßig erachte darauf hinzuwirken, daß Barzahlungen verschiedener Art seitens landwirtschaftlicher Betriebe eingestellt und durch Naturallieferungen ersetzt würden.

Am 21. Juli wandte sich der RLB an P. von Hindenburg, damit er seinen Einfluß als Reichspräsident dahin geltend mache, daß ebenso wie für die Banken auch für die Landwirtschaft durch

1) Vgl. Schreiben Kalckreuths an H. von Goldacker, a.a.O., Bl. 55 ff.

2) Vgl. DZA I, RLB, Nr. 14 a, Bl. 31 ff.

3) Vgl. ebenda, Nr. 111, Bl. 31 ff.

Notverordnung ein Zahlungsaufschub und Vollstreckungsschutz angeordnet werde, da sonst die Folgen für die Volksernährung wie für die Gesamtwirtschaft unübersehbar wären.¹⁾

Von der Prämisse ausgehend, daß die von der Reichsregierung in Aussicht gestellten agrarpolitischen Schritte völlig unzureichend seien, wurde auf der außerordentlichen Sitzung des Bundesvorstandes des RLB am 29. Juli ein Aufruf zur landwirtschaftlichen Selbsthilfe einstimmig angenommen.²⁾ Danach sollte alles aufgeboten werden, um einer Verschleuderung der Ernte entgegenzuwirken und durch Verkaufsenthaltung höhere Preise für Getreide und Vieh zu realisieren. Die Landbünde wurden verpflichtet, die Einhaltung der Verkaufsanweisung des RLB in ihren Gebieten zu überwachen. Die Vorstände der ostelbischen Landbünde entfalteten eine besonders energische Initiative, um die Parole der Verkaufsenthaltung überall durchzusetzen, zumal es dabei in erster Linie um die Getreidepreise ging. Der Brandenburgische und der Schlesische Landbund z.B. wandten sich Anfang August mit konkreten Aufrufen an ihre Mitglieder und forderten sie zur Verwirklichung der vom RLB beschlossenen Maßnahmen auf.³⁾ Unter der Überschrift "Handeln oder Chaos!" schrieb R.von Flemming im "Pommerschen Landbund": "Versagt die Staatshilfe, so muß die Selbsthilfe allein einsetzen, ob man das billigt oder nicht."⁴⁾

Schon am 11. August konnte der Bundesvorstand des RLB in einer einstimmig gefaßten Entschlieung⁵⁾ mit Befriedigung feststellen, daß sein Aufruf zur "Verkaufsdizziplin" in fast allen Teilen des Reiches Zustimmung gefunden habe und von den Landwirten im wesentlichen befolgt werde, und Graf Kalckreuth konnte es schon einen Monat später als Erfolg des RLB verbuchen, daß die Roggen- wie überhaupt die Getreidepreise angezogen hätten.⁶⁾ Bald kam die von M.Schiele eingeleitete "Zins-

1) Vgl. Geschäftsbericht des Brandenburgischen Landbundes für 1931, S.5.

2) ZdRLB, Nr.30 v. 29.Juli 1931; RLB/AWS, Nr.31 v. 1.Aug.1931.

3) Vgl. Geschäftsbericht des Brandenburgischen Landbundes für 1931, S.6; Schlesischer Landbund, Nr.32 v. 6.Aug.1931.

4) Der Pommersche Landbund, Nr.31 v. 1.Aug.1931.

5) DZA I, RLB, Nr.111, Bl.148; ZdRLB, Nr.32 v. 12.Aug.1931.

6) Vgl. DZA I, RLB, Nr.23, Bl.85.

verbilligungsaktion für die Erntebewegung der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse" hinzu, die sich zunächst nur auf die Finanzierung der Getreideernte erstreckte; nachdem die Reichsbank den Diskontsatz von 15% wieder auf 8% herabgesetzt hatte, wurde der Zinssatz für Getreideernte-Kredite zusätzlich um 4% ermäßigt.¹⁾

Ganz offensichtlich kamen diese Ergebnisse der vom RLB organisierten Selbsthilfe-Bewegung vornehmlich den Großagrariern zugute, kaum der Masse der Klein- und Mittelbauern, die auf Sofortverkauf angewiesen oder schwerpunktmäßig auf Veredelungswirtschaft orientiert war. In einem internen Rundschreiben der Landbundzentrale an die Hauptgeschäftsstellen der Landbünde vom 29. September 1931²⁾ wurde bestätigt, daß zwar die Getreidepreise seit ihrem Tiefststand vom 5. August erheblich gestiegen seien, und zwar bei Weizen um 33 M. und bei Roggen um 52 M. je t, aber auf den Viehmärkten durch stärkere Verkaufsenthaltung erst versucht werden müßte, gleichfalls eine Entlastung zu erreichen. Die Landbundzentrale konnte es lediglich bedauern, daß sich die derzeitige Reichsregierung trotz energischer Vorstöße seitens des RLB zu durchgreifenden Taten nicht aufgerafft habe und die Kraft dazu wohl auch nicht mehr aufbringen werde, um "in absehbarer Zeit eine Änderung der trostlosen Verhältnisse bei der Veredelungswirtschaft herbeizuführen."³⁾

Die Junker sahen sich also weder als Landbundführer veranlaßt noch waren sie grundsätzlich bereit, ihre intransigente Haltung der Brüning-Regierung gegenüber aufzugeben. Während sie deren protektionistische Maßnahmen zugunsten der Großagrarien in der Öffentlichkeit mit Stillschweigen übergingen oder bagatellisierten, beklagten sie, indem sie sich auf die wachsende Not der Bauern berufen konnten, den Zusammenbruch der "Landwirtschaft", der unvermeidlich wäre, sofern die Brüning-Regierung wie bisher im Amte bliebe. Auf dem Bundestag des Pfälzer Junglandbundes am 30. August in Neustadt a.d. Haardt prophezeite Graf von Kalkreuth nicht von ungefähr:

1) Vgl. W. Weber, Chronik der deutschen Agrarpolitik 1914 - 1933, a.a.O., S. 123.

2) Vgl. DZA I, RLB, Nr. 111, Bl. 22 ff.

3) Ebenda, Bl. 23.

Wenn im Laufe dieses Herbstes eine entschlossene Regierung nicht zustande komme, dann sähe er den Zusammenbruch im Laufe dieses Winters vor Augen.¹⁾

Als sich im Brüning-Kabinett mit dem Rücktritt des Außenministers Curtius die ersten Risse abzeichneten²⁾ und im Lager der rechtsradikalen "nationalen" Opposition die Vorbereitungen zur Zusammenfassung der profaschistischen Kräfte in der Harzburger Front anliefen,³⁾ verstärkten die Landbundführer ihre Anstrengungen, um einen entsprechenden Beitrag zu leisten und auf dem Lande eine junkerlich-bürgerliche Einheitsfront gegen die Brüning-Regierung zu formieren.

Diese Bemühungen wurden dadurch begünstigt, daß die Opposition gegen Brüning wuchs und in zunehmendem Maße auch Kreise erfaßte, die seine Regierung bislang unterstützt hatten. Das kam z.B. in einer politischen Umorientierung der Führungsspitze der Landvolkpartei zum Ausdruck. Der oberschlesische Rittergutsbesitzer Wolfgang von Hauenschild-Tscheidt, der an Stelle des verstorbenen Ernst Höfer auf dem Parteitag der Landvolkpartei im August 1931 zum neuen Parteiführer gewählt wurde,⁴⁾ erklärte in seiner Programmrede, daß das Landvolk oder richtiger die Landvolkpartei, die es bisher leider getan habe, nicht einer Reichsregierung folgen könne, die sich in Abhängigkeit von der jetzigen Preußenpolitik befände, und er forderte, als er sich der Presse vorstellte, die Bildung eines neuen Reichskabinetts, das sich in stärkstem Maße auf die "nationalen Kräfte" stütze. Die Landbundführung hielt diese Erklärung für beachtenswert und besonders aktuell,⁵⁾ weil

1. die Führung der Landvolkpartei damit zum ersten Male die

1) Vgl. Deutsche Wacht, Nr. 37 v. 12. Sept. 1931.

2) Vgl. "Die innenpolitische Situation gerät in Bewegung", in: Deutsche Führerbriefe, Nr. 71 v. 11. Sept. 1931.

3) Auf dem 10. Reichsparteitag der DNVP in Stettin kündigte A. Eugenbergs am 20. September in seiner Rede zur Innenpolitik die Bildung der "Harzburger Front" mit der Bemerkung an: "Vor dem Reichstagsbeginn, denke ich, wird aus gemeinsamer Tagung ein Weckruf erschallen." Eugenbergs innenpolitisches Programm. a. a. O., S. 19.

4) Siehe Anm. 3 auf S. 206 der vorliegenden Arbeit. Vgl. auch DZA I, RMDI, IAN, Nr. 26145, Bl. 3 ff.

5) Vgl. "Führungswende", in: Grüne Wochenschau des RLB, Nr. 39 v. 3. Okt. 1931; Rede Kalckreuths vor dem Bundesvorstand des RLB am 6. Okt. 1931, in: DZA I, RLB, Nr. 145, Bl. 51 ff.

Auffassung des RLB teilte, daß die gegenwärtige Reichsregierung die Gesundung der deutschen Wirtschaft und die "Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit" nicht gewährleisten könne; 2. die Landvolkpartei zahlenmäßig die Entscheidung darüber in den Händen hielte, ob Brüning weiterhin die Möglichkeit hätte, im Reichstag mit der Sozialdemokratie gegen die "nationale" Opposition zu regieren; 3. diese Stellungnahme der "Schlüssel zur Gesamtfrage" werden (d.h. zu einer Verlagerung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der militant profaschistischen Reaktion führen - K.K.) könnte, dies umso mehr, als Kalckreuth gleiche Tendenzen in beträchtlichem Umfang auch im Zentrum feststellen zu können glaubte.¹⁾

Die Führungsspitze des RLB nutzte diese Bedingungen, um die Grüne Front nach längerer Pause wieder zu aktivieren und nunmehr direkt gegen die Brüning-Regierung ins Feld zu führen. Am 5. September erschienen die Repräsentanten der Grünen Front beim Reichskanzler, um ihm, wie Kalckreuth berichtete,²⁾ "vielleicht zum letzten Male" zu sagen, hier sei noch einmal die Möglichkeit, "die Versprechen, auch für die Bauernschaft etwas zu tun, einzulösen."³⁾ Um diese Forderung sei es beim Reichskanzler zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen. Verbände, die bisher zur Regierung gehalten hatten, stellten sich nun mit dem Landbund gegen sie. Bei den deutschen Bauernvereinen herrsche die Auffassung, daß, wenn in den allernächsten Tagen und Wochen nichts Durchgreifendes geschähe, jede Hoffnung auf die Regierung Brüning vergeblich sei. "Wir werden dann", erklärte Kalckreuth, "eine geschlossene Front gegen die Regierung Brüning."⁴⁾

Die Beispiele zeigen, wie weit die Vertrauenskrise um Brüning, bedingt durch die Verschärfung der Wirtschafts- und Agrarkrise, um sich griff und auch auf dem Lande die ver-

1) Kalckreuth berief sich dabei auf A.Hermes und F.von Papen, die sich über das Reichskabinett sehr ablehnend ausgesprochen hätten.

2) Vgl. Protokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Kreislandbundes Liegnitz am 11. September 1931, in: DZA I, RLB, Nr.23, Bl.84 ff.

3) Ebenda, Bl.85 u. 90 f.

4) Ebenda, Bl.86 u. 91.

schiedenen politischen Fraktionen näher zusammenrücken ließ. Im September und Anfang Oktober verstärkten repräsentative Kräfte des Monopolkapitals und des Junkertums, die im Staate auf ein "Herumlegen des Steuers" drängten,¹⁾ ihren Druck auf die Regierung. In der Unternehmerkorrespondenz "Deutsche Führerbriefe" hieß es, daß der Kanzler doch Verständnis dafür haben müsse, daß die Wirtschaft, die ein halbes Jahr seit dem Auseinandergehen des Reichstages auf Taten gewartet habe, "nun i h r e r s e i t s auf einen k l a r e n u n d e n t s c h e i d e n d e n K u r s drängt."²⁾ Da aber ein solcher Kurs die Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ausschloß, wurde die Bereitschaft Brüning's, sich bei einer Umbesetzung seiner Regierung von beiden zu trennen, zum bestimmenden Kriterium dafür, wie sich Monopolkapitalisten und Junker einem neuen Brüningkabinett gegenüber einstellen würden.

Der Standpunkt des RLB zur bevorstehenden Umbildung des Reichskabinetts ergab sich folgerichtig aus seiner grundsätzlich antirepublikanischen Einstellung und seiner bisherigen profaschistischen Entwicklung unter der Ägide der intransigenten Junker. Letztere waren prinzipiell nicht bereit, eine Regierungsumbildung im Rahmen des Weimarer Systems zu akzeptieren; sie erstrebten den grundsätzlichen "Systemwechsel", die "Führungswende". In der landbundinternen "Grünen Wochenschau" wurde mit allem Nachdruck betont, "daß eine Umbildung des Reichskabinetts nur dann ihren Sinn erfüllt, wenn sie den Kräften der nationalen Opposition m a ß g e b l i c h e n E i n f l u ß verschafft", und daß ohne eine solche v ö l l i g e U m g e s t a l t u n g der Reichsregierung...ein Kurswechsel nicht zu erhoffen ist."³⁾ Graf von Kalkreuth

- 1) Der geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes z.B. richtete am 5.Sept. an P.von Hindenburg ein Schreiben, in welchem er versicherte: Das "nationale Deutschland" würde einmütig zum Reichspräsidenten stehen, wenn er sich entschliesse, in der Todesnot des deutschen Volkes "das Steuer herumzulegen." Deutsche Zeitung, Nr.226 a v.26.Sept.1931, Vgl. auch W.Ruge, a.a.O., S.409 ff.
- 2) "Vertrauenskrise um Brüning", in: Deutsche Führerbriefe, Nr.77 v. 2.Okt.1931.
- 3) "Führungswende", a.a.O. (Hervorhebung von mir - K.N.).

hatte schon in der erwähnten Landbundversammlung in Liegnitz in bemerkenswerter Offenheit angedeutet, daß die vom RLB geforderte "nationale" Regierung ihrem Wesen nach eine faschistische Diktatur sein müßte, die sich terroristischer Herrschaftsmethoden bedienen und unter der das Volk schwer zu leiden haben würde. Wörtlich führte er aus:

"Die Regierung, die das deutsche Volk wieder emporführen will, muß eine harte Regierung sein, unter der das ganze Volk seufzen wird, denn die Sünden von 10 Jahren Geldverschwendung sind nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen."¹⁾

Auf seiner Sitzung am 6. Oktober legte der Bundesvorstand die Haltung des RLB zur bevorstehenden Regierungsumbildung offiziell fest. In seinem Referat über die agrarpolitische Lage²⁾ ging Kalckreuth davon aus, daß seitens der Regierung nichts geschehen sei, um der Lage der Landwirtschaft, die sich inzwischen verschärft habe, Rechnung zu tragen. Eingaben des RLB würden nicht berücksichtigt. Durch irgendwelche Einzelmaßnahmen - auch durch die geplante Umbildung des Kabinetts - könne Hilfe nicht mehr gebracht werden, sondern nur noch durch eine grundsätzliche Umstellung. In der vom Bundesvorstand angenommenen Entschließung wurde daraus als politische Konsequenz abgeleitet, daß die Landwirtschaft "von der Regierung Brüning nichts mehr zu erwarten" habe und "daher den Rücktritt des Gesamtkabinetts fordern" müsse.³⁾ Der RLB erhob diese Forderung offenbar schon unter dem Aspekt der Vorbereitung der Harzburger Tagung; sie war also ein Ausdruck der Bestrebungen der militant profaschistischen Kräfte zur unverzüglichen Ablösung des Brüningkabinetts durch eine absolut autoritäre Regierung der "nationalen" Opposition.

Um seiner Forderung nach einer völligen Umgestaltung der Reichsregierung Rückhalt zu verschaffen und Nachdruck zu verleihen, beschloß der Bundesvorstand gleichzeitig, die landwirtschaftliche Selbsthilfe-Bewegung unter neuen Zielstellungen weiterzuführen. Bei der ideologischen Begründung der Aktion ging die Landbundführung von folgenden Prämissen aus:⁴⁾

1) Protokoll..., a.a.O., Bl.92.

2) Vgl. DZA I, RLB, Nr.145, Bl.51 ff.

3) Ebenda, Bl.56.

4) Vgl. ebenda, Nr.226, Bl.109.

Die Bemühungen des RLB, die Reichsregierung in agrarpolitischen Fragen auf einen anderen Weg zu bringen, seien erfolglos geblieben. Anträge an diese Regierung zu stellen, seien deshalb nutzlos. Es bliebe infolgedessen nichts anderes übrig, als bis zur Änderung der Dinge zur Selbsthilfe zu greifen. Nachdem die Maßnahmen bezüglich der Getreideverwertung einen großen Erfolg gezeitigt hatten, der in internen Erklärungen selbst von den ostelbischen Großagrariern anerkannt wurde, sollten die Landbünde die Selbsthilfe nunmehr fortsetzen, um Steuer- und Zinszahlungen in der geforderten Höhe zu verweigern und einen Vollstreckungsschutz durchzusetzen. Die neue Etappe der vom RLB organisierten Selbsthilfe-Bewegung wurde verabredungsgemäß vom Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbund eingeleitet. Dessen Vorsitzender Tönnsen-Schalby berichtete dem Bundesvorstand,¹⁾ wie in seinem Bereich die landwirtschaftliche Selbsthilfe organisiert werde. Für den 10. Oktober habe der Landbund alle Landwirte, Handel- und Gewerbetreibenden in allen Dörfern einberufen, um dort in feierlicher Form ihren Zusammenschluß zu bekräftigen und eine vorbereitete Kundgebung²⁾ anzunehmen. In ihr wurde die Reichsregierung angeklagt, das Vaterland politisch, wirtschaftlich und kulturell in den völligen Zusammenbruch geführt zu haben, und deshalb ihr Rücktritt gefordert. Zugleich wurde verkündet, daß, nachdem alle Notforderungen des Landbundes unerfüllt geblieben seien, das Landvolk der "Nordmark" nunmehr die Selbsthilfe in die Hand nehme und überall die "untrennbare Schicksals- und Dorfgemeinschaft" bilde. Aus dieser Gemeinschaft - geboren aus Not und Verzweiflung - solle die Macht erwachsen, die den Untergang des gesamten Bauernstandes und damit von Volk und Staat verhindere. Tönnsen erläuterte, daß alle anwesenden "Dorfgenossen" angehalten werden sollten, sich durch Unterschrift und das Treuegelöbnis zur Schicksalsgemeinschaft zu bekennen, die auf der Grundlage "schärfster Disziplin zwischen Führer und Gefolgschaft"³⁾ funktionieren und nur denjenigen Schutz gewähren würde, die in ihren Reihen stünden. Der RLB solle dahin wirken, daß

1) Vgl. ebenda, Nr. 145, Bl. 56 ff.

2) Vgl. ebenda, Bl. 60.

3) Vgl. ebenda, Bl. 64 f.

in allen anderen Bezirken in gleicher oder ähnlicher Weise der Zusammenschluß zur Selbsthilfe organisiert werde, damit, wie Tönnsen betonte, der Landbund gerüstet sei, wenn die Entscheidungen fielen. Der Bundesvorstand übernahm diese Forderung in eine EntschlieÙung, in der er seinen Organisationen empfahl, die Untragbarkeit der derzeitigen Zinssätze nachzuweisen und ihre Zahlung seitens der Landwirtschaft abzulehnen, und er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß in dieser Frage "stärkste Geschlossenheit der Landbundmitglieder erreicht" werde.

Brüning suchte dem Druck von rechts Rechnung zu tragen, indem er zunächst am 6. Oktober mit der dritten Notverordnung "zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen"²⁾ die dringendsten Forderungen der Monopolherren erfüllte und der Landwirtschaft in Aussicht stellte, ihre außerordentliche Lage im Außenhandel und in der Devisenwirtschaft sowie bei der Gestaltung des Zinssatzes zu berücksichtigen, und darüber hinaus am 9. Oktober sein Kabinett auf einigen Posten umbildete.³⁾ Der Eintritt des Vorstandsmitgliedes der IG-Farben, H. Warmbold, in die Regierung und die Vereinigung des Reichswehr- und des Innenministeriums in der Person des Generals W. Groener waren die wichtigsten Merkmale der Kabinettsumbildung. Darin vor allem, aber auch in der Tatsache, daß die zweite Präsidialregierung Brüning unter dem Druck von rechts gebildet wurde, kam der fortschreitende Faschisierungsprozeß zum Ausdruck.

Dennoch sagte der RLB, ebenso wie die anderen rechtsradikalen Parteien und Verbände und die hinter ihnen stehenden Monopolherren und Junker, auch der Regierung "BrüningII" von Anfang an und in aller Öffentlichkeit den schärfsten Kampf an, zumal die Regierungsumbildung den deutschnational-faschistischen Kräften den vom RLB geforderten maßgeblichen Einfluß im Reichskabinett noch nicht gebracht,⁴⁾ folglich auch nur

1) Ebenda, Nr.23, Bl.107. Vgl. auch ebenda, Nr.226, Bl.109.

2) Vgl. RGBl.I, 1931, S.538 ff.; W.Weber, Chronik..., a.a.O., S.124.

3) Vgl. W.Ruge, a.a.O., S.416 f.

4) Am 7. November ernannte Brüning den Rittergutsbesitzer Hans Schlange-Schöningen zum Osthilfekommissar (vgl. H. Denecke, a.a.O., S.164 ff.). Schlange war jedoch ein Repräsentant des taktisch beweglicheren, reformbereiten

zu einem Personenwechsel, aber keineswegs zu einem "Systemwechsel" geführt hatte¹⁾ und schließlich nicht von einer absoluten Absage an die Sozialdemokratie ausgegangen oder begleitet war.

Die erste große Gelegenheit, die Kampfansage an die Brüning-Regierung öffentlich zu erneuern, ergab sich für den RLB auf der Harzburger Tagung der extremen Reaktion am 11. und 12. Oktober 1931, auf der er offiziell durch sein Präsidium sowie durch die Vorsitzenden der Provinzial-Landbünde vertreten war. Die Junker hielten eine derartig organisierte, starke Beteiligung des RLB an diesem Treffen als eine Selbstverständlichkeit, die sie daraus ableiteten, daß erstens der Bundesvorstand seit seiner ersten Sitzung nach der Septemberwahl 1930 jede Gelegenheit genutzt hatte, "um in aller Öffentlichkeit zu fordern, daß an Stelle des in Deutschland herrschenden Systems...eine Regierung unabhängiger, willensstarker, tatbereiter nationaler Führer berufen würde",²⁾ und zweitens der RLB schon während der Volksentscheid-Kampagne gegen die Preußen-Regierung jede Möglichkeit zur Zusammenfassung der Ultras aktiv unterstützt hatte. Gerade der RLB, der bei jeder Gelegenheit seine parteipolitische "Neutralität" herausstellte, betrachtete es als eine seiner wichtigsten Aufgaben, als einigende Klammer zu wirken und die machtpolitischen Konkurrenzkämpfe im Lager der extremen Reaktion - im besonderen auf dem Lande - um des gemeinsamen Zieles wegen zurückzudrängen; und so sahen die Junker in der Bildung der "Harzburger Front" nicht ohne Genugtuung die Krönung auch i h r e r bisherigen Bemühungen um die Zusammenfassung aller Gruppierungen der profaschistischen "nationalen" Opposition zu einer geschlossenen Front.

Auf der Harzburger Tagung wurde vor allem der sofortige Rücktritt der Regierung Brüning und Braun sowie die Neuwahl der

Flügels der Großgrundbesitzer. Nachdem sich die neue Führung der Landvolkpartei auf die politische Position des RLB und damit gegen die Brüning-Regierung gestellt hatte, besaßen die Minister Schiele und Schlange in der Landvolkpartei ebenso wenig Rückhalt wie im RLB.

1) Vgl. Geschäftsbericht des RLB für 1931, a.a.O.

2) Geschäftsbericht des Brandenburgischen Landbundes für 1931, S.8.

"überalterten" Parlamente im Reich und in Preußen gefordert. Die hier versammelte "Elite der extremen Reaktion"¹⁾ proklamierte ihre Bereitschaft, im Reich und in Preußen in "nationalgeführten Regierungen die Verantwortung zu übernehmen,... um das Land vor dem Chaos des Bolschewismus zu bewahren."²⁾ Hindenburg wurde beschworen, in letzter Stunde durch Berufung einer entsprechenden Regierung den "rettenden Kurswechsel" herbeizuführen. Graf von Kalkreuth, der als einer der Hauptredner auftrat, erklärte, daß der RLB durch seine Teilnahme an dieser Tagung die Erkenntnis unterstreichen wolle, daß Deutschland in seiner politisch und wirtschaftlich fast hoffnungslos zerrütteten Lage nur noch gerettet werden könne, wenn in letzter Minute eine Regierung die Zügel ergreife, die sich auf die immer stärker, zielklarer und geschlossener auftretende "nationale Bewegung" stütze. Er bekräftigte die Stoßrichtung und das Ziel der Harzburger Front, indem er aus der Sicht der intransigenten Junker erklärte:

"Die deutsche Not fordert, daß endlich mit der Politik des Lavierens und der halben Maßnahmen aufgeräumt wird. Die Umbildung des Kabinetts Brüning bietet keine Hoffnung für die notwendige sofortige Hilfe. Nur auf die Macht der nationalen Bewegung gestützt, wird in Zukunft in Deutschland mit Erfolg regiert und die deutsche Landwirtschaft gerettet werden können."³⁾

Obwohl die Harzburger Front von Anfang an durch Interessengegensätze, vor allem durch den totalen Führungsanspruch der Nazipartei, belastet und zerrissen wurde,⁴⁾ signalisierte ihr Zustandekommen doch ein weiteres Anwachsen der faschistischen Gefahr. Sie kam - von der offenen Sammlung der Ultras abgesehen - vor allem auch darin zum Ausdruck, daß sich weitere

1) Vgl. W.Ruge, a.a.O., S.418.

2) Vgl. Schulthess, a.a.O., S.225.

3) Landwirtschaftsverband Ostpreußen, Nr.42 v. 17.Okt.1931.

4) Vgl. DZA I, RmdI, IAN, Nr.25952 (passim); W.Ruge, a.a.O., S.418. Auf der anderen Seite waren viele deutschnationale Junker nach wie vor davon überzeugt, daß die Führung einer "nationalen" Regierung Hugenberg und seiner Partei zukäme, z.B. - aus schon erwähnten Gründen - der Graf von Arnim-Boitzenburg. Er, der die Neubildung des Brüningkabinetts auch nur als "eine zeitraubende Zwischenlösung" betrachtete, schrieb ausgerechnet am 11. Oktober an den Erbkaiser Wilhelm II: "Hoffentlich ist der Augenblick nicht mehr fern, wo Hugenberg die Führung im Reich übernimmt." K.Gossweiler/A.Schlicht, a.a.O., S.660.

Kreise des deutschen Monopolkapitals von Brüning und dem Zentrum als dem politischen Träger des eingeleiteten Faschisierungskurses abwandten und auf die deutschnational-faschistische "nationale" Opposition umorientierten, die auf die beschleunigte Errichtung der offenen Gewaltherrschaft drängte. In der Unternehmerkorrespondenz "Deutsche Führerbriefe" wurde im Kommentar zur Harzburger Tagung schwerwiegend vermerkt, daß sie die "Möglichkeit zu entscheidenden Wendungen in der deutschen Politik der nächsten Zeit wie auf längere Sicht" eröffnet habe.¹⁾ Zugleich wurde angedeutet, daß die Bedingungen für eine sofortige Machtübernahme durch die militanten Kräfte noch nicht günstig seien.²⁾ In ihren Reihen selbst sei man sich darüber klar, "daß eine Übernahme der Regierung jetzt sofort die größte Gefahr für die nationale Opposition selbst bedeuten muß, wenn sie versagt. Trotzdem wird dieser Schritt", so heißt es in dem Kommentar, "wenn nicht jetzt, dann in einigen Monaten gewagt werden müssen."³⁾ Augenscheinlich auf die sich abzeichnende Umorientierung führender Wirtschaftskreise vertrauend, wertete die Nazi-Landpost die Harzburger Tagung als einen "Meilenstein auf dem Weg zum Dritten Reich der Nationalsozialisten."⁴⁾

Die Harzburger Tagung war nicht zufällig unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstages durchgeführt worden. Obwohl sich die extrem reaktionären Parteien und Verbände dort über ein gemeinsames Vorgehen im Reichstag geeinigt hatten,⁵⁾ wurde ihr Ziel, die Brüning-Regierung sofort zu stürzen, nicht erreicht. Allerdings wurde der von Deutschnationalen und Nazis eingebrachte Mißtrauensantrag gegen Brüning nur durch eine knappe Mehrheit von 295:275 Stimmen abgelehnt; das Kräf-

1) "Harzburg", in: Deutsche Führerbriefe, Nr.80 v.13.10.1931.

2) Offensichtlich handelte es sich dabei vor allem darum, daß sich ein Ende der Wirtschaftskrise noch nicht abzeichnete, folglich auch noch nicht die Aussicht bestand, mit ihren Auswirkungen in kurzer Frist fertig zu werden.

3) "Harzburg", a.a.O. (Hervorhebung von mir - K.W.).

4) NS-Landpost, Folge 7 v. 18.Okt.1931.

5) A.Wendhausen versicherte schon am 8. Oktober vor dem Gesamtvorstand des Landbundes Mecklenburg-Schwerin: "Wir selbst werden am 13.Oktober in den Reichstag hineingehen, aber lediglich, um den Versuch zu machen, auf legale Weise dieses System zu Fall zu bringen." DZA I, RLB, Nr.226, Bl.108.

teverhältnis hatte sich also inzwischen zugunsten der Harzburger Front verschoben, zumal nun auch die Vertreter der Landvolkpartei (außer Schlange-Schöningen) und ein großer Teil der DVP gegen Brüning stimmten.¹⁾ Nachdem die "nationale" Opposition erneut aus dem Parlament ausgezogen war und der Reichstag auf weitere vier Monate vertagt wurde, konnte die Notverordnungsdiktatur der Präsidialregierung Brüning wieder ungestört funktionieren.

Der RLB zog aus dem Ergebnis der Reichstags Sitzung die Schlußfolgerung, seinen Kampf gegen die Brüning-Regierung im Sinne der Harzburger Tagung unvermindert fortzusetzen, wobei er sich auf die unveränderte Stellung des Kabinetts zur Landwirtschaft berief. In offiziellen Landbund-Erklärungen jener Tage wurde die agrarpolitische Bilanz der ersten Brüning-Regierung völlig negativ gewertet und in der Behauptung zusammengefaßt, daß die in der Regierungserklärung vom 1. April 1930 gegebenen Versprechungen in allen entscheidenden Punkten, auch die Zusagen für den Osten, unerfüllt geblieben seien, und daß die Programmklärung der Regierung "Brüning II" vom 13. Oktober 1931 gleichfalls eine Kette von Versprechungen und "daneben manche bedenkliche Auslassung" enthielte.²⁾ Die vom Grafen Kalckreuth auf der Sitzung des Bundesvorstandes des RLB am 10. November proklamierte Weiterführung des schärfsten Kampfes gegen die Brüning-Regierung³⁾ fand vor allem ihren Ausdruck: 1. im Boykott des vom Hindenburg am 21. Oktober ernannten Wirtschaftsbeirates, 2. in der Fortführung und Intensivierung der vom Landbund organisierten Selbsthilfeaktion der Landwirtschaft und 3. in der Verschärfung und Zuspitzung der Kritik an den agrarpolitischen Maßnahmen des zweiten Brüningkabinetts.

Der RLB kommentierte die Berufung des Wirtschaftsbeirates vom Standpunkt der intransigenten Junker. Nach seiner Auffassung konnten nicht Beiräte und Sachverständigengutachten, sondern nur die entscheidende Wendung in der politischen Füh-

1) Vgl. Egelhaaf, a.a.O., S.144 f.; K.D.Bracher, a.a.O., S.419 ff.

2) Vgl. "Landwirtschaft, Brüning I und Brüning II", in: RLB/ANS, Nr.42 v.17.10.1931; "Brüning II", ebenda, Nr.43 v.24.10.1931.

3) Vgl. DZA I, RLB, Nr.145, Bl.28 ff.

rung die Wirtschaft retten. Außerdem kritisierte er die Zusammensetzung dieses Gremiums, in welchem die Industrie doppelt so stark vertreten sei wie die Landwirtschaft.¹⁾ Schließlich stießen auch die im Wirtschaftsbeirat vorgetragene Pläne, die sich auf der Grundlage der Forderungen der Industriekapitäne bewegten,²⁾ vor allem eine Senkung der Preise um 20%, auf den Widerstand des Landbundes. Kalckreuth erklärte dazu vor dem Bundesvorstand: "Natürlich stehen diese Pläne im schärfsten Gegensatz zu unserer eigenen Auffassung und zu den einzigen Möglichkeiten, auf denen wir überhaupt zur Rettung gelangen können."³⁾ Am 19. November schieden dann auch die Vertreter der Landwirtschaft aus dem Beirat aus, weil sie, wie es beim RLB hieß, die Erfolglosigkeit aller Bemühungen erkannten, entscheidende Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft zu erreichen.⁴⁾

Vom Beschluß ausgehend, den der Bundesvorstand am 6. Oktober gefaßt hatte, wurde nach dem Beispiel des Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbundes auch von den anderen Landbünden der "Selbsthilfe-Kampf der Landwirtschaft" forciert. Der Pommerische Landbund versandte in großem Umfang Aufforderungen an die Landbevölkerung zur Bildung von Not- und Schicksalsgemeinschaften.⁵⁾ Der Schlesische Landbund übermittelte seinen Kreisverbänden am 20. Oktober eine Anweisung, die unter der Losung: "Kein Mensch kann uns auf legalem Wege unsere Betriebsmittel nehmen!" Richtlinien für Landwirte hinsichtlich ihrer Zahlungsverpflichtungen enthielt.⁶⁾ Der Kreisführertag des Landwirtschaftsverbandes Ostpreußen beschloß am 23. Oktober ähnliche Richtlinien für seine Mitglieder, die von dem Postulat ausgingen: "Die Landwirtschaft der Provinz Ostpreußen, als Gesamtheit genommen, ist am Ende ihrer Kraft und zahlungsunfähig."⁷⁾ Sie wurden in Form eines Schreibens, das die Unterschriften des 1. Vorsitzenden, von Strüvy, und aller Kreis-

1) Vgl. "Brüning II", a.a.O.

2) Vgl. W.Ruge, a.a.O., S.412 f.

3) Es handelte sich um die Auffassung, daß die Sicherung hoher Preise der Weg zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft wäre.

4) Vgl. Geschäftsbericht des RLB für 1931, a.a.O., S.

5) Vgl. DZA II, Rep.87 B, Nr.20609, Bl.61.

6) Vgl. DZA I, RLB, Nr.23, Bl.105 ff.

7) Landwirtschaftsverband Ostpreußen, Nr.44 v. 31.Okt.1931.

fürher des Landwirtschaftsverbandes trug, auch P. von Hindenburg überreicht. Auch die Landbünde Grenzmark, Oberschlesien, Brandenburg, Provinz Sachsen, Hannover u.a. entwickelten Initiativen in dieser Richtung. Auf der Sitzung des Bundesvorstandes am 10. November, auf der erneut zur Selbsthilfe Stellung genommen wurde, konstatierte Präsident A. Bethge diese Bewegung mit Genugtuung, und er forderte dazu auf, sie "mit allen Mitteln vorzutreiben"; denn, so rief er aus, "hier hilft kein Mundspitzen mehr, hier muß gepfiffen werden!"¹⁾ In einer Entschliebung zur agrarpolitischen Lage brachte der Bundesvorstand dieser "sich aus dem Zusammenbruch entwickelnden Bewegung nicht nur volles Verständnis" entgegen, sondern er billigte sie auch ausdrücklich und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß "der einheitliche Wille und die innere Geschlossenheit...zum Erfolge führen" müsse.²⁾

Indem die Landbundführer den organisierten Selbsthilfe-Kampf forcierten, verfolgten sie verschiedene Ziele zugleich, sowohl ökonomische als auch politische. Nach wie vor war es zunächst ihre wirtschaftspolitische Absicht, die im Amt verbliebene Brüning-Regierung unter permanentem Druck zu halten und sie zu weiteren agrarprotektionistischen Maßnahmen zu veranlassen, die in erster Linie den Großagrariern das Überdauern der Wirtschaftskrise auf Kosten der werktätigen Massen gestattete. Historische Quellen zeugen jedoch davon, daß dieser Kampf des Landbundes nach außen hin zwar um vordergründige wirtschaftspolitische Ziele und mit entsprechenden Mitteln und Methoden geführt wurde, in Wirklichkeit aber primär politisch motiviert, dem strategischen politischen Ziel der Junker absolut untergeordnet war. Graf von Kielmannsegg bekannte am 10. November vor dem Bundesvorstand, daß in den Dörfern Schleswig-Holsteins Notgemeinschaften gebildet wurden, um der Anziehungskraft des Bauernhilfsprogramms auf die werktätigen Bauern entgegenzuwirken, ihre zunehmende politische Radikalisierung aufzufangen und sie in die politischen Bahnen des Landbundes zu leiten.³⁾ Letzteres bedeutete, die

1) DZA I, RLB, Nr.145, Bl.30.

2) Ebenda, Bl.46.

3) Vgl. S.236 f. der vorliegenden Arbeit.

Bauern im Sinne der Landbund-Ziele noch stärker mit der Staatsmacht, vor allem mit der sozialdemokratisch geführten Preußenregierung zu konfrontieren, einerseits die staatlichen Behörden bzw. die Sozialdemokratie zum Vorgehen gegen bäuerliche Selbsthilfeaktionen zu provozieren¹⁾ und allgemein als "landwirtschaftsfeindlich" bloßzustellen, andererseits für den angestrebten politischen Systemwechsel auszunutzen. Graf von Kalkreuth bestätigte und bekräftigte diese reaktionäre politische Stoßrichtung der von den Junkern inspirierten landwirtschaftlichen "Selbsthilfe"-Bewegung, indem er vor dem Bundesvorstand es als die Pflicht des RLB bezeichnete, seine "Arbeit draußen fortzusetzen und im Lande die Situation zu schaffen, die wirklich zu einem energischen Anpacken der Lage zwingt."²⁾ Auf der Tagung der "Notgemeinschaftsführer" des Landbundes Mecklenburg-Schwerin am 14. November in Güstrow bekannte Tönnsen-Schalby, als er dort schleswig-holsteinische Erfahrungen vermittelte,³⁾ freimütig und ebenso eindeutig, daß der Kampf der Landwirte und Bauern "nicht mehr eine wirtschaftliche Frage, sondern eine politische Frage höchsten Ausmaßes" sei und "bis zum endgültigen Siege" geführt werde.⁴⁾ Er sprach vom Kampf gegen ein undeutliches System und von der "Wiedergeburt", die vom Lande kommen müsse, um das fortzuführen, wofür die Kameraden gefallen seien. Wenn sich die Führer der "nationalen" Opposition bisher nicht durchsetzen konnten, erklärte Tönnsen, dann nur, "weil sie nicht genügend hinter sich hatten." Ergo müsse "ein großer Block" geschaffen werden, und zwar schnell; denn es ginge nur um Wochen und Monate. Keiner dürfe in der Etappe

-
- 1) Im Preußischen Landtag z.B. brachte die sozialdemokratische Fraktion, indem sie sich auf Anforderungen des Pommerschen Landbundes zur Bildung von "Not- und Schicksalsgemeinschaften" auf dem Lande bezog, am 29. Dezember 1931 folgenden Antrag ein: "Das Staatsministerium wird ersucht, den Terror des Landbundes mit allen Mitteln zu bekämpfen; insbesondere ist die Bereitstellung von Mitteln für genossenschaftliche Zwecke... zu prüfen und dort zu versagen, wo genossenschaftliche Einrichtungen zur Durchführung von Terrorbestrebungen des Landbundes mißbraucht werden." DZA II, Rep. 87 B, Nr. 20609, Bl. 61.
- 2) DZA I, RLB, Nr. 145, Bl. 34 (Hervorhebung von mir - K.W.).
- 3) Vgl. DZA I, RLB, Nr. 226, Bl. 142 f.
- 4) Vgl. ebenda, Bl. 142.

bleiben, alles müsse sich "andrängen, in die erste Frontlinie hineinzukommen, weil es jetzt...zum endgültigen letzten Kampfe" ginge. Eine solche Frontlinie zu schaffen, bemühe sich der Schleswig-Holsteinische Landbund bereits, wie Tönnsen versicherte, "in tadelloser Zusammenarbeit" mit der nationalen Opposition (Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Stahlhelm), mit den verschiedenen Berufsständen (Handwerk, Gewerbe), "auch mit Genossenschaften, mit den heimischen Banken und mit der Kirche."¹⁾

Die vom RLB im Herbst 1931 organisierte "Selbsthilfe"-Bewegung auf dem Lande nahm also in der Strategie und Taktik der Junker und Großgrundbesitzer einen hohen politischen Stellenwert ein. Sie war ein Mißbrauch echter bäuerlicher Selbsthilfebestrebungen für reaktionäre politische Zwecke, ihre Umfunktionierung durch die militant profaschistische Reaktion, ein Ausdruck des zunehmenden Faschisierungsprozesses auf dem Lande. Ihre organisatorische Form, die allerorts angestrebte "Dorf- und Schicksalsgemeinschaft", war ihrem Wesen nach eine junkerlich-bürgerliche Einheitsfront, eine Komponente der Harzburger Front auf dem Lande. Es war das erklärte Ziel dieser Bewegung, die kleinbürgerlich-chauvinistische Massenbasis und Stimmungskulisse für eben jene Situation zu schaffen, die nach Kalckreuths Worten zum "energischen Anpacken der Lage" zwingen, d.h. den beschleunigten Machtwechsel zugunsten der ultrareaktionären Kräfte auf scheinlegalem Wege ermöglichen sollte.

Als erste bedeutende agrarpolitische Maßnahme der zweiten Brüning-Regierung, die vom neugebildeten Reichskommissariat für die Osthilfe vorbereitet worden war, erschien die Notverordnung des Reichspräsidenten "zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet" vom 17. November 1931.²⁾ Ihr zufolge wurde ein Sicherungsverfahren eingeführt, verbunden mit einem Vollstreckungsschutz und der Möglichkeit einer Herabsetzung von Gläubigerforderungen bis zu 50% zugunsten der für die Entschuldung ausgewählten land-

1) Vgl. ebenda, Bl.142 f.

2) Vgl. RGEL. I, 1931, S.675 ff.; B.Buchta, a.a.O., S.109 f.; H.Denecke, a.a.O., S.168 ff.

wirtschaftlichen Betriebe im Osthilfegebiet. Diese mit einschneidenden Maßnahmen verbundene Verordnung war durchaus geeignet, ostelbische Großagrarien, die ihre Wünsche weitgehend erfüllt sahen, zu spontanen Beifallskundgebungen zu veranlassen, so z.B. R.von Flemming, der als Präsident der pommerschen Landwirtschaftskammer in einem Telegramm an Schlange-Schöningen freudige Zustimmung zur Sicherungsverordnung bekundete.

Dieser Schritt Flemmings löste eine neue Kontroverse zwischen den zwei divergierenden taktischen Gruppierungen der Junker und ihrer Gefolgschaft aus, die vor allem im Pommerschen Landbund um die Jahreswende 1931/32 wochenlang geführt wurde. Das Telegramm an Schlange-Schöningen paßte den militanten Verfechtern der intransigenten Obstruktions- bzw. Katastrophenpolitik absolut nicht ins politisch-taktische Konzept und veranlaßte sie, die taktisch vorsichtigeren Gruppierung der "weichen Leute"¹⁾ um R.von Flemming energisch zu attackieren, um sie politisch zurückzudrängen, wobei sie dessen großen Einfluß in landwirtschaftlichen Kreisen ins Kalkül zogen. Die aus Flemmings Beifallskundgebung abgeleiteten politischen Vorwürfe gegen ihn kulminierten vor allem in folgenden Argumenten: Erstens habe er damit einer Persönlichkeit gehuldigt, die in entscheidender Schlacht aus höherer Führerstelle fahnenflüchtig geworden sei.²⁾ Zweitens hege und verbreite er die "verfehlte Hoffnung", daß die Landwirtschaft des Ostens "in diesem System" noch zu retten wäre.³⁾ Schließlich trage er durch eine bestimmte Zusammenarbeit mit politischen Gegnern, d.h. Repräsentanten der Weimarer Republik, dazu bei, deren Sturz zu verhindern, auf den aber die "nationale" Opposition, folglich auch der Landbund, hinarbeiteten.⁴⁾ Fleming wies derartige Angriffe als unbegründet zurück und verteidigte seine taktische Konzeption des vorsichtigen, schrittweisen Abbaus des Parlamentarismus bei gleichzeitiger Sicherung der kleinbürgerlich-bäuerlichen Massenbasis des Groß-

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.241, Bl.40,45,55 u.57.

2) Vgl. Anm.5 auf S.77 der vorliegenden Arbeit.

3) Vgl. DZA I, RLB, Nr.241, Bl.215 f.

4) Vgl. ebenda, Bl.69 f.

grundbesitzes.¹⁾ Zu seinen Anhängern zählte auch der Rittergutsbesitzer von Schwerin-Spantekow, der mit dem Argument operierte, daß letzten Endes der Erfolg zeigen werde, ob Flemings Politik in Berlin falsch gewesen sei.²⁾ Im Grunde genommen hatten die intransigenten Junker nichts dagegen, daß die Repräsentanten der taktisch wendigeren Gruppierung Positionen und Verbindungen in Berlin nutzten, um auf agrarpolitischen Gebiet so viel wie möglich für die Großgrundbesitzer herauszuholen; aber es durfte die interessenpolitisch motivierte Zusammenarbeit mit dem Staat nicht zu einer "Art geistiger Gemeinschaft" mit den Trägern des parlamentarischen Systems führen, und es sollte der junkerlich-bürgerliche Agrarprotektionismus möglichst auch nur im Verborgenen blühen; denn er durfte die von den Junkern strapazierte These nicht in Frage stellen, daß das "System" allgemein und permanent agrarfeindlich sei und deshalb unverzüglich gestürzt werden müsse. Unter diesem Aspekt charakterisierte der Landbunddirektor von Certzen, Intimus des H.J.von Rohr und nach eigener Darstellung ein "Nationalist und grundsätzlicher Gegner der Weimarer Republik",³⁾ die zwei divergierenden taktischen Gruppierungen im Landbund wie folgt:

"Während wir zwar zu jeder Zeit das Bestmögliche für die Landwirtschaft auch aus diesem System herausholen wollen, versprechen wir uns eine grundsätzliche Hilfe nur durch den Sturz des Kabinetts und seine Ablösung im wesentlichen durch die nationale Opposition. Diese andere Richtung aber will in das Kabinett hineinwachsen. In Praxis - wenn auch nicht gewollt - läuft das auf die Anerkennung des derzeitigen Systems hinaus, das in seiner Tendenz immer demokratisch und damit agrarfeindlich sein wird, wenn auch vorübergehend die Haltung gegenüber der Landwirtschaft eine andere sein mag."⁴⁾

Dieser taktischen Einstellung folgend, nahmen die intransigenten Junker auch die Sicherungsverordnung zum Anlaß, um den Druck auf die Brüning-Regierung zu verstärken und deren Sturz planmäßig vorzubereiten.⁵⁾ Der Bundesvorstand, der auf seiner

1) Vgl. Anm.6 auf S.92 der vorliegenden Arbeit.

2) Vgl. DZA I, RLB, Nr.241, Bl.88.

3) Schreiben vom 23.1.1932, ebenda, Bl.118.

4) Ebenda.

5) Schlange-Schönungen dazu: "Der Kampf vollzog sich auf der ganzen Linie mit verkehrter Front. Die, um deren Existenz es ging, markierten Ablehnung, wenigstens ein großer Teil

Sitzung am 8. Dezember zu der Verordnung Stellung nahm,¹⁾ verlieh dem wirtschaftspolitischen Kampf des RLB die entsprechenden Impulse. Aus der Kritik an der Sicherungsverordnung leitete Kalckreuth neue Forderungen des Landbundes ab, u.a. nach weiterer Ergänzung des Notprogramms für den Osten in Richtung einer allgemeinen Zinssenkung, Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf ganz Deutschland und Wiederherstellung der Rentabilität der Betriebe. Kalckreuth kündigte vielsagend an: "Die Notverordnung ist das, was wir aus ihr machen werden,"²⁾ und er forderte die ostelbischen Landbünde auf, im Anschluß an die Sitzung zu einer besonderen Beratung zusammenzutreten, um sich über das Vorgehen hinsichtlich der Inanspruchnahme des Sicherungsverfahrens zu verständigen, zumal die Regierung, wie er provozierend betonte, ihre ganze Hoffnung darauf zu richten scheine, daß möglichst wenig Anträge gestellt würden(!). Was die ostelbischen Landbünde aus der Sicherungsverordnung vor allem machen sollten, gab der Landbund-Präsident deutlich genug zu verstehen, als er verkündete:

"E n t w e d e r g e l i n g t e s , d a s K a b i n e t t j e t z t e n d l i c h a k t i v z u m a c h e n , o d e r ü b e r d i e O s t v e r o r d n u n g e i n e n v ö l l i g u n h a l t b a r e n Z u s t a n d z u s c h a f f e n."³⁾

Damit war zum Ausdruck gebracht, daß die intransigenten Junker nunmehr entschlossen waren, die Realisierung ihrer strategisch-taktischen Konzeption nicht mehr auf die lange Bank schieben zu lassen, sondern mit Hilfe der Obstruktions- bzw. Katastrophenpolitik jene Situation beschleunigt herbeizuführen, die zur völligen Ablösung der parlamentarischen Republik durch die offene Gewaltherrschaft genutzt werden konnte.

Von dieser Position aus ging die Landbundführung auch an die vierte Notverordnung "zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens" vom 8. Dezember 1931⁴⁾ heran, die den Werktätigen neue Lasten und noch mehr Not ver-

ihrer Führerschaft, in parteipolitischer Verrantheit." Schlange-Schönungen, Am Tage danach, Hamburg 1946, S.60.

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.145, Bl.3 ff.

2) Ebenda, Bl.4.

3) Ebenda, Bl.5 (Hervorhebung von mir - K.N.).

4) Vgl. RGBl. I, 1931, Nr.79, S.699 ff., W.Weber, Chronik, a.a.O., S.125 f.

ordnete, den Unternehmern dagegen Steuererleichterungen gewährte. In ihrem agrarpolitischen Teil brachte sie einen allgemeinen Vollstreckungsschutz für das gesamte Reichsgebiet bis zur nächsten Ernte, dazu Bestimmungen über Zins- und Preissenkungen sowie Lohnkürzungen für Landarbeiter. Baron H. von Goldacker gab in einem Schreiben vom 11. Dezember an Kalckreuth der Befürchtung Ausdruck, daß durch die in der Notverordnung angekündigte geringfügige Herabsetzung der Zinsen die Bauern sich der Brüning-Regierung gegenüber in einen - den Junkern gar nicht genehmen - Optimismus hineintreiben lassen könnten; deshalb bestärkte er den RLB darin, von seiner bisherigen politischen Linie nicht abzuweichen.¹⁾ Die Vertreterversammlung des RLB nahm dann auch am 18. Dezember eine Erklärung zur Notverordnung²⁾ an, die dieser Linie völlig entsprach. Sie brachte darin zum Ausdruck, daß die Notverordnung - trotz mancher Einzelmaßnahmen, die eine relative Entlastung der Landwirtschaft bewirken sollten - der "ungeheuerlichen Lage" in keiner Weise gerecht werde und nicht geeignet sei, die Gesundung der deutschen Landwirtschaft sicherzustellen. In den Worten des Reichskanzlers, der die Notverordnung als das allerletzte Mittel zur Ausschöpfung der letzten Reserven bezeichnete, erblickte der RLB "ein offenes Eingeständnis...der Regierung selbst, am Ende ihrer Kraft und ihrer Möglichkeiten zu sein."³⁾ Indem die Vertreterversammlung dazu aufrief, sich unter der Parole der "Selbstbehauptung des Berufsstandes zur Erhaltung des Privateigentums" in allen Landesteilen zur Schicksalsgemeinschaft des deutschen Landvolkes zu bekennen und zu verpflichten, bekräftigte sie die Absicht der Landbundführung, die Formierung der bäuerlichen Mitglieder für den "Endkampf der Landwirtschaft" weiterzuführen.

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.14 a, Bl.54; vgl. auch Bl.123.

2) Vgl. RLB/AWS, Nr.51/52 v. 19.Dez.1931.

3) Ebenda.

3.6. Nazis in der Führungsspitze des RLB

In der zweiten Hälfte des Jahres 1931 forcierte die Nazipartei ihre Anstrengungen, um ihre Massenbasis auf dem Lande zielstrebig zu verbereitern und auszubauen. Ein sichtbarer Ausdruck dieser Bemühungen war die Herausgabe eines speziellen Sprachrohrs ihres agrarpolitischen Apparates, der "Nationalsozialistischen Landpost",¹⁾ deren erste Folge am 6. September 1931 erschien. In ihrem Geleitwort verknüpfte A. Hitler die faschistische Bauernideologie mit dem nächsten strategischen Ziel seiner Partei, indem er ausführte: Die "Landpost" solle zum deutschen Bauern sprechen, denn die Nazis kämpften um seine Seele. Entweder würde der Nationalsozialismus den deutschen Bauern erobern, oder er (der Nationalsozialismus -K.N.) würde überhaupt nicht sein.²⁾ Im Leitartikel gab R.W. Darré der Landpost auf den Weg, daß sie den Nazi-Landwirten das geistige Rüstzeug liefern solle, um ihren Gegnern entgegenzutreten zu können. Unverblümt erklärte er: "Wer den Brotkorb eines Volkes beherrscht, beherrscht damit unweigerlich das Volk selbst."³⁾

Die von R.W. Darré vor Jahresfrist begründete Auffassung, daß die Beherrschung der Landbevölkerung für die faschistische Bewegung von besonderer Wichtigkeit oder gar ausschlaggebender Bedeutung sei,⁴⁾ war seither in der Nazipartei nicht erschüttert, sondern eher noch bekräftigt worden.⁵⁾ Dafür sprachen einerseits die zunehmenden Wahlerfolge der faschistischen Partei in den ländlichen Gebieten, andererseits aber auch die Tatsache, daß es Hitler - wie in der erwähnten Unternehmer-

1) Ihren Untertitel zufolge ein "Wochenblatt für das Landvolk".

2) A.Hitler, Zum Geleit, in: Nationalsozialistische Landpost, Folge 1 v. 6.Sept.1931 (weiterhin: NS-Landpost).

3) R.W.Darré, Auf den Weg, ebenda.

4) Vgl. S.193 ff. der vorliegenden Arbeit.

5) Davon zeugt auch eine Bekanntmachung des Reichsorganisationsleiters I vom 22. Mai 1931, mit der G.Sträßer gegen die noch vorhandene Verständnislosigkeit gegenüber der Arbeit der landwirtschaftlichen Kreis- und Bezirksfachberater auftrat. Unter Hinweis auf die Wichtigkeit der landwirtschaftlichen Fachberater für die faschistische Bewegung ersuchte er alle Kreis- und Bezirksleiter "dringend, die Fachberater in jeder Hinsicht in ihrer Arbeit zu fördern." Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP, München, Folge 1 v. 1.Juni 1931, S.3.

korrespondenz vermerkt wurde - bisher "nicht gelungen" war, "die industriellen Arbeitermassen für sich zu gewinnen" und ihm "aller Wahrscheinlichkeit nach" auch "die Zerschlagung der marxistischen Front nicht glücken" werde.¹⁾ Der zunehmenden Unterstützung seitens des Monopolkapitals konnte sich Hitler um so sicherer sein, je überzeugender der Masseneinfluß der Nazipartei anwuchs, zumal sich innerhalb der herrschenden Klasse bis zum extrem rechten Flügel hin die Auffassung durchgesetzt hatte, daß die Errichtung der offenen Gewaltherrschaft auf scheinlegalem Wege einem bewaffneten Putschversuch vorzuziehen sei.²⁾

Unter diesem Aspekt gewann für die Nazipartei die weitere Klärung ihres Verhältnisses und die Gestaltung ihrer Beziehungen zum RLB noch mehr an Bedeutung. In einem Rundschreiben der Organisationsabteilung II vom 30. Juli³⁾ hatte die Reichsleitung an die Landbünde und Landwirtschaftskammern die Frage gerichtet, wie sie zum "Wollen und Streben der NSDAP bezüglich der berufsständischen Ordnung" stünden. Die Unterzeichner, K. Hierl und R.W. Darré, legten ihrerseits dar, daß die Nazipartei eine berufsständische Gliederung der Wirtschaft erstrebe und in der Zusammenfassung der Unternehmer und Arbeiter in einem Stande die Gewähr sehe, um den für das Gedeihen des Standes notwendigen Wirtschaftsfrieden zu erreichen und auf diesem Wege den Marxismus zu überwinden.⁴⁾ Im Herbst 1931, als die Vorbereitungen der Ultras in der "Harzburger Front" im Gange waren, präzisierten und erläuterten die Nazis ihre Einstellung zum RLB, zumal sie von ihm selbst, der seinerseits von

1) "Das Jahr der Erstarrung...", in: "Deutsche Führerbriefe", Nr.101 v. 24.Dez.1931.

2) Nicht von ungefähr warnte Hitler auf einer SA-Führerbesprechung am 15. und 16. September die Nazis ausdrücklich davor, "irgendeinen unüberlegten Schritt (zu) tun." Er betrachtete es als erwiesen, "daß es unmöglich sei, auf illegalem Wege etwas Erfolgreiches zu unternehmen." Die Partei sollte also, wie er bekräftigte, "auf dem legalen Weg verbleiben, der überhaupt augenblicklich der einzig sichere sei." DZA I, RMDI, IAN, Nr.26067, Bl.282.

3) Nachträglich veröffentlicht in: NS-Landpost, Folge 3 v. 20.Sept.1931.

4) NS-Landpost, Folge 3 v. 20.Sept.1931.

einzelnen Landbünden gedrängt wurde, darum ersucht wurden. Im Gegensatz zur Auffassung einzelner Naziführer auf lokaler Ebene, wonach Landwirte ihrer Partei nicht Mitglieder des Landbundes sein dürften, betonte die Reichsleitung in Antwortschreiben an den RLB ebenso wie an den Pfälzer Landbund, daß sie das Verbleiben von Nationalsozialisten im Landbund ausdrücklich wünschte.¹⁾ In einem Schreiben vom 26. September teilten K.Hierl und R.W.Darré dem RLB mit, daß die NSDAP in der Organisation des Landbundes "die geeignete Körperschaft" bzw. "die geeignete Zentrale Stelle" sähe, die im nationalsozialistischen Staate die "Spitzenvertretung" der "berufsständischen Zusammenfassung des deutschen Landstandes darstellen" könne. Voraussetzung sei lediglich eine spezielle Umbildung der Landbünde "im Sinne des nationalsozialistischen Ständegedankens". Darunter sollte vornehmlich verstanden werden, daß die Zusammenfassung von Grundbesitzern und Landarbeitern, wie sie zunächst im Pommerschen Landbund schon weitgehend verwirklicht sei, in allen Landbünden durchgesetzt werde. Indem Hierl und Darré offensichtlich auch besorgte Fragen nach dem Schicksal der bisherigen Landbundbeamten in einem nationalsozialistischen Staat beantworteten, versicherten sie, daß "anständige und fähige Fachbeamte", die sich jeder Stellungnahme gegen den Nationalsozialismus enthielten und "die nationalsozialistische Auffassung der berufsständischen Wirtschaftsordnung" grundsätzlich anerkannten, "vom Nationalsozialismus nichts zu fürchten" hätten.²⁾

Etwa zur gleichen Zeit erschien in der Nazi-Landpost unter der Überschrift "Unsere Stellung zum Landbund" in Fortsetzungen ein Artikel, den der Rittergutsbesitzer Erhr. von Reibnitz auf Maltschawe, landwirtschaftlicher Gaufachberater der NSDAP in Schlesien, verfaßt hatte.³⁾ Reibnitz entwickelte dort, welche Aufgaben dem Landbund im Dritten Reich zufallen könnten und wie sich die Nazis im Hinblick auf diese Aufgaben den Ausbau des Landbundes dachten. Er bestätigte, daß die NSDAP den RLB als die künftige berufsständische Organi-

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.145, Bl.67.

2) Vgl. NS-Landpost, Folge 6 v. 11.Okt.1931.

3) Vgl. NS-Landpost, Folge 3, 4 u. 6 v. 20.9., 27.9. und 11.10.1931.

sation der Landwirtschaft im faschistischen Staat ins Auge gefaßt habe, weil dafür nur eine große geschlossene Organisation in Frage käme und der Landbund die am weitesten verbreitete Organisation mit dem "am besten aufgebauten Apparat" darstelle. Wenn der RLB, so betonte Reibnitz, die ihm zugedachte Aufgabe erfüllen wolle, müsse er sich allerdings seiner Mission bewußt werden und in vielen Landbünden eine Umstellung ihrer Führer erfolgen. Landbundführern, die "weiterwursteln" zu können glaubten, wollten die Nazis mit der Vertrauensfrage begegnen und sie vor die Alternative stellen: sich entweder umzustellen oder die Kampfansage zu riskieren. Landbünden, in deren Vorständen Vertreter der Landvolkpartei oder gleichwertig "international eingestellte Freimaurer" saßen, sagte Reibnitz ohnehin den kompromißlosen Kampf an. Er kündigte an, daß die NSDAP, nachdem sie die Bedeutung des Landbundes erkannt habe, sich mit aller Kraft dafür einsetzen werde, daß die Posten ihren Wünschen entsprechend mit Männern ihres Vertrauens besetzt werden.¹⁾

Aus den angeführten Verlautbarungen der NSDAP über ihre Stellung zum Landbund geht hervor, daß sich die von R.W.Darré begründete taktische Orientierung, den RLB von innen her zu erobern, um ihn als die am besten geeignete Organisation zur Erfassung der Masse der ländlichen Bevölkerung und für ihre Integration in das künftige dritte Reich nazifaschistischer Prägung zu benutzen, in der Naziartei endgültig durchgesetzt hatte und jetzt noch intensiver, umfassender und auch auf höherer Ebene realisiert werden sollte. In der zweiten Hälfte des Jahres 1931 war in der Tat die innere Entwicklung des RLB vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die nazifaschistische Infiltration seiner Organisationen rasch voranschritt. In dem Maße, wie Hitler bei einflußreichen Monopol- und Bankherren sowie Junkern an Rückhalt gewann,²⁾ der Masseneinfluß der NSDAP rapide anwuchs und die Unterwanderung des RLB voranschritt, meldeten die Nazis, wie auch der erwähnte Artikel des Frhr.von Reibnitz zeigt, ihren Führungsanspruch den "Bündnispartnern" gegenüber immer entschiedener und arroganter an,

1) Vgl. ebenda.

2) Vgl. W.Ruge, a.a.O., S.414 f.

bestärkt in der Annahme, daß sie über kurz oder lang an die Macht gelangen würden. Die "weitsichtigeren" bzw. die ohnehin schon profaschistisch orientierten Landbundführer richteten sich dann auch in zunehmendem Maße darauf ein, ihre Beziehungen zur Nazi-Partei im Geiste der "Harzburger Front" zu aktivieren oder auszubauen.

Am 22. September statteten die Führer des Schlesischen Landbundes, der Vorsitzende Kurt von Rohr-Manze und der Hauptgeschäftsführer Höfler, dem Braunen Haus in München einen Besuch ab. Wie die Nazi-Landpost berichtete, fand dort eine lebhafte Aussprache statt, die für beide Teile befriedigend verlief.¹⁾

Die Führer des Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbundes vereinbarten schriftlich mit dem Stahlhelm und der Nazi-Partei, daß bei der erwähnten Selbsthilfe-Aktion alle Beteiligten "auf Gedeih und Verderb zusammenstehen" wollten; auf diese Weise gelang es dem Landbund auch, den Selbstschutz in Schleswig-Holstein auf der Grundlage des Zusammenschlusses der gesamten Landbevölkerung und der schärfsten Disziplin zwischen Führer und Gefolgschaft zu organisieren.²⁾

Nachdem sich der RLB in die Harzburger Front eingereiht hatte, übersandte Direktor A. Kriegsheim die interne Korrespondenz "Grüne Wochenschau des RLB" an R.W. Darré mit der Bitte, das Material ganz oder teilweise in der Nazipresse abdrucken zu lassen; denn das würde, so Kriegsheim, "im Kampf der einzelnen Glieder der nationalen Opposition für das gemeinsame Ziel förderlich sein."³⁾

Ende November gab die Reichsleitung der Nazi-Partei bekannt, daß die bis dahin der Landvolkpartei angehörenden Reichstagsabgeordneten H. von Sybel, A. Wendhausen und K.H. Sieber ihren Übertritt zur NSDAP erklärt hätten; sie sollten schon ab 1. Dezember von der Reichsleitung für die Nazipropaganda eingesetzt werden.⁴⁾ Das war für die weitere Faschisierung des

1) Vgl. NS-Landpost, Folge 5 v. 4. Okt. 1931.

2) Vgl. DZA I, RLB, Nr. 145, Bl. 60.

3) Ebenda, Nr. 83, Bl. 346, Vgl. auch Bl. 48.

4) Vgl. DZA II, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 287, Bl. 59; NS-Landpost, Folge 14 v. 6. Dez. 1931; Der Angriff, Nr. 234 v. 30. Dez. 1931.

RLB um so bedeutungsvoller, als es sich bei H. von Sybel um einen der Direktoren des RLB und bei A. Wendhausen um den Vorsitzenden des Landbundes Mecklenberg-Schwerin handelte.

Einige Wochen vorher hatten die Nazis schon einen anderen Sieg über die "Schaukel- und Kautschukpolitik" der Landvolkpartei innerhalb des RLB bejubelt, das war für sie Wilmowskys Rücktritt als Vorsitzender des provinzsächsischen Landbundes.¹⁾

Tilo von Wilmowsky, bekannt als ein Vertreter des Ausgleiches zwischen den divergierenden Interessen der Junker und der Exportindustriellen, konnte und wollte nicht dulden, daß der RLB die Brüning-Regierung, die mit ihrer Wirtschafts- und Handelspolitik nicht nur den Forderungen der Junker, sondern auch der Exportindustriellen Rechnung trug, mit zunehmender Schärfe attackierte. In dem Maße, wie die profaschistische politische Radikalisierung des RLB unter der Führung Kalckreuths fortschritt, geriet Wilmowsky in Konflikt mit dem Landbundpräsidenten. Am 21. Juli war es zu heftigen Auseinandersetzungen im Bundesvorstand gekommen, wobei Wilmowsky der Zentrale vorwarf, daß sie durch Herausgabe von "Appellen des RLB" unmittelbar vor Sitzungen des Bundesvorstandes diese auf eine reine Formsache reduziere. Auf der Vertreterversammlung des provinzsächsischen Landbundes am 15. September²⁾ begründete Wilmowsky seinen Rücktritt damit, daß er sich mit seinen Auffassungen im RLB nicht habe durchsetzen können. Ungeachtet der zum Ausdruck gebrachten Bedenken seien in letzter Zeit von der Zentrale Anweisungen ergangen, welche die Landbundorganisationen zur Kontrolle über die wirtschaftlichen Handlungen ihrer Mitglieder und damit zu Eingriffen in deren wirtschaftliche Freiheit verpflichteten; ihm widerstrebe es, Parolen weiterzugeben, die er mit anderen für praktisch undurchführbar hielte und die die Landwirtschaft in Gegensatz zu anderen brächten.³⁾ Vor allem aber sei die vor Jahresfrist

1) Vgl. NS-Landpost, Folge 4 v. 27. Sept. 1931.

2) Vgl. Landbund Provinz Sachsen, Nr. 38 v. 19. Sept. 1931.

3) Offenbar hatte Wilmowsky hier die Anweisungen bezüglich der Zurückhaltung der Landbundmitglieder beim Verkauf der neuen Ernte und bei der Einlösung der Zahlungsverpflichtungen (Steuern, Zinsen u. dgl.) im Auge.

ausdrücklich festgelegte überparteiliche Linie des RLB¹⁾ mehr und mehr verlassen worden, und er, Wilmowsky, sei der Überzeugung, daß der RLB seine wirtschaftspolitischen Forderungen durch zu starke politische Einstellung gefährde.²⁾ Die Nazis hatten die vorzeitige Ankündigung vom Rücktritt Wilmowskys, der 12 Jahre an der Spitze des Landbundes gestanden hatte, mit Genugtuung registriert. Als sie jedoch dahinter kamen, daß dessen Anhänger durch ein Vertrauensvotum eine Wiederwahl herbeiführen wollten, organisierten sie in hektischer Eile eine Unterschriftensammlung gegen Wilmowsky,³⁾ der daraufhin tatsächlich zurücktrat, weil dies, wie er Kalckreuth mitteilte, "der einzig mögliche Weg" gewesen sei, "um die Einigkeit" seines "Provinzlandbundes nach innen und außen zu wahren."⁴⁾ Auf Vorschlag Wilmowskys wurde dann auf der erwähnten Vertreterversammlung der Rittergutsbesitzer Frhr.von Münchhausen-Vitzenburg zum neuen Vorsitzenden des provinzsächsischen Landbundes gewählt.

Den Sturz Wilmowskys werteten die Nazis als ihren Erfolg, nicht nur im Hinblick auf den Landbund, sondern auch als ein siegreiches Vorpostengefecht für die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern, die inzwischen begonnen hatten. Der Verlauf dieser Kampagne bewies ebenso wie viele andere Erscheinungen, daß die Einheit der Harzburger Front nach außen hin zwar beschworen war, in der Praxis jedoch durch Positionskämpfe zwischen den rivalisierenden Gruppen in Frage gestellt wurde. Die Nazis legten es darauf an, für diese Wahlen eigene Listen aufzustellen, um auch in die Landwirtschaftskammern, die bisher fast ausschließlich Domänen der Landbünde und somit auch der Deutschnationalen bzw. Landvolkpartei waren,⁵⁾ einzudringen und dann.

1) Vgl. S.165 ff. der vorliegenden Arbeit.

2) Schon in einem Brief vom 29. Juli an Kalckreuth hatte Wilmowsky die Überzeugung geäußert, daß "die Leitung des RLB in den letzten Monaten in steigendem Maße die...Grenzlinien (einer Berufsorganisation -K.N.) überschritten und das sachliche Rettungswerk durch starke gesteigerte politische Betätigung ernstlich gefährdet" habe. Kalckreuth hatte geantwortet, daß "aktive Wirtschaftspolitik ohne gleichzeitiges Anpacken der politischen Widerstände...ein Widerspruch in sich selbst" sei. DZA I, RLB, Nr.145, Bl.88 f. u.90 ff.

3) Vgl. NS-Landpost, Folge 4 v. 27.Sept.1931.

4) DZA I, RLB, Nr.14 b, Bl.260.

5) Ausgenommen die überwiegend katholischen Gebiete, wo das Zentrum bzw. die christlichen Bauernvereine dominierten.

unter Hinweis auf das veränderte Kräfteverhältnis in den Kammern - die anteilige Aufnahme in ihre Führungsgremien zu fordern und dort die DNVP und die Landvolkpartei gleichfalls zurückzudrängen. Deshalb rief R.W. Darré die deutschen Bauern auf, nur Nationalsozialisten in die Landwirtschaftskammern zu wählen.¹⁾ Unter diesem Aspekt griffen die Nazis auch deutsch-nationale Führer ostelbischer Landbünde besonders heftig an, z.B. in Pommern H.J.von Rohr und R.von Flemming, die sich wochenlang der Attacken erwehren mußten, die in der Nazipresse gegen sie geführt wurden.²⁾ Die deutschnationalen Landbündeführer um H.J.von Rohr, die sich geradezu als Wegbereiter der Harzburger Front "bewährt" hatten, die um das Zusammengehen aller profaschistischen Kräfte besorgt waren und die Differenzen mit den Nazis stets beizulegen trachteten, verkündeten schließlich, daß der Streit sinnlos sei und ein Ende haben müsse. Nach Abschluß der Kammerwahl in Pommern orientierten sie auf einen "Schußwechsel" im Kampf, und sie veröffentlichten einen entsprechenden Appell in der Manier preußischer Militaristen mit folgenden bezeichnenden Kommandos:

"Das System muß stürzen. Dazu muß das Beschießen der eigenen Truppen aufhören. Achtung! Zielwechsel! Auf den Feind in den roten Positionen! Trommelfeuer!"³⁾

Auch in Ostpreußen richteten die Nazis während der Wahlkampagne in ihrer Presse heftige Angriffe gegen den Vorsitzenden des Landwirtschaftsverbandes, von Strüvy, so daß sich der Landbund veranlaßt sah, seinen Führer gegen diese gezielten "persönlich-gehässigen Angriffe" in Schutz zu nehmen. "Wir", so hieß es in einer auf dem Kreisführertag am 23. Oktober angenommenen Entschließung,

"stellen uns hinter ihn und verlangen von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, deren Führer Adolf Hitler mit unseren Führern vom Reichslandbund Schulter an Schulter für einen nationalen und wirtschaftlichen Aufstieg unseres Vaterlandes kämpft, nunmehr eine solche Kampfweise einzustellen."⁴⁾

1) Vgl. NS-Landpost, Folge 5 v. 4.Okt.1931.

2) Vgl. Der Pommersche Landbund, Nr.40 bis 43 v. 3. bis 24. Okt.1931.

3) Ebenda, Nr.44 v. 31.Okt.1931.

4) Landwirtschaftsverband Ostpreußen, Nr.44 v. 31.Okt.1931.

Im Ergebnis solcher Wahlkämpfe gelang den Nazis tatsächlich ein starker Einbruch in die bisher von den Landbünden beherrschten Landwirtschaftskammern. Die vom September 1931 bis Anfang Januar 1932 in Preußen durchgeführten Kammerwahlen brachten folgendes Gesamtergebnis:¹⁾

Mitgl. insges.	NSDAP	Land- bünde	DNVP	Landvolk- partei	Sonstige
459	195	131	7	4	122

In einigen Landwirtschaftskammern konnten sich die Landbünde den Nazis gegenüber einigermaßen behaupten, so z.B. in Pommern (19 : 12), Ostpreußen (18 : 17), Kurhessen (13 : 3), Nassau (14 : 12). Dagegen erhielten die Nazis ein deutliches Übergewicht über die Landbünde in Brandenburg (34 : 19), Schlesien (29 : 8), Provinz Sachsen (39 : 16), Hannover (26 : 6). Die unmittelbare Auswirkung ihres Eindringens in die Landwirtschaftskammern war deren zunehmende profaschistische Politisierung, die darin zum Ausdruck kam, daß die Kammern, die sich bisher als Berufsvertretungen der Landwirtschaft ausschließlich fachlichen Fragen zu widmen hatten, jetzt in die Harzburger Front, in deren politischen Kampf um die offene Gewaltherrschaft einbezogen wurden. Das demonstrierte z.B. die ostpreußische Landwirtschaftskammer, die schon am 14. Dezember 1931 einem Antrag der Nazis zustimmte, demzufolge P. von Hindenburg aufgefordert wurde, mitsamt dem derzeitigen Reichskabinett zurückzutreten und den Weg frei zu machen für Männer, die allein in der Lage wären, "nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch das ganze Volk zu retten."²⁾

Aus dem Ergebnis der Kammerwahlen zogen die Führer der Nazi-partei den Schluß, daß die einzelnen Landbünde und der Reichslandbund als politische Machtfaktoren "in einem anderen als nationalsozialistischen Sinne nicht mehr existieren können."³⁾ Sie leiteten aus dem durch die Wahlen nachgewiesenen neuen Kräfteverhältnis die Forderung ab, dementsprechend viele Vertreter der NSDAP in die Führungsgremien der Landbünde und des RLB aufzunehmen. So richtete z.B. der landwirt-

1) Vgl. DZA I, RmDI, IAN, Nr.26127, Bl.315 f.

2) DZA I, RLB, Nr.82, Bl.266.

3) Der Rote Adler v. 21.Nov.1931.

schaftliche Fachberater des Gauess Ostmark der NSIAP, Bredow-Manschnow, am 16. November ein Schreiben an den Vorsitzenden des Brandenburgischen Landbundes, in welchem er forderte, eine Eingliederung von Naziführern in allen Führerstufen des Landbundes vorzunehmen. Da er seinem Führer Meldung zu erstatten hätte, erwarte er bis zum 25. d.M. eine Antwort auf die Frage, ob der Landbund bereit sei, den Nazis entsprechend ihrer Stärke "eine Mehrheit an Führerstellen freizugeben."¹⁾ Nachdem der Nazigauleiter in Brandenburg, Dr. Schlange, die gleichen Forderungen an den Hauptgeschäftsführer W. Lechler gestellt hatte, verhandelte J. Nicolas deswegen am 2. Dezember mit Bredow und Schlange. Letzterer erklärte, daß die Nazis nicht zulassen könnten, daß der Landbund eine Domäne der Deutschnationalen bliebe, und er sähe keine Möglichkeit, seine Mitglieder zu beruhigen, wenn die Führung in den Kreisen und in der Provinz wie bisher bestehen bliebe. Er forderte, die Lage so schnell wie möglich durch Neuwahl aller Vorstände zu ändern, und er gab deutlich zu verstehen, daß diese Ventile geöffnet werden müßten, "da sonst mit einer erheblichen Austrittsbewegung der Nationalsozialisten aus dem Landbund zu rechnen wäre."²⁾ Nicolas erwiderte, daß in den Kreisen der märkischen Landwirte "große Sympathie für diese (nazifaschistische - K.N.) Bewegung" herrsche; und er selbst hielt es für eine Selbstverständlichkeit, der Nazibewegung auch in seinem Landbund Raum zu geben. Aber er warnte auch davor, das Gegenteil von dem zu erreichen, was die Naziführer wünschten, "wenn man allzu scharf vorginge."³⁾ Unter Hinweis auf Hitlers Legalitätsversicherungen gab er den brandenburgischen Naziführern den Rat, dieses Prinzip auch auf den Landbund anzuwenden, die Führerposten dort also auf "legalem" Wege, unter Einhaltung der Satzungsbestimmungen zu erobern. Mit dem Hinweis auf die Kammerwahlen äußerte Nicolas die Überzeugung, daß die Nazis sich durchsetzen würden. Wörtlich sagte er:

"Bei dem Umfange der für die NSIAP abgegebenen Stimmen werden die Anhänger dieser Partei durchaus in der Lage sein, sich bei den Wahlen zu den Landbund-Vorständen, die ja in

1) DZA I, RLB, Nr. 180, Bl. 1 f.

2) Ebenda, Bl. 3.

3) Ebenda, Bl. 4.

der Regel im Laufe des Winters stattfinden, entsprechenden Einfluß zu verschaffen."1)

Die Verhandlungen zwischen den Führern des Landbundes und der Naziartei in Brandenburg machten oberflächlich sichtbar, daß es den ostelbischen Landbundführern mit den Nazis erging wie dem berühmten Hexenmeister, der die Geister, die er gerufen hatte, nicht mehr los wurde.²⁾ Nicolas' quellenmäßig belegte Erklärungen bringen jedoch auch eine andere, wesentliche, bestimmende Tendenz in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Landbund und Naziartei zum Ausdruck. Für die junkerlichen Landbundführer ergab sich aus ihrer jahrelang bekundeten grundsätzlich profaschistischen Einstellung³⁾ als folgerichtige Konsequenz, den Geist der Harzburger Front nicht nur nach außen hin nachzuweisen, sondern auch innerhalb des Landbundes selbst anzuwenden, indem sie dessen Tore widerstandslos den Nazis öffneten, lediglich darum besorgt, die Begünstigung dieses Prozesses der systematischen nazifaschistischen Infiltration und Eroberung des Landbundes nicht allzu offensichtlich zu demonstrieren, sondern mit Hilfe "legaler" Methoden zu tarnen. Diese Tatsache ausnutzend, gab dann auch Wilhelm Kube die Losung aus: "Deshalb nationalsozialistische Bauern der Mark Brandenburg, e r o b e r t euch den bestimmenden Einfluß im L a n d b u n d !"4)

Auf dem Wege zum gleichen Ziel im Hannoverschen Landbund konnte die Naziartei bereits einen sichtbaren Erfolg verbuchen. Auf der Vertreterversammlung am 17. Dezember wurden zwei Nazis in den Vorstand des Landbundes gewählt, und zwar der Domänenpächter Weidenhöfer auf Burg Sittensen zum zweiten Vorsitzenden und der Hofbesitzer F.Hillmann aus Uenzen in den Gesamtvorstand.⁵⁾

Währenddessen hatte sich die Reichsleitung der NSDAP darum bemüht, ihre Vertreter auch in der Führungsspitze des RLB unterzubringen. Nachdem sie mit dem Parteiwechsel des Direktors

1) Ebenda, Nr.176, Bl.237 ff.

2) Vgl. "Die Geister, die sie riefen...Nationalsozialistische Welle über den Landbund", in: Vorwärts, Nr.579 v.11.12.1931.

3) Vgl. Abschn. 1.3 (bes. S.43 u. 47 ff.) der vorl. Arbeit.

4) Der Angriff, Nr.15 v. 23.Jan.1932.

5) Vgl. NS-Landpost, Folge 1 v. 3.Jan.1932.

H. von Sybel eine Schlüsselposition im zentralen Apparat des RLB gewonnen hatte, ging es nun um einen Posten in dessen Präsidium. Am 8. Dezember berichtete Graf von Kalckreuth vor dem Bundesvorstand, daß er kürzlich eine Unterredung mit Hitler geführt und daß die Reichsleitung der NSDAP erneut ihre Auffassung bekräftigt habe, daß sie im RLB "die gegebene wirtschaftspolitische Vertretung des Landvolkes sähe, aber wünsche, daß sie in der Spitze stärker vertreten sei."¹⁾ C. Cordes ergänzte, daß das Präsidium des RLB inzwischen in einer Erklärung der Parteileitung der NSDAP zugesagt habe, "die geeigneten Schritte zu unternehmen."²⁾ Kalckreuth empfahl nun die Schaffung einer vierten Präsidentenstelle und ihre Besetzung durch die Zuwahl des von der NSDAP vorgeschlagenen Werner Willikens (Stellvertreter R.W. Darrés im agrarpolitischen Apparat - K.N.), um, wie er erklärte, die notwendige Geschlossenheit und Stoßkraft des kämpfenden Landvolkes nicht durch "irgendwelche Auseinandersetzungen mit der starken und kräftigen Bewegung" zu gefährden. Er bekräftigte den Vorschlag, indem er ausdrücklich hinzufügte:

"Was das Präsidium anlangt, so ist mir persönlich dieser Wunsch nach einer Ergänzung des Präsidiums durchaus sympathisch, und mit mir haben sich auch die beiden anderen Präsidenten (!) auf den Standpunkt gestellt, daß man dem Wunsche der NSDAP Rechnung tragen solle."³⁾

Nach der Aussprache und nachdem Kalckreuth nochmals betont hatte, daß der RLB jetzt die stärkste, wenn nicht die einzige Klammer der Harzburger Front sei und diese Aufgabe durch eine Ergänzung des Präsidiums am erfolgreichsten erfüllen könnte, wurde zunächst, einem Antrag des Pommerschen Landbundes folgend, über die Frage abgestimmt: "Wünscht der Bundesvorstand überhaupt die Wahl eines Vertreters der nationalsozialistischen Bewegung in das Präsidium?" Als Ergebnis konnte Kalckreuth festhalten, daß der Bundesvorstand bei Stimmenthaltung des Thüringer und des Kurhessischen Landbundes den Antrag "einstimmig angenommen" hatte.⁴⁾ Auseinandersetzungen gab es dagegen um den vom Grafen Kielmanns-

1) DZA I, RLB, Nr. 145 Bl. 8.

2) Ebenda, Bl. 11.

3) Ebenda, Bl. 9.

4) Ebenda, Bl. 12. Nicht anwesend waren die Landbünde Braunschweig, Freistaat Hessen, Lippe, Waldeck und Württemberg.

egg eingebrachten Antrag auf Änderung der Satzung des RLB.¹⁾ Einige Landbünde wandten sich gegen die Schaffung einer vierten Präsidentenstelle, weil dies, wie C.Cordes begründete, zugunsten einer Partei geschehen sollte und darin ein "Verlassen der parteipolitisch neutralen Linie" des RLB erblickt werden müßte.²⁾ Unter diesem Aspekt stimmten die Landbünde Hannover, Pommern, Grenzmark und Kurhessen gegen den Antrag, der jedoch von der Mehrheit angenommen wurde, während Thüringen sich erneut der Stimme enthielt.³⁾

Am 18. Dezember wurde die beantragte Satzungsänderung auch von der Vertreterversammlung des RLB beschlossen und damit wirksam. Anschließend trat der Bundesvorstand erneut zusammen. Auf Vorschlag Kalckreuths wurde Werner Willikens gegen die Stimmen von Pommern, Hannover und Lippe und bei Stimmenthaltung des Thüringer Landbundes zum vierten Präsidenten des RLB gewählt.⁴⁾ Ein Vergleich der vorliegenden Berichte ergibt, daß auf beiden Sitzungen des Bundesvorstandes am 8. und 18. Dezember nur die Landbünde Waldeck und Württemberg nicht anwesend waren und bei den zwei Abstimmungen über die Zuwahl eines Nationalsozialisten ins Präsidium des RLB lediglich der Thüringer Landbund sich der Stimme enthalten hatte, alle anderen Landbünde folglich zumindest einmal - grundsätzlich oder konkret - zugestimmt hatten. Auch bei den drei Gegenstimmen, die bei der konkreten Wahl des W.Willikens registriert wurden, handelte es sich um Landbünde, die am 8. Dezember grundsätzlich zugestimmt hatten. C.Cordes hatte am 18. Dezember an Stelle von Willikens lediglich einen anderen nazifaschistischen Landwirt vorgeschlagen, und zwar den oben erwähnten Domänenpächter Weidenhöfer, der dem Landbund schon 25 Jah-

1) Vgl. ebenda, Bl.20.

2) Vgl. ebenda, Bl.9 f.

3) Vgl. ebenda, Bl.21.

4) Vgl. ebenda, Bl.1 h. Außer Waldeck und Württemberg, die schon am 8. Dezember nicht anwesend waren, fehlten diesmal Anhalt, Baden, Bayern, Kurhessen, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz, Nassau, Oberschlesien, Oldenburg-Bremen, Ostpreußen, Rheinpfalz, Rheinland, Westfalen. Da letztere am 8. Dezember der Wahl eines Vertreters der Nazipartei grundsätzlich zugestimmt hatten, war die konkrete Personenwahl für sie offensichtlich nur noch eine Formsache und ihre Abwesenheit keineswegs als Ablehnung zu werten. Vgl. ebenda, Bl.1 d.

re nahestünde.¹⁾ Um Irrtümern von vornherein vorzubeugen, stellte H.J.von Rohr "unter Zustimmung" fest, daß "nirgends Bedenken bestanden" hätten, einen Nationalsozialisten hineinzunehmen, "sondern daß lediglich verschiedene Meinungen bestanden" hätten "über den Weg, der zu diesem Ziele führen könne".²⁾ Graf Kalckreuth schloß die Sitzung mit dem Wunsch, daß der Beschluß des Bundesvorstandes, der sich "mit überragender Mehrheit" für Willikens ausgesprochen hatte, "zum Segen des Reichs-Landbundes und der deutschen Landwirtschaft ausschlagen möge."³⁾

Die Aufnahme des prominenten nazistischen Agrarpolitikers W. Willikens in die Führungsspitze des RLB markiert einen beachtlichen Einschnitt in dessen profaschistischer Entwicklung. Einerseits war sie der erste Höhepunkt der nazifaschistischen Infiltration des RLB, vor allem seiner Führungsgremien, die auf der Ebene der Kreis- und Provinziallandbünde bereits seit Monaten im Gange war. Zugleich leitete sie einen neuen Abschnitt des Faschisierungsprozesses im RLB ein. Auf der Sitzung des Bundesvorstandes am 18.Dezember war noch mitgeteilt worden, daß das Präsidium des RLB die mehrfach gestellte Frage, ob es richtig oder zweckmäßig sei, die Vorstände und sonstigen Organe der Kreis- und Provinziallandbünde "mit Rücksicht auf die Veränderungen in den politischen Parteien abweichend von den Satzungen außer der Reihe umzugestalten", mit der Empfehlung beantwortete, an der "bewährten organischen Gestaltung der Landbünde" in einer Weise festzuhalten, "die eine Zusammensetzung der Führungsorgane nach den 'Wünschen der Landbundmitglieder jederzeit ermöglicht'".⁴⁾ Graf Kalckreuth hatte erklärt, daß mit dieser Formulierung nur festgestellt würde, "daß die nationalsozialistische Bewegung durchaus die Möglichkeit" habe, "sich innerhalb der Führungsgremien der Landbünde durchzusetzen." Damit werde aber "gar nichts Neues" gesagt, sondern lediglich eine schon bestehende Tatsache festgestellt.⁵⁾ Das Präsidium konstatierte und

1) Vgl. ebenda, Bl.1 f.

2) Ebenda.

3) Ebenda, Bl.1 h.

4) Ebenda, Bl.1 e.

5) Vgl. ebenda, Bl.1 g.

sanktionierte also offiziell den im RLB sich vollziehenden Faschisierungsprozeß und öffnete den Nazis die Tore ihrer Organisation vollends. Damit wuchsen die Chancen für die Nazi-partei, durch die Eroberung des RLB auf völlig "legalem" Wege ihren direkten Masseneinfluß auf dem Lande noch rascher aus-zudehnen und sich zugleich den maßgeblichen Monopolkapita-listen und Junkern im Hinblick auf die Errichtung der offenen Gewaltherrschaft als "stärkste nationale Bewegung" und damit als führende Kraft noch mehr zu empfehlen.¹⁾

Sowohl der im RLB sich über eine längere Zeit hinweg voll-ziehende Faschisierungsprozeß, der von den Landbundführungen begünstigt und gefördert und von der Nazi-partei ausgenutzt und systematisch forciert wurde, als auch der Verlauf und die Ergebnisse der Abstimmungen im Bundesvorstand über die Zuwahl des W. Willikens zum vierten Präsidenten des RLB beweisen, daß H. Gies die Junker und Großgrundbesitzer vor dem Urteil der Ge-schichte absichtlich in Schutz nehmen will, wenn er die Ver-sion entwickelt und kolportiert, daß der RLB nur der Offen-sive des agrarpolitischen Apparates der NSDAP und dessen "Über-tölpelungstaktik" zum Opfer gefallen oder allein von seinem geschäftsführenden Präsidenten Kalckreuth, der "nationalso-zialistischen Einflüsterungen" erlegen wäre, an die Nazi-partei ausgeliefert worden sei.²⁾ Die Eroberung des RLB durch die Nazis auf "legalem" Wege war nicht nur und nicht in erster Linie das Resultat der zielstrebigem Infiltrationspolitik der NSDAP, sondern vor allem das folgerichtige Ergebnis der jah-relangen profaschistischen Politik der intransigenten junker-lichen Landbundführer, die den RLB beharrlich in die Harzbur-ger Front hinein- und an die Nazi-partei herangeführt hatten, die es als die spezifische Mission des "Überparteilichen" RLB

1) Die Nazis waren sich dieser Chance sehr wohl bewußt. Sie werteten den Einzug Willikens' in das Landbundpräsidium wiederholt als ein bedeutendes Ereignis in ihrem eigenen Kampf um die Errichtung der faschistischen Diktatur auf dem Lande. Der "Völkische Beobachter" bekräftigte wenige Monate nach diesem Ereignis die Auffassung der Nazi-partei, daß der RLB längst nicht mehr ihr Gegner sei, "sondern dank der verständigen Leitung unter dem Grafen von Kalck-reuth" ihr "Freund". Völkischer Beobachter, Nr. 143/144 v. 22./23. Mai 1932.

2) Vgl. S. XII der vorliegenden Arbeit.

betrachteten, in der Harzburger Front als einzig reale einigende Klammer zu wirken, gemäß der von Kalckreuth begründeten Maxime: Ob Deutschnationale oder Nationalsozialisten - die Landbündler kämpften doch alle um das gleiche Ziel!

Die deutschnationalen Führer des Pommerschen Landbundes demonstrierten ein solches Herangehen weiterhin "beispielgebend" in der Praxis. In ihrem zentralen Organ entboten sie dem hinzugewählten Präsidenten Willikens ein ausdrückliches "Willkommen".¹⁾ H.J.von Rohr hatte nach der Wahl Willikens' vor dem Bundesvorstand den "dringenden Wunsch" vieler Landbünde zum Ausdruck gebracht, daß zwischen den Landbünden und der nationalsozialistischen Bewegung Friede einziehe und der Kampf der Landbünde "nicht weiterhin erschwert" werde.²⁾ Sehr bald mußten sich die pommerschen Landbündelführer jedoch davon überzeugen, daß ihre Zusammenarbeit mit den Nazis innerhalb des Landbundes nach wie vor durch Machtkämpfe erschwert wurde. Obwohl sie nach den Kammerwahlen im Oktober ihrerseits auf einen "Schußwechsel im Kampf" orientiert hatten, gingen die Auseinandersetzungen zwischen Landbund und Naziartei um den bestimmenden Einfluß in der pommerschen Landwirtschaftskammer zunächst bis zum Frühjahr 1932 weiter. Die Nazis setzten sich über den traditionellen Grundsatz, daß Kammerangelegenheiten Landbundsache seien, hinweg und bildeten eine eigene Fraktion in der Landwirtschaftskammer. Die Landbündelführung beantwortete diesen Schritt mit der Bildung einer "berufsständischen Fraktion", um den konservativen Junkern die "Hausmacht in der Kammer" zu erhalten.³⁾ Auseinandersetzungen gab es auch um die Frage der Besetzung der führenden Positionen in der Kammer, im besonderen um die Neuwahl ihres Präsidenten. Die intransigenten Großgrundbesitzer waren durchaus bereit, R.von Fleming diesmal fallen zu lassen, nicht nur weil er sich mit seinem Telegramm an den Ostkommissar Schlange-Schöningen in ihren Augen allzusehr politisch kompromittiert und als "unzuverlässig" erweisen hatte, sondern auch mit Rücksicht auf die Naziartei und den Zusammenhalt in der Harzburger Front. Als

1) Vgl. "Präsident Willikens", in: Der Pommersche Landbund, Nr.52 v. 26.Dez.1931.

2) Vgl. DZA I, RLB, Nr.145, Bl.1 f u. 1 g.

3) Vgl. DZA I, RLB, Nr.241, Bl.176 u. 207.

ihren neuen Mann für den Posten des Präsidenten stellte die Landbundführung H.J.von Rohr heraus, allerdings unter der Voraussetzung, daß er als Kandidat der gesamten "nationalen" Opposition auch von den Nazis akzeptiert würde. Besorgte Stimmen aus dem eigenen Lager hugenbergtreuer Großgrundbesitzer, die einen Zweifrontenkrieg des Landbundes befürchteten, der ihre Gesinnungsgemeinschaft mit den Nazis paralisieren und den Zusammenhalt im Landbund in Frage stellen könnte,¹⁾ veranlaßten die deutschnationalen Führer des Pommerschen Landbundes, ihr Verhältnis zur Naziartei prinzipiell zu erläutern. So versicherte der Landbunddirektor von Oertzen dem Rittergutspächter K.Schimmelpfennig²⁾ das folgende:

"Der Kampf gegen die Weichen ist ein gewollter. Der Kampf mit den Nazis nur ein aufgezwungener... In unserer ganzen inneren Einstellung liegt es begründet, daß wir uns gegenüber den Nazis stets freundschaftlich einstellen. Das war schon der Fall lange bevor die Nazis irgend eine bedeutende politische Rolle spielten (!). Wir haben stets damals schon die Verbindung mit Herrn von Corswant aufrecht erhalten und haben uns nicht gegen die Nazis als solche gewandt. Rohr war gerade zu ein Vorkämpfer der Nazis im Reichs-Landbund, was ihm allerdings später durch Darré schlecht gedankt worden ist... Ich bin aber der Auffassung, daß wir jeden Tag versuchen müssen, zu einem geschlossenen Zusammengehen mit den Nazis zu kommen. Es gibt keinen überzeugteren Vertreter der Harzburger Front wie Herrn von Rohr und mich.. Ich glaube, daß wenn die Nazis uns, ins Herz sehen könnten, sie uns manches abbitten würden."³⁾

Auch H.J.von Rohr bekräftigte - ein weiteres Mal - die profaschistische Grundhaltung der intransigenten Junker deutschnationaler Prägung, ihre prinzipielle Gesinnungsgemeinschaft mit den Nazifaschisten.⁴⁾ Er betonte, daß die Landbundführung "in keinem Augenblick" die Nazis angegriffen hätte⁵⁾ und daß er selbst "unbeirrt" versuche, seine politische Linie, die Linie der Harzburger Front, zu halten.⁶⁾ Dazu gehöre "das be-

1) Vgl. Schreiben des Rittergutspächters K.Schimmelpfennig in Drosedow vom 14.Febr.1932 an Landbunddirektor von Oertzen, ebenda, Bl.55 ff.

2) Antwortschreiben vom 17.Febr.1932, ebenda, Bl.40 ff.

3) Ebenda, Bl.43 (Hervorhebung von mir - K.W.).

4) Vgl. Rohr an Flenning am 31.1.1931, ebenda, Bl.102 u.Rs.; ders. an Schimmelpfennig am 17.2.1932, ebenda, Bl.38 f.

5) Vgl. ebenda, Bl.38 Rs.

6) vgl. ebenda, Bl.38 u.102.

dingungslose Bekenntnis zu den Parteien der nationalen Opposition" wie auch "dieser Kampf um die Führung in der Kammer, bei dem es, richtig gesehen, gar nicht um kleine Ziele" ginge.¹⁾ Die Junker wollten sich - mit Blickrichtung auf das kommende dritte Reich - in ihr die "Hausmacht" halten und den ständischen Gedanken pflegen. Rohr gab zu verstehen, daß er sich "eine kommende Regierung überhaupt nur aus der nationalen Opposition, in der das konservative Element eine starke Rolle spielen (werde), vorstellen" könne.²⁾ Damit bestätigte er zugleich authentisch, daß es sich bei den Differenzen zwischen dem auf die Hugenberg-Linie eingestellten Pommerschen Landbund und der Nazipartei nicht um prinzipielle Auseinandersetzungen, sondern lediglich um Positionskämpfe innerhalb der profaschistischen Harzburger Front handelte, wobei es zwischen den rivalisierenden Parteien und Interessenverbänden vornehmlich darum ging, sich den bestimmenden Einfluß in wichtigen Organisationen und Institutionen, in der Perspektive also die führenden Positionen in der künftigen faschistischen Regierung der "nationalen" Opposition zu sichern.

Das Ergebnis der Neuwahl des pommerschen Kammerpräsidenten ergab keine absolute Entscheidung zugunsten der hugenbergtreuen Landbundführung oder der Nazipartei, sondern eher eine Kompromißlösung, die dem derzeitigen Kräfteverhältnis entsprach, nämlich die Wiederwahl R. von Flemmings. Im einzelnen dürften dabei folgende Gründe eine Rolle gespielt haben. Erstens wäre den Nazis, die einen eigenen Kandidaten nicht durchbringen konnten, ein H. J. von Rohr wegen seiner größeren, direkten Aktivität zugunsten der Hugenbergischen DNVP ein unbequemerer Rivale als Fleming. Zweitens fand Fleming nicht nur die Unterstützung seiner Anhänger im Großgrundbesitz, sondern auch die der bäuerlichen Vertreter, angeführt vom zweiten Vorsitzenden des Landbundes O. Rannow.³⁾ Drittens waren offensichtlich auch

1) Ebenda.

2) Ebenda, Bl. 102 Rs.

3) Die Umorientierung derselben von einer Neuwahl des Rohr weg und hin zur Wiederwahl Flemmings brandmarkten die hugenbergtreuen Großgrundbesitzer als Disziplinbruch bzw. Verrat am Landbund, den sie den Führern der bäuerlichen Gruppierung heimzahlen wollten. K. Schimmelpfennig z.B. forderte in einem Schreiben vom 14.2.1932 an Direktor von Oertzen die Aufstel-

die intransigenten junkerlichen Landbundführer mit einem solchen Wahlausgang nicht unbedingt unzufrieden, zumal sie in der einflußreichen Persönlichkeit Flemmings eine wirtschaftspolitische Garantie für das Überdauern der Agrarkrise sahen.¹⁾ Schließlich hatte die Landbundführung Sicherungen eingebaut, die es Fleming in Zukunft unmöglich machen sollten, als Kammerpräsident mit eigenmächtigen politischen Kundgebungen in der Öffentlichkeit aufzutreten²⁾ und auf solche Weise die politische Linie der intransigenten Junker zu desavouieren. Darüber hinaus gelang es diesen Junkern, die um die Stabilität der Harzburger Front besorgt waren und ihre Gemeinsamkeit mit den Nazifaschisten über die taktischen Differenzen stellten, während der Wahlkampagne in enger Zusammenarbeit mit den Nazis alle anderen "weichen Leute" aus den führenden Positionen in der pommerschen Landwirtschaftskammer zu verdrängen³⁾ und somit zu gewährleisten, daß die politische Stoßrichtung des Pommerschen Landbundes nach wie vor mit der strategisch-taktischen Orientierung des RLB voll übereinstimmte.

lung "schwarzer Listen der unsicheren Kantonisten". Vgl. ebenda, Bl.55, auch Bl.38 Rs. u. 45.

1) Von Certzen gab in einem Brief vom 23.12.1931 an H.J.von Rohr zu bedenken: "Setzen wir alles auf die politische Karte und sticht diese nicht, so kommt bzw. bringen wir die pommersche Landwirtschaft in eine Katastrophe. Demgegenüber scheint mir jedoch eine Rückversicherung notwendig zu sein. Ohne Zweifel brauchen wir für eine Rückversicherung die Person von Fleming, die m.E. durch keine andere Person... auf diesem Gebiet zu ersetzen ist."
Ebenda, Bl.201.

2) Vgl. ebenda, Bl.38 f. u.178.

3) Vgl. ebenda, Bl.57 f.

4. Die Rolle des Reichslandbundes bei der unmittelbaren Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland

4.1. Die Rolle des RLB beim Sturz der Brüning-Regierung

4.1.1. Der Landbundappell an Hindenburg: Trennung von Brüning und Berufung einer entschlossenen "nationalen" Regierung

Um die Jahreswende 1931/32 begann eine neue Etappe des Faschierungsprozesses in Deutschland, die in ihrem Ergebnis zur Ablösung der Brüning-Regierung durch das profaschistische Kabinett Papen führte. Viele deutsche Monopolherren, "die bis dahin noch 'mehrspurig' gefahren waren, ...entschlossen sich, den Faschismus nationalsozialistischer Prägung zum alleinigen Träger der von ihnen angestrebten Diktatur zu erheben, über deren Formen im Lager der herrschenden Klasse noch unterschiedliche Auffassungen herrschten."¹⁾ Die in der Harzburger Front vereinten extrem reaktionären Kräfte bekundeten ihre Entschlossenheit, im kommenden Jahr die Entscheidungsschlacht im Kampf um die Errichtung der faschistischen Diktatur zu schlagen, und ihre Parteien und Verbände, Naziartei und Deutschnationale Volkspartei, Wehrverbände und Landbünde, rüsteten sich zum Kampf. Die Landbundzentrale faßte die Bilanz des Jahres 1931 und die Schlußfolgerungen für den weiteren politischen Kampf des RLB wie folgt zusammen:

"Das Jahr 1931 brachte den Zusammenbruch der in der Nachkriegszeit von den Gegnern des Reichs-Landbundes beharrlich genährten Illusionen: vermeintliche Rettung durch den Young-Plan, durch Industrieexport, durch die von der Sozialdemokratie gestützte oder geduldete Parteikoalition. ... Im neuen Jahr ist die Entscheidung um die Beseitigung des bisherigen Systems auszukämpfen. Durch seine Not zu äußerster Kampftschlossenheit entbrannt, wird dabei insbesondere das im Reichs-Landbund zusammengeschlossene deutsche Landvolk zur Stelle sein."²⁾

Graf von Kalckreuth bekräftigte diese politische Einstellung des RLB in einem Grußschreiben zum neuen Jahr für das Organ des Pfälzer Landbundes, in dem es heißt: "Nach menschlichem

1) W. Ruge, a.a.O., S. 424.

2) Geschäftsbericht des RLB für 1931, a.a.O., S. 51 (Hervorhebung von mir - K.N.).

Ermessen wird das Jahr 1932 nicht nur das Schicksal der Landwirtschaft, sondern des ganzen Volkes entscheiden."¹⁾ Der Landesführer des brandenburgischen Stahlhelm übersandte am 24. Dezember 1931 dem Hauptgeschäftsführer des Brandenburgischen Landbundes, W. Lechler, ein Exemplar seines Befehls an alle Ortsgruppen,²⁾ in welchem er seine "braven Truppen" auf den "bevorstehenden Endkampf" im neuen Jahr orientierte. Im Begleitschreiben an Lechler brachte er zum Ausdruck:

"Hoffentlich können wir im neuen Jahr recht energisch und kameradschaftlich Landbund und Stahlhelm Schulter an Schulter um die letzte Etappe im Kampf um (sic!) das alte System ringen."³⁾

Der sozialökonomische Hintergrund der erhöhten politischen Aktivität der intransigenten Junker für die beschleunigte Errichtung der offenen Gewaltherrschaft war der dritte Krisenwinter im allgemeinen und die weitere Vertiefung der Agrarkrise im besonderen.⁴⁾ Der Widerspruch zwischen den Verkaufserlösen einerseits und den Betriebsaufwendungen andererseits spitzte sich in der Landwirtschaft immer mehr zu. Im Januar 1933 stand einem Index der Agrarprodukte von 80,9 ein Index der Industrieerzeugnisse von 113,3 gegenüber. Die Zahl der Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Betriebe stieg von 6 798 im Jahre 1931 auf 7 060 im Jahre 1932. Allerdings traf die Agrarkrise - infolge der junkerlich-bürgerlichen Agrarpolitik der Regierungen der Weimarer Republik - die Masse der Klein- und Mittelbauern ungleich schwerer als die Großagrарrier. Die den Großgrundbesitzern und Großbauern durch die Osthilfe zugeschobenen Milliardensubventionen wirkten sich u.a. so aus, daß die Zahl der versteigerten Großbetriebe über 50 ha 1932 gegenüber dem Vorjahr erstmalig zurückging, bei Betrieben über 200 ha sogar um 30,3%; dagegen erhöhte sich weiterhin die Zahl der zwangsversteigerten landwirtschaftlichen Betriebe in allen Größenklassen bis 50 ha, am stärksten bei solchen von 2 bis 5 ha (um 39%) und 5 bis 20 ha (um 34,7%). Die Masse

1) Deutsche Wacht, Nr.1 v. 1. Jan. 1932.

2) Vgl. DZA I, RLB, Nr.187, Bl.13 ff.

3) Ebenda, Bl.15.

4) Vgl. N. Steinberger, Die Agrarpolitik des Nationalsozialismus, Moskau - Leningrad 1935, S.15 ff.; W. Herferth, Der Reichsnährstand - ein Instrument des Faschismus zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, Phil.Diss., Berlin 1961 (MS), S.23 ff.

der Klein- und Mittelbauern war nicht nur von den durch die Osthilfe gesteuerten Subventionen ausgeschlossen, sondern mußte auch die größeren Verluste beim Erlös der Agrarerzeugnisse tragen. Im Wirtschaftsjahr 1931/32 stand der Index für Getreide auf 112, für Vieh auf 71,8. Während die Schielesche Zollpolitik den Großagrariern einträgliche Getreidepreise sicherte, benachteiligte sie die Masse der Bauern in doppelter Hinsicht. Erstens verteuerte sie ihnen die Futtermittel und somit die Produktionskosten. Zweitens verteuerte sie den Brotkonsum der werktätigen Massen und engte den Absatzmarkt der vorwiegend auf Veredelungswirtschaft eingestellten werktätigen Bauern weiter ein. Die Folge dieser bauernfeindlichen Agrarpolitik war, daß sich die Lage unzähliger Klein- und Mittelbauern katastrophal verschlechterte, vor allem dort, wo die Agrarkrise mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise (Massenarbeitslosigkeit und Unterkonsumtion) besonders eng verflochten war. Aus Bayern schrieb Georg Heim am 15. Januar 1932 an den Staatssekretär Dr. Pünder:

"Bei uns beginnt jetzt ein großes Bauernlegen und das ist wohl in allen Wald- und Gebirgsgegenden der Fall, wo die Einnahmen der Bauern vorwiegend und zum größten Teil oder ausschließlich aus den Stallprodukten und aus dem Holz gewonnen werden... Ich sehe mit Schrecken die Radikalisierung allerwege."1)

Die auf die Taktik der intransigenten Katastrophenpolitik eingestellten Junker nutzten die Notlage der bäuerlichen Massen bewußt dafür aus, die ländliche Bevölkerung stimmungsmäßig und organisatorisch auf den "Endkampf" vorzubereiten. Graf von Kalckreuth deutete diesen Zusammenhang in dem erwähnten Neujahrsgruß an den Pfälzer Landbund an, als er schrieb: "J e g r ö ß e r d i e N o t i s t , j e n ä h e r r ü c k t d i e E n t s c h e i d u n g s s t u n d e . Für diese gilt es gerüstet zu sein."2) Die Entschlossenheit dieser junkerlichen Gruppierung, die parlamentarische Republik in aller nächster Zeit zu beseitigen, bekundete auch Graf von Arnim-Boitzenburg in einem Schreiben vom 22. Januar 1932 an A. Hugenberg. Dort heißt es:

1) DZA I, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 332, Bl. 163 f.

2) Deutsche Wacht, Nr. 1 v. 1. Jan. 1932.

"Wenn nicht die Landwirtschaft in allerletzter Zeit eine wirkliche und gründliche Hilfe bekommt, bricht sie rettungslos zusammen... Es sind Zustände, die auch nicht 1/4 Jahr lang weiter gehen... Auch nur ein Fortbestehen dieses Systems bis zum Sommer ist der rettungslose Ruin fast aller landwirtschaftlichen Betriebe... Es wird höchste Zeit, daß diesem System das Genick gebrochen wird."1)

Im Pommerschen Landbund kam besonders sichtbar zum Ausdruck, daß die Meinungsverschiedenheiten, die um die Jahreswende 1931/32 zwischen den zwei taktisch divergierenden Gruppierungen ausgetragen wurden, auch die Frage berührten, in welchem Tempo bzw. zu welchem Zeitpunkt die Weimarer Republik durch die offene Gewaltherrschaft abgelöst werden sollte. Die intransigenten Junker, die die Errichtung dieser Gewaltherrschaft am ungeduldigsten erstrebten, wollten den günstigsten Zeitpunkt, d.h. eine genügend katastrophale bzw. kritische Situation nicht verpassen. Sie befürchteten, daß, wie Landbunddirektor von Oertzen in einem Brief vom 23. Dezember 1931 an H.J. von Rohr sich ausdrückte, "die verbrecherische Republik von Weimar (inzwischen) renoviert" werden und die "politische Karte" auf die sie "alles" setzten, dann nicht mehr stechen könnte.²⁾ Auch die taktisch vorsichtigeren Großgrundbesitzer um R.von Flemming bekräftigten ihre grundsätzliche Bereitschaft, das bestehende System zu stürzen. Sie waren lediglich darum besorgt, den richtigen Zeitpunkt, d.h. günstigere Bedingungen für "nationale" Regierung der offenen Gewaltherrschaft abzuwarten und deren Bestand nicht durch eine verfrühte Übernahme der Alleinverantwortung von vornherein in Frage zu stellen. Der Rittergutsbesitzer von Schwerin-Spantekow begründete diese vorsichtige Taktik in einem Schreiben vom 3. Februar 1932 an K.Schimmelpfennig mit den Worten:

"So sehr ich - ebenso wie Flemming - den Sturz des jetzigen Systems wünsche, so zweifelhaft ist es mir, ob man diesen Sturz jetzt herbeiführen soll. Die außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten werden in den nächsten Monaten so riesengroß sein, daß eine nationale Regierung sie kaum wird meistern können. Der Augenblick für eine nationale Regierung ist m.E. erst im Sommer gekommen, wenn sie

1) STA Potsdam, 37 Herrschaft Boitzenburg, Nr.3840, Bl.12.
(Hervorhebung von mir - K.W.).

2) Vgl. DZA I, RLB, Nr.241, Bl.201.

sich auf eine neue Ernte stützen kann. Ich weiß nicht, ob Flemming ähnliche Gedanken hat... Daß es aber sein Ziel ist, die Regierung zu stürzen, sowie Zeit und Gelegenheit gut sind, weiß ich; N u r T e m p o u n d A r t s i n d d i e U n t e r s c h i e d e in der Flemming- und Rohrschen Auffassung."1)

Die intransigenten Junker und Landbundführer schoben indes alle Bedenken gegen ihre taktische Konzeption beiseite und schickten sich an, die Harzburger Front auf dem Lande zum "Endkampf" gegen die Weimarer Republik zu formieren und den Weg für eine profaschistische Regierung ihres Vertrauens freizukämpfen. Da nach ihrer Auffassung der Weg dahin über den Sturz der Brüning-Regierung führte, konzentrierten sich die Vorbereitungen der Landbundführung auf den entscheidenden Schlag in dieser Richtung.

Am 5. Januar 1932 teilte Kalckreuth in einem Antwortschreiben an Baron H. von Goldacker mit, daß er dessen Empfehlung, sich jetzt energisch mit der Regierung auseinanderzusetzen, demnächst nachkommen werde. Er kündigte an, daß auch die Grüne Front in einer bereits vorbereiteten Erklärung sehr energisch von der Regierung abrücken werde. Kalckreuth bestätigte, daß der Tiefpunkt der Getreidepreise überwunden und der Weizen im Steigen begriffen sei, aber die Vieh- und Milchpreise sehe er unter der bestehenden Regierung nicht steigen. "Wir werden also nur dann Erfolg haben", bemerkte er abschließend, "wenn das Kabinett Brüning durch ein anderes ersetzt wird", und er beabsichtige, "das auch in Hamm klar zum Ausdruck zu bringen."2)

Am nächsten Tag hielt Kalckreuth auf der Generalversammlung des Westfälischen Landbundes in Hamm tatsächlich eine Rede, in der er sich besonders mit den Versäumnissen der Brüning-Schiele-Regierung gegenüber der zusammenbrechenden bäuerlichen Veredelungswirtschaft beschäftigte und den Schluß zog, daß die deutsche Landwirtschaft von einem Kabinett Brüning und einem Ernährungsministerium in seiner heutigen Form die Rettung vor völligem Zusammenbruch nicht mehr erhoffen könne. Im Jahr 1932 werde dem Zusammenbruch der deutschen Landwirt-

1) Ebenda, Bl. 88. (Hervorhebung von mir - K.N.).

2) DZA I, RLB, Nr. 14 a, Bl. 51.

schaft nur dann Einhalt geboten werden können, "wenn die Männer halber, verspäteter und widerspruchsvoller Maßnahmen ersetzt werden durch ein Kabinett zielklaren und starken Willens."¹⁾ Indem sich Kalckreuth auf die Neujahrsansprache des Reichspräsidenten bezog, der die jetzige Lage mit der Schlacht bei Tannenberg verglichen hatte, erlaubte er sich den Einwand, daß der von Hindenburg angeführte Vergleich nicht stimme; denn in der Schlacht bei Tannenberg habe sich die militärische Führung durch Verantwortungsfreudigkeit und Entschlußkraft ausgezeichnet, die gegenwärtige politische Führung indes bewiese das Gegenteil davon. Unter Hinweis auf die "Entschlußkraft" bei Tannenberg forderte Kalckreuth von Hindenburg:

"Geben Sie dem deutschen Volke eine Regierung, die den Willen und die Kraft aufbringt, die Gestaltung des Geschickes des deutschen Volkes selber in die Hand zu nehmen, ... dann wird auch die große Mehrheit des deutschen Volkes o p f e r b e r e i t u n d e n t s c h l o s s e n s i c h h i n t e r e i n e s o l c h e s t a r k e u n d s e l b e r z u m H a n d e l n e n t s c h l o s s e n e F ü h r u n g s t e l l e n ."²⁾

Im Auftreten Kalckreuths vor dem Westfälischen Landbund kam zum Ausdruck, daß die Führung des RLB jetzt, nachdem die Subventionierung der ostelbischen Großagrarien weitgehend gesichert war, die Agitation zugunsten der Veredelungswirtschaft in den Vordergrund rückte, um die zunehmende Verelendung und Radikalisierung der Bauern auch in den westlichen Gebieten für ihre profaschistischen politischen Ziele auszunutzen. Die Kölnische Volkszeitung bemerkte: "Der Husarenritt des Landbundes nach Hamm i.W. dient offenbar dem Zweck, jetzt a u c h d e n W e s t e n f ü r d i e r a d i k a l e n A g i t a t i o n s m e t h o d e n d e s L a n d b u n d e s z u g e w i n n e n u n d ... a u f z u p u t s c h e n ."³⁾ Dabei vermied es Kalckreuth wohlweislich, den Klassencharakter der Agrarpolitik der Brüning-Schiele-Regierung, deren Bankrott er konstatierte, vor den bäuerlichen Mitgliedern zu enthüllen und nachzuweisen, daß dies junkerlich-kapitalistische Agrarpolitik, ja sogar echte Landbundpolitik war, die

1) ZdRLB, Nr.1 v. 6.Jan.1932. Landbundpräsident A.Bethge bezeichnete vor der Vertreterversammlung des RLB am 1.Febr. 1932 den Minister Schiele als "Zuspät-Minister".
Vgl. RLB/AWS, Nr.6 v. 6.Febr.1932.

2) ZdRLB, Nr.1 v.6.Jan.1932.

3) Kölnische Volkszeitung v. 7.Jan.1932.

diese Regierung praktizierte. Die Demagogie der forcierten politischen Aktivität der Landbundführung bestand darin, daß sie die Verzweiflungsstimmung der Bauern schürte, nicht um sie gegen das krisengeschüttelte kapitalistische System zu lenken, sondern mit ihrer Hilfe das Weimarer System, die parlamentarische Republik zu beseitigen.

Der Linie Kalckreuths folgend, brachte der Württembergische Landbund auf seiner Landesversammlung am 17. Januar zum Ausdruck, daß die Reichsregierung, die sich auf die "Linke" und einen "krankenden Parlamentarismus" stütze, die Kraft zu wirksamen Maßnahmen im Interesse der Bauern nicht finden werde. In einer an die Reichs- und Länderregierungen sowie an die württembergische Bevölkerung gerichteten Kundgebung motivierte der Landbund seine Hoffnung auf den "rettenden Systemwechsel" mittels folgender demagogisch profaschistischer Anklage:

"Die Anfänger und Stümper im Regieren haben nach dem verlorenen Krieg bis zur Inflation gewirtschaftet wie nach einem gewonnenen Krieg. Die Erfüllungspolitiker haben unsere Wirtschaftskraft, die Exportfanatiker unseren Binnenmarkt zerschlagen, und die auf einen krankenden Parlamentarismus sich stützende Reichsregierung scheint nicht mehr die Kraft zu finden zu durchgreifenden wirksamen Maßnahmen. Wir hoffen, daß bald eine auf die bodenständigen und nationalen Kräfte des Volkes sich stützende Reichsregierung den Weg zu einer besseren Zukunft freimachen wird."¹⁾

Auf der erweiterten Vertreterversammlung des RLB am 1. Februar 1932 nahm die Führungsspitze Gelegenheit, die gesamte Organisation auf die von Kalckreuth in Hamm eröffnete Kampagne zur Ablösung der Brüning-Regierung auszurichten. Zwar war der Rahmen einer Vertreterversammlung bescheidener als der des traditionellen Landbundtages, auf dessen Durchführung ein zweites Mal verzichtet wurde, dafür sollten aber, wie es in der agrarpolitischen Wochenschrift des RLB hieß, "s c h ä r f e r e T ö n e angeschlagen werden als je zuvor in der gesamten Geschichte der agrarpolitischen Bewegung Deutschlands."²⁾

Zum Auftakt der Versammlung fand am 31. Januar eine Sitzung des Bundesvorstandes statt, auf der eine Entschließung angenommen wurde, die dem Kabinett Brüning-Schiele "die volle

1) DZA I, RLB, Nr.111, Bl.264.

2) RLB/AWS, Nr.5 v. 30.Jan.1932, S.49.

Verantwortung für den Zusammenbruch der deutschen bäuerlichen Veredelungswirtschaft" zuschob. An den Reichspräsidenten wurde die Frage gerichtet, ob er weiterhin dulden wolle, daß sein Auftrag, auf den "die deutsche Landwirtschaft ihre letzten Hoffnungen gesetzt hatte, von der derzeitigen Reichsregierung in so offenkundiger Weise mißachtet" werde.¹⁾

Auf der Vertreterversammlung selbst entwickelte Graf von Kalckreuth die Auffassung des RLB über die Ursachen und den Weg zur Überwindung der Wirtschaftskrise.²⁾ Die Krise, so erklärte er, sei nicht Schicksal, sondern eine Auswirkung der Reichsregierung. Jetzt komme es nicht darauf an, den demokratischen Staat über die Krise zu retten, sondern letztere zu beseitigen. Die gemeinsame Quelle ihrer beiden Grundübel, der Arbeitslosigkeit und der Agrarkrise, sah Kalckreuth in der verfehlten Exportpolitik, und den Ausweg in der Wiederherstellung der Rente. Davon ausgehend, forderte er vor allem eine Erhöhung der Agrarpreise und die Drosselung der Einfuhr ausländischer Agrarerzeugnisse durch Devisenbewirtschaftung, Einfuhrkontingentierung und "Luxusumsatzzölle", womit das Volk indirekt gezwungen werden sollte, deutsche Waren zu verbrauchen. Dem Minister Schiele warf Kalckreuth vor, seine Wirtschaftspolitik nicht bis zur Autarkie geführt zu haben; auch sei es sein Fehler gewesen zu glauben, daß er als reiner Fachminister die Landwirtschaft retten könne, ohne auf die Politik der Regierung einen entscheidenden Einfluß auszuüben. Deshalb müsse sich der Landbund in die Politik des Reiches einschalten, weil nur dadurch der Landwirtschaft die Rettung gebracht werden könne. Was die Beseitigung der Arbeitslosigkeit betraf, so empfahl Kalckreuth - neben der Liquidierung der "starren" Lohnstarife - als entscheidenden Weg die Wiederaufrüstung Deutschlands. In der Wiederherstellung der Wehrhoheit sah er einen "starken Antrieb" für die Industrieproduktion, "einen der wesentlichsten Punkte, die deutsche Arbeitslosigkeit zurückzudrücken", die Möglichkeit, jugendliche Arbeitslose "in eine erzieherischewertvolle Arbeit hinein-

1) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.1 ff.; RLB/AWS, Nr.6 v.6. Febr.1932.

2) Vgl. RLB/AWS, Nr.6 v. 6. Febr.1932, S.92 ff.

zubringen.¹⁾ Deshalb solle die Regierung in Genf nicht die Abrüstung der anderen, sondern die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit fordern. Deutschland solle im Völkerbund nicht mehr der Paria sein, sondern die Gleichberechtigung erzwingen, andernfalls sein Interesse am Völkerbund aufgeben. Was Kalckreuth hier als Programm des RLB zur Überwindung der Krise entwickelte, das war jener von den reaktionärsten Kräften des Monopolkapitals und des Junkertums konzipierte Ausweg, der tatsächlich in der Errichtung der faschistischen Diktatur, in der Wirtschaftsautarkie, in der Wiederaufrüstung und - folgerichtig - im zweiten Weltkrieg mündete. Es ist bemerkenswert, daß nur wenige Tage vorher, und zwar am 27. Januar 1932, Hitler in Düsseldorf vor westdeutschen Schwerindustriellen sein Programm entwickelt und schon am nächsten Tag mit Poensgen, Thyssen und Vögler die Zusammensetzung einer künftigen faschistischen Regierung erörtert hatte.²⁾

Im Lichte der Ausführungen Kalckreuths wird verständlich, warum der kürzlich hinzugewählte vierte Landbundpräsident Willikens in seiner Begrüßungsansprache als Vertreter der Nazi-partei, von Bravorufen der Vertreterversammlung begleitet, erklären konnte:

"Es ist mir eine besondere Freude und Ehre, als Nationalsozialist...zu Ihnen sprechen zu dürfen, und es ist mir deshalb eine Freude, weil ich hier feststellen darf und feststellen kann, daß wir in all dem, was wir erstreben, im Ziel hundertprozentig einig sind (Bravo!), weil... darüber hinaus...gerade durch unsere Zusammenarbeit der richtige Weg gefunden wird (Bravo!)."³⁾

Willikens' Erklärung und der Widerhall, den sie in der Vertreterversammlung fand, zeigen mit aller Deutlichkeit, wie weit die politische und ideologische Faschisierung des RLB bereits fortgeschritten war. Sehr aufschlußreich war auch die Ansprache des Landbundpräsidenten A.Bethge.⁴⁾ Er wettete gegen die "egoistischen Demagogen", die da riefen, der Landbund habe nichts erreicht. Sie zersetzten die Organisation und müßten ausgeschieden werden. Indes habe der RLB erreicht, die Land-

1) Ebenda, S.98.

2) Vgl. GdA, Bd.4, a.a.O., S.306.

3) RLB/AWS, Nr.6 v. 6.Febr.1932, S.91.

4) Vgl. ebenda, S.90 f.

wirtschaft auch "unter diesem System" am Leben zu erhalten, und die kommende "nationale Regierung" könne diese Landwirtschaft zur "Grundlage des Wiederaufbaues" machen. Bethge rühmte gewissermaßen im voraus die politische und ideologische Rolle des RLB als des Wegbereiters der kommenden faschistischen Diktatur auf dem Lande, als er erklärte:

"Die Arbeit unseres Reichs-Landbundes, das fortwährende: Kampf dem Marxismus, Kampf dem System! - das fortwährende Aufrütteln der Regierung und der Parteien: Vernichtet euren Nährstand nicht! - alles dies führte zu einer Klärung in den Köpfen unserer Bauern."¹⁾

Nachdem im Bundesvorstand ~~und~~ in der Vertreterversammlung die politische Richtung des RLB in dieser Richtung festgelegt worden war, wurde auch auf der Ebene der Landbünde in verstärktem Maße unter den bäuerlichen Mitgliedern Stimmung für die beschleunigte Beseitigung der parlamentarischen Republik gemacht. So nahm der 13. Schlesische Landbundtag am 7. Februar eine Kundgebung an, in welcher die Überzeugung geäußert wurde, "daß der nationale Wille des Volkes in Kürze sich durchsetzen und eine nationale Regierung schaffen" werde.²⁾

4.1.2. Die Reichspräsidenten- und Landtagswahlen im Frühjahr 1932. Der RLB für Hitler

"Im Frühjahr 1932 wurde immer deutlicher, daß sich der Kampf zwischen der Arbeiterklasse und allen demokratischen Kräften einerseits und den faschistischen Kräften andererseits seinem Höhepunkt näherte."³⁾ Das kam besonders in den Reichspräsidenten- und in den Landtagswahlen im März und April zum Ausdruck. Indem er den eingeschlagenen Faschisierungskurs konsequent fortsetzte, stand der RLB auch bei diesen Auseinandersetzungen in der vordersten Front jener Kräfte, die den totalen "Systemwechsel", d.h. die faschistische Diktatur unverzüglich herbeiführen wollten.

Als die Reichswehrführung und Brüning mit Hitler und Hugenberg verhandelten, um sie für ein gemeinsames Vorgehen aller reaktionären Kräfte zu gewinnen und eine Verlängerung der

1) Ebenda, S.91.
2) DZA I, RLB, Nr.111, Bl.260 f.
3) Vgl. GdA, Bd.4, a.a.O., S.324.

Amtszeit oder eine Wiederwahl P.von Hindenburgs auf parlamentarischem Wege zu sichern,¹⁾ wandte sich Kalckreuth am 11. Januar 1932 in gleichlautenden vertraulichen Schreiben an Hugenberg und Hitler, denen er die Ablehnung des Brüning'schen Vorschlages nahelegte; denn, so schrieb er, durch ihre Zustimmung würde die "nationale Opposition...vor dem jetzigen System kapitulieren." Eine Unterstützung der Wiederwahl Hindenburgs hielt er nur dann für möglich, wenn derselbe "durch entscheidende Schritte eine Trennung von der Linken und ein Bekenntnis zur nationalen Seite" vollzöge. Solche Schritte, so fügte Kalckreuth hinzu, "könnten in der Berufung eines nationalen Reichskabinetts oder in der Auflösung des jetzigen Reichstages liegen."²⁾

Schon an diesem Schreiben Kalckreuths wird sichtbar, daß es den intransigenten Junkern ebenso wie den anderen Fraktionen der herrschenden Klasse bei der bevorstehenden Wahl des Reichspräsidenten primär nicht um die Person des alten P.von Hindenburg ging, sondern um die Reichsregierung und deren Kurs.³⁾ Während die Repräsentanten des taktisch vorsichtigeren Flügels der herrschenden Klasse glaubten, "sich durch Hindenburg und seinen Kanzler Brüning...vor etwaigen 'Experimenten' Hitlers absichern zu können, die sie angesichts der antikapitalistischen Stimmungen der Nazi-Anhänger befürchteten,"⁴⁾ gingen die intransigenten Junker als Verfechter der abenteuerlichen, militant profaschistischen Linie an die Frage der Reichspräsidentenwahl unter dem Aspekt heran, ob die Ablösung der parlamentarischen Republik durch ein offen diktatorisches Regime mit Hindenburg oder einer anderen Persönlichkeit schneller vollzogen werden könnte. Sie, die in der Stellung des Reichspräsidenten seit jeher ein entscheidendes Gegengewicht gegen die "Allmacht" des Reichstages und einen entscheidenden Hebel zur Verwirklichung ihrer strategisch-taktischen Konzeption sahen,⁵⁾ verkündeten dann auch, daß die Entscheidung des RLB davon bestimmt werden sollte, ob die vom Bundesvorstand

1) Vgl. K.Schütze, Reichswehr wider die Nation, Berlin 1963, S.144 ff.

2) DZA I, RLB, Nr.146, Bl. 1f.

3) Vgl. W.Ruge, a.a.O., S.426 f.

4) Ebenda, S.426.

5) Vgl. S.53 f. der vorliegenden Arbeit.

seit der letzter Reichstagswahl "immer wieder geforderte Umstellung der Reichsführung durch die Lösung der Präsidentenfrage gefördert oder gehemmt" werde.¹⁾

Auf seiner Sitzung am 31. Januar nahm der Bundesvorstand die Briefe Kalckreuths an Hugenberg und Hitler widerspruchslos zur Kenntnis und sprach sich gemäß der von Kalckreuth begründeten Auffassung: "Wer Hindenburg wählt, wählt Brüning!"²⁾ gegen eine Beteiligung des RLB an der Arbeit des Sahn-Ausschusses aus, der die Wiederwahl Hindenburgs organisierte. In einem Rundschreiben vom 8. Februar forderte Kalckreuth alle Landbünde auf, dahin zu wirken, daß kein Landbund-Mitglied an der Aktion dieses Ausschusses sich irgendwie beteilige.³⁾

Als Hindenburg trotz der Enttäuschung, die ihm die "alten Kameraden" im Lager der extremen Reaktion bereiteten, die Präsidentschaftskandidatur annahm, erließ die Landvolkpartei einen Aufruf zu seiner Wiederwahl.⁴⁾ Der RLB indes übergab der Presse eine Stellungnahme, in der es hieß, daß die Wahl Hindenburgs im Jahre 1925 die von seinen damaligen Wählern erstrebte Wendung in der Führung des deutschen Staates nicht gebracht und seine Wiederwahl deshalb abgelehnt werden müsse. Der RLB kämpfe, so wurde hinzugefügt, für die Besetzung des Reichspräsidentenpostens durch eine Persönlichkeit, die Deutschland von der Beherrschung durch die verhängnisvollen Kräfte befreie, die für die "Irrwege" der "bisherigen nationalen und Wirtschaftspolitik verantwortlich" seien.⁵⁾ In einem Kommentar zu dieser Stellungnahme bekräftigte der RLB seine Auffassung, daß die große Aufgabe des Kampfes um die Präsidentschaft die "grundlegende Änderung der deutschen Politik auf allen in Betracht kommenden Teilgebieten...unter Brechung aller marxistischen Einflüsse" sei. Gemessen an diesem "Hochziel", erklärte der Landbund, müsse die Rücksicht auf irgendwelche Persönlichkeit als Frage geringerer Bedeutung zurücktreten.⁶⁾

1) RLB/AWS, Nr.3 v. 16. Jan. 1932, S.26 f. (Hervorhebung von mir - K.N.).

2) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.25.

3) Vgl. RLB/AWS, Nr.7 v. 13.2.1932; ZdRLB, Nr.6 v. 10.2.1932.

4) Vgl. Deutsches Landvolk, Nr.8 v. 25.2.1932.

5) ZdRLB, Nr.7 v. 17.2.1932; RLB/AWS, Nr.8 v. 20.2.1932.

6) Kalckreuth erklärte am 1. März vor dem Bundesvorstand, daß dies mit der Verehrung für die Person des Feldmarschalls

Auf der Generalversammlung des Kreislandbundes Regenwalde am 27. Februar bestätigte Kalckreuth, daß die Frage des Reichspräsidenten für den RLB "eine reine Regierungsfraße" geworden sei. Es bestünde jetzt nur noch eine reine Präsidialregierung, vom Reichspräsidenten allein beauftragt und von seiner Unterschrift abhängig. Die traurige Bilanz des Brüningkabinetts zwinge den RLB, dessen Sturz mit aller zu Gebote stehenden Macht zu fordern; und wenn Hindenburg sich nicht entschließen konnte, Brüning fallen zu lassen, so müsse der RLB "schweren Herzens auch ihm die Gefolgschaft aufsagen."¹⁾

Doch der Versuch der militant profaschistischen Kräfte, sich auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zu einigen, scheiterte, und die Harzburger Front, die von Anfang an durch Auseinandersetzungen zwischen den Rivalen um die Führung gekennzeichnet war, fiel während der Wahlkampagne auseinander.²⁾ Deutschnationale Partei und Stahlhelm, die Hitlers Kandidatur wegen des Führungsanspruches der Naziartei nicht akzeptieren

und Ehrenmitgliedes des RLB nichts zu tun habe. Man könne die Persönlichkeit Hindenburgs auf das tiefste verehren und trotzdem der Meinung sein, daß er unter den heutigen Verhältnissen nicht der geeignete Reichspräsident sei. Vgl. DZA I, RLB, Nr. 146, Bl. 26. Dennoch ließ der Zwiespalt, in den der alte Feldmarschall durch das taktisch begründete Abrücken des RLB von seiner Kandidatur geriet, die konservativen Junker und ihre Gefolgsleute nicht unberührt. Das bestätigte Hans Bodo von Alvensleben, Vorsitzender des Landbund-Bezirksverbandes Magdeburg, als er auf der Sitzung des Provinzsächsischen Landbundes am 31. März bemerkte: Es sei bedauerlich, daß Hindenburg durch die Wahlagitation als ein Kandidat der Linken erscheine, "in Wirklichkeit sei er doch eine durch und durch monarchistische, nationale Persönlichkeit." Ebenda, Nr. 14 a, Bl. 98 f.

1) Pommersche Tagespost, Nr. 50 v. 28. Febr. 1932.

2) J. Goebbels wandte sich ganz offen gegen "Phantasien um Harzburg" und führte aus: "Oft und oft hat die Partei aus taktischen Gründen mit anderen Gruppen oder Verbänden Koalitionen geschlossen. Wir aber ließen nie einen Zweifel darüber, daß jedes Bündnis nur zeitlichen Wert habe... Wir erklärten..., daß Harzburg nur eine Kampffront gegen Brüning sei, und daß wir jederzeit, wenn es die taktischen Umstände erforderten, auch wieder den Entschluß fassen würden, eigene Wege zu gehen." "Auf uns allein gestellt", in: Der Angriff, Nr. 48 v. 8. März 1932.

wollten, nominierten Theodor Duesterberg als Kandidaten des "schwarz-weiß-roten Kampfblocks". Die Nazipresse zog sofort gegen die "überflüssige Wählkandidatur Duesterberg" zu Felde und vermerkte sarkastisch, daß den Deutschnationalen keine Perle aus der Krone gefallen wäre, "wenn sie in einem solchen gewaltigen geschichtlichen Augenblick über ihren Parteihorizont hinausgeblickt...und einem Adolf Hitler ihre Stimme gegeben" hätten.¹⁾ Dennoch gab sich J. Goebbels optimistisch und verkündete auf der Generalversammlung der Nazipartei am 22. Februar in Berlin: "Hitler wird unser Reichspräsident!"²⁾

Am 1. März nahm der Bundesvorstand des RLB zum bevorstehenden ersten Gang der Reichspräsidentenwahl Stellung. Graf Kalckreuth betonte, daß der Landbund an seiner klaren Linie nur festhalten würde, wenn er sich gegen Hindenburg ausspräche; denn eine Trennung zwischen dem Kabinett Brüning und dem Reichspräsidenten könne man nicht mehr machen.³⁾ Die "klare" politische Linie des RLB in dieser konkreten Situation beizubehalten hieß also, der von ihm immer wieder geforderten "Umstellung der Reichsführung" durch das intransigente Herangehen an die "Präsidentenfrage" Nachdruck zu verleihen. In der EntschlieÙung zum ersten Wahlgang, die von der Mehrheit des Bundesvorstandes angenommen wurde, hieß es demgemäß:

"Die nationale Opposition hat die Proklamation Hindenburgs durch die Parteien des Weimarer Systems mit der Herausstellung ihrer Vorkämpfer Hitler und Duesterberg beantwortet. Der Reichs-Landbund steht im Lager der nationalen Opposition. Er wird seine Stimme nicht für Hindenburg einsetzen. Der Kampf für den einen der beiden Kandidaten der nationalen Opposition darf nicht zum Kampf gegen den anderen werden. Unser gemeinsamer Kampf richtet sich gegen die Herrschaft der verderblichen Kräfte, die für die Irrwege unserer bisherigen gesamtstaatlichen und Wirtschaftspolitik verantwortlich sind."⁴⁾

Diese EntschlieÙung, die den Mitgliedern und Anhängern des Landbundes die Wahl zwischen Duesterberg und Hitler freistellte, markierte den politischen Standort des RLB sowohl innerhalb der profaschistischen Harzburger Front als auch im all-

1) NS-Landpost, Folge 9 v. 28. Febr. 1932.

2) Schultheiss' Europäischer Geschichtskalender 1932, München 1933, S. 28.

3) Vgl. DZA I, RLB, Nr. 146, Bl. 25 f.

4) Ebenda, Bl. 38. Vgl. auch: ebenda, Nr. 111, Bl. 120; RLB/AWS, Nr. 9 v. 27. Febr. 1932.

gemeinen Faschisierungsprozeß, spiegelte einerseits die traditionelle, noch vorhandene Bindung an die Deutschnationale Volkspartei und andererseits die zunehmende Umorientierung seiner Führung auf die Naziartei wider.

Kalckreuth motivierte die "klare" politische Einstellung der Landbündler auch mit ihrer Verpflichtung, "immer wieder die Klammer um die gesamte nationale Opposition bilden (zu) müssen, insbesondere auch im Hinblick auf den zweiten Wahlgang."¹⁾ Aber auch vor diesem entscheidenden Wahlgang gelang es den rivalisierenden Hauptgruppierungen der Harzburger Front nicht, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Die deutschnationale Partei zog zwar die Kandidatur Duesterbergs zurück, stellte jedoch ihren Mitgliedern und Anhängern die Wahl zwischen den verbliebenen Kandidaten der Reaktion, Hitler und Hindenburg, frei. Kalckreuth brachte auf der Sitzung des Bundesvorstandes am 22. März, auf der über die Haltung des RLB zum zweiten Wahlgang entschieden werden sollte, sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die "politischen Faktoren der nationalen Opposition ihre eigenen Wege gegangen" seien; andererseits, so meinte er, habe der Landbund dadurch seine völlige Handlungsfreiheit wiederbekommen, und nun gelte es, sich auf den für den Landbund und die Landwirtschaft richtigen Weg einzustellen.²⁾ Zweifellos handelte es sich bei diesem Weg um den Kurs der beschleunigten Ablösung der Weimarer Republik durch die offene Gewaltherrschaft. Dabei ging es jetzt allerdings auch um die Frage, welchen der beiden rivalisierenden Hauptparteien der Harzburger Front der RLB im nächsten Wahlgang Gefolgschaft leisten sollte. Der Landbundpräsident war nicht mehr unbedingt bereit, dem Hugenberg'schen "sturen Kurs" zu folgen und die deutschnationale Partei zu unterstützen, die sich im Ergebnis der Auseinandersetzungen um den Führungsanspruch in der Harzburger Front und um den bestimmenden Einfluß in einer Regierung der faschistischen Diktatur den Anzeichen nach als zu spät gekommene und schwächere Abteilung erweisen könnte. Solches brachte er in einem Schreiben vom 31. März an den Grafen R. Keyserlingk zum Ausdruck, als er er-

1) DZA I, RLB, Nr. 146, Bl. 26.

2) Vgl. ebenda, Bl. 45.

klärte, warum er Hugenbergs Politik nicht mehr recht folgen könne. "Ich fürchte", so schrieb er,

"er wird auch diesmal wieder wie schon so manches Mal (siehe Frühjahr 1930) den Anschluß, der der Partei eine ausschlaggebende Rolle ermöglichen könnte, verpassen, weil die Situation nicht ganz 100-prozentig so ist, wie er sie sich als Vorbedingung für aktives Handeln gedacht hat."¹⁾

Jene Junker und Landbundführer, welche die Beschleunigung des Faschisierungsprozesses über "engstirnige" Parteidifferenzen im Lager der profaschistischen Kräfte stellten, waren offenbar entschlossen, Hugenbergs Partei rechts zu überholen und den RLB vollends in die unmittelbare Gefolgschaft der Nazi-partei zu dirigieren, um sich - auf solche Art "bewährt" - im Wettlauf der landwirtschaftlichen Berufsverbände um den Platz an der Sonne im dritten Reich faschistischer Prägung die günstigste Ausgangsposition zu sichern.²⁾ Auf der erwähnten Tagung des Bundesvorstandes ging der Landbundpräsident bereits davon aus, daß Hindenburg so gut wie gewählt sei; aber er hielt es für eine Schwäche, wenn "nur deshalb, weil eine Gruppe der nationalen Opposition (die DNVP - K.N.) nicht weiterkämpf(e)", auch die Landbündler "nicht weiterkämpfen würden."³⁾ Augenscheinlich verstanden Kalckreuth und seinesgleichen in dieser konkreten historischen Situation unter Weiterkämpfen die Demonstration einer militant profaschistischen Haltung durch das kompromißlose Eintreten für die unverzügliche Beseitigung der Weimarer Republik und das Bekenntnis zur Kandidatur Hitlers bei der Reichspräsidentenwahl. Eine solche Haltung bekundete die Mehrheit des Bundesvorstandes des RLB mit der Annahme der EntschlieÙung zum zweiten Wahlgang, in der es heißt:

"Die Gründe, die den Reichs-Landbund veranlaßt hatten, seine Stimme nicht für Hindenburg einzusetzen, bleiben auch für den zweiten Wahlgang in vollem

1) DZA I, RLB, Nr.27, Bl.5.

2) Auf der erweiterten Vertreterversammlung des RLB am 1. Febr. 1932 hatte Landbundpräsident A. Bethge ausgeführt: "Wenn nun aber diese andere, nationale Regierung kommt, auch dann müssen wir uns klar darüber sein, meine Damen und Herren, daß der Kampf der Berufsstände unter sich nicht aufhören wird (sehr richtig!) und daß bei dem Kampf der Berufsstände um den Platz an der Sonne eine starke Berufsorganisation - das ist unser Reichs-Landbund - da sein muß." (Erneute Zustimmung.) RLB/AWS, Nr.6 v. 6. Febr. 1932, S.91.

3) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.46.

Umfange bestehen. Die verheerenden Auswirkungen der Irrwege der bisherigen deutschen gesamtstaatlichen und Wirtschaftspolitik sind für die deutsche Landwirtschaft von Tag zu Tag fühlbarer. Daher kann ein deutscher Bauer am 10. April nicht Arm in Arm mit der bauernfeindlichen Sozialdemokratie den Reichspräsidenten wählen. ...In der Stimmabgabe für Hitler, der als einer der bisherigen Kandidaten der nationalen Bewegung seine Kandidatur in der zweiten Wahl aufrecht erhält, sieht der Reichs-Landbund eine starke kämpferische Kundgebung."1)

Abgesehen davon, daß die Landbünde Baden, Rheinhessen und Pfalz schon vor dem ersten Wahlgang ausschließlich auf Hitler orientiert hatten,²⁾ forderten die meisten Landbünde vor dem zweiten Wahlgang, dem Aufruf des Bundesvorstandes folgend, ihre Mitglieder zur Stimmabgabe für Hitler auf. Obwohl der Aufruf von der deutschnationalen Partei nicht sehr freudig zur Kenntnis genommen worden war,³⁾ begrüßten ihn auch die Führer des Pommerschen Landbundes in einer öffentlichen Erklärung⁴⁾ als eine kämpferische Kundgebung. Sie sahen in der Stimmabgabe für Hitler zwar nicht eine Bindung des einzelnen an die NSDAP, "wohl aber ein Bekenntnis gegen die Kräfte des Systems"; und sie versicherten, daß die "Haltung jedes pommerschen Landbündlers kämpferisch sein" werde, "bis das Ziel erreicht" und das derzeitige System beseitigt sei.⁵⁾ Der Schleswig-Holsteinische Land- und Bauernbund bezeichnete es gar als "nationale Pflicht" der Organisation, Hitler "folgerichtig", d.h. "aus der Weg- und Kampfkameradschaft heraus" und als den einzig verbliebenen Kandidaten der "nationalen" Opposition zu unterstützen.⁶⁾

Aber auch in dieser konkreten historischen Situation setzte sich die profaschistische Entwicklung und Politik des RLB nicht ohne Konflikte durch. Während der Reichspräsidentenwahlen kam es zu einer erneuten Belebung und Zuspitzung der taktischen Differenzen im RLB. Das äußerte sich besonders darin,

- 1) Ebenda, Bl.59. Vgl. auch: ebenda, Nr.111, Bl.105; RLB/AWS, Nr.13 v.26.März 1932. (Hervorhebung von mir - K.W.)
- 2) Vgl. Badische Bauernzeitung, Nr.11-1932; Rhein- und Hessebauer, Nr.69-1932; Deutsche Wacht, Nr.10 v. 5.März 1932.
- 3) Vgl. Kalckreuth an R. Graf Keyserlingk am 31.3.1932, a.a.O.
- 4) Unterzeichner waren: v.Rohr, v.Oertzen, Rannow und Mörke.
- 5) Vgl. Der Pommersche Landbund, Nr.15 v. 9.April 1932; Deutsche Zeitung, Nr.79 b v. 5.April 1932.
- 6) Vgl. DZA I, RLB, Nr.261, Bl.11.

daß einige Organisationen, vornehmlich bäuerliche Landbünde West- und Süddeutschlands, von den Beschlüssen des Bundesvorstandes abwichen und eigene Wege gingen. Sowohl vor dem ersten als auch vor dem zweiten Wahlgang verzichteten die Landbünde Thüringen, Nassau, Bayern, Württemberg, Mittelrhein und Ostpreußen darauf, die Entschließungen des Bundesvorstandes in ihren eigenen Organen zu veröffentlichen.¹⁾ Vom Aufruf des RLB für den zweiten Wahlgang abweichend,²⁾ forderten die Landbünde Bayern und Württemberg ihre Mitglieder direkt dazu auf, Hindenburg statt Hitler zu wählen. Der Gesamtvorstand des Thüringer Landbundes sprach sich "einstimmig gegen eine Hitler-Diktatur" aus und überließ die Stimmabgabe bei der Wahl "dem gesunden Sinn seiner Bauern." Auch der Nassauische und der Provinzsächsische Landbund überließen die Abstimmung ihren Mitgliedern, wobei sie offenbar damit rechneten, daß ein großer Teil Hindenburg wählen würde. Ähnlich verfahren der Ostpreussische und der Ostfriesische Landbund, welche die Herausstellung der Präsidentschaftskandidaten als Angelegenheit der Parteien bezeichneten und auf diese Weise ihre Mitglieder der moralischen Pflicht enthoben, dem Aufruf des RLB zur Unterstützung Hitlers zu folgen, wenn sie statt dessen Hindenburg wählen wollten.

Wenn solche Landbünde wie die oben erwähnten den Aufruf des RLB zur Stimmabgabe für Hitler bei der Reichspräsidentenwahl nicht unterstützten, so haben dabei einige Gründe eine Rolle gespielt. Erstens konnten jene Landbünde, welche sich bei Parlamentswahlen infolge des Auftretens mit eigenen Landvolklisten zwangsläufig die politische Gegnerschaft der Nazipartei eingehandelt hatten, ihre Differenzen mit dieser Partei während der Präsidentschaftswahl nicht überspielen. Daraus erklärt sich wohl auch, daß gerade von diesen Landbünden immer noch Bedenken gegenüber den angeblich sozialistischen bzw. antikapitalistischen Tendenzen in der Nazipartei geltend gemacht wurden.³⁾ Zweitens sahen solche Landbünde im offenen Eintreten für Hitler eine einseitige parteipolitischen Bindung und ein allzu deutliches Abrücken vom Prinzip der parteipoliti-

1) Vgl. ebenda, Nr.146, Bl.68.

2) Vgl. ebenda, Bl.69 ff.

3) Vgl. Der Thüringer Landbund, Nr.27 v. 6.April 1932.

sehen Neutralität.¹⁾ Dies schien ihnen um so gefährlicher zu sein, als sich dadurch die Spaltung der Harzburger Front zu vertiefen drohte. Schließlich schien es ihnen zu waghalsig zu sein, daß der RLB in dieser Phase des Kampfes um die Beseitigung der Weimarer Republik mit den Nazis allein vorprellte, auf diese Weise andere Abteilungen der profaschistischen Harzburger Front desavouierte und vollends den riskanteren Weg zur faschistischen Diktatur beschritt.

Obwohl die ultrareaktionären Kräfte in Hitler "den Mann der nationalen Opposition"²⁾ herausstellten und Hindenburg demgegenüber als Kandidaten des "Systems" abwerteten, verzichteten die erwähnten Landbünde nicht darauf, ihren Mitgliedern die Möglichkeit offen zu halten, letzteren statt Hitler zu wählen. Erstens sahen sie - durchaus zu Recht - in Hindenburg nicht den Hüter des parlamentarischen Systems, sondern den Bewahrer preußischer, monarchistisch-militaristischer Traditionen, eine Symbolfigur aller reaktionären Kräfte. Zweitens glaubten sie mit der Aufrechterhaltung der Kandidatur Hindenburgs der spezifischen "Mission" des RLB, parteipolitische Neutralität zu demonstrieren und in der heterogenen Harzburger Front als Sammelbewegung zu wirken, eher zu entsprechen als die zentrale Führung mit ihrer Orientierung auf Hitler. Alle diejenigen, die - der offiziellen Parole des RLB zuwider - zu Hindenburg halten wollten, sollten nicht als "Systemverteidiger" verdächtigt und von der Harzburger Front abgestoßen werden,³⁾ zumal Hindenburg und die hinter ihm stehenden Kreise ihre Bereitschaft bekräftigten, den Übergang zur offenen Gewaltherrschaft mit allen Kräften der Reaktion, auch den Deutschnationalen

-
- 1) Der Kreislandbund Torgau z.B. übersandte am 7. März dem Landbundpräsidenten eine EntschlieÙung, in der er "aufs schärfste die jetzige einseitige politische Einstellung des Reichslandbundes" verurteilte und das "Festhalten an der satzungsmäßig bestimmten und ausdrücklich zugesagten Neutralität" forderte. Vgl. DZA I, RLB, Nr. 14 a, Bl. 118.
 - 2) Vgl. Schleswig-Holsteinische Tageszeitung, Nr. 65 v. 17. 3. 1932.
 - 3) Die Landbünde Meissen, Oberrhein und Hannover hatten schon vor dem ersten Wahlgang im Bundesvorstand die Freigabe der Stimmen mit Rücksicht darauf verlangt, daß ein Teil der Mitglieder Hindenburg wählen würde und daß man nicht jene Kräfte der Rechten abstoßen dürfe, die mit ihm gehen wollten. Vgl. DZA I, RLB, Nr. 146, Bl. 29 f.

und den Nazis, vollziehen zu wollen.¹⁾ Eben deshalb verbanden die erwähnten Landbünde ihre Vorstellungen vom Übergang zur offenen Gewaltherrschaft auch mit der Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, weil sie darin die Gewähr für die schrittweise, risikolosere Beseitigung der Weimarer Republik sahen.²⁾

Aus all dem ergibt sich, daß die von der offiziellen politischen Linie des RLB abweichende Haltung einiger Landbünde weder als ein Bekenntnis zur Weimarer Republik noch als grundsätzliche Ablehnung der offenen Diktatur faschistischer Prägung gewertet werden kann. Sie, die bei den Präsidentenwahlen direkt oder indirekt Hindenburg den Vorzug gaben, wollten den Parlamentarismus ebenso beseitigen wie jene, die direkt oder ausschließlich auf Hitler setzten, allerdings durch Anwendung einer vorsichtigeren Taktik, zu der auch die Handhabung der parteipolitischen "Neutralität" des RLB gehörte. Der von K. Hepp geführte Nassauische Landbund z.B. demonstrierte eine solche politische Haltung mit seinem Aufruf zum zweiten Wahlgang, dem zu entnehmen war: "Die nassauischen Bauern werden zum Teil Hitler und zum Teil Hindenburg wählen, ohne sich

- 1) Staatssekretär Meißner beklagte in einem Schreiben vom 21. März 1932 an Karl Hoppmann in Wuppertal-Elberfeld die Erfolglosigkeit bisheriger Bemühungen in dieser Richtung mit den Worten: "Die vom Herrn Reichspräsidenten seit langem ins Auge gefaßte Heranziehung der Rechten zur Verantwortung ist immer wieder und ganz besonders in den letzten drei Monaten an der Uneinigkeit der Rechten, der sogenannten Harzburger Front, gescheitert; hierbei tragen die übersteigerten Ansprüche der NSDAP...die Hauptschuld, wann es möglich sein wird, diese Schwierigkeiten und diese Uneinigkeit der Rechten zu überwinden, läßt sich noch nicht übersehen, vielleicht nach der Preußenwahl." DZA I, Büro des Reichspräsidenten, Nr.0/4, Bl.144 f.
- 2) Der Führer des Landbundes der Rheinprovinz, Major a.D. Carl Andres, der Meißner gegenüber Bedenken darüber geäußert hatte, daß Hindenburg an seinem Lebensabend noch einmal die schwere Bürde einer neuen Präsidentschaft auf sich nehmen wolle, erhielt am 5. März zur Antwort: Hindenburg habe sich zum Verbleiben im Amte erst dann bereit gefunden, nachdem festgestellt worden war, daß kein anderer Kandidat an seiner Stelle da war und "daß im Falle seiner Ablehnung ein Wahlkampf zwischen dem rechts-radikalen Kandidaten (Hitler) und einem kommunistisch-sozialdemokratischen Koalitionskandidaten (Löbe?) stattgefunden hätte. Der Ausgang einer solchen Wahl hätte", so betonte Meißner, "die schwersten innen- und außenpolitischen Erschütterungen für Deutschland gebracht." Ebenda, Bl.105 ff.

gegenseitig die Köpfe einzuschlagen oder sich scheel anzusehen."1)

Die taktischen Differenzen im Landbund kamen in dieser konkreten historischen Situation nicht nur in der unterschiedlichen Einstellung zur Kandidatur Hindenburgs und Hitlers, sondern - im Zusammenhang damit - auch in erneuten Auseinandersetzungen über den Charakter des RLB zum Ausdruck. Der Landbundpräsident sah sich in dem erwähnten Schreiben an Graf R. Keyserlingk zu dem Eingeständnis veranlaßt, daß er augenblicklich ziemlich viele Kritiker in der Richtung bekomme, daß das Eintreten für Hitler eine einseitige parteipolitische Bindung bedeute und daß es überhaupt nicht Aufgabe des Landbundes sei, Politik, sondern Wirtschaftspolitik zu treiben. Kalckreuth indes verteidigte die primär politisch bestimmte, militant pro-faschistisch orientierte Haltung der Führungsspitze des RLB. In der Auseinandersetzung mit Vorwürfen seitens der Landbünde Württemberg und Thüringen sowie des Kreislandbundes Torgau rechtfertigte Kalckreuth die unter seiner Führung vollzogene Schwenkung gegenüber der NSDAP einerseits und der Brüning-Regierung andererseits, indem er auf die "unerhörten Enttäuschungen und Mißhandlungen, die die Landwirtschaft in allen ihren Gliedern durch die...Reichsregierung erfahren" habe,2) verwies und sich darauf berief, daß der Bundesvorstand "in seiner übergroßen Mehrheit das Einrücken in die nationale Opposition und den Kampf gegen die Regierung Brüning und Schiele gebilligt" habe.3) Des RLB nächstes Ziel war der Sturz Brünings, und dem war alles andere, also auch die Wirtschaftspolitik, untergeordnet. Der Landbundpräsident vertrat die Ansicht, daß es in bestimmten Situationen - und eine solche sah er als gegeben - "nur logisch" sei, wenn man zur "rein politischen Tätigkeit" überginge und sich für die Schaffung eines neuen Kabinetts einsetze.4) Von dieser Position aus untersagte er in Schreiben an die erwähnten Landbünde sowie vor dem Bundesvorstand des RLB jede öffentliche Polemik irgendeines Landbundes gegen die "Reichsleitung".5) Auch dem körperschaft-

1) Nassauische Bauernzeitung, Nr.78 v. 5.April 1932.

2) BZA I, RLB, Nr.146, Bl.76.

3) Ebenda, Bl.88.

4) Vgl. ebenda, Nr.27, Bl.6.

5) Vgl. ebenda, Nr.14 a, Bl.94 ff.; Nr.146, Bl.74 ff. u.84 ff.

lich angeschlossenen Österreichischen Landbund, dessen Vorsitzender sich außerstande erklärte, "den in Berlin herrschenden rechtsradikalen Kurs mitzumachen," hielt Kalckreuth energisch entgegen, daß die Differenzen eines Landbundes mit der Nazi-Partei in keinem Falle dazu führen dürften, sich öffentlich gegen den RLB zu wenden, wenn dieser es für "notwendig" hielt, "im Kampf um den Sieg der nationalen Befreiungsbewegung im Reiche...Schulter an Schulter mit den Nationalsozialisten (zu) kämpfen."¹⁾

Der Faschisierungsprozeß in Deutschland, an dem der RLB aktiv und maßgeblich beteiligt war, erreichte während der Landtagswahlen, besonders mit den Preußenwahlen, im Frühjahr 1932 einen neuen Höhepunkt. Als die Landbundführer das neue Jahr 1932 begrüßten und es von vornherein als das Jahr der Entscheidung ankündigten, hatten sie zweifellos auch die Veränderung der Machtverhältnisse in Preußen zugunsten der äußersten Reaktion im Auge. Der Hessische Landbund z.B. verkündete ganz offen:

"Preußen und die preußische Polizei müssen in die Hände der nationalen Opposition kommen, sonst hat die jüngste politische Geschichte Deutschlands ihren Sinn verloren. Es muß tabula rasa gemacht werden mit allen innen- und staatspolitischen 'Errungenschaften' des 9. November 1918, und zu diesem Zweck müssen, je früher desto besser, die Preußenwahlen durchgeführt werden."²⁾

In diesen Wahlen sahen die ultrareaktionären Kräfte einen entscheidenden Hebel, mit dessen Hilfe sie ihre bisherigen Anstrengungen zum Erfolg zu führen, d.h. die Sozialdemokratie aus den Machtpositionen in Preußen zu verdrängen und somit ein weiteres Hindernis auf dem Wege zur offenen Gewaltherrschaft zu beseitigen hofften.³⁾ Deshalb waren die Landbundführer bemüht, die während der Reichspräsidentenwahlen aufgebrochenen Gegensätze zwischen den rivalisierenden Gruppen

1) Ebenda, Nr.146, Bl.61 u.63.

2) Rhein- und Hesse-Bauer, Nr.9 v.10.Jan.1932.

3) Am 19.März bedankte sich Hugenberg in einem Telegramm an Kalckreuth für die vom RLB bekundete "Bundesgenossenschaft im Befreiungskampf" und fügte hinzu: "Im Sieg der Rechten bei den bevorstehenden großen Länderwahlen liegt der Hebel zum Sturze des volks- und wirtschaftszersetzenden bauernfeindlichen Systems." ("Zwischen den Schlachten", in: RLB/AWS, Nr.13 v.26. März 1932.)

im Lager der extremen Reaktion zu überbrücken und durch ihr gemeinsames Vorgehen den gewünschten Durchbruch in Preußen zu erreichen. In einer Verlautbarung der Landbundzentrale hieß es:

"War es das Ergebnis der Präsidentenwahl, daß der Ast, auf dem das geltende System sitzt, stark angesägt wurde, so muß die Preußenwahl zu dem Erfolg führen, den Ast abzusägen. Dieser Erfolg wird namentlich dann zu erreichen sein, wenn sich der bei der Präsidentenwahl trotz der Warnung des Reichs-Landbundes begangene Fehler der gegenseitigen Bekämpfung nationaler Gruppen nicht wiederholt... Jetzt heißt es für die nationale Opposition: Haben wir Preußen, haben wir alles!"¹⁾

In diesem Sinne forderte auch der Pommersche Landbund Deutschland-nationale, Nazis und alle Gruppen der profaschistischen "nationalen" Opposition auf, die Waffen nicht mehr gegeneinander zu wenden, sondern durch die Kampfgemeinschaft den Sieg zu sichern. Für die "entscheidende Schlacht in Preußen" am 24. April gab er die Parole aus: "Deutschnational oder nationalsozialistisch! Etwas Drittes gibt es nicht!"²⁾

Graf Kalckreuth krönte die politisch-ideologischen Vorbereitungen des RLB zu den Landtagswahlen mit einem Aufruf, der unter dem Titel "Vorwärts! Für die Befreiung Preußens!" in der Landbundpresse veröffentlicht wurde.³⁾ Er nutzte die Tatsache, daß die bauernfeindliche Agrarpolitik der herrschenden Klasse auch in der "Domäne" der Sozialdemokratie praktiziert wurde, erneut dazu aus, die Schicksalsgemeinschaft der gesamten Landwirtschaft zu beschwören und die Bauernschaft aufzufordern, in geschlossener Front aufzutreten und am 24. April die "sozialistische Vormachtstellung in Preußen zu brechen"; denn sonst, so behauptete er, drohe "Friedhofsruhe der gesamten Landwirtschaft", wobei er auf die "Grabsteine der Zwangsversteigerungen" in Preußen verwies.⁴⁾

Die rechten Führer der Sozialdemokratie wußten dem neuen Frontalangriff der Junker auf ihre Positionen in Preußen nichts

- 1) "Präsidentenwahl - Preußenwahl", in: ebenda, Nr.12 v. 19.März 1932.
- 2) Der Pommersche Landbund, Nr.15 v. 9.April 1932.
- 3) RLB/AWS, Nr.16 v. 16.April 1932. Vgl. auch: "Braun rundfunk - Graf Kalckreuth antwortet.", in: ZGRLB, Nr.16 v. 20.April 1932.
- 4) Vgl. ebenda.

Wirksames entgegenzusetzen. Im "Vorwärts" wurde zwar betont, daß keine königlich-preußische Regierung auch nur annähernd so viel für die Landwirtschaft und den Osten getan hätte wie die preußische Regierung Braun-Severing, resigniert und nachsichtig zugleich wurde jedoch erklärt:

"Wir können es... da von nationaler Dankbarkeit und politischem Anstand bei den Großagrariern nicht die Rede sein kann, ihnen auch nicht verübeln, daß sie dieses Preußen hassen und vernichten wollen."¹⁾

Auf diese Weise gestanden die SPD-Führer selbst die Ausweglosigkeit ihrer Koalitions- und Agrarpolitik ein. Die intransigenten Junker gaben ihnen ja auch deutlich genug zu verstehen, daß sie durch keinerlei Osthilfe und dgl. Subventionen davon abzubringen waren, die Bauern gegen den angeblichen Sozialismus der in Preußen regierenden Sozialdemokratie aufzuhetzen, um deren Sturz herbeizuführen und dann auch die ganze Weimarer Republik aus den Angeln zu heben. In der agrarpolitischen Zeitschrift des RLB war unter der Überschrift "Preußens Landwirtschaft und der Kampf gegen das System" zu lesen:

"Die Preußenregierung liebt es besonders, angeblich übertragende Leistungen für die Landwirtschaft zahlenmäßig zu 'beweisen',... Auf dem platten Lande aber verfangen Tendenzberechnungen nicht. Der Arzt, der den sterbenden Patienten daran erinnert, daß die von ihm verordnete Medizin insgesamt hohe Summen ausmacht, kann nicht auf besonderen Eindruck rechnen... Ohne die Beherrschung der Zita-delle Preußen keine Herrschaft im Reich. Ohne den Sieg am 24. April keine Gewißheit der landwirtschaftlichen Wiedergesundung."²⁾

Die rechtssozialdemokratischen Führer begünstigten die profaschistische Manipulierung der Masse der Bauern durch die ultrareaktionären Kräfte auch dadurch, daß sie die Bauernfrage nach wie vor sträflich vernachlässigten. Der "Vorwärts" sah sich zu dem Eingeständnis veranlaßt:

"Die Eiserne Front war noch nicht auf dem flachen Lande, sie war es besonders nicht im Norden und im Osten. Die politischen Reserven der Republik und der Gesetzmäßigkeit sind hier, wo Hitlers Lügenwalze schon vorbeigerauscht ist, noch unberührt."³⁾

1) Vorwärts, Nr. 141 v. 24. März 1932.
2) RLB/AWS, Nr. 15 v. 9. April 1932.
3) Vorwärts, Nr. 141 v. 24. März 1932.

Wenn die erste Feststellung des zitierten Kommentars der Tatsache durchaus noch entsprach, daß die SPD-Führung die Masse der Bauern der profaschistischen Reaktion überlassen hatte, so sprach andererseits nichts dafür, daß sie diesen Zustand ändern wollte oder - bei unveränderter Konzeption - ändern konnte. Es war auch eine Illusion, anzunehmen, daß die Propagandawalze der Nazis über das Land nur einmal hinweg - und schon vorübergerollt war.

Das Ergebnis der Landtagswahlen vom 24. April 1932 ließ das weitere Anwachsen der faschistischen Gefahr in Deutschland erneut augenfällig werden. Die Nazis zogen jetzt mit 162 statt der bisher 9 Abgeordneten in den preußischen Landtag ein und stellten die weitaus stärkste Fraktion. "Die Wahlen in Preußen zerstörten die Grundlage der Weimarer Koalition, die bis jetzt die Regierung des größten deutschen Landtages gebildet hatte, nun aber nur noch über 163 von 420 Sitzen im Landesparlament verfügte."¹⁾ Wenn Nazis und Deutschnationale zusammen mit 193 Mandaten die absolute Mehrheit auch nicht erreicht und nicht in der Lage waren, ihrerseits die sozialdemokratisch geführte Regierung in Preußen auf parlamentarischen Wege abzulösen, so sahen sie sich dennoch darin bestärkt, an der Maxime "Haben wir Preußen, haben wir das Reich!" festzuhalten und ihre profaschistische Aktivität unter diesem Aspekt zu forcieren. Der RLB deutete solches in seinem Kommentar zum Wahlergebnis mit den Worten an:

"Ist auch das höhere Ziel, die Erköpfung der Mehrheit für die nationale Opposition, nicht erreicht, so ist doch darüber die Entscheidung bereits gefallen, wo die Machtbasis für die Staatsführung liegt."²⁾

Im Frühjahr 1932 setzte sich der nazifaschistische Infiltrationsprozeß im Landbund rasch fort. Einem Bericht der NS-Landpost zufolge wurde in den Organisationen des Pommerschen Landbundes "ein scharfer Kampf um die Führung zwischen den alten konservativen Kreisen und den Nationalsozialisten ausgefochten", wobei die Nazis oft den Sieg davontrugen, z.B. bei den Vorstandswahlen in der Kreisgruppe Arnswalde, wo von insge-

1) W. Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a.a.O., S.431.
2) RLB/AWS, Nr.18 v. 30.April 1932. (Hervorhebung von mir - K.F.)

samt 7 Vorstandsmitgliedern allein 6 Nazis gewählt wurden.¹⁾ Zu jenen Landbünden, die sich durch besondere Vereinbarungen mit der Naziartei verständigt hatten, gehörte nun auch der Hessische Landbund, der sich von der NSDAP als maßgebliche Berufsorganisation der Landwirtschaft anerkennen ließ, während er seinerseits die Einstellung der Naziartei zum Bauerntum, die "eine tatkräftige Unterstützung der Landwirtschaft im Staate" ermöglichen sollte, begrüßte und sie der Bauernschaft als maßgebliche politische Partei empfahl.²⁾ Die zunehmende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses im Landbund zugunsten der Naziartei kam auch darin zum Ausdruck, daß die Landvolkpartei im Ergebnis der Wahlen im ersten Halbjahr 1932 aus einigen Länderparlamenten völlig verschwand, so in Preussen (bisher 13 Mandate), Anhalt (4), Oldenburg (3) und Hessen (9). Der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund, der am 24. April wiederum mit eigenen Listen aufgetreten war, hatte nur noch 9 der früheren 16 Sitze und der Bayerische Landbund gleichfalls nur 9 von 17 Mandaten halten können.³⁾

Die NSDAP konzentrierte jetzt ihre Angriffe gegen die wenigen noch verbliebenen Landbünde, welche die Ausdehnung ihres Masseneinflusses auf dem Lande objektiv dadurch behinderten, daß sie weiterhin unter der Flagge der Landvolkpartei oder mit eigenen Landbundlisten auftraten, vornehmlich die beiden letztgenannten sowie der Thüringer Landbund. Wie weit sich die Nazis in Thüringen noch von ihrem Ziel entfernt sahen, läßt sich anhand der politischen Zusammensetzung der neugewählten thüringischen Hauptlandwirtschaftskammer demonstrieren, in der von 44 Mitgliedern 35 den Landbund bzw. die Landvolkpartei und nur 9 die NSDAP repräsentierten.⁴⁾ Die Nazipresse höhnte, daß man für die Landvolkpartei - im übrigen Deutschland inzwischen ausgestorben - in Thüringen offenbar einen "Naturschutzpark" errichten wolle, "damit dem deutschen Volke dieses durch Inzucht degenerierte Parteigeilde für die nächste Zeit noch erhalten" bliebe.⁵⁾ Da der Thüringer Landbund fort-

1) Vgl. NS-Landpost, Folge 9 v. 28. Febr. 1932.

2) Vgl. ebenda, Folge 18 v. 1. Mai 1932.

3) Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1930, S. 564 f. u. 1932, S. 544 f.

4) Vgl. NS-Landpost, Folge 18 v. 1. Mai 1932.

5) Ebenda, Folge 19 v. 8. Mai 1932.

föhr, als selbständiger politischer Faktor aufzutreten, organisierten die Naziföhrer eine Austrittsbewegung ihrer Parteimitglieder aus diesem Landbund, um ihn auf diese Weise zu schwächen und zu zersetzen.¹⁾

Am 10. Mai wurde im Bundesvorstand des RLB auch zum Verhältnis zwischen einzelnen Landbänden und der Naziartei bzw. dem RLB Stellung genommen. Reichardt als Vertreter des Thüringer Landbundes beklagte es, daß ein Burgfrieden mit der Naziartei erschwert werde, weil deren Föhrer die Leitung des Thüringer Landbundes in "überaus gehässiger Form" angriffen und behaupteten, daß er nicht der rechte Landbund sei, zumal er von der richtigen Haltung des RLB abweiche.²⁾ Kalckreuth distanzierte sich von jeglichen Versuchen, den RLB in Differenzen einzelner Landbände mit konkurrierenden politischen Parteien hineinzuziehen und ihn als "Schwurzzeugen" anzurufen. Zugleich bedauerte er es, daß einzelne Parteien den Landbund dadurch unterhöhlten und schädigten, daß sie, wie es in Thüringen zu sein schien, ihre Mitglieder zum Austritt aus dem Landbund aufforderten. Offensichtlich an die Adresse der Naziartei gerichtet, erklärte der Landbundpräsident:

"Die Parteien sollen vielmehr versuchen, Einfluß im Landbund zu gewinnen und die Föhrungsorgane des Reichslandbundes in ihrem Sinne umzugestalten; aber sie dürfen nicht den Landbund zerstören."³⁾

Augenscheinlich waren Kalckreuth und seinesgleichen bereits davon überzeugt, daß nicht die taktisch vorsichtigeren, sondern die militant profaschistischen Kräfte über kurz oder lang sich durchsetzen würden. Ihr Anliegen war es in erster Linie, den RLB als maßgebliche berufsständische Organisation der Landwirtschaft für das angestrebte dritte Reich der offenen Gewaltherrschaft zu erhalten. Daß es ein weitgehend nazifaschistisch infiltrierter oder gar beherrschter Landbund sein würde, beunruhigte Kalckreuth und andere intransigente Junker, wie man sieht, keineswegs. Im Gegenteil, im Hinblick auf das gemeinsame strategische politische Ziel wies er den Nazis den günstigsten Weg, auf dem sie den RLB vollends für sich er-

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.14 b, Bl.217 ff.

2) Vgl. ebenda, Nr.146, Bl.89 f.

3) Ebenda, Bl.89. (Hervorhebung von mir - K.W.)

obern und in ihrem Sinne umgestalten konnten. Innerhalb des RLB sollte allenfalls die Wahlparole des Pommerschen Landbundes gelten: Deutschnational oder nationalsozialistisch - etwas Drittes gibt es nicht!

Deshalb beobachteten die intransigenten Junker und militant profaschistischen Landbundführer den rapiden Verfall der Landvolkpartei mit unverhohlener Befriedigung. Kalckreuth hatte schon am 23. Februar in einem Schreiben an H. von Goldacker die Überzeugung geäußert, daß die Landvolkpartei "mit ihrem Eintreten für Hindenburg wohl endgültig sich ihr Grab gegraben haben dürfte."¹⁾ Demselben Goldacker gegenüber bekannte der Hauptgeschäftsführer des Provinzsächsischen Landbundes, daß er "persönlich ganz froh" darüber wäre, daß die Landvolkpartei durch die Wahlen vom 24. April "nunmehr wieder von der Bildfläche verschwunden" sei.²⁾ Werden und Vergehen der Landvolkpartei vollzogen sich gewiß nicht zufällig. Waren die extrem reaktionären Monopolkapitalisten und Junker nicht daran interessiert, eine ausgesprochene Bauernpartei auf die Dauer zu dulden, so war die Landvolkpartei nicht in der Lage, sich als solche zu beweisen. Unter großbäuerlicher Führung als Sammelbecken für unzufriedene Bauern gegründet, hatte sie sich in der Praxis lediglich als ein politischer Ableger des von Junkern und Großgrundbesitzern beherrschten RLB erwiesen, dazu ausersehen, in akuten Krisensituationen die Masse der werktätigen Bauern von einem Bündnis mit der Arbeiterklasse abzuhalten. Außerstande, spezifische bäuerliche Interessen im System der großbürgerlich-junkerlichen Agrarpolitik wirksam zu vertreten und durchzusetzen, vermochten die Führer der Landvolkpartei letztlich nicht, im Kampf um den beherrschenden Masseneinfluß auf dem Lande ihre Positionen gegenüber der allorts vordringenden Nazipartei, die von den Monopolkapitalisten und Junkern finanziert und begünstigt wurde, zu behaupten, ja sie trieben sogar infolge ihrer zwiespältigen Haltung die Bauern in die Arme der Faschisten.

1) Ebenda, Nr. 14 a, Bl.42.

2) Ebenda, Nr.14 b, Bl.207.

4.1.3. Der Sturz der Brüningregierung

Im Frühjahr 1932 reiften Bedingungen heran, die den von den extrem reaktionären Kräften des Monopolkapitals und des Junkertums seit langem angestrebten Sturz Brünings begünstigten. Brüning hatte sich als Interessenvertreter des deutschen Finanzkapitals durchaus "bewährt". Nach innen hatte er durch rücksichtslose Handhabung der Notverordnungsdictatur die ungeheuren Krisenlasten weitestgehend auf die Massen des werktätigen Volkes abgewälzt und zugleich die schrittweise Ablösung des bürgerlichen Parlamentarismus durch autoritäre Herrschaftsmethoden eingeleitet. Nach außen hin hatte er wichtige Etappenziele des deutschen Imperialismus - die völlige Abschüttelung der Reparationslasten sowie die Aufhebung der Versailler Rüstungsbeschränkungen - so weit erreicht, daß er sich selbst "100 Meter vor dem Ziel" sah.¹⁾ Andererseits erwies sich Brüning als ungeeignet, Ruhrindustrielle und Junker zu friedem zu stellen, zumal sie seinem "Mut zur Unpopularität" bei der Durchsetzung weitergehender Forderungen ihres sozialreaktionären Programms durch Bindungen an die Sozialdemokratie sowie Rücksichtnahmen auf den Gewerkschaftsflügel in der Zentrumspartei Grenzen gesetzt sahen. Außerdem hatte er nicht vermocht, den zunehmenden Einfluß der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse zurückzudrängen; im Gegenteil, die KPD konnte beim ersten Gang zu den Reichspräsidentenwahlen nahezu 5 Millionen Stimmen verbuchen, fast 400 000 mehr als bei den letzten Reichstagswahlen.²⁾ Schließlich war es Brüning trotz wiederholter Bemühungen nicht gelungen, sich mit der Nationalpartei zu verständigen und sie zur Mitverantwortung heranzuziehen.³⁾ Als durch die Reichspräsidenten- und Landtagswah-

1) Vgl. W. Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a.a.O., S. 433.

2) Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1931, S. 546; 1932, S. 546.

3) Reichsminister G. R. Treviranus versicherte in einem Interview für die "Vossische Zeitung", daß Brüning solches "ernsthaft versucht" habe. Auf die Frage, warum dessen Bemühungen nicht zum Ziele geführt hätten, antwortete er: "Sehr einfach, weil der Kanzler sehr bald feststellen mußte, daß Herrn Hitlers Interessen lediglich auf weitere Wahlen in vorteilhafter Oppositionsstellung gingen. Man kann nun eben leider nach unserer Auffassung keinen Parteiführer zwingen, eine Verantwortung zu übernehmen, der er sich zu entziehen strebt." Vossische Zeitung, Nr. 437 v. 11. Sept. 1932.

len im Frühjahr 1932 das massenhafte Überlaufen kleinbürgerlicher Wähler zur Nazi-Partei offensichtlich geworden war und die erwähnten außenpolitischen Etappenziele des deutschen Imperialismus faktisch erreicht waren, sahen die an der Beschleunigung des Faschisierungsprozesses interessierten Kräfte ihre Zeit gekommen, die Ablösung Brüning's voranzutreiben.

Den ersten Anlaß in dieser Richtung bot das Verbot der SA und SS am 13. April 1932,¹⁾ für das Reichsinnen- und -wehrminister W. Groener als Verantwortlicher galt. Graf von Kalckreuth ging in dem erwähnten Aufruf zur Preußenwahl von der "demütigenden Zwangsmaßnahme" gegen die SA aus, wodurch, wie er sich ausdrückte, "eine der Kernformationen der nationalen Bewegung für vogelfrei erklärt" und die Abhängigkeit des Reichskabinetts von der Sozialdemokratie dokumentiert worden sei. Dadurch würde schließlich auch dem letzten im Lande gezeigt, daß der Kampf um Preußen nicht nur Zukunft und Schicksal des größten deutschen Landes, sondern des ganzen Reiches entschiede.²⁾

In einer Nachbetrachtung zu den Landtagswahlen vertrat die Landbundführung die Auffassung, daß das "Hindrängen auf klare Entscheidungen" das Charakteristische an der Preußenwahl gewesen sei. Sie ließ durchblicken, daß schwere Kämpfe bevorstünden und das Ringen nun erst recht dort konzentriert werden müsse, wo die Entscheidung fiele - im Reich.³⁾

In derartigen Verlautbarungen der Landbundzentrale spiegelte sich die Entschlossenheit der ultrareaktionären Parteien und Verbände wider, alle Kräfte auf die unverzügliche Ablösung der Brüning-Regierung zu konzentrieren. Maßgebliche Repräsentanten großbürgerlicher und junkerlicher Kreise, insgesamt 215 Personen, unterzeichneten eine von den "Vereinigten vaterländischen Verbänden" vorbereitete Erklärung, in der das SA-Verbot scharf verurteilt und die nationalistischen Parteien und Verbände dazu aufgerufen wurden, den Kampf nur gegen die "schwarz-roten Systemparteien" zu führen und sofort eine "neue Harzburger Front zur Rettung des Vaterlandes" herzustellen. Vom Reichspräsidenten wurde verlangt, er solle der Regierung

1) Vgl. W. Ruge, a.a.O., S. 435 f.; K. Schützle, a.a.O., S. 150 ff.

2) Vgl. RLB/AWS, Nr. 16 v. 16. April 1932.

3) Vgl. ebenda, Nr. 18 v. 30. April 1932.

sein Vertrauen ertziehen und ein echtes Präsidialkabinett einsetzen, das den Weg zur "Überwindung des Systems" freimache.¹⁾

P. von Hindenburg, der nicht unberührt davon geblieben war, daß er seine Wiederwahl zum Reichspräsidenten der Sozialdemokratie verdankte, während ihm nahestehende Parteien und Verbände der extremen Reaktion seine Kandidatur ignoriert hatten, war durchaus bereit, den Appellen dieser Kreise Gehör zu schenken; ja er hatte, wie W. Groener am 25. April vermerkte, bereits zum Ausdruck gebracht, daß er sich "eine mehr nach rechts orientierte Regierung als die von Brüning" wünsche.²⁾

Einflußreiche Kreise der Reichswehr, die mit den Nazis sympathisierten, distanziierten sich gleichfalls vom SA-Verbot und drängten auf die Ablösung Groeners sowie der gesamten Brüningregierung durch ein Präsidialkabinett, welches sich mit der Nazi-partei verständigen konnte. In mehreren Verhandlungen Schleichers mit Naziführern wurde bereits "ein 'programmgemäßer Ablauf' des Sturzes der Brüningregierung festgelegt."³⁾ Zunächst trat am 5. Mai der Wirtschaftsminister H. Warmbold, direkter Vertrauensmann der IG-Farben in der Regierung, zurück. Das war ein untrügliches Zeichen dafür, daß nun auch maßgebliche Kreise der Exportindustrie, die den taktisch wendigeren Flügel der Großbourgeoisie repräsentierten und bislang auf Brüning gesetzt hatten, dessen Zeit für abgelaufen hielten und sich auf die Installierung einer noch weiter rechts stehenden Präsidialregierung orientierten. Als eine Woche später W. Groener das Amt des Reichswehrministers zur Verfügung stellte und Schleicher es ablehnte, den vakanten Posten in der alten Regierung zu übernehmen,⁴⁾ war nicht zu übersehen, daß auch die Führungsspitze der Reichswehr Brüning bereits abgeschrieben hatte und sein Sturz nur noch eine Frage der Zeit sein konnte.

Der RLB, der solche Anzeichen sehr wohl zu deuten wußte, sah

- 1) Berliner Börsenzeitung v. 30. April 1932. Vgl. auch: Der Ring (Berlin), 1932, H. 17, S. 279.
- 2) Zit. nach E. Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Zweiter Band, Erlenbach-Zürich 1956, S. 482.
- 3) Vgl. W. Ruge, a.a.O., S. 436.
- 4) Es ist bemerkenswert, daß Schleicher dieses Amt im Papenkabinett übernahm.

sein nächstes Etappenziel auf dem Wege zur offenen Gewalt-herrschaft, auf dessen Verwirklichung er unter der Präsident-schaft Kalckreuths seit etwa eineinhalb Jahren hingearbeitet hatte, in greifbare Nähe gerückt. Die Sitzung des Bundesvorstandes am 10. Mai fand bereits unter dem Gesichtspunkt statt, wie der Landbund mit seinen spezifischen Mitteln dazu beitragen konnte, die Vertrauensbasis des Präsidialkabinetts Brüning restlos zu untergraben und somit seinen Sturz zu beschleunigen. In seinem Bericht über die gesamtpolitische Lage zog Direktor A. Kriegsheim die Möglichkeit in Betracht, daß, wenn auch Minister Schiele als Vertrauensmann der Landwirtschaft ähnlich Konsequenzen zöge wie der Wirtschaftsminister Warmbold, "dies einen weiteren Riß in der Reichsregierung bedeuten" und das noch bestehende Vertrauensverhältnis zwischen Brüning und Hindenburg "so stark erschüttern" könnte, "daß daraus eine politische Wandlung erfolgt." Er gab zu verstehen, daß in diesem Zusammenhang alle weiteren Maßnahmen des RLB, vornehmlich der Selbsthilfekampf, "eine besondere politische Bedeutung" erhielten.¹⁾ Unter diesem Aspekt, d.h. um die Forderung nach unverzüglicher Ablösung der Brüningregierung wirtschaftspolitisch zu untermauern, nahm der Bundesvorstand zwei Entschlüsse, eine zu "Selbsthilfemaßnahmen" der Landwirtschaft und die andere zur Handelspolitik, an. In der letzteren ging der RLB erneut davon aus, daß die Regierung in ihrer Handelspolitik die Interessen der Exportindustrie über die der Landwirtschaft stelle. Er erhob "schärfsten Protest" gegen den unzureichenden Schutz der Landwirtschaft und forderte eine "grundsätzliche Änderung des bisherigen zoll- und handelspolitischen Systems, Kontingentierung der Einfuhr, Beseitigung der allgemeinen uneingeschränkten Meistbegünstigung und Wiederherstellung der Zollautonomie."²⁾

Um die Ablösung der Brüningregierung nunmehr durchzusetzen, nutzten die Junker auch politische Bindungen und persönliche Beziehungen, durch welche sie mit P. von Hindenburg verbunden waren. Am 12. Mai wandte sich Kalckreuth mit einem Schreiben

1) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.84 ff. (Hervorhebung von mir - K.N.)
2) Ebenda, Bl.105 f.

an den Reichspräsidenten, um ihn im Sinne der vom Bundesvorstand festgelegten Marschroute davon zu überzeugen, daß die "Rettung der deutschen Landwirtschaft, insbesondere des Ostens, mit den bisherigen Regierungsmethoden nicht herbeizuführen" sei und "eine Beibehaltung des bisherigen Kurses den Verfall der letzten Stütze des deutschen Volkslebens nach sich ziehen" müsse. Nicht von ungefähr erwähnte er auch, daß das Vertrauensverhältnis zwischen dem RLB und dem Minister Schiele zerrissen und ein "Spannungszustand geschaffen" sei, "der jede sachliche Zusammenarbeit" lähme.¹⁾ Die landbundeigene "Grüne Wochenschau" ließ keinen Zweifel daran, daß der RLB jetzt endgültig entschlossen war, "seinen" Minister Schiele, der sich um die Durchsetzung einer junkerlich-großbäuerlichen Agrarpolitik wahrlich verdient gemacht hatte, weiterreichenden politischen Zielen zu opfern. Der Kampf des RLB, so hieß es dort, richte sich gegen das Reichskabinett in seiner Gesamtheit; ihm ginge es nicht um einzelne Personen, sondern um eine "Änderung des Gesamtkurses der Reichspolitik." Aber ein Reichsminister wie M. Schiele, der "nicht ständig mit aller Kraft um die Grundrichtung der Gesamtpolitik des Reichskabinetts" kämpfe, sei und bleibe "ein Versager im entscheidenden Punkte."²⁾ Mit dieser Taktik, d.h. durch eine mehr oder weniger manipulierte Vertrauenskrise den Rücktritt M. Schieles zu veranlassen und dadurch den Sturz des gesamten Reichskabinetts auszulösen, schien die Landbundführung jedoch noch nicht den erstrebten Erfolg zu haben. Hindenburg ließ zunächst Schiele zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen,³⁾ sodann teilte er Kalckreuth mit, daß er das Zerwürfnis lediglich bedauern könne, zumal er es nicht für richtig hielte, Schiele für die bestehende Lage verantwortlich zu machen.⁴⁾

Sogleich bot sich den Junkern und Landbundführern eine "echte" Gelegenheit, die Position des Reichskabinetts vollends zu untergraben. Sie benutzten einen vom Reichsarbeitsminister Stegerwald und vom Reichskommissar für Osthilfe Schlange-

1) Ebenda, Nr. 113, Bl. 37 ff.

2) "Die Stellung des Reichsernährungsministers". In Grüne Wochenschau des Reichslandbundes, Nr. 21 v. 28. Mai 1932.

3) DZA I, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 47, Bl. 13 ff.

4) DZA I, RLB, Nr. 113, Bl. 31.

Schöningen vorbereiteten Entwurf einer Notverordnung über die Verwendung nicht entschuldungsfähiger Grundstücke im Osthilfengebiet und die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung,¹⁾ um die Brüningregierung des "Agrarbolshewismus" zu bezichtigen.

In diesem Siedlungsplan vereinigten sich die durch die Brüningregierung vertretenen Interessen der taktisch wendigeren Gruppierung bzw. des "Reformflügels" der deutschen Großbourgeoisie, der Reichswehrführung um K. von Schleicher und kapitalistisch rationell wirtschaftender Großagrarien. Ihr Ziel war

die "Aufsiedlung der überschuldeten ostelbischen Junkergüter zugunsten der Schaffung starker Großbauernwirtschaften im Interesse erweiterter Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft für Industrieprodukte (insbesondere Düngemittel und Landmaschinen) sowie im militärpolitischen Interesse ('Auffüllung der menschenleeren Räume des Ostens' durch ein 'Wehrbauerntum') und schließlich auch zur Milderung der sozialen Spannungen durch Aufsaugen eines Teiles der Arbeitslosen und ihre Verwandlung in Privateigentümer."²⁾

Schlange-Schöningen verteidigte in einem Schreiben an Hindenburg vom 27. Mai den Entwurf der geplanten Notverordnung und warnte eindringlich davor, sein Grundanliegen zu ignorieren und sich einfach darüber hinwegzusetzen. Er schrieb:

"Wenn Teile des Großgrundbesitzes, für den im übrigen von meinem Amt alles geschehen ist, was aus volkswirtschaftlichen Gründen gerechterweise geschehen konnte, wiederum die Zeichen der Zeit nicht begreifen wollen, so fürchte ich, sie graben sich selbst ihr Grab, und eine stürmische Entwicklung wird eines Tages über sie hinweggehen."³⁾

Doch bei den intransigenten Junkern und Landbundführern handelte es sich nicht um politisch "ein-" oder "weitsichtige" Großagrarien, sondern um bornierte Vertreter einer historisch überlebten, ultraparasitären Klasse, die selbst die bescheidensten Versuche, ihre ökonomischen und politischen Machtpositionen anzutasten, sofort in schärfster Manier bekämpften. Darüber hinaus gedachten sie auch soziale Spannungen nicht durch Konzessionen zu mildern, sondern sie wollten diese

1) Vgl. B. Buchta, a.a.O., S. 133 ff.; H. Denecke, a.a.O., S. 176 ff.

2) K. Gossweiler, Die Röhm-Affäre 1934 und die Monopole, a.a.O., S. 158.

3) Schlange-Schöningen, Am Tage danach, a.a.O., S. 72.

durch beschleunigte Aufrichtung der faschistischen Diktatur nach dem Beispiel Mussolinis "beseitigen". Aus solchen Gründen war für die Junker und Landbundführer der Entwurf der Brüningregierung zur Schaffung einer Auffangorganisation für nicht sanierungsfähige landwirtschaftliche Güter nicht nur ein Grund, sondern vielmehr ein willkommener Anlaß, ihren Sturz energisch zu betreiben und auf diese Weise der offenen Gewaltherrschaft, die aller parlamentarischen Attribute entledigt war, ein weiteres Stück näherzukommen.

Die Kampagne, die der RLB gegen den "schwarzen Siedlungsbolschewismus"¹⁾ organisierte, wurde vom Pommerschen Landbund am 14. Mai mit einem Artikel unter der Überschrift "Ende der Osthilfe: Bolschewismus!"²⁾ eröffnet. Zwei Tage später schrieb R. von Flemming an Meißner und an Brüning, um in seiner Eigenschaft als Präsident der Pommerschen Landwirtschaftskammer vor der Siedlungspolitik des Reichsarbeitsministeriums zu "warnen" und dessen Ausschaltung zu fordern.³⁾ Einflußreiche ostelbische Großgrundbesitzer wie von Weiß, von Gayl, von Oldenburg-Januschau und Dr. Brandes wandten sich direkt an Hindenburg, der sich vom 12. bis 28. Mai auf seinem ostpreußischen Gut Neudeck aufhielt, um ihre scharfe Ablehnung der geplanten Notverordnung nicht nur mit Warnungen vor einem neuen "Abgleiten in den Staatssozialismus" und einer ernststen Gefährdung der Ernährung, sondern auch mit Hinweisen auf die "Deutscherhaltung des Ostens" und die Aufrechterhaltung des

- 1) Vgl. H. von Borcke-Stargardt, der ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik, Würzburg 1957, S.159.
- 2) Pommerscher Landbund, Nr.20 v.14.Mai 1932. Auch in den folgenden Nummern seines Organs attackierte der Landbund diese Siedlungspläne unter solchen Überschriften: "Das System ist abbruchreif, mehr als abbruchreif" und "Bolschewistische Agrarpolitik". Ebenda, Nr.21 v.21.5. u. Nr.22 v.28.5.1932.
- 3) Es ist bezeichnend, daß R.von Flemming, nachdem er im Herbst 1931 noch Schlanges Sicherheitsverordnung begrüßt und sich dadurch die massive Kritik der intransigenten Junker und Landbundführer eingehandelt hatte, jetzt mit denselben in einer Front zur kompromißlosen Abwehr selbst der bescheidensten Ansätze einer bürgerlichen Reform des Großgrundbesitzes stand. Wenn man davon absieht, daß er sich jetzt möglicherweise auch rehabilitieren wollte, so weist sein zwiespältiges Auftreten zweifellos darauf hin, daß eine eindeutige Trennung der Junker in zwei reine taktische Gruppierungen nicht auf jeden Fall und jede konkrete Situation anwendbar ist.

"nationalen Wehrwillens gegenüber den Polen" zu begründen.¹⁾ Auch ostelbische Landbünde sandten Protestschreiben an Hindenburg, z.B. die Landbünde Grenzmark Posen-Westpreußen und Provinz Sachsen. Letzterer kennzeichnete den bekannt gewordenen Entwurf für die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung als einen "auf Zerstörung zahlreicher Gutsbetriebe gerichtete(n) Eingriff in das Eigentum und als eine Enteignung ohne alle Rechtsgarantien, die eine Erschütterung aller Rechtsgrundlagen zur Folge haben" müsse.²⁾

Schließlich wandte sich Graf von Kalckreuth als Exponent des im RLB organisierten Junkertums persönlich an Hindenburg. Am 24. Mai übersandte er einen von ihm selbst verfaßten Artikel, der unter der Überschrift "Entrechtung des Ostens" von der deutschnationalen "Deutschen Zeitung" veröffentlicht worden war,³⁾ dem Reichspräsidenten.⁴⁾ Darin bezeichnete er die geplante Notverordnung, die "mit ihrer Erschütterung aller Rechtsgrundlagen einen geradezu bolschewistischen Charakter" trüge, als Ungeheuerlichkeit, und er kündigte an, daß sich "die deutsche Landwirtschaft" mit aller Kraft und aus tiefster innerer Überzeugung gegen alle Pläne, die Kosten der Ostsiedlung "durch Entrechtung der Grundeigentümer und ihrer Gläubiger aufzubringen", zur Wehrsetzen würde. Im Namen des RLB und "der östlichen Landwirtschaft", d.h. im Interesse der ostelbischen Junker, verlangte Kalckreuth von Hindenburg, sich gegen eine solche Ostsiedlung zu wenden, die "in der ohnehin schwer bedrückten Landwirtschaft des Ostens ungeheure Verbitterung auslösen" müßte.⁵⁾

Der vom RLB organisierte Vorstoß der ostelbischen Junker gegen die Brüningregierung wurde von Hugenberg gesteuert⁶⁾ und von dessen Partei unterstützt. Am 25. Mai richtete die deutschnationale Reichstagsfraktion an Hindenburg ein Schreiben, in welchem sie ihn aufforderte, die Verantwortung für Pläne der Reichsregierung abzulehnen, durch die "eine große Zahl ost-

1) Vgl. B. Buchta, a.a.O., S. 137 ff.

2) STA Magdeburg, Rep. C 20 Ib, Nr. 2357, Bl. 91 f.

3) Vgl. F. Wenzel, Enteignung statt Osthilfe, in: RLB/AWS, Nr. 22 v. 28. Mai 1932.

4) DZA I, RLB, Nr. 113, Bl. 24 ff.

5) Ebenda.

6) Vgl. O. Meißner, Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler, Hamburg, 1950, S. 222.

deutscher Besitzer der Enteignung ohne Rechtsschutz" ausgeliefert" würde. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, "warnte" die Fraktion im Stile des RLB davor, daß "solche Pläne, in die Tat umgesetzt, in den breiten Volksmassen die schon vorhandene Verzweiflung in einem Maße steigern" und sich "unter Umständen in Formen Luft" machen müßten, "die kein vaterländischer Deutscher bei der jetzigen gespannten Lage wünschen" könne.¹⁾

Am 26. Mai bestätigte O. Meißner dem Präsidenten des RLB den Empfang seines Schreibens und er fügte hinzu, daß der Reichspräsident die von Kalkkreuth "wie auch von anderer Seite ihm vorgetragene Bedenken" gegen den erwähnten Entwurf "mit Aufmerksamkeit" zur Kenntnis genommen habe und sie zum Gegenstand einer Besprechung mit dem Reichskanzler machen werde.²⁾

In der Unterredung, die am 29. Mai stattfand, forderte Hindenburg, "...daß überhaupt fortan nach rechts regiert werde" und "daß Schluß gemacht werde mit dem Agrarbolschewismus."³⁾

Am nächsten Tag trat die Brüningregierung zurück. Ihr folgte die Regierung der sogenannten nationalen Konzentration unter Franz von Papen. In einem Kommentar zu "Brünings Fall" zeichnete die Führungsspitze des RLB die einzelnen Etappen ihres Kampfes gegen Brüning nach, beginnend mit der Entschließung vom 23. September 1930 und dem 10. Reichslandbund-Tag Anfang Februar 1931; und sie wertete die "Verabschiedung des Brüning-Kabinetts und die Heranziehung der nationalen Kräfte zur Staatsführung als entscheidenden Erfolg des Landbundkampfes."⁴⁾

In diesem Sinne konstatierte auch das Organ des Pfälzer Bauernbundes voller Genugtuung: "Es war Landbundgeist, der das Kabinett Brüning überwand."⁵⁾

So gewiß es ist, daß die im Landbund organisierten Junker beim Sturz der Brüningregierung eine bedeutende Rolle gespielt haben, so waren sie dennoch nicht die alleinigen Urheber des Regierungswechsels. Sie konnten mit ihrem massiven Vorstoß gegen den angeblichen Agrarbolschewismus Brünings zum Erfolg

1) DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.47, Bl.7 f.
2) DZA I, RLB, Nr.113, Bl.17.
3) Zit. nach E.Eyck, a.a.O., S.475.
4) RLB/AWS, Nr.23 v.4.Juni 1932.
5) Deutsche Wacht, Nr.25 v. 18.Juni 1932.

kommen und dessen Sturz vollenden, weil ihre langfristigen Bemühungen in dieser Richtung mit gleichgearteten Bestrebungen maßgeblicher Kreise des Monopolkapitals und der Reichswehrführung zusammenfielen, die darauf hinausliefen, den Faschisierungsprozeß über die von Brüning erreichten Grenzen hinaus schneller voranzutreiben. Brüning selbst hatte als Wegbereiter der faschistischen Diktatur gewirkt, zugleich aber auch die Bedingungen dafür erweitert, daß sein Sturz relativ leicht bewältigt werden konnte. Als Chef der ersten Präsidialregierungen hatte er begonnen, den bürgerlichen Parlamentarismus abzubauen und die Notstandsdictatur immer stärker anzuwenden. Die Stärkung der Macht des Reichspräsidenten und die Wiederwahl des reaktionären Paul von Hindenburg für dieses Amt erleichterte es den Monopolherren, Junkern und Militaristen, diese staatliche Schlüsselposition für die Weiterführung ihrer Pläne zur Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland auszunutzen.

Im Lichte der historischen Tatsachen ist die zweckbestimmte Apologetik der bürgerlichen Geschichtsschreibung über den Sturz Brünings allzu offensichtlich. Ihr kommt es nach wie vor darauf an, die für die Installierung der faschistischen Diktatur maßgeblich verantwortlichen Klassenkräfte möglichst im Dunkeln zu lassen, sie entweder völlig als "nicht erweislich" abzuleugnen¹⁾ oder zumindest abzuschwächen,²⁾ andernfalls einzelne Männer wie P. von Hindenburg oder K. von Schleicher allein verantwortlich zu machen³⁾ und den Zentrumskanzler

1) Vgl. W.Görlitz, Hindenburg. Ein Lebensbild, Bonn 1953, S.368.

2) Vgl. B.Buchta, a.a.O., S.141.

3) So z.B. W.Conze: "Wenn es auch so scheinen konnte, als habe auf Hindenburg die Auseinandersetzung über einen großen Siedlungsplan im Osten in dem Sinne eingewirkt, daß ostelbische Großagrarien Brüning des 'Agrarbolshewismus' beschuldigt hätten, so ist es doch eine Legende, daß wegen dieser Frage Hindenburg Brüning fallen ließ... Er war das Opfer des mächtigen Generals im Hintergrund sowie weiterer im einzelnen nicht voll aufgeklärter Intrigen geworden." Werner Conze, Die Weimarer Republik, in: Deutsche Geschichte im Überblick, hrsg. von Peter Rassow, Stuttgart 1953, S.660. Oder E.Eyck, der da schreibt: "Die Schuld daran trifft in erster Linie Hindenburg. Der Dolchstoß, den er am 30. Mai 1932 Brüning mit einer Treulosigkeit ohnegleichen versetzte, hat nicht nur die deutsche Republik getötet, sondern auch den Frieden Europas." E.Eyck, a.a.O. S.482.

völlig zu Unrecht als den l e t z t e n bedeutenden Politiker der Weimarer R e p u b l i k auszugeben.¹⁾ Auch die inzwischen erschienenen Erinnerungen Brünings (zunächst zum "Bestseller" gemacht, bald aber heiß umstritten) erweisen sich als "in keinem Falle geeignet, die Version von Brüning als dem gescheiterten Retter der bürgerlichen Demokratie aufrecht zu erhalten."²⁾

4.2. Der RLB und die Papen-Regierung

4.2.1. Die Stellungnahme des RLB zur Berufung Papens und zu den politischen Maßnahmen seiner profaschistischen Regierung

Mit der Bildung der profaschistischen Papen-Regierung am 1. Juni 1932 begann "die entscheidende Phase im Kampf um die Alternative in Deutschland: faschistische Diktatur oder Abwehr der faschistischen Gefahr."³⁾ Die von Papen vorgestellte "Regierung der nationalen Konzentration" ließ sichtbar werden, daß der politische Einfluß der mit den Schwerindustriellen und Militaristen verbündeten Junker und Großgrundbesitzer erheblich zugenommen hatte, jener Kräfte also, die von Anfang an auf die beschleunigte Errichtung der offenen Gewaltherrschaft gedrängt hatten. Von insgesamt zehn Kabinettsmitgliedern - allesamt ehemalige aktive Offiziere - gehörten sieben dem Adel an.⁴⁾ F. von Papen und andere Mitglieder dieses ultrareaktionären "Kabinetts der Barone" waren aus dem "Deutschen Herrenklub" oder diesem nahestehenden Organisationen hervorgegangen und neigten zu politischen Anschauungen, die von Hugenberg's Deutschnationalen vertreten wurden.⁵⁾

In Landbund-Kreisen war man allein schon von der Zusammensetzung her "mit der neuen Regierung im allgemeinen recht einverstanden", dies um so mehr, als der RLB besonders "bei der

1) Vgl. E.Eyck, a.a.O., S.481 u. O.Meißner, a.a.O., S.229.

2) W.Ruge, Heinrich Brünings postume Selbstentlarvung, in: ZfG, 1971, H.10, S.1263.

3) GdA, Bd.4, a.a.O., S.334.

4) Vgl. W.Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, a.a.O., S.440f.; K.Schütze, a.a.O., S.158 f.; H.Denecke, a.a.O., S.203 ff.; J.Petzold, Der Staatsstreich vom 20.Juli 1932 in Preußen, in: ZfG, 1956, H.6, S.1148.

5) Vgl. J.Petzold, a.a.O., S.1149.

Wahl der Persönlichkeit des Ernährungsministers entscheidend mitgewirkt" hatte.¹⁾ Ursprünglich war Graf von Kalokreuth für diesen Posten vorgesehen;²⁾ aber derselbe hatte - im Einverständnis mit dem Bundesvorstand des RLB - aus persönlichen und sachlichen Gründen eine Berufung in die Regierung abgelehnt.³⁾ Statt seiner übernahm der ostpreußische Großagrарier M. Frhr. v. Braun, Leiter der Raiffeisen-Genossenschaften, die Vertretung der Interessen der ostelbischen Junker in der neuen Regierung. Darüber hinaus besaßen die Landbundführer noch andere Möglichkeiten der Einwirkung auf die Regierung, so über den Reichspräsidenten, den Parteiführer Hugenberg, den "Herrenklub"⁴⁾ u.a. Organisationen, in denen die Spitzen des Monopol- und Agrarkapitals sowie der Reichswehr vereinigt waren.

Der RLB begrüßte die neugebildete Papen-Regierung nicht nur wegen ihrer - den Junkern genehmeren - Zusammensetzung, sondern mehr noch unter dem Aspekt des durch die Bildung der "reinen Präsidial-Regierung" zum Ausdruck gebrachten weiteren Abbaus der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie,⁵⁾ den die

1) DZA I, RLB, Nr.23, Bl.196 f.

2) Vgl. Aufzeichnungen des Grafen Westarp vom 1.6.1932 zum Rücktritt Brüning's, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H.3/1953, S.286.

3) Kalokreuth versicherte in einem Schreiben vom 1. Juli 1932 an den Rittergutsbesitzer E.v. Machul den noch zweifelnden Großgrundbesitzern: "Auf Ihr Schreiben, betreffs Ihrer Sorgen über die Möglichkeit der Einflußnahme des Reichs-Landbundes im Reichsernährungsministerium und bei den anderen maßgebenden Stellen, kann ich ihnen erwidern, daß zu meiner Freude im Reichsernährungsministerium man heute durchaus bereit ist, den Reichs-Landbund zu praktischer Mitarbeit heranzuziehen und daß die Fühlungnahme zwischen uns und allen Stellen des Reichsernährungsministeriums z.Z. eine durchaus erfreuliche ist. Unsere Bemühungen, auch bei den anderen maßgebenden Stellen, aus denen wir seinerzeit z.T. aus politischen Gründen herausgedrängt worden sind, den Einfluß des Reichs-Landbundes wiederum zu verstärken, als da sind Getreide-Handelsgesellschaft, Deutsche Siedlungsbank, Preußenkasse, G.J.C. sind eingeleitet und werden - wie ich hoffe - auch erfolgreich sein." DZA I, RLB, Nr.23, Bl.201.

4) Der Vorsitzende des "Herrenklubs", Rittergutsbesitzer Hans Bodo v. Alvensleben, war zugleich Vorsitzender des Landbundes Provinz Sachsen im Regierungsbezirk Magdeburg.

5) Während das erste und zweite Präsidial-Kabinet Brünning dem Reichstag noch vorgestellt wurde, spielte das Parlament weder beim Sturz Brüning's noch beim Amtsantritt der Papenregierung eine Rolle. Bezeichnend war auch, daß kein Minister der letzteren dem Reichstag überhaupt angehörte.

ultrareaktionären Kräfte als den Beginn des "Systemwechsels" feierten. In einer Verlautbarung der Nazipartei hieß es z.B.: "Mit dem Rücktritt des Kabinetts Brüning hat das System des 9. November 1918 aufgehört, Deutschland zu beherrschen und es beginnt damit die Schicksalswende der deutschen Politik der Nachkriegszeit."¹⁾ Die Landbundzentrale wertete in ihrer ersten offiziellen Stellungnahme zum Regierungswechsel den 30. Mai 1932 als "Tag von geschichtlicher Bedeutung", denn nunmehr sei der "Weg freigemacht für den Systemwechsel"; und sie versicherte, daß sich gerade der RLB dafür einsetzen werde, daß "dem Kabinett Papen die volle Möglichkeit geboten wird, den von uns erstrebten Systemwechsel durchzuführen."²⁾ Diese Orientierung der Landbundführung auf die aktive Unterstützung aller forcierten Bestrebungen der extremen Reaktion zur vollständigen Beseitigung des bürgerlichen Parlamentarismus und zur Errichtung der offenen Diktatur wurde auf der Sitzung des Bundesvorstandes am 14. Juni 1932 bekräftigt, vornehmlich durch die Ausführungen des Direktors A. Kriegsheim zur politischen Lage³⁾ sowie durch die einstimmig angenommene Entschließung zum gleichen Punkt der Tagesordnung.⁴⁾ Was der RLB unter dem "System"- bzw. "Herrschaftswechsel" verstand, das war nach den Worten seines Direktors

"die Entlassung der alten Regierung, die Berufung des neuen Kabinetts und die Auflösung des Reichstages aus eigenem Entschluß des Reichspräsidenten"; denn "was damit geschah, war nicht mehr ein einfacher Kabinettswechsel, sondern es kam eine neue und besondere Methode der Regierungsführung dadurch zum Ausdruck."⁵⁾

Kriegsheim erklärte ausdrücklich, daß diese Regierungsbildung nur den Beginn dessen darstelle, was der RLB überall unter dem Systemwechsel gefordert und verstanden habe, und daß die Landbündler stolz darauf seien, durch ihre Arbeit die Bahn für diesen Anfang freigemacht zu haben. Er betonte schließlich:

"Der Systemwechsel, in dessen Anfang wir stehen, ist für uns erst dann wirklich eingetreten, wenn die neue Herr-

- 1) "Ein neuer Kurs in der deutschen Politik", in: NS-Landpost, Folge, 23 v. 5. Juni 1932.
- 2) "Nach Brünings Fall", in: RLB/AWS, Nr. 23 v. 4. Juni 1932.
- 3) Vgl. DZA I, RLB, Nr. 146, Bl. 113 ff.
- 4) Vgl. ebenda, Nr. 111, Bl. 95 f.
- 5) Ebenda, Nr. 146, Bl. 114 f.

schaft (Reichspräsident - politischer Führer der Wehrmacht - Führer des deutschen Nationalismus) sich unabhängig macht von jedem Wahlausfall, von jeder Parlamentsarithmetik."1)

Einige Wochen später erneuerte Graf Kalckreuth auf dem 9. Starkenburger Junglandbundtag das Bekenntnis des RLB zur Präsidialdiktatur und die damit verbundene Beseitigung des bürgerlichen Parlamentarismus, wobei er behauptete, daß die Gesundung der deutschen Landwirtschaft niemals durch eine parlamentarische, sondern nur durch eine Präsidialregierung gewährleistet werden könnte. "Der Herr aber behüte uns vor einem Rückfall in den Parlamentarismus!"2) - so formulierte er seine offenbar größte politische Besorgnis jener Tage.

Die historischen Quellen belegen eindeutig, daß die unter aktiver Mitwirkung der Junker und Großgrundbesitzer errichtete Präsidialdiktatur das entscheidende Instrument war, mit dessen Hilfe maßgebliche Kreise der herrschenden Klasse die Weimarer Republik schrittweise beseitigten und die faschistische Diktatur vorbereiteten. Dieser Prozeß hatte mit der Bildung der Brüning-Regierung begonnen. Nunmehr hatte Papen die gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen,

"die Präsidialregierung, die bisher vom Zentrum repräsentiert und von der SPD toleriert worden war, auf eine Tolerierung durch die NSDAP umzustellen und damit eine Sammlung der konterrevolutionären Kräfte herbeizuführen,... die antifaschistische Massenbewegung maximal zu schwächen,.. die Personalunion zwischen Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten herzustellen,... die Verhandlungen über die Liquidierung der Reparationen und die Anerkennung der 'Rüstungsgleichberechtigung' zum Abschluß zu führen, also die günstigsten Startbedingungen für die faschistische Diktatur vorzubereiten."3)

Papens Präsidialkabinett war "von vornherein als Übergangsregierung angelegt."4) Offensichtlich ging auch die Führung des RLB von Anfang an unter diesem Aspekt an die Beurteilung der Papen-Regierung heran. Ihr kam es vornehmlich und im wesentlichen darauf an, den eingeleiteten "Systemwechsel" konsequent zu Ende zu führen; deshalb wurde die Frage der Personen diesem Ziel untergeordnet. Der "Systemwechsel", so er-

1) Ebenda, Bl.115.

2) Neue Tageszeitung, Nr.203 v.30.Aug.1932.

3) W.Ruge, a.a.O., S.441 f.

4) Ebenda, S.441.

klärte Direktor Kriegsheim auf der erwähnten Sitzung des Bundesvorstandes, sollte "k o n s t a n t", das Kabinett und seine einzelnen Minister dagegen sollten je nach ihrer Eignung "v a r i a b e l" sein.¹⁾ Schon in ihrer ersten offiziellen Verlautbarung zum Regierungswechsel hatte die Landbundführung deutlich genug zu verstehen gegeben, daß es Sache des Reichskanzlers v. Papen selbst sei, "beschleunigt Gewißheit darüber zu schaffen, daß er ein Anrecht drauf hat, für sich und seine Mitarbeiter die geschlossene Gefolgschaft des deutschen Landvolkes zu erwarten."²⁾

Die Landbundführung begrüßte alle politischen Maßnahmen, die Papen im Sinne der ihm zugedachten gesellschaftlichen Aufgabe ergriff, z.B. die Auflösung des Reichstages, die Aufhebung des SA-Verbotes und die Beseitigung der sozialdemokratisch geführten Preußen-Regierung, wobei sie die Übereinstimmung der Maßnahmen der "Reichsführung" mit der "aktivistischen nationalen Bewegung", mit den "kämpferischen Kräften, die ein neues Deutschland gestalten" wollten,³⁾ ausdrücklich betonte. Vor allem mit dem Staatsstreich gegen die Preußen-Regierung verwirklichte Papen eine alte Forderung des RLB ebenso wie der gesamten Harzburger Front, die nunmehr von diesem entscheidenden Brückenkopf aus den unmittelbaren Kampf um die offene, faschistische Diktatur führen konnte, ganz im Sinne der auch vom RLB strapazierten Devise: "Wer Preußen hat, hat das Reich!" In diesem Sinne kommentierte G. Pacyna in der agrarpolitischen Wochenschrift des RLB Papens Staatsstreich und verkündete kategorisch: "Auf dem Wege, den die Reichsregierung beschritten hat, gibt es k e i n Z u r ü c k, sondern n u r S i e g o d e r A n a r c h i e."⁴⁾

In der bevorstehenden Reichstagswahl am 31. Juli 1932 sah der RLB eine Gelegenheit, den "Kampf um die durch eine starke Reichsführung gesicherte Reichseinheit" fortzusetzen und die Masse der Bauern erneut für die Überwindung der, wie Pacyna sich ausdrückte, "als Demokratie getarnte Interessenwirt-

1) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.115 (Hervorhebung von mir - K.N.).
2) "Nach Brüning's Fall", a.a.O.
3) Vgl. DZA I, RLB, Nr.146, Bl.114.
4) "Starke Reichsführung - gesicherte Reichseinheit", in: RLB/AWS, Nr.30 v.23.Juli 1932.

schaft und Parteicliquenherrschaft" zu mobilisieren.¹⁾ Schon in der Entschließung des Bundesvorstandes vom 14. Juni war angekündigt worden, daß der RLB sich für die Wahl nur solcher Persönlichkeiten einsetzen wolle, die sich "offen für den Wechsel des Systems und für das neue nationale Deutschland" einsetzten.²⁾ Indem z.B. der Kreislandbund Prenzlau in seinem Wahlauf Ruf tatsächlich dazu aufforderte, das "Vaterland" zu retten und "die nationalen Parteien an die Macht" zu bringen,³⁾ stellte er seinen Mitgliedern und Anhängern anheim, Deutschnationale oder Nazis zu wählen. Auch die deutschnationalen Führer des Pommerschen Landbundes orientierten durch erneute Herausgabe der Parole: "Nationalsozialistisch oder Deutschnational!"⁴⁾ ganz unverhüllt auf diese Möglichkeit, obwohl die Führer der Nazi-Partei den Wahlkampf dazu benutzten, um H.J.v. Rohr zu attackieren und das Kräfteverhältnis im Landbund weiter zu ihren Gunsten zu verändern. So erzwangen sie z.B. durch eine gelenkte Opposition am 11. Juni die Neuwahl des sechsköpfigen Bauernausschusses des Kreislandbundes Pyritz, dem fortan nur noch Vertreter der Nazi-Partei angehörten.⁵⁾

In Thüringen organisierten die Naziführer eine Massenaustrittsbewegung aus dem dortigen Landbund,⁶⁾ um die Masse der ländlichen Wählerstimmen vor allem bei der Landtagswahl, die hier mit der Reichstagswahl zusammenfiel, für ihre Partei zu sichern und die Wiedereinsetzung einer Naziregierung zu beanspruchen. Bei den Landtagswahlen in Oldenburg am 29. Mai und in Mecklenburg-Schwerin am 5. Juni 1932 hatte die NSLAP die absolute Mehrheit erlangt und danach die ersten Länderregierungen gebildet, die sich ausschließlich aus Nazi-Ministern zusammensetzten.⁷⁾

1) Ebenda.

2) DZA I, RLB, Nr.111, Bl.95.

3) Landbund Prenzlau, Nr.31 v.30.Juli 1932.

4) Der Pommersche Landbund, Nr.31 v.30.Juli 1932.

5) Vgl. NS-Landpost, Folge 27 v.3.Juli 1932.

6) Vgl. ebenda, Folge 30 v.24.Juli 1932.

7) Chef der Nazi-Regierung in Mecklenburg-Schwerin wurde der Großgrundbesitzer Granzow aus Severin bei Parchim, ein Schwager J.Goebbels'. Außerdem führten die Nazis, abgesehen von der inzwischen gestürzten Frick-Regierung in Thüringen, reaktionäre Koalitionsregierungen in Braunschweig und Anhalt. Vgl. Der Rote Aufbau, 1932, H.14, S.529 ff.

Die Führer der Nazipartei erwarteten von der bevorstehenden Reichstagswahl eine neue Welle zusätzlicher Wählerstimmen, vor allem auf dem Lande, und damit noch günstigere Bedingungen für die Realisierung ihres Anspruches auf die gesamte Macht in Deutschland. Ihre agrarpolitische Zentrale propagierte die Losung: "Dafür kämpfen wir am 31. Juli: Gebt Hitler die gesamte Macht!"¹⁾

Die KPD führte ihren Wahlkampf auch auf dem Lande im Zeichen der Antifaschistischen Aktion.²⁾ Die Landabteilung des ZK erklärte: "Im Rahmen der Antifaschistischen Aktion ist die Zurückdrängung des Einflusses der Nationalsozialisten auf dem Lande von größter Bedeutung."³⁾ "Wie die Antifaschistische Aktion - so das Wahlergebnis!"⁴⁾ Der Aufruf der KPD zur Antifaschistischen Aktion fand auch unter Landarbeitern und kleinen Bauern Widerhall. Auf einem vom Erzgebirgischen Gebietsbauernkomitee einberufenen Antikriegs-Grenztreffen in Johanngeorgenstadt am 17. Juli 1932 z.B. gelobten tausend Arbeiter und Bauern aus Sachsen und benachbarten Grenzorten der Tschechoslowakei, sich "für die Niederringung des arbeiter- und bauernfeindlichen Faschismus durch die gemeinsame Antifaschistische Aktion der Bauern mit den Arbeitern" einzusetzen.⁵⁾

Das Gesamtergebnis der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 war, verglichen mit der Reichstagswahl vom 14. September 1930,⁶⁾ dadurch charakterisiert, daß

1. von den Arbeiterparteien die im Zeichen der Antifaschistischen Aktion kämpfende KPD 780 000 Wähler gewann, während die durch den schmachvollen Rückzug ihrer Führer vor Papens Staatsstreich in Preußen belastete Sozialdemokratie 616 000 Wähler verlor;
2. die Zahl der Wähler der alten bürgerlichen Parteien von 7,7 auf weniger als 2 Millionen zusammenschrumpfte, die

1) NS-Landpost, Folge 29 v. 17. Juli 1932.

2) Vgl. GdA, Bd.4, a.a.O., S.337 ff.; W.Ruge, a.a.O., S.437 ff.; Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933. Hrsg. H.Karl/E.Kücklich, Berlin 1965

3) IMI/ZPA, Nr.3/10/330, Bl.16.

4) Landfunktionär, 1932, Nr.6, Abschrift in: STA Dresden, MdI, Nr.19092, Bl.61.

5) Ebenda, Nr.19093, Bl.185 f.

6) Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1931, S.546 f.; 1932, S.542 f.

Nazipartei dagegen die Zahl ihrer Stimmen und Mandate mehr als verdoppeln konnte und als absolut stärkste Partei in den Reichstag einzog.

Ein Vergleich beider Wahlergebnisse zeigt, daß die KPD bei der Gewinnung neuer Wähler auch in einer Reihe ländlicher Wahlkreise bemerkenswerte Fortschritte erzielen konnte.¹⁾ In erster Linie waren es Landarbeiter, Parzellen- und Kleinbauern, die sich der KPD zuwandten. Im vorwiegend von Landarbeitern bewohnten Kreis Rügen z.B. erhöhte sich die Stimmenzahl der Partei um 241%; auch in Lippe, wo 81,6% aller landwirtschaftlichen Betriebe auf Parzellen bis 2 ha entfielen, konnte sie ihre Stimmenzahl verdoppeln.²⁾ Die Erfolge waren "nachweisbar dort am stärksten, wo Aktionen (Landarbeiterstreiks, Demonstrationen, bäuerliche Aktionen gegen Pachtzins, Zwangsversteigerungen etc.) kühn und mit Energie durchgeführt worden" waren.³⁾ Stellenweise war es der KPD bereits gelungen, den Masseneinfluß des Faschismus auf dem Lande zurückzudrängen, was sich z.B. darin äußerte, daß die Nazipartei in 11 Landkreisen Ostpreußens im Vergleich zu den Wahlen im Frühjahr 1932 die ersten Verluste hinnehmen mußte.⁴⁾ Andererseits war nicht zu übersehen, daß der Einfluß der KPD auf dem Lande nicht ausreichte, um die Masse der ländlichen Bevölkerung davon abzuhalten, überwiegend Vertreter reaktionärer Parteien, vor allem der Nazipartei, zu wählen.

1) Stimmenanteile der KPD in überwiegend ländl. Wahlkreisen

Wahlkreis	Reichstagswahl am 14. 9. 1930		Reichstagswahl am 31. 7. 1932		Steigerung d. Stimmenzahl in % (1930=100)
	Stimmen	v.H.	Stimmen	v.H.	
Ostpreußen	124 375	11,8	147 393	12,9	118,5
Pommern	85 955	8,8	114 613	10,7	133,3
Weser-Ems	50 853	6,3	68 952	7,9	135,6
Koblenz-Trier	40 143	6,3	59 348	8,6	147,8
Oberbayern-Schwaben	82 172	6,1	125 879	8,8	153,2
Franken	65 122	4,8	102 759	6,9	157,8
Südhan.-Braunschw.	63 764	5,5	101 079	8,2	158,5
Niederbayern	28 431	4,7	51 901	8,2	182,6
Reichsdurchschnitt		13,1		14,3	115,1

Vgl. Statistisches Jahrbuch, ebenda.

2) Vgl. IML/EPA, Nr.3/10/329, Bl.100 u.102; Nr.3/10/330, Bl.42 f.

3) Ebenda, Nr.3/10/330, Bl.43.

4) Vgl. ebenda, Bl.100 bzw. 42.

Die Reichstagswahl vom 31. Juli bestätigte, wie schon die Wahlen im Frühjahr 1932, die Größe der faschistischen Gefahr in Deutschland. Aber es wurde auch sichtbar, daß die Nazipartei mit einer weiteren Ausdehnung ihres Masseneinflusses kaum mehr rechnen durfte. Von der Reichspräsidentenwahl zur Reichstagswahl fiel ihr Stimmengewinn nicht mehr ins Gewicht,¹⁾ ja in einigen Wahlkreisen war schon ein bemerkenswerter Rückgang der für die Nazipartei abgegebenen Stimmen zu verzeichnen.²⁾

Die ultrareaktionären Kräfte der Harzburger Front sahen sich in ihrer Erwartung, im neuen Reichstag die absolute Mehrheit zu erringen, offenbar enttäuscht. Darrés agrarpolitisches Organ feierte den Wahlsieg der Nazipartei als einen "Sieg des deutschen Landvolks."³⁾ Der Pommersche Landbund indes konstatierte mit sichtlichem Bedauern, daß die "etwa 25 Sitze, die der nationalen Opposition an der absoluten Mehrheit von 304 Stimmen im Reichstag fehl(t)en, hätten gewonnen werden können", d.h., wenn die von den Landbundführern angestrebte Einigkeit zwischen Deutschnationalen und Nazis im Wahlkampf bestanden hätte.⁴⁾ Die Führer des RLB nahmen das Ergebnis der Reichstagswahl nun erst recht zum Anlaß, um die Weiterführung des beschleunigten Faschisierungskurses zu "begründen". Sie erklärten, daß nunmehr "für Rechenkunststücke im Geiste des Parlamentarismus kein Raum mehr" sei und forderten "klare Führungsverhältnisse."⁵⁾ Auf einer gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstandes und der Vertreterversammlung des RLB am 9. August 1932 wurde sowohl in den Ausführungen des Direktors Kriegsheim als auch in der Entschliebung zur politischen Lage rundweg behauptet: Der Wahlausgang habe bestätigt, daß die Parlamentsdemokratie abgewirtschaftet habe, daß der durch den Reichspräsidenten vollzogene Wechsel in der Methode der deutschen Staatsführung hin zur autoritären Obrigkeit richtig gewesen sei, und daß "nur eine unabhängige Regierung in Verbin-

1) Die Zahl der Stimmen stieg nur von 13 418 547 (36,8%) auf 13 745 781 (37,3%). Vgl. Statistisches Jahrbuch..., 1932. 542 f. u. S. 547 f.

2) In Berlin z.B. von 331 845 (27,4%) auf 281 531 (24,6%); in Niederbayern von 158 289 (22,8%) auf 129 818 (20,4%). Vgl. ebenda.

3) NS-Landpost, Folge 32 v. 7. Aug. 1932.

4) Vgl. Der Pommersche Landbund, Nr. 32 v. 7. Aug. 1932.

5) RLB/AWS, Nr. 32 v. 6. Aug. 1932.

ding mit den lebendigen Kräften des deutschen Nationalismus die Herrschaft haben" dürfe.¹⁾

4.2.2. Der RLB für wirtschaftspolitischen Systemwechsel

Obwohl der RLB die Ablösung Brüning's durch Papen begrüßt und dessen erste "energische" politische Maßnahmen zum Ausbau der profaschistischen Präsidialdiktatur gelobt hatte, geriet er in zunehmenden Maße auch mit der Papen-Regierung in Konflikt. Einer der entscheidenden Gründe war, daß Papen ebenso wie Brüning außerstande war, den weitreichenden agrarpolitischen Forderungen, die der Landbund aus der anhaltenden, sich verschärfenden Agrarkrise herleitete, in zufriedenstellender Weise zu entsprechen.

Im Sommer und Herbst 1932 erreichte die Wirtschaftskrise in Deutschland ihren Tiefpunkt. Im Gefolge der Massenverelendung der Arbeiterklasse verschärfte sich auch die Agrarkrise bis zum Äußersten,²⁾ so daß sich die Lage der Mehrheit der Bauern gleichfalls auf den Tiefpunkt zu bewegte. Schrumpfender Absatzmarkt, stürzende Preise und schwindende Verkaufserlöse für bäuerliche Produkte auf der einen Seite; untragbare Betriebsaufwendungen in Gestalt hoher Preise für industrielle Erzeugnisse und Futtermittel, drückender Verschuldung und wachsender Zinsverpflichtungen auf der anderen Seite - das waren die wesentlichen Faktoren, durch welche die Masse der Bauern dem Ruin, der Vertreibung von Haus und Hof und einer weiteren politischen Radikalisierung entgegensah.

Die junkerlichen Landbundführer konnten jetzt noch weniger als in der letzten Phase der Brüning-Regierung daran vorbeigehen, daß die Agrarkrise sich ganz offensichtlich zu einer katastrophalen Lage für die Bauern, zu einer Krise der bäuerlichen Veredelungsproduktion ausgewirkt hatte. Wollten sie die Masse ihrer bäuerlichen Mitglieder weiterhin unter ihrem Einfluß halten und als Basis für die profaschistische "nationale" Opposition mißbrauchen, so mußten sie noch raffinierter

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.146, Bl.142 u.150.

2) Vgl. E.Lorenz, die Verschärfung der Agrarkrise in Deutschland, in: Internationale Pressekorrespondenz, Nr.47 v.7.Juni 1932.

und intensiver als bisher den RLB als die "berufene Interessenvertretung des Landvolks" in Szene setzen. Deshalb standen in der wirtschaftspolitischen Agitation des RLB zur Zeit der Papen-Regierung neben Forderungen zur weiteren Durchsetzung spezifischer Interessen der Großagrarien solche zum Schutz der bäuerlichen Veredelungswirtschaft im Vordergrund. Bis etwa Mitte August bestand die wirtschaftspolitische Aktivität der Landbundführung darin, ihre Forderungen zu formulieren und sie der Papen-Regierung zu unterbreiten, damit sie rasch erfüllt würden. In einem in der agrarpolitischen Wochenschrift des RLB veröffentlichten Artikel sprach Graf v. Kalckreuth die Erwartung aus, daß das Kabinett "ungesäumt" die Maßnahmen ergreifen werde, die notwendig und möglich seien, um den drohenden Zusammenbruch der gesamten Landwirtschaft aufzuhalten. Zugunsten der Großagrarien forderte er rasche Maßnahmen zur Regelung des Absatzes der hereinkommenden Getreide- und Kartoffelernte und zur Entlastung der Veredelungswirtschaft die Erhöhung der Verkaufspreise für deren Produkte sowie die grundsätzliche Umstellung der deutschen Handelspolitik vom Prinzip der Meistbegünstigung zum Kontingentierungssystem.¹⁾

Die Landbundführer gingen davon aus, daß ihre Forderungen im "Kabinett der Barone" leichter und schneller als in Brüning's Kabinett durchgesetzt werden könnten. Zunächst schien sich diese Erwartung auch zu bestätigen. Auf der Tagung des Landwirtschaftsrates am 11. Juni erläuterte Reichsernährungsminister v. Braun die Grundzüge der künftigen Agrarpolitik der neuen Regierung, wobei sichtbar wurde, daß er als Interessenvertreter des ostelbischen Großgrundbesitzes durchaus bereit war, sich für die agrarpolitischen Forderungen des RLB einzusetzen. Vor ihm hatte sich auch Reichskanzler v. Papen in einer Ansprache auf der gleichen Tagung zu einer "starken zielbewußten Agrarpolitik als Fundament jeder gesunden Entwicklung" bekannt.²⁾ Der Bundesvorstand des RLB registrierte auf seiner Sitzung am 14. Juni die Willenserklärung des neuen Reichskanzlers und seiner Minister "mit Genugtuung."³⁾ In

1) "Was die deutsche Landwirtschaft vom neuen Reichskabinett fordert", in: RLB/AWS, Nr. 24 v. 11. Juni 1932.

2) Vgl. Schulthess' a. a. O., S. 105 ff.

3) DZA I, RLB, Nr. 111, Bl. 95.

einer Entschließung forderte er von der Regierung sogleich entsprechende Taten: sofortige Einfuhrkontingentierung, die durch Verwendungszwänge für einheimische Produkte ergänzt werden sollte, ferner Verlängerung und Ausgestaltung des Vollstreckungsschutzes, "Festschreibung" der gestundeten Zahlungen sowie eine erhebliche Zinssenkung.¹⁾

Der RLB leitete auch diese agrarpolitische Offensive unter der neuen Regierung nicht ein, ohne sich der Unterstützung durch sein Ehrenmitglied, den Reichspräsidenten, zu versichern. Am 18. Juni empfing P.v.Hindenburg die Landbundpräsidenten und die Direktoren A. Kriegsheim und Dr. Siburg, die ihm die Auffassung des RLB "Über die allgemeinpolitische Lage und über die Notwendigkeit wirtschafts- und agrarpolitischer Maßnahmen" vortrugen.²⁾ Einige Tage später übermittelte der RLB dem Reichspräsidenten detaillierte Zusammenstellungen über Maßnahmen zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft, darunter Maßnahmen zum Schutz der Getreide- und Kartoffelernte, zoll-, handels- sowie steuerpolitische Maßnahmen, und über Sofortmaßnahmen zur Verhütung eines erneuten Zusammenbruchs der Agrarpreise.³⁾

Dennoch erfüllten sich die Erwartungen der Landbundführer hinsichtlich einer schnellen Durchsetzung ihrer Forderungen nicht. Auf der gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstandes und der Vertreterversammlung am 9. August äußerte Kalckreuth die Befürchtung, daß auch im neuen Kabinett "noch solche Interessensphären der deutschen Wirtschaft starken Einfluß besitzen, die die von uns als notwendig erkannten Maßnahmen bekämpfen."⁴⁾ Die von dieser Versammlung angenommene Entschließung zur wirtschaftspolitischen Lage schloß mit der Warnung an die Regierung:

"Der Reichs-Landbund unterbreitet hiermit der Reichsregierung noch einmal die Hauptforderungen, deren sofortige Erfüllung unerlässlich ist, wenn die Reichsregierung in der Agrarpolitik nicht ebenso Schiffbruch erleiden will wie die vorigen Regierungen."⁵⁾

1) Vgl. ebenda, Nr.146, Bl.116 ff.

2) DZA I, Büro des Reichspräs. Nr.332, Bl.171.

3) Vgl. ebenda, Bl.172 ff. u. 207 ff.

4) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.138.

5) Ebenda, Bl.145 ff; RLB/AWS, Nr.33 v.13.Aug. 1932.

Hier deutete sich an, daß die anfängliche Zustimmung des RLB zur Papen-Regierung in "Enttäuschung" und in zunehmende Opposition umzuschlagen begann. In einem Brief, den der Landbundpräsident am 22. August an Papen richtete,¹⁾ traten die Differenzen zwischen RLB und Reichsregierung bereits deutlich und scharf hervor. Kalckreuth warf derselben vor, durch mangelnde Initiative auf dem Gebiete der Agrarpolitik eine sehr ernste Situation heraufbeschworen zu haben. Wirksame, vom RLB rechtzeitig vorgeschlagene Maßnahmen zur Stützung der Getreidepreise, gegen den Gläubiger- und Steuerdruck sowie der Ausbau des Vollstreckungsschutzes seien ausgeblieben; ebenso sei der Schutz der Veredlungswirtschaft trotz der katastrophalen Preislage, entgegen den Ankündigungen der Regierung, in nichts wirksam verbessert worden.²⁾ Wörtlich hieß es in dem Schreiben:

"Die Landwirtschaft hat von Woche zu Woche auf den wirtschaftspolitischen Kurswechsel gewartet, weil sie glaubte, diesen von einem Kabinett, das sich das Kabinett der nationalen Konzentration nennt, erwarten zu können. Schwere Enttäuschung greift jetzt in der Landwirtschaft immer tiefer um sich. Wenn die Reichsregierung jetzt nicht sofort handelt, so wird sie nicht mehr erwarten können, daß die Landwirtschaft, die von der Bedeutung des deutschen Bodens als Kraftquell des Volkes durchdrungen ist, in ihr eine Regierung der Konzentration der nationalen Kräfte des Volkes sieht."³⁾

Kalckreuth machte ferner darauf aufmerksam, daß er dem Reichsernährungsminister, der in den grundsätzlichen Fragen mit seiner Meinung übereinstimme, nochmals diejenigen Forderungen unterbreitet habe, deren "augenblickliche und sofortige Erfüllung" der RLB verlangen müsse. Nicht von ungefähr ließ der Landbundpräsident den Kanzler schließlich wissen, daß er, da eine Nichtdurchführung dieser Maßnahmen die "ernstesten politischen Konsequenzen" haben müßte, sich gestattet habe, eine Abschrift dieses Briefes dem Staatssekretär Meißner zur Kenntnis zuzuleiten. Dieser Schuß vor den Bug sollte Papen offenbar veranlassen, "beizudrehen", bevor es "zu spät" war, und in der Agrarpolitik der Linie des einflußreichen RLB zu folgen, der sich in kritischen Phasen stets auf sein Ver-

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.146, Bl.152 ff.

2) Ebenda.

3) Ebenda.

trauensverhältnis zum Reichspräsidenten berief.

Wo lagen die tieferen Ursachen dafür, daß sich die Beziehungen des RLB zur Papenregierung nach anfänglicher Übereinstimmung bald merklich abkühlten und immer mehr verschärften?

Die eine Ursache war die, daß es Papen nicht gelang, das Problem einer Beteiligung der Nazis an seiner Regierung zu lösen. Verhandlungen Hindenburgs, Papens und Schleichers mit Hitler am 13. August scheiterten daran, daß Hitler sich nicht mit dem Posten eines Vizekanzlers begnügen wollte, sondern "die Führung des Kabinetts und damit die Führung in der Politik" verlangte.¹⁾ Infolgedessen schlug die Haltung der Nazipartei gegenüber der Papen-Regierung um, und zwar von einer abwartenden Tolerierung hin zur schärfsten Opposition.

J. Goebbels kündigte das auch im "Angriff" sofort an, wo es heißt:

"Entweder gibt man uns die M a c h t, dann tragen wir die Verantwortung, o d e r man verweigert uns die Macht, dann stehen wir in der O p p o s i t i o n und fechten. Es wird dann so sein, daß jene Regierung, die sich bei ihrem Beginn etwas voreilig mit dem schmückenden Beiwort der 'nationalen Konzentration' ausstattete, auf den erbitterten Widerstand des gesamten nationalen Deutschlands, das heute unter unserer Führung steht, stößt."²⁾

Der Übergang der Nazipartei in die Opposition gegen Papen konnte nicht ohne Einfluß auf die politische Haltung des RLB bleiben, zumal die Nazis in vielen Organisationen und Führungsgremien des RLB bzw. unter den Landbundabgeordneten bereits dominierten.

Die andere, entscheidende Ursache war, daß die Papen-Regierung sich über die Agrarpolitik nicht einigen und den Ansprüchen des RLB auf diesem Gebiete nicht gerecht werden konnte. Bei den Auseinandersetzungen über die künftige Wirtschaftspolitik, speziell die Handels- und Agrarpolitik, standen sich im Kabinett M.v. Braun als Interessenvertreter der Großagrarier und Prof. Warnefeld als Exponent der Exportindustrie mit unterschiedlichen Auffassungen gegenüber. Ihre Differenzen waren also ein Ausdruck des "Futterkrippenkrieges" zwischen

¹⁾ Vgl. DZA I, RmDI, IAN, Nr.25951, Bl.71; W.Ruge, a.a.O., S.451.

²⁾ Der Angriff, Nr.164 v. 15.Aug. 1932 (Hervorhebung von mir-k.N.).

Agrar- und Industriekapital, ein Ausdruck des Kampfes zwischen diesen beiden Gruppen um die besten Verwertungsbedingungen des Kapitals; und Papen war weder gewillt noch in der Lage, die Interessen der Exportindustrie einer einseitigen Bevorzugung der Großagrarien zuliebe zu opfern. Das erklärte er auch dem RLB in einem Antwortschreiben vom 26. August 1932 an Kalckreuth, in dem es heißt:

"Es ist begreiflich, daß eine einseitige Interessenvertretung, mag sie noch so bedeutend sein, der erforderlichen Rücksicht und Einsicht in die gesamte Wirtschaftsführung ermangelt ... Für sie (die Reichsregierung - K.W.) handelt es sich bei ihren agrarpolitischen Entschlüssen um verantwortungsbewußte Arbeit auf sachlicher Grundlage, ohne die jede Wirtschaftspolitik Schiffbruch leiden muß. Diese sachlichen Erwägungen zwingen dazu, alle Wirtschaftsstände des Reiches und die Gesamtinteressen ausreichend zu berücksichtigen."¹⁾

Der RLB führte und verstärkte den ideologischen Kampf um die Durchsetzung seiner agrarpolitischen Ziele unter dem Schlagwort "Nationalwirtschaft gegen Interessenwirtschaft".²⁾ "Interessenwirtschaft" - das war nach seiner Ansicht eine Handelspolitik, die einseitig auf die Interessen der Exportindustrie orientiert und abzulehnen war, weil durch das dabei angewandte Meistbegünstigungsrecht, verbunden mit Tarifabreden, Deutschland seiner handelspolitischen Bewegungsfreiheit beraubt würde, und weil diese Handelspolitik die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft erschwere oder gar unmöglich mache; zumal

1. jeder Export nur durch Hereinnahme überflüssiger Einfuhren erkaufte und einen entsprechenden Absatzausfall auf dem Binnenmarkt nach sich ziehen würde, und
2. die Exportinteressenten mit Rücksicht auf ihre Handelspartner und die Gewerkschaften im eigenen Lande "möglichst niedrige Lebensmittelpreise ohne Rücksicht auf die Rentabilität der Landwirtschaft" forderten.³⁾

1) DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.332, Bl.298 ff.

2) Unter diesem Titel verfaßte G.Pacyna einen Artikel, der in der Nr.27 der agrarpolitischen Wochenschrift des RLB vom 2. Juli 1932 erschien. Vgl. auch die Artikel: "Um die Sicherung und Weitung des deutschen Lebensraumes. Aufgaben und Grenzen deutscher Exportpolitik", in: ZdRLB, Nr.27 v. 6.Juli 1932; "Export auf Kosten des Binnenmarktes", ebenda, Nr.29 v. 20.Juli 1932.

3) Vgl. G.Pacyna, a.a.O.

Nachdem der RLB schon die Handelspolitik der Brüning-Regierung als einseitige Interessenwirtschaft bekämpft hatte, begann er diesen Vorwurf nun auch gegen die "Regierung Papen-Waribold" zu erheben.

"Nationalwirtschaft" - das war auf der anderen Seite die von den junkerlichen Landbundführern verfochtene Wirtschaftspolitik, die am treffendsten unter dem Begriff *A u t a r k i e*¹⁾ zusammengefaßt werden kann; diese sollte dadurch gekennzeichnet sein, daß nicht die Verflechtung mit der Weltwirtschaft und der Export, sondern die Stärkung des Binnenmarktes und die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft als Grundlage einer gesunden Wirtschaft anerkannt wurden. Die "Rentabilität" der Landwirtschaft sollte erreicht werden durch restlose Unterbindung der Einfuhr "überflüssiger" ausländischer Agrarerzeugnisse, Verwendungszwänge für inländische Produkte, Erhöhung der Agrarpreise²⁾ u.a. Maßnahmen, wobei der RLB jetzt, mit Rücksicht auf die katastrophale Lage der Bauern, die Verhinderung des endgültigen Zusammenbruchs der Veredlungswirtschaft zum "Schlüsselpunkt der deutschen Agrar- und Wirtschaftspolitik"³⁾ erklärte und, da die bisherige, die Großagrariere begünstigende Zollpolitik nicht mehr ausreichte, die Kontingentierung der Einfuhr als "Schlüssel zu erhöhtem Schutz des Binnenmarktes" propagierte.⁴⁾ Diese vom RLB angestrebte "Nationalwirtschaft" war, unter ihrem innenpolitischen Aspekt betrachtet, darauf berechnet,

1. den Großagrariern die monopolistische Beherrschung des Binnenmarktes für Agrarerzeugnisse und eine Scheinrentabilität

1) Obwohl die Landbundführer gelegentlich bestritten, für eine vollständige Autarkie eintreten zu wollen, liefen ihre Bestrebungen faktisch auf eine solche hinaus.

2) Konkret verlangte der RLB auf diesem Gebiet: 1. die Preise der pflanzlichen Nahrungsmittel zugunsten der Junker auf dem Stand zu halten, den die Papenregierung bei ihrem Amtsantritt am 1. Juni 1932 vorgefunden hatte (Mit 119,9 lag der Index für diese Nahrungsmittel infolge der Brüning'schen Zollpolitik sogar etwas über dem Index für industrielle Fertigwaren mit 117,9); 2. die Preise für Erzeugnisse der Veredlungswirtschaft auf das Preisniveau der pflanzlichen Nahrungsmittel zu heben (Der Index für Schlachtvieh z.B. zeigte am 1. Juni den Stand von 62,7). Vgl. RLB/AWS, Nr. 49 v. 3.12.1932.

3) Vgl. Kalckreuth, Der Schlüsselpunkt der Agrarpolitik, ebenda, Nr. 34 v. 20. Aug. 1932.

4) Vgl. RLB/AWS, Nr. 35 v. 27. Aug. 1932.

der Landwirtschaft zu sichern, die nicht durch Vergleich mit dem Weltstand ökonomisch fundiert, sondern durch staatsmonopolistische Reglementierung zu Lasten der Verbraucher erzwungen war;

2. der Masse der deutschen Bauern, in erster Linie den eigenen Mitgliedern vorzutäuschen, daß die Landbundführer ihre wahren Vertreter seien und die von ihnen verfolgte Agrarpolitik allein den rettenden Ausweg aus ihrer katastrophalen Lage wiese.

Indes waren die Forderungen des RLB zur Rettung der Veredlungswirtschaft ebensowenig wie frühere "Rezepte" der Junker geeignet, die Lage der Bauern in der Krise zu verbessern; denn die Erhöhung der Verkaufserlöse für bäuerliche Produkte durch Preiserhöhungen wie auch durch die über eine Einfuhrkontingentierung angestrebte lückenlose Autarkie mußte scheitern, solange die Massenverelendung der Arbeiterklasse und deren Konsumbeschränkung andauerte.¹⁾ Hinzu kam, daß die Landbundführer keineswegs aus uneigennütigen Motiven jetzt die Propaganda für die Veredlungswirtschaft in den Vordergrund rückten. So machte Kalckreuth in dem erwähnten Artikel "Der Schlüsselpunkt der Agrarpolitik" darauf aufmerksam, daß sich in Deutschland die Tendenz zur Steigerung der Getreide-Anbauflächen weiter fortsetze, weil die Betriebsverluste in der Viehhaltung und im feldmäßigen Gemüsebau wesentlich höher seien als im Getreidebau. Er äußerte die Befürchtung, daß dadurch im kommenden Jahr die Brotgetreideernte auch bei starker Verfütterung im Inland nicht untergebracht werden könnte und der Zusammenbruch der Preise der Veredlungswirtschaft einen Zusammenbruch der Getreidepreise nach sich ziehen müsse. Die Not der Bauern beeindruckte also die Junker nur insoweit, als ihre eigenen Interessen dadurch unmittelbar bedroht wurden, und diese gedachten die Landbundführer keinesfalls preiszugeben. Das kam beispielsweise auch darin zum Ausdruck, daß in der Agitation des RLB für die angebliche Rettung der Veredlungswirtschaft nie die Forderung nach Abbau der durch die Junker herbeigeführten Futtermittelzölle

1) Vgl. Edwin Hoernle - Ein Leben..., a.a.O., S.420. Vgl. auch E.Lorenz, Die Verschärfung der Agrarkrise in Deutschland, a.a.O.

erhoben wurde, obwohl gerade die Verteuerung der Futtermittel weitgehend dazu beigetragen hatte, die Rentabilität der Viehwirtschaft zu untergraben.¹⁾

Die vom RLB unter dem Schlagwort "Nationalwirtschaft" geforderte Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik in Richtung auf die Autarkie hatte auch einen außenpolitischen Aspekt. G.Pacyna deutete das an, als er schrieb, daß Handelspolitik nicht Selbstzweck sei, sondern ein "Instrument deutscher Nationalpolitik", eine "Waffe deutscher Selbstbehauptung", und der Kampf des RLB für eine Abkehr von den bisherigen handelspolitischen Methoden nicht nur ein Gebot der Selbsterhaltung, sondern eine nationale Verpflichtung.²⁾ Was darunter zu verstehen war, brachte der Landbundpräsident A.Bethge zum Ausdruck, als er einen Artikel unter der Überschrift: "Nationalwirtschaft als Waffe im deutschen Befreiungskampf" mit dem Satz beschloß:

"So hängen Wirtschaftspolitik und Außenpolitik aufs engste zusammen und der Kampf für die Kontingente ist, nationalpolitisch gesehen, nichts weiter als der große Umstellungsprozeß, der notwendig ist, um die deutsche Wirtschaft zu einer W a f f e f ü r d e n d e u t s c h e n B e f r e i u n g s k a m p f umzugestalten."³⁾

Gleichermaßen unmißverständlich hieß es in einem anderen Artikel, den der RLB unter dem Titel "Der Blankowechsel von Lausanne" durch seinen Zeitungsdienst verbreitete:

1) Im "Schleswig-Holsteinischen Bauer" erschien unter der Überschrift: "An den Kernpunkt wagt Graf Kalckreuth sich nicht heran!" ein aufschlußreicher Artikel, in dem sehr treffend festgestellt wurde: "Wenn man in den letzten Wochen die landbündlerische Presse durchblättert, dann konnte man oft irre werden, ob es der alte Landbundgeist sei, der aus den Zeilen sprach: So hatte sich ... das Gesicht des Landbundes gewandelt. Es konnte keine Stelle in Deutschland geben, die besser und stärker für die Belange der bäuerlichen Wirtschaft eingetreten ist, als der Landbund ... Dieser Tantam soll ... darüber hinwegtäuschen, daß das Kernproblem noch gar nicht berührt worden ist, im besonderen nicht von den 'bäuerlichen Freunden' im Reichslandbund. Es ist die Frage des Ausgleichs zwischen Viehpreisen und Futtermittelpreisen oder die Überbrückung des Unterschieds zwischen Viehindex und Futtermittelindex. Sobald diese Frage auftaucht, wird der Landbund ungemütlich, hier versteht er keinen Spaß, hier verteidigt er seine 'heiligsten Güter', hier liegen seine 'wohlerworbenen Rechte'." Schleswig-Holsteinischer Bauer, Nr.29 v. 16.Juli 1932.

2) RLB/A.S., Nr.27 v. 2.Juli 1932.

3) ZdRLB, Nr.42 v. 12.Okt. 1932.

"Uns aber kommt es auf die Sanierung D e u t s c h - l a n d s an. Wir wollen bewußt die Störungsmöglichkeiten von außen her ausschalten. Wir wollen das Kontingentierungssystem zu einer wirksamen außenpolitischen Waffe machen, die sich kein Außenminister entgehen lassen sollte. Und wir sollen kein Versprechen auf politisches Wahlverhalten abgeben, sondern bewußt die Möglichkeiten einsetzen, die Deutschland als größte negative Macht hat: nämlich den Wiederaufbau der Weltwirtschaft so lange und so gründlich zu stören, bis diese Welt, die 14 Jahre aus unserer Elendsmasse gelebt hat, bereit ist, das Versailler Unrecht wieder gut zu machen ... Die Zusammenhänge sind eng und klar: Wir kommen revisionistisch nicht vorwärts, solange wir wirtschaftspolitisch eine Interessengemeinschaft mit dem Ausland erstreben, statt uns entschlossen auf den Boden der innerdeutschen, landwirtschaftlichen und, daraus folgend, binnenmärktlichen Produktion zu stellen ... Wenn wir entschlossen sind, uns auf eigene Beine zu stellen, dann können wir sogar z u r O f f e n s i v e ü b e r g e h e n ."1)

Was sich hier hinter dem Schlagwort von der Nationalwirtschaft als Instrument deutscher Selbstbehauptung verbarg, war letzten Endes nichts anderes, als daß der RLB die Wirtschaftspolitik in den Dienst einer expansiven Außenpolitik stellen und als Druckmittel gegen die Siegermächte des ersten Weltkrieges sowie als Mittel zur Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges gehandhabt wissen wollte. Indem er die Autarkie auch unter diesem Gesichtspunkt offen propagierte, der für die Autarkiepolitik des Nazireiches tatsächlich bestimmend wurde, erwies sich der RLB auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet als Wegbereiter der faschistischen Diktatur in Deutschland.

Zunächst aber sahen die Landbundführer auch in der zweiten Halbzeit der Regierung Papen ihre Forderung nach "wirtschaftspolitischem Systemwechsel"²⁾ nicht in Erfüllung gehen. Am 28. August erläuterte Papen auf einer außerordentlichen Versammlung des Westfälischen Bauernvereins in Münster sein Wirtschaftsprogramm, wobei er wohl eine maßvolle Regelung der Einfuhr befürwortete, im übrigen aber den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie ablehnte und andeutete, daß die Interessen der Ausfuhr und des Binnenmarktes nur mit gewissen Schwierigkeiten in Übereinstimmung zu bringen sein

1) Ebenda, Nr. 38 v. 21. Sept. 1932.

2) Vgl. den gleichlautenden Artikel in: RLB/AWS, Nr. 35 v. 27. Aug. 1932.

würden.¹⁾ Der Bundesvorstand des RLB brachte am 5. September in einer EntschlieÙung seine Beunruhigung und Enttäuschung über das von Papen angekündigte Wirtschaftsprogramm zum Ausdruck. Er konstatierte, daß die Handelspolitik der Reichsregierung immer noch ausgesprochenen Kompromißcharakter trage, den Schutz der Landwirtschaft von der Zustimmung des Auslandes und industriellen Exillusionen abhängig mache und damit den bisherigen unheilvollen liberalistischen Kurs fortsetze, und er kam zu dem Schluß, daß jede "Reichsführung" scheitern müsse, die sich nicht zu der "wahrhaft konservativen Führertat" durchringe, die "deutsche Landwirtschaft und damit das deutsche Landvolk zu dem sicheren Fundament des deutschen Volks-, Wirtschafts- und Staatslebens zu machen."²⁾

Mit dieser Erklärung wollte der RLB offenbar die Position des Reichsernährungsministers v. Braun stärken, der sich bei den Auseinandersetzungen im Kabinett über die Agrarpolitik,³⁾ insbesondere über die Frage der Einfuhrkontingentierung, gegen die Interessenvertreter der Exportindustrie bisher nicht hatte durchsetzen können. Am 24. August hatte er den Entwurf einer Verordnung über die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Kabinett eingereicht und im Sinne der Forderungen des RLB ausführlich begründet.⁴⁾ Am 16. September lehnte der Wirtschaftsminister Warmbold in einer Stellungnahme zu dieser Vorlage die Einfuhrkontingentierung ab, wobei er vor allem auf die im Gefolge der Kontingentierung zu erwartende Verminderung der Ausfuhr und EinbuÙe an Kaufkraft verwies und sich darauf berief, daß der Krise nicht durch Ausweitung des Binnenmarktes allein gesteuert werden könne, nicht durch Umlagerung der Kaufkraft auf die Landwirtschaft, sondern insbesondere durch "möglichste Aufrechterhaltung der Ausfuhr."⁵⁾ Wie v. Braun auf den RLB, so stützte sich Warmbold auf den Reichsverband der deutschen Industrie, in dessen Namen am gleichen Tage Geheimrat v. Kastl in einem Brief an v. Papen

1) Vgl. Schulthess' a.a.O., S.144 ff.

2) RLB/AWS, Nr.37 v. 10.Sept.1932.

3) Vgl. H.Denecke, a.a.O., S.220 ff.

4) Vgl. DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.332, Bl.221 ff.

5) Ebenda, Bl.311 ff.

die Kontingentierungspläne ablehnte,¹⁾ und dessen Präsidium wenige Tage später telegraphisch die Reichsregierung erneut aufforderte, "von den beabsichtigten Kontingentierungsmaßnahmen Abstand zu nehmen."²⁾

Im Ergebnis der langwierigen Auseinandersetzungen in der Regierung über die Agrarmaßnahmen kam schließlich ein Kompromiß zustande, dessen Inhalt v. Braun am 26. September auf der Hauptversammlung des Bayerischen Landwirtschaftlichen Vereins in München erläuterte. Danach habe das Kabinett, so erklärte er, die Kontingentierung einer Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Aussicht genommen, die zwar nicht lückenlos sei, aber die Regierung glaube, "damit eine Handelspolitik einzuleiten, die bei aller Rücksicht auf die Arbeitslosenfrage in der Exportindustrie auch der deutschen Landwirtschaft wieder ihren Platz an der Sonne verschaff(e)."³⁾

Ferner sollte Landwirten die Zinslast für langfristige Hypotheken für zwei Jahre um 2% ermäßigt sowie eine Vergleichsordnung und ein stärkerer Vollstreckungsschutz wirksam gemacht werden. Am nächsten Tag erschienen die Notverordnungen des Reichspräsidenten über die landwirtschaftliche Zinssenkung und das Vergleichsverfahren, während eine Verordnung über die Kontingentierung noch zurückgestellt wurde.⁴⁾

Der RLB sah sich dadurch keineswegs zufriedengestellt. In einem Artikel zur Münchener Rede des Reichsernährungsministers stellte Landbunddirektor v. Sybel fest, daß zwar Ansätze gemacht und einzelne Erleichterungen vorgenommen seien, so auf dem Gebiete der Vergleichsordnung zur Abwendung des Konkurses und des Vollstreckungsschutzes wie auch Lockerungen bei der Zinssenkung, daß aber der deutschen Landwirtschaft die Rettung noch nicht gebracht sei. Sybel vermißte eine generelle Zins- und Lastensenkung, vor allem eine lückenlose, autonom verordnete Kontingentierung, und er verkündete:

"Was bis jetzt geschehen ist, ist nur in schwerstem Kampf g e g e n die ursprünglich vom Reichskanzler verkündete Politik durchgesetzt worden. W i l l d i e L a n d w i r t s c h a f t s i c h u n d d a m i t

- 1) Vgl. Egelhaafs Historisch-politische Jahresübersicht für 1932, Stuttg. S.134.
- 2) DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.333, Bl.41.
- 3) Schulthess', a.a.O., S.168. Vgl.Egelhaaf, a.a.O., S.146 f.
- 4) Vgl. ebenda.

Deutschland retten, so muß sie diesen Kampf unverändert fortführen. Nachlassen wäre Selbstmord."1)

Auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes des RLB am 12. Oktober wurde dann auch eine Entschlieung gefaßt, die auf verschärfte Weiterföhrung des bisherigen Kampfes eingestellt war. Von der Feststellung ausgehend, daß sich die Lage der Landwirtschaft gegenüber dem Vorjahr in keiner Weise gebessert, bei manchen Betriebszweigen sogar erheblich verschlechtert habe, erhob der RLB "schärfsten Protest gegen die bisherigen Verschleppungsmethoden auf dem Gebiete des Schutzes der deutschen Agrarproduktion gegen die ausländische Konkurrenz", und er forderte, daß die Reichsregierung endlich die Kontingentierung als "Instrument deutscher Gesamtpolitik" autonom handhabe. Der Bundesvorstand konstatierte, daß die "grundsätzliche Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik von der Weltwirtschafts- und Welthandelseinstellung zur Nationalwirtschaft" immer noch nicht vollzogen sei und bekannte sich erneut zum Grundsatz der autoritären Staatsföhrung, von der eine solche Umstellung erwartet wurde.2)

Der Landbundpräsidents hatte schon vorher auf verschiedenen Bauernkundgebungen3) ausgeföhrte, daß eine Gesundung der deutschen Landwirtschaft nur unter einer autoritären Präsidentsregierung möglich sei, jedoch die Frage aufgeworfen, ob die

1) RLB/AWS, Nr.40 v. 1.Okt.1932.

Einige Tage zuvor hatte v.Sybel in einem Artikel "Zur agrarpolitischen Lage" die Verzögerung der Kontingentierung und die Absicht der Regierung kritisiert, die Kontingentierungsmaßnahmen nicht durch Verordnung zu erlassen, sondern diese im Rahmen handelspolitischer Verhandlungen anzustreben. "Man gibt also", schrieb er, von vornherein die Autonomie des Schutzes der nationalen Produktion auf und zieht sich auf Verhandlungen mit dem Auslande zurück. Das ist ein grundsätzlich entscheidender Fehler, der die Agrarpolitik der Regierung Papen auf die Ebene der Agrarpolitik des bisherigen Systems stellt." RLB/AWS, Nr.39 v.24.Sept.1932.

2) Vgl. ebenda, Nr.42 v. 15.Okt.1932.

3) So am 28.August auf einer Bauernkundgebung in Umstadt (vgl. Deutsche Tageszeitung, Nr.241 v. 29.8.1932); am 27.August auf dem 9. Starkenburger Junglandbundtag (vgl. Neue Tageszeitung, Nr.203 v. 30.8.1932); am 11. September auf dem 12. Nassauischen Bauerntag in Hachenburg/Westerwald (vgl. Deutsche Tageszeitung, Nr.255 v. 12.9. oder Nassauische Bauernzeitung, Nr.211 v. 13.9.1932.).

richtigen Männer in dieser Regierung säßen; und er äußerte die Überzeugung, daß der Reichspräsident die Lösung dieser Aufgabe an Personen nicht scheitern lassen würde. In einem Brief, den Kalckreuth am 18. Oktober an ein Mitglied des Schlesischen Landbundes richtete,¹⁾ teilte er die Besorgnis, daß die Papen-Regierung keine durchgreifende Hilfe bringen werde, zumal das Gewicht Warmbolds im Kabinett unter dem Druck der Gegenpropaganda von Industrie und Handel sowie der Opposition des Auslandes gegen die Kontingentierungswünsche des RLB zu wachsen schiene. Kalckreuth vertraute aber darauf, daß es mit Hindenburg, auf dem die ganze Staatsautorität beruhte, möglich sein würde, zu einem Präsidialkabinett zu kommen, das nicht nur mit halben Herzen bereit sei, die Landwirtschaft zu retten. Ein solches Kabinett zu bilden, in das er die Nazis einbezogen wissen wollte, hielt Kalckreuth nach der nächsten Reichstagswahl für möglich. Wörtlich schrieb er:

"Ich möchte auch glauben, daß nach Erledigung der Wahl man wieder zu einem *modus vivendi* zwischen Hindenburg und Hitler zu kommen versuchen wird und daß das der Struktur des Kabinetts in unserem Sinne nicht schädlich, sondern eher nützlich sein wird, da ja eine Reihe von Kräften, besonders unter den Staatssekretären, die absolut liberalistisch exportmäßig eingestellt sind, im Kabinett sehr wohl entbehrlich sind."²⁾

Diese wie auch andere Tatsachen beweisen, daß der RLB das Papen-Kabinett bereits abgeschrieben hatte und eine neue Präsidialregierung anstrebte, die auch die Nazi-Partei als wesentliche Komponente der profaschistischen "nationalen Bewegung" einbezog und deren Zusammensetzung die maximale Erfüllung der Ziele und Forderungen der Junker und Großgrundbesitzer gewährleisten sollte. Die Landbundzentrale hatte diese Linie bereits unmittelbar nach der Auflösung des Reichstages vom 12. September angedeutet, als offensichtlich war, daß Papen keine Massenbasis besaß und sich nicht lange würde halten können. In einem Kommentar zur Lage ging sie davon aus, daß es beim Abgang Brüning "selbstverständlich" schien, daß "nunmehr auch die neuen Kräfte der nationalen Rechten (die Nazi-Partei - K.N.) zur Mitarbeit in der Staatsführung herangezogen

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.23, Bl.228 ff.

2) Ebenda, Bl.229.

gen würden" und "durch das zu erstrebende Zusammenwirken des Reichspräsidenten, der Reichswehr und der nationalen Bewegung nach der Zeit des Niedergangs ein neuer Abschnitt der deutschen Geschichte anheben" sollte; und sie deutete vielsagend an, daß es für jeden "auf weite Sicht Urteilenden" ausschlaggebend sein müßte, daß das "Kabinett von Papen die ihm dabei zufallenden Aufgaben nicht zu lösen verstanden" und "die organische Verbindung der Staatsmacht weder mit der breiten nationalen Bewegung noch mit der Wirtschaftsgesundung erreicht" habe.¹⁾

Der von der Landbundführung erneut forcierte wirtschaftspolitische Kampf zielte nunmehr darauf ab, die Ablösung des durch den Interessen-Dualismus gelähmten Papen-Kabinetts²⁾ durch eine absolut autoritäre Präsidialregierung zu beschleunigen. Daß sie dabei Hand in Hand mit dem agrarpolitischen Apparat der NSDAP zusammenarbeitete, geht u.a. aus einer rückschauenden Betrachtung des späteren Stabsamtsleiters des Reichsnährstandes H. Reischle hervor. Demnach waren sich auch die Naziführer bewußt, daß Papens politischer Kredit im Widerstreit der wirtschaftlichen Interessen, die im Kabinett selbst als "Eprengmittel" wirkten, "zermahlen" wurde, und sie taten das Ihre, um diese Entwicklung zu beschleunigen, wobei sie sich auf den RLB stützten. Reischle zufolge richtete Darré an den Reichskanzler öffentlich die ultimative Forderung: "Wir verlangen..., daß spätestens 14 Tage vor der Wahl die Kontingentierung durchgeführt ist, oder wir müssen annehmen, daß die ganzen Maßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft nichts anderes sind als ein großangelegter Wahlschwindel!" Dabei habe er sich davon leiten lassen, daß die tragenden Kräfte des Kabinetts die ausfuhrindustriellen Kreise hinter dem Wirtschaftsminister Warmbold seien und der Kanzler folglich sein offiziell gegebenes Versprechen einer Kontingentierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht würde halten können.³⁾

Die Landbundführer zogen in den Wochen der Reichstagswahl

- 1) "Nach der Auflösung des Reichstags", in: RLB/AWS, Nr.38 v. 17.Sept.1932.
- 2) Vgl. "Landwirtschaft und autoritäre Staatsführung", in: ebenda, Nr.42 v. 15.Okt.1932.
- 3) Vgl. Deutscher Bauernkalender, 1934. Hrsg. R.W.Darré, Berlin, S.39 f.

alle Register, um den Druck auf die Papen-Regierung zu verstärken. Am 4. Oktober schrieb Caspar von Schönberg, Vorsitzender des Kreislandbunds Breslau und Mitglied des Engeren Vorstandes des Schlesischen Landbundes, nach Rücksprache mit dem Schlesischen Landbund einen Brief an Papen, in dem er auf die verbitterte Stimmung in der schlesischen Landwirtschaft über die Verschleppung der Agrarmaßnahmen durch die Reichsregierung hinwies und dabei insbesondere den Widerstand des Wirtschaftsministers Warmbold und des Reichsbankpräsidenten Luther erwähnte.¹⁾ Am 17. Oktober übersandten die Führer der Grünen Front Papen ein Telegramm, in welchem sie die beschleunigte Durchführung der Kontingentierung und die endliche Einlösung der wiederholten Zusagen seitens der Reichsregierung forderten und erklärten:

"Eine weitere Verzögerung müßte das Vertrauen der Landwirtschaft in die Entschlossenheit der Reichsregierung, gerade der bäuerlichen Landwirtschaft zu helfen, zerstören und damit eine Lage schaffen, auf deren großen Ernst wir nachdrücklich hinweisen."²⁾

Als der schlesische Landbundführer R. Graf Keyserlingk drei Tage später in einer längeren Unterredung mit Papen die Gesamtlage der Landwirtschaft und die geringen Erfolge der Agrar- und Handelspolitik der Regierung zur Sprache brachte, gewann er den Eindruck, daß diese Fragen dem Herrn von Papen "auch heute noch nicht besonders geläufig" seien. Keyserlingk teilte Kalckreuth in einem Brief über diese Unterredung mit:

"Ich habe ihm nicht verhehlt, daß die Wirkungslosigkeit der agrarpolitischen Maßnahmen seines Kabinetts dazu führen müsse, daß die Bauern sich politisch vollkommen von ihm abwenden würden. Ich kann, glaube ich, mit Ihrer Zustimmung rechnen, wenn ich von einer Gefahr der Bolschewisierung gesprochen habe."³⁾

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.23, Bl.243. In einem Antwortschreiben rechtfertigte Papen die Reichsregierung, die Wirtschaftspolitik "nicht auf dem Rücken irgendeines Berufsstandes" treiben wolle, sondern den "Ausgleich der Interessen" und die "Verbesserung der gesamten Lage" anstrebe. (Ebenda, Bl.260 ff.). In einer Stellungnahme zum Antwortbrief Papens, die dem Schlesischen Landbund zugesandt wurde, bekräftigte v. Sybel die Auffassung, daß auch die Regierung Papen-Warmbold nach wie vor die Industrie bevorzuge und Wirtschaftspolitik auf dem Rücken der Landwirtschaft treibe. Vgl. ebenda, Bl.25 ff.

2) DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.332, Bl.337 f.

3) DZA I, RLB, Nr.23, Bl.266.

Im Hinblick auf die künftige Politik des RLB empfahl Keyserlingk, die Vorstandssitzung im November "zu einer scharfen Absage gegen das Kabinett Papen (zu) führen." Er hielt das aus allgemein politischen Gründen für bedauerlich, glaubte aber, daß, "wenn die bisherigen Führer im Landbund die Führung behalten" wollten, "gar nichts mehr übrig" bliebe, "als in die Opposition zu gehen."¹⁾

Die Landbundführer ließen auch in dieser Phase der wirtschafts-politischen Auseinandersetzungen im Lager der herrschenden Klasse nichts unversucht, um den Reichspräsidenten für ihre Ziele einzunehmen und die Entscheidung zu ihren Gunsten zu beschleunigen. Kalckreuth überreichte Hindenburg die Entschliesung des Bundesvorstandes des RLB vom 12. Oktober zur wirtschaftspolitischen Lage in der "vertrauensvollen Überzeugung", daß der Reichspräsident für die darin zum Ausdruck gebrachte Sorge über die weitere Entwicklung hinsichtlich der grundsätzlichen Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik zur "Nationalwirtschaft" Verständnis haben werde.²⁾ Am 17. Oktober übersandte die Vertreterversammlung des Schlesischen Landbundes Hindenburg ein Telegramm. Darin wurde zunächst die "größte Enttäuschung über die mangelhaften Maßnahmen zur Hilfe für die Landwirtschaft" zum Ausdruck gebracht und sodann die Erwartung ausgesprochen, "daß die kommenden Persönlichkeiten des Kabinetts und der Reichsbank entweder sich die Ziele des Reichspräsidenten zu eigen machen oder abtreten."³⁾

Im Gefolge der Vertreterversammlung bat der Vorsitzende des Schlesischen Landbundes, Kurt v. Rohr-Manze, um eine Audienz beim Reichspräsidenten, um diesem persönlich die besondere Notlage der schlesischen Landwirtschaft, die durch eine schlechte Getreideernte verschärft worden war, und über die immer radikaler werdende Stimmung der Bauern zu berichten.⁴⁾ K.v.Rohr, der vom Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer Niederschlesien, Rittergutspächter Hermann Schneider aus Eckersdorf, begleitet wurde und sein Vorgehen mit der Zentrale des

1) Ebenda, Bl.267.

2) DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.332, Bl.340.

3) Ebenda, Bl.351.

4) Vgl. ebenda, RLB, Nr.23, Bl.238 ff.; Büro..., Nr.332, Bl.352.

RLB abgesprochen hatte, wurde am 26. Oktober 1932 von Hindenburg in Meißners Gegenwart empfangen. Er erklärte, daß die Lage der Landwirtschaft noch viel schlechter sei als zur Regierungszeit Brüning-Schiele und forderte zweierlei Maßnahmen vor allem: Stützung des Getreides und Kontingentierung tierischer Produkte. Aus dem von Rohr stichwortartig verfaßten Aktenvermerk über diese Audienz sind folgende Passagen besonders aufschlußreich:

"v.Rohr: Eindruck im Land: agrarpolitisch wird durcheinander regiert. Vertrauen schwindet, nicht gegen Braun, hinter dem Landwirtschaft steht, aber gegen Warmbold und Papen... Papens Standpunkt, man müsse alle Interessen ausgleichen (Brief an Schönberg) hält Landwirtschaft für falsch ... Regierung muß schnell offen bekennen, ob sie binnenwirtschaftlich oder exportwirtschaftlich Deutschland retten will. Trotz bevorstehender Wahlen muß gehandelt werden. Barometer auf 'Sturm'. Erregung nicht mehr zu halten. Besonnene Führer werden machtlos ... Vollen Ernst der Lage rückhaltlos zu sagen, ist Sinn dieses Vortrages.

Hindenburg: Erkennt Ernst der Lage an, hat Herz für Schlesien. Müsse aber für Ausgleich der Interessen sorgen, sei nicht allmächtig. Krupp-Bohlen habe ihm vor zwei Tagen von der Industrie dasselbe gesagt, wie Rohr über Landwirtschaft, Krupp sähe in Export die Rettung... Export sei "sehr wichtig, besonders nach Italien aus außenpolitischen Gründen... Hat ein Herz für die Landwirtschaft in Schlesien und will tun, was er kann."1)

Hindenburg, der seiner ganzen Herkunft und Entwicklung nach mit dem Junkertum besonders eng verbunden und ein Sachwalter seiner Interessen war, fühlte sich, wie aus diesem Dokument eindeutig hervorgeht, den mächtigen Herren des Industriekapitals, auch den vom Export besonders abhängigen Monopolkapitalisten, in gleicher Weise verpflichtet, und so sah er sich in der Wirtschaftskrise vor die komplizierte Aufgabe gestellt, die im "Futterkrippenkrieg" aufeinanderprallenden Interessengegensätze "auszugleichen", was um so schwerer war, als auch die Organisationen des Monopolkapitals, wie der Reichsverband der deutschen Industrie und der Deutsche Industrie- und Handelstag, in dem Maße gegen die Kontingentierungspläne protestierten, wie der RLB seine Agitation zur Durchsetzung derselben verstärkte.2)

Die Attacken des RLB veranlaßten das Kabinett, sich am 3. No-

1) DZA I, RLB, Nr.23, Bl.257 f.

2) Vgl. DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.333, Bl.41.

vember nochmals mit Agrarfragen zu befassen, ohne jedoch zu Ergebnissen zu kommen, die den Landbund zufriedengestellt hätten.¹⁾ Am nächsten Tag richteten die Führer der Grünen Front an den Reichskanzler und die einzelnen Reichsminister ein Telegramm, in dem die sofortige autonome Verwirklichung der seit langem versprochenen Kontingentierungsmaßnahmen verlangt wurde.²⁾ Schließlich erschien am Vorabend der Reichstagswahl eine Landbundabordnung aus den nordwestdeutschen Provinzen und Ländern Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein, begleitet von Kalckreuth und dem Landbund-Direktor Dr. Siburg, um dem Reichskanzler persönlich den besonderen Ernst der Lage in der bäuerlichen Veredelungswirtschaft vorzutragen. Am gleichen Tage veröffentlichte das Präsidium des RLB, ausgehend von der Verschleppung der Kontingentsfrage, die folgende gegen die Regierung gerichtete scharfe Erklärung:

"Das Präsidium des Reichs-Landbundes sieht in der nochmaligen Verschiebung einer Entscheidung über die längst zugesagten und für die Rettung der deutschen Landwirtschaft unentbehrlichen Kontingentierungsmaßnahmen den Beweis, daß das Reichskabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht gewillt und fähig ist, den zur Rettung Deutschlands führenden Weg einer zielklaren Nationalwirtschaft mit der notwendigen Entschiedenheit zu gehen. Nicht schöne Worte, sondern nur entschlossene Taten können die deutsche Landwirtschaft und damit Deutschland vor dem Zusammenbruch retten. Zu entschlossenen Taten aber gehört ein einheitlicher und entschlossener Führerwille, den das Kabinett in wirtschaftlichen Fragen nicht besitzt."³⁾

Die herrschende Klasse befand sich im Herbst 1932, wie schon aus der Geschichte des RLB z.T. ersichtlich, in einer kritischen Situation. Durch die "Herbststreikwelle", mit der sich die Arbeiterklasse gegen eine weitere Verschlechterung ihrer unerträglichen Lage zur Wehr setzte, wurden Papens Notverordnungen vom 4. und 5. September weitgehend unwirksam,⁴⁾ während der Masseneinfluß der KPD offensichtlich wuchs. Auf dem Lande hatten die von den Großagrariern geführten Organisationen Mühe, die verzweifelten und enttäuschten Bauern weiterhin unter ihrem Einfluß zu halten und ihre Hoffnung auf Hilfe zu

1) Vgl. Schulthess', a.a.O., S.193.

2) Vgl. "Um den nationalwirtschaftlichen Führerwillen", in: RLB/AWS, Nr.46 v. 12.Nov.1932.

3) Ebenda.

4) Vgl. GdA, Bd.4, a.a.O., S.364 ff.; W.Ruge, a.a.O., S.456 ff.

nähren. Das Lager der herrschenden Klasse selbst wurde von Krisen und Auseinandersetzungen geschüttelt. Ausdruck dessen waren z.B. die sich abzeichnende Krise in der Nazi-Partei,¹⁾ die Auseinandersetzungen auf parteipolitischer Ebene zwischen führenden Hitlerfaschisten und Hugenbergs Deutschnationalen²⁾ sowie die Angriffe der Nazis gegen Papen, aber auch die Auseinandersetzungen auf wirtschaftspolitischem Gebiet zwischen Agrar- und Industriekapital bzw. zwischen RLB und Reichsregierung.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. November 1932³⁾ ließ sichtbar werden, daß der Vormarsch der KPD hinsichtlich der Gewinnung der Volksmassen weiter anhielt,⁴⁾ die Demagogie der Nazi-Partei dagegen merklich an Zugkraft zu verlieren begonnen hatte. Diese Tatsache veranlaßte die agrarpolitische Zentrale der NSDAP, vom Reichspräsidenten die unverzügliche Übergabe der Staatsführung an Hitler öffentlich zu fordern, jetzt aber schon nicht mehr ostensiv siegesgewiß, sondern mit prononciert panikmachender "Begründung". "Eine nochmalige Wahl aber", so hieß es in ihrer Verlautbarung, "wäre ein Verbrechen am gesamten Volk und würde nur den Erfolg haben, die

- 1) Vgl. Jaeger, Das Ende der Hitlerpsychose, in: Der Rote Aufbau, 1932, H.21.
- 2) Vgl. DZA I, DNVP, Nr.60 (=Protokoll der Versammlung des Landesverbandes Potsdam II in der "Neuen Welt" in der Hasenheide am 19.10.1932).
- 3) Vgl. GdA, Bd.4, a.a.O., S.379 f.; W.Ruge, a.a.O., S.465.
- 4) Beachtlich waren auch die erneuten Stimmengewinne der KPD in überwiegend ländlichen Gebieten. So erhöhte sich ihr Anteil an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen in den ländlichen Wahlkreisen wie folgt (in Prozent).

Wahlkreis	am 31.Juli	am 6.Nov.1932
Ostpreußen	13,0	14,1
Pommern	10,8	12,2
Frankfurt/O.	9,7	11,6
Mecklenburg	9,6	11,7
Schleswig-Holstein	10,8	13,4
Osthannover	8,6	11,1
Südhanover/Braunschweig	8,2	10,8
Hessen-Nassau	10,5	13,0
Oberbayern	9,5	11,8
Pfalz	8,6	13,6
Württemberg	11,2	15,9

Vgl. IMI/ZPA, Nr. 3/10/329, Bl.124 ff. oder 139 ff.

Bolschewisierung des deutschen Volkes weiter vorzutreiben." 1)

Das Wahlergebnis brachte aber auch zum Ausdruck, daß es Papen nicht gelungen war, mit der Arbeiterbewegung fertig zu werden, 2) und daß die Kräfte, auf die er sich stützen konnte, nicht ausreichten, um seine Position als Reichskanzler länger behaupten zu können.

Der RLB rückte nun endgültig von der Papen-Regierung ab, weil, wie er selbst begründete, erstens die von diesem Kabinett geforderte "grundsätzliche Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik nicht zu erwarten" war und zweitens der Landbund durch die Reichstagswahl die Tatsache bestätigt fand, "daß die zum Kabinett stehenden Parteigruppen eine viel zu schmale Basis für eine Reichsregierung" waren, zumal es Papen nicht verstanden hatte, sich mit der gesamten "nationalen Bewegung" zu verbinden, d.h. sich auch mit der Nazipartei zu verständigen. 3) Unter dem Druck all dieser Mißerfolge sah sich die Papen-Regierung schließlich gezwungen, am 17. November 1932 zurückzutreten.

4.3. Die aktive Rolle des Reichslandbundes beim Sturz Schleichers und bei der Übertragung der Macht an die Faschisten durch Hindenburg

In den Wochen um die Reichstagswahl vom 6. November 1932 reiften die Bedingungen heran, die die reaktionärsten Kräfte des deutschen Finanzkapitals veranlaßten, die letzten, entscheidenden Schritte zur Errichtung der faschistischen Diktatur in beschleunigtem Tempo zu vollziehen. Der ökonomische und politische Hintergrund des schrittweisen Übergangs von der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie zur offenen, faschistischen Diktatur in der Periode 1929 - 1933 war die tiefe, anhaltende Wirtschaftskrise, die auch zu einer politi-

1) "Die Schrittmacher des Bolschewismus", in: NS-Landpost, Folge 46 v. 13. Nov. 1932.

2) In einem Aufruf Hitlers an die Mitglieder der Nazipartei hieß es: "Nur dieser Hugenberg-Papschen Reaktion ist es zuzuschreiben, wenn nunmehr in den deutschen Reichstag zum ersten Male h u n d e r t B o l s c h e w i s t e n einziehen!" Völkischer Beobachter, Nr. 313 v. 8. Nov. 1932.

3) Vgl. RLB/AWS, Nr. 46 v. 12. Nov. 1932; Grüne Wochenschau des RLB, Nr. 46 v. 19. Nov. 1932.

schen Krise des gesamten politischen Systems des Kapitalismus in Deutschland führte, aus der die herrschenden reaktionären Kreise den Ausweg allein im Faschismus sahen. Doch läßt sich die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland nicht allein als Reaktion auf die wirtschaftliche und politische Krise des kapitalistischen Systems erklären; die tiefste Ursache dafür liegt im Streben des Finanzkapitals nach Maximalprofit begründet.

Im Herbst 1932 registrierte die deutsche Bourgeoisie mit größtem Interesse die Tatsache, daß die Wirtschaftskrise abzuebben begann. Ende Oktober konstatierte das Institut für Konjunkturforschung "erste Anzeichen einer konjunkturellen Besserung der Wirtschaft."¹⁾ A. Hugenberg bestätigte den Optimismus der Monopolbourgeoisie hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Empfang bei Hindenburg am 18. November, wo er erklärte: "Ich bin auch der Auffassung, daß unsere Wirtschaft wieder nach oben geht und sich allmählich belebt. Dazu gehört, daß wir unsererseits wirtschaftspolitisch die gegebenen Möglichkeiten ausnützen."²⁾ Die Schlußfolgerungen, die die deutsche Bourgeoisie aus dieser Kenntnis zog, waren nicht etwa darauf orientiert, den bürgerlichen Parlamentarismus über die letzten kritischen Wochen in die Phase eines neuen wirtschaftlichen Aufschwungs hinüberzuretten, sondern vielmehr darauf, die bevorstehende Konjunktur optimal für die Erzielung von Maximalprofiten auszunutzen und dafür die günstigsten Bedingungen zu schaffen. Solche Bedingungen sah sie in der inneren "Befriedung" Deutschlands und in der kriegerischen Expansion nach außen.

Unter "innerer Befriedung" verstand die Monopolbourgeoisie in erster Linie die "Beseitigung" des Klassenkampfes zwischen Unternehmern und Proletariern durch Niederschlagung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, vor allem der KPD. In der von einflußreichen Vertretern des Finanzkapitals gelenkten politisch-wirtschaftlichen Privatkorrespondenz "Deutsche Führerbriefe" erschien unter der bezeichnenden Über-

1) Vgl. Schulthess', a.a.O., S.193.

2) DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.47, Bl.321 ff.

schrift "Jena oder Sedan?" ein Artikel,¹⁾ der diesen Zusammenhang zwischen dem Profitstreben der Bourgeoisie und der Errichtung der faschistischen Diktatur erkennen läßt. Ausgehend von dem Hinweis auf die sich abzeichnende Perspektive der neuen wirtschaftlichen Konjunktur wird hier die Frage aufgeworfen, wie es jetzt weiterzugehen habe, ob "nach Ablauf des Krisenwassers" das "alte Theater" mit gewerkschaftlichen Lohnforderungen u.dgl. wieder losgehen solle "wie einst im Mai des Systems",²⁾ d.h. während der "Blütezeit" der Weimarer Republik. Die Bourgeoisie wollte sich im Hinblick auf ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse keineswegs für ein "Jena", sondern für ein "Sedan" entscheiden, für deren totale Unterwerfung mittels der faschistischen Diktatur.

Unter "innerer Befriedung" verstand die herrschende Klasse auch die Beendigung der Auseinandersetzungen im eigenen Lager sowohl auf parteipolitischer wie auf wirtschaftspolitischer Ebene, z.B. zwischen den politischen Parteien und Verbänden der Harzburger Front und zwischen Industrie- und Agrarkapital. Letzteres wurde auf der Vorstandssitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 25. November besonders unterstrichen, wo das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft erneut zur Debatte stand. Dr. E.Pietrkowski begann das Hauptreferat zu diesem Thema mit der Feststellung:

"Es ist eine Banalität, aber trotzdem eine nicht oft genug zu wiederholende Wahrheit, daß für die Beendigung der Wirtschaftskrise vor allen Dingen Frieden und Vertrauen, innen und außen, notwendig ist. Nichts aber stört die innere Befriedung in Deutschland mehr, als die seit Jahresfrist bestehende und bis zu Feindseligkeit gesteigerte Spannung zwischen Industrie und Landwirtschaft. Sie ist erwacht über dem Streit um die Grundlagen der Handelspolitik."³⁾

Das Monopolkapital gedachte sich Maximalprofite jedoch nicht nur im Rahmen einer normalen wirtschaftlichen Konjunktur, sondern über deren Spielraum hinaus durch den Übergang zur ungehemmten Aufrüstung und zur kriegerischen Expansion anzueignen. Nachdem es seine Macht wieder restauriert, die Last der Reparationen faktisch abgeschüttelt und freie Bahn für die

1) Vgl. Deutsche Führerbriefe, Nr.85 u. 86 v. 1.u.4.Nov.1932.

2) Ebenda, Nr.86.

3) Veröffentlichungen des RDI, Nr.60, Dez.1932, S.5.

Aufrüstung erhalten hatte sowie das Ende der Wirtschaftskrise übersah, nahm es um der Erzielung höchster Profite willen Kurs auf die Niederschlagung der Arbeiterklasse und die Kriegsvorbereitung; dazu brauchte es den Faschismus.

Außer dem hier angedeuteten grundlegenden Motiv gab es auch akute Überlegungen, die maßgebliche Kreise der herrschenden Klasse bewogen, die unmittelbare Errichtung der faschistischen Diktatur nicht mehr hinauszuzögern. Obwohl das Ende der Wirtschaftskrise nun schon abzusehen war, erwarteten sie noch einen schweren Winter mit einer weiteren Radikalisierung oder "Bolschewisierung" der werktätigen Massen im Gefolge. In der Besprechung des Reichspräsidenten mit dem Führer der Zentrums-
partei am 18. November erklärte Prälat Kaas: "Wir stehen vor einem schlimmen Winter... Deshalb ist das Ziel einer nationalen Konzentration einschließlich der Nationalsozialisten eine Notwendigkeit."¹⁾ Kaas, der sich auf Stimmungen "im Lande und in der Wirtschaft überall" berief, betonte besonders, daß es ein furchtbares Unglück wäre, wenn die sachliche Konzentration an Personenfragen scheitern würde; deshalb dürfe sich der "Kurzschluß" des 13. August nicht wiederholen. Ähnlich äußerte sich Dingeldey als Führer der großbürgerlichen Deutschen Volkspartei, der eine längere Verschleppung der Verhandlungen für bedenklich hielt, "weil das Gefühl der Unsicherheit sich vermehren würde."²⁾

Die historischen Quellen beweisen, daß alle Fraktionen der herrschenden Klasse Ende 1932 sich darin einig waren, unverzüglich eine autoritäre Regierung der "nationalen Konzentration" unter Einbeziehung der Nazis zu bilden. Die extremreaktionären Großindustriellen und Junker, die in dieser Richtung als "Vorkämpfer" wirkten und Hitler an die Macht bringen wollten, hatten es nach der Reichstagswahl am 6. November auffallend eilig, ihre Pläne zu verwirklichen. Einerseits brauchte die von ihnen hochgezüchtete Nazipartei nicht mehr nur in der politischen Reserve gehalten zu werden, weil die Gefahr nicht mehr bestand, daß sie im Getriebe einer anhaltenden Wirtschaftskrise in der Verantwortung vorzeitig

1) DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.47, Bl.327 ff.

2) Ebenda, Bl.332 ff.

abgenutzt wurde; andererseits galt es zu verhindern, daß sie selbst von einer inneren Krise befallen - vor der Machtübernahme noch mehr an Masseneinfluß verlor oder gar zerfiel.

Deshalb wandten sich unmittelbar nach dem Rücktritt Papens führende Vertreter des Monopolkapitals und des Junkertums mit der bekannten Eingabe an Hindenburg,¹⁾ durch die der Reichspräsident aufgefordert wurde, Hitler als den "Führer der größten nationalen Gruppe" zum Reichskanzler zu berufen, um "durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft" zu schaffen. Als Repräsentanten der Junker und Großgrundbesitzer unterschrieben diese Eingabe solche einflußreichen Führer des RLB wie Eberhard Graf von K a l c k r e u t h , Präsident des RLB; von O p p e n - Dannenwalde, Präsident der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und beratendes Mitglied des Arbeitsausschusses des Brandenburgischen Landbundes; Kurt von R o h r -Manze, Vorsitzender des Schlesischen Landbundes; Robert Graf von K e y s e r l i n g k, Vorsitzender des Ausschusses für zoll- und handelspolitische Fragen sowie des Steuerausschusses des RLB und Vorstandsmitglied des Schlesischen Landbundes; W i e c h m a n n , Vorsitzender des Westfälischen Landbundes.²⁾ Direktor A. Kriegsheim bekräftigte am 29. November vor dem Bundesvorstand die Auffassung der Landbundführung, "daß die Berufung von Hitler der einzige Weg sei, der zur Rettung der Nation in der gegenwärtigen Lage

1) Vgl. DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.47, Bl.258 ff. Der schlesische Landbundführer H.Schneider hatte schon einen Tag vor dem Rücktritt Papens eine ähnliche Eingabe an Hindenburg gesandt. Von dem Empfang ausgehend, der K.v. Rohr-Manze und ihm gewährt worden war, beschwor er den Reichspräsidenten mit den Worten: "Herr Reichspräsident, aus tiefster Not erlaube ich mir die ehrerbietigste Bitte im Namen Millionen von Bauern des Ostens auszusprechen, Übertragen Exzellenz die Reichskanzlerschaft dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung. Zwölf Millionen deutscher Menschen stehen hinter Adolf Hitler, haben mit ihm gekämpft gegen Bolschewismus und Marxismus... Herr Reichspräsident, ein Wort und alle würden von schwerster Not und Seelenqual erlöst sein und in Verehrung und Dankbarkeit zu Euer Exzellenz aufblicken. Zwölf Millionen nur deutsch denkender und fühlender Menschen bitten um dieses Wort." Ebenda, Bl.218.

2) Vgl. ebenda, in der Reihenfolge der namentlich erwähnten Unterzeichner: Bl.269 f., 277 f., 294 f., 202 f., 303 f.

führen könne und daß Hitler als Chef des Präsidialkabinetts berufen werden müßte."¹⁾ Er bestätigte, daß von namhaften Führern der Wirtschaft dem Reichspräsidenten eine entsprechende Denkschrift unterbreitet worden sei, die auch die Unterschrift des Grafen Kalckreuth trüge.

Historische Ereignisse und Quellen spiegeln aber auch wider, daß die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse über den bestimmenden Einfluß auf die angestrebte Regierung der faschistischen Diktatur und über die Rolle der Nazipartei noch nicht abgeschlossen waren. Während die einen - unter ihnen maßgebliche Führer des RLB - die sofortige Übergabe der Macht an Hitler forderten, waren andere, so zunächst auch die Kreise um Hindenburg, wohl bereit, Hitler "in die Verantwortung einzuschalten", aber noch nicht entschlossen, ihm die politische Führung der faschistischen Regierung zu übertragen. Diese zögernde Haltung beruhte vor allem auf der Besorgnis gewisser wirtschaftlicher Kreise, Hitler - einmal an der Macht - könnte unerwünschte "sozialistische" Experimente durchführen. Sobald jedoch garantiert wäre, daß das Wirtschaftsprogramm des Monopolkapitals unverfälscht durchgeführt würde, waren auch diese Kreise bereit, ihre letzten Zweifel zu begraben und die Berufung Hitlers zum Reichskanzler zu akzeptieren.²⁾ Die Führer des RLB trugen das Ihre dazu bei, um solche Bedingungen zu schaffen, die das Zustandekommen einer faschistischen Regierung unter Hitlers Führung auf scheinbarem Wege ermöglichten. Vor dem Bundesvorstand des RLB führte A. Kriegsheim aus:

1) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.200.

2) Das betonte z.B. E. Dingeldey in der erwähnten Besprechung mit Hindenburg am 18. November ausdrücklich. Zur Frage einer etwaigen Kanzlerschaft Hitlers führte er u.a. aus: Die vom Reichspräsidenten erlassenen Notverordnungen, "namentlich die wirtschaftlichen", dürften "in ihrem Kernpunkt nicht berührt werden... Sozialistische Experimente, wie man sie in den Nazi-Veröffentlichungen oft liest, dürfen nicht gemacht werden... Wir würden also eine nationale Konzentrationsregierung unterstützen, würde es aber als ein Unglück ansehen, wenn man unter dieser Parole gefährliche Experimente machte, die uns zurückwerfen würden."

DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.47, Bl.332 f.

"Es bedurfte einer Unzahl von Einwirkungen, um die Bedenken des Reichspräsidenten gegen den Führer der NSDAP zu verringern... Es ist schließlich gelungen, beim Reichspräsidenten die Bereitschaft zur Berufung Hitlers unter gewissen Bindungen und Sicherungen zu erreichen. Von außen gesehen, erschien das als eine starke Wendung des Reichspräsidenten zum Parlamentarismus. Von innen gesehen, war das die einzige Möglichkeit, Hitler den Weg frei zu machen."¹⁾

Indessen führten die Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler am 19. und 21. November²⁾ zunächst noch nicht zum Erfolg, da Hitler wiederum nicht nur einzelne Ministerposten, sondern die gesamte Machtfülle beanspruchte. Während er als Führer der Nazi-Partei auftrat, um "gerade die ausschließliche Verbindung zwischen Nationalsozialismus und Staatsführung herbeizuführen",³⁾ sollte nach den von Hindenburg präsentierten Bedingungen das Präsidialkabinett "von einem überparteilichen Mann", einer Person seines "besonderen Vertrauens" geführt werden.⁴⁾ Staatssekretär Meißner nahm in einem Antwortschreiben an einen Major a.D. v.Dewitz Hindenburg vor dem Verdacht in Schutz, die Verhandlungen mit Hitler darauf angelegt zu haben, sie scheitern zu lassen. Wörtlich versicherte er:

"Ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß die Bewegung des Nationalsozialismus ein Aktivum für den Staat und jede staatliche Politik darstellt. Deshalb ist es auch das ehrliche Ziel des Herrn Reichspräsidenten gewesen, Herrn Hitler und seine Bewegung in die staatliche Verantwortung einzuschalten... Daß dies auch jetzt nicht gelang, ist meines Erachtens ausschließlich Schuld des Verhaltens des Herrn Hitler. Trotzdem gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß bald wieder Verhandlungen angeknüpft werden können, die zum Erfolg führen."⁵⁾

Die Führer des RLB bedauerten es einerseits, daß in den neuerlichen Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler der 13. August sich wiederholt habe und eine Einigung nicht zustande kam.⁶⁾ Andererseits lobte der Landbundpräsident die Haltung

1) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.199 f.

2) Vgl. DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.47, Bl.342 ff. u. 356 ff.; W.Ruge, a.a.O., S.467 f.

3) So nach den Worten von A.Kriegsheim vor dem Bundesvorstand des RLB. DZA I, RLB, Nr.146, Bl.200.

4) Vgl. DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.47, Bl.356.

5) Ebenda, Bl.457; Schreiben des Majors a.D. v.Dewitz ebenda, Bl.454 ff.

6) Vgl. "Wieder nur Zwischenlösung?", in: Der Pommersche Landbund, Nr.49 v. 3.Dez.1932.

Hitlers, der es abgelehnt hatte, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen sollte. Was Deutschland jetzt brauche, so erklärte Kalckreuth in der Landeshauptversammlung des Landbundes Anhalt, das sei nicht eine parlamentarische Regierung (denn eine solche würde Deutschland nicht retten und "Parlamentarismus sei nun einmal die organisierte Verantwortungslosigkeit"), sondern die Berufung "verantwortungsbewusster Männer" an die Stelle, "von der aus die Geschicke des deutschen Volkes entschieden werden."¹⁾ Anders ausgedrückt hieße das, daß sich die Junker im Hinblick auf die künftige Staatsform selbstredend nicht für ein "Jena", sondern für ein "Sedan" entschieden hatten und einsetzten, daß die von ihnen angestrebte faschistische "nationale Konzentrationsregierung" nicht von irgendeiner parlamentarischen Mehrheit gestützt oder toleriert, sondern ausschließlich von den Parteien und Verbänden der extremen Reaktion bestimmt werden sollte.

Nach Ansicht der zentralen Landbundführung bestand "das ganze deutsche Führungsproblem" damals darin, die militant profaschistische "nationale Bewegung zu einer Einheit zu bringen", ihre maßgebenden "Führerpersönlichkeiten zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenzufassen."²⁾ Dabei ging es im besonderen darum, die Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Deutschnationalen zu beenden,³⁾ die Anerkennung der DNVP als eines gleichberechtigten Partners der NSDAP zu erreichen und Hugenburgs Position entsprechend aufzuwerten,⁴⁾ der als ein füh-

1) Landbund Anhalt - Die Scholle, Nr.49 v. 3.Dez.1932.

2) So A.Kriegsheim vor dem Bundesvorstand des RLB am 29.Nov., a.a.O., Bl.199.

3) Die Deutschnationalen warfen den Nazis nicht nur mangelnde "Vertragstreue" in politischen Fragen vor, z.B. Hugenberg auf dem Empfang bei Hindenburg, vgl. DZA I, Büro..., Nr.47, Bl.321 ff.), sondern vor allem wirtschaftspolitisch unvertretbare Forderungen in ihrem Parteiprogramm, welche auf "ein sozialistisches Experiment reinen und größten Stils" hinausliefen. Vgl. A.Scheibe, DNVP und NSLAP - Was uns einigt und was uns trennt (=Deutschnationale Flugschrift, Nr.367), Berlin VII/1932; ders., DNVP und NSLAP (Flugschrift, Nr.377), Berlin X/1932.

4) Die Bedingungen dafür schienen günstiger als früher zu sein, zumal bei den letzten Reichstagswahlen sichtbar geworden war, daß sich ein beachtlicher Teil ehemaliger Naziwähler der DNVP zugewandt hatte, die nach jahrelangem Abstieg erstmals wieder einen Gewinn von 772 000 Stimmen verbuchen konnte.

render Vertreter der mit den Junkern verbündeten Schwerindustriellen in einer faschistischen Regierung die Gewähr dafür bieten sollte, daß deren wirtschaftspolitische Konzeption unberührt von "sozialistischen" Experimenten weitergeführt würde.¹⁾ Die Situation, die nach dem Scheitern der letzten Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler entstanden war, war nach den Worten A.Kriegsheims nur zu überwinden, wenn die von ihm als "nationale Bewegung" deklarierte Harzburger Front den Beweis erbrachte, "aus sich selbst... und aus der tatsächlichen inneren Verbundenheit heraus eine Führung herzustellen, die nachhaltig gemeinschaftliche Politik treiben" könne.²⁾

Die Landbundführer betrachteten es nach wie vor, ja gerade in dieser Situation als spezifische Aufgabe ihres "überparteilichen" Interessenverbandes, für die Zusammenfassung der militant profaschistischen Kräfte der Harzburger Front zu arbeiten,³⁾ jetzt also vornehmlich die Verständigung zwischen den Führungsspitzen der NSLAP und der DNVP zu fördern. Nach persönlichen Bemühungen des Grafen v. Kalckreuth fand dann auch am 23. November im Hause des RLB eine zweistündige Zusammenkunft zwischen Hitler und Hugenberg statt. A.Kriegsheim bedauerte es, daß die Unterredung erst möglich wurde, nachdem "die augenblickliche Entwicklung schon entschieden" war; nach seinem Urteil war sie "aber doch wertvoll als ein neuer Anfang."⁴⁾ Vor dem Bundesvorstand bekräftigte er die Bereitschaft der Landbundführung, weiterhin in gerader Linie und konsequent dahin zu wirken, daß, wie er wörtlich ausführte,

1) Eine solche Erwartung äußerte z.B. E.von Machui in einem Schreiben vom 18. November an A.Hugenberg. Indem er sich als Vorsitzender des **Oberschles. Landbundes** auf die Stimmung im Lande berief, schrieb er: "Man hofft, daß bei einer kommenden Lösung... unsere Partei sich stark einschalten wird. Ohne Übertreibung ist doch zu sagen, daß alle vernünftigen wirtschaftlichen Vorschläge der letzten Jahre allein von Ihnen, Herr Geheimrat, ausgegangen sind. Es ist daher von entscheidender Bedeutung für das deutsche Geschick, daß Ihre Persönlichkeit endlich zur starken Auswirkung kommt. Eine Möglichkeit hierzu sieht man in der Übernahme des Reichswirtschaftsministeriums durch Sie, Herr Geheimrat, das damit zum Mittelpunkt deutscher Politik würde."

DZA I, RLB, Nr.23, Bl.271.

2) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.200 f.

3) Vgl. "Wieder nur Zwischenlösung?", a.a.O.

4) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.201.

"im germanischen Sinne eine Einigung, ein Bund besteht, der die ganze nationale Bewegung in Gleichberechtigung umfaßt. Wir werden nicht müde werden, auf dieses Ziel hinzuwirken, denn deutsche Nationalwirtschaft ist nur möglich bei einem Siege des deutschen Nationalismus; deutsche Agrarpolitik und deutscher Nationalismus sind wie siamesische Zwillinge auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden."¹⁾

Als die erwähnten Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler ergebnislos verlaufen waren, schlug Papen vor, die Regierungskrise durch einen Militärputsch zu beenden. Da ein solcher Plan jedoch als zu riskant erschien, "orientierte sich das Finanzkapital" - des Kapp-Putsches eingedenk - "endgültig auf eine 'legale' Machtübertragung an Hitler."²⁾ Nachdem der Versuch, ein zweites Kabinett Papen zu bilden, gescheitert war, beauftragte Hindenburg am 2. Dezember 1932 den General Kurt von Schleicher mit der Bildung einer neuen Regierung.³⁾

Die Haltung des RLB zu Schleicher war von vornherein dadurch bestimmt, daß er dessen Berufung als "Wiederkehr des Parlamentarismus in Reinkultur"⁴⁾ wertete und seine Kanzlerschaft folglich nicht als endgültigen Durchbruch zur autoritären Staatsführung, sondern nur als eine "Zwischenlösung" anerkannte, die dazu genutzt werden sollte, um die Verständigung zwischen Hitler und Hugenberg perfekt zu machen und dadurch das erstrebte strategische Ziel, die faschistische Diktatur, endlich zu erreichen. Noch bevor Schleicher den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten hatte, erklärte A.Kriegsheim auf der erwähnten Tagung des Bundesvorstandes des RLB:

"Was jetzt aus den Kabinettsintrigen auch herauskommen mag, wird eine Übergangsregelung sein, gleichviel wer an der Spitze steht. Dieser Übergang bedeutet für uns eine Pause, die wir benutzen müssen, um das unverrückbare Ziel, Führung und Rettung Deutschlands durch die nationale Bewegung, zu erreichen."⁵⁾

Der Bundesvorstand bezog gewissermaßen hier schon die Ausgangsstellung für den einkalkulierten, unvermeidlichen Generalangriff gegen das letzte präsidential-präfaschistische Übergangs-

1) Ebenda.

2) W.Ruge, a.a.O., S.469.

3) Vgl. DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.47, Bl.486 ff.

4) Vgl. den gleichlautenden Artikel, in: RLB/AWS, Nr.50 v. 10.Dez.1932.

5) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.201 f. (Hervorhebung von mir - K.N.).

kabinett, als er eine EntschlieÙung annahm, in der er seine Forderungen zur "Erhaltung und Rettung des deutschen Nährstandes" präsentierte, folgendermaßen begründet:

"Die deutsche Landwirtschaft fordert, daß die kommende Reichsregierung Staatsautorität und einheitlichen Führungswillen verkörpert. Nur eine Reichsregierung, die, von einmütigem Willen getragen, schnelle und durchgreifende Entschlüsse auf den vordringlichen Gebieten der Nahrungsfreiheit und der Arbeitsbeschaffung herbeiführt, wird den gebotenen Staatsnotwendigkeiten gerecht."¹⁾

Als die neue Regierung gebildet war, erblickte der RLB in deren Zusammensetzung²⁾ den Beweis, daß Schleicher im wesentlichen am Kurs seines Vorgängers Papen festhalten und lediglich "bequemere Wege" einschlagen, also beweglichere Methoden anwenden wollte.³⁾ Solange aber die neue Regierung sich agrarpolitisch nicht festgelegt hatte und nicht genügend Angriffspunkte bot, hielt die Landbundführung mit ihrer Kritik noch zurück. Kalckreuth deutete auf einer Tagung des Mittel- und Niederrheinischen Landbundes am 7. Dezember sowie auf der Generalversammlung des Kreislandbundes Greifenhagen einen Tag später an, daß die Landbündler den Kampf um den Schutz der landwirtschaftlichen Produktion unter der neuen Regierung wieder aufnehmen und sie ausschließlich nach ihren Taten beurteilen würden.⁴⁾

Den ersten größeren Angriff gegen Schleicher führte der RLB in Form einer scharfen Kritik an dessen programmatischer Rundfunkrede vom 15. Dezember,⁵⁾ in der er das klare Bekenntnis zu einer die Rentabilität des einzelnen Betriebes sichernden Agrarpolitik vermißte. Auf die Bemerkung des Kanzlers, daß er den Wirtschafts- und den Ernährungsminister "in ein Konklave eingeschlossen" habe, damit dort hinsichtlich der Auseinandersetzungen zwischen Exportindustrie und Landwirtschaft politisch "die richtige Mittellinie" gefunden werde, antwortete der Landbund mit der Drohung:

"Will aber der neue Reichskanzler nach Herrn v. Papens Art

1) Ebenda, Bl. 202 f.; vgl. auch RLB/AWS, Nr. 49 v. 3. Dez. 1932.

2) Vgl. W. Ruge, a. a. O., S. 469.

3) Vgl. RLB/AWS, Nr. 50 v. 10. Dez. 1932.

4) Vgl. Westdeutsche Bauern-Zeitung, Ausgabe A (Niederrhein), Nr. 285 v. 8. Dez. 1932; Pommersche Tagespost, Nr. 291, v. 9. Dez. 1932.

5) Vgl. Schulthess' a. a. O., S. 223 ff.

Binnenmarkt und Export gleichzeitig pflegen, dann hat die Landwirtschaft zu befürchten, daß die Förderung des Exports weiterhin auf ihre Kosten erfolgt. Dann erschüttert der Reichskanzler, der nach seinem Programm einer Verzweiflungs- und Katastrophenstimmung vorbeugen will, in der Landwirtschaft die letzten Dämme."1)

Besonders empfindlich reagierten die Landbundführer auf das Bekenntnis Schleichers zum Gedanken der Siedlung und seine Mitteilung, daß in den östlichen Provinzen etwa 1,3 Mill. Morgen der Siedlung zugeführt werden sollten.2) In unverkennbarer Absicht machten sie darauf aufmerksam, daß der neue Kanzler hier an Pläne anknüpfe, "die das Kabinett Brüning zum Scheitern brachten." Ihre eigene, prinzipiell siedlungsfeindliche Einstellung verschleierten sie mit dem "Argument", daß die Siedler bei den unzureichenden Agrarpreisen gar nicht existieren könnten, wobei sie auf die lange Verlustliste der bisherigen Siedlung verwiesen.3)

Auch die Rundfunkrede des Reichsernährungsministers v. Braun vom 22. Dezember rief in Landbundkreisen heftige Reaktionen hervor. "Nichts hört man von Maßnahmen gegen den augenblicklichen verheerenden Preissturz auf allen Gebieten der landwirtschaftlichen Produktion; nichts mehr hört man von Kontingentierung", so klagte der Kreislandbund Bunzlau in einem Schreiben an den Schlesischen Landbund.4) Graf Keyserlingk teilte in einem Brief an den Landbundpräsidenten mit, daß die Rede v. Brauns allgemeine Enttäuschung hervorgerufen habe, namentlich auch seine Empfehlung, den Getreidebau einzuschränken, und daß man nun auch von diesem Landwirtschaftsminister nichts mehr wissen wolle. Abschließend bemerkte er:

"Wir sind nun m.E. auf einem Tiefpunkt der Agrarnöte und der Agrarpolitik angelangt, daß man wenig Hoffnung für das

1) RLB/AWS, Nr. 51 v. 17. Dez. 1932.

2) Vgl. H. Denecke, a. a. O., S. 241 ff.

3) Graf v. Kalckreuth hatte schon am 8. Dezember auf der Generalversammlung des Kreislandbundes Greifenhagen nicht zufällig auch zur Siedlungsfrage Stellung genommen und geradezu demagogisch erklärt, wenn überhaupt gesiedelt werden solle, dann nur unter Verhältnissen, die dem Siedler auch die Existenz garantierten. Solange die Preise für Milch, Kartoffeln, Roggen, Vieh usw. nicht aufwärts getrieben würden, sei es "keine vaterländische Pflicht, sondern ein Verbrechen, weiter zu siedeln." Pommersche Tagespost, Nr. 291 v. 9. Dez. 1932.

4) Vgl. DZA I, RLB, Nr. 23, Bl. 292.

nächste Jahr haben kann... Unter diesen Umständen wird der Landbund öffentlich in die schärfste Opposition gegenüber dem Kabinett Schleicher und seinen Wirtschaftsminister gedrängt."1)

Der nächste taktische Schachzug der Landbundführung gegen das Schleicher-Kabinett bestand darin, daß sie ihm ein kurzfristiges Ultimatum stellte, um es in die Enge zu treiben und dann massiert anzugreifen. In der agrarpolitischen Wochenschrift des RLB vom 24. Dezember erschien eine agrarpolitische Jahresbilanz; darin wurde als Ergebnis festgestellt, daß die 1932 regierenden Reichskabinette "bedenklichst versagt" hätten und daß durch das Kabinett Schleicher die "Agrarpolitik bloßer Ankündigungen" fortgesetzt würde. Doch könnte, so gab die Landbundführung scheinheilig zu verstehen, die knappe Zeit bis Jahresende sehr wohl noch ausgenutzt werden, um über die Realisierung der vom RLB seit Monaten geforderten Maßnahmen endgültig Klarheit zu schaffen. Es sollte

"kein Zweifel darüber aufkommen, daß, wenn die knappe Frist bis zur Jahreswende mit einem neuen Versagen des Reichskabinetts ausgefüllt würde, die Beziehungen der Landwirtschaft zu ihrem jetzigen Ressortminister dauernd und u n w i e - d e r h e r s t e l l b a r e r s c h ü t t e r t w ä r e n."2)

Die hier in Aussicht gestellte "Erschütterung" der Beziehungen zwischen dem RLB und dem Reichsernährungsminister v. Braun erinnert sehr an die von der Landbundführung angewandte Taktik, die zum Sturz Brüning's führte.³⁾ Den Anzeichen zufolge sollten auch diesmal durch eine manipulierte Vertrauenskrise die Beziehungen zwischen Landbund und Landwirtschaftsminister derart belastet erscheinen, daß die Basis für eine "sachliche Zusammenarbeit" und die agrarpolitische Funktionsfähigkeit des Schleicher-Kabinetts als nicht mehr gegeben charakterisiert werden konnten. Der Kanzler selbst, der die Rolle des RLB beim Sturz seiner Vorgänger aus nächster Nähe beobachten konnte, legte es offenbar nicht darauf an, sich mit dessen Führern zu verfeinden und ihre Forderungen zu ignorieren. Am 28. Dezem-

1) Ebenda, Bl. 296.

2) "Agrarpolitische Jahresbilanz - Uneingelöste Versprechungen", in: RLB/AWS, Nr. 52/53 v. 24. Dez. 1932 (Hervorhebung von mir - K.N.).

3) Vgl. S. 318 f. der vorliegenden Arbeit.

ber, also noch vor Ablauf des vom Landbund gestellten "Ultimatums", wurde durch Notverordnung des Reichspräsidenten die Regierung ermächtigt, einen Verwendungszwang für Butter bei der Herstellung von Margarine anzuordnen sowie das Maismonopol auf weitere Getreidearten auszudehnen. Ferner wurde durch eine Verordnung des Ernährungs- und des Wirtschaftsministers die Einfuhr von Schweineschmalz und Papierholz unter Einfuhrbewilligung gestellt.¹⁾ Wie Schleicher später auf einer Beratung bei Hindenburg²⁾ berichtete, hatte er mit dem Grafen Kalckreuth mehrere Besprechungen geführt und ihn gefragt, was nach seiner Auffassung noch geschehen müsse, um die Lage der Landwirtschaft zu verbessern, worauf Kalckreuth drei Maßnahmen genannt habe: die Festsetzung autonomer Zölle, die Durchführung des Butterbeimischungszwanges und den Vollstreckungsschutz.

Aber auch bei weitestgehender Bereitschaft, die agrarpolitischen Forderungen der Junker zu respektieren, hatte Schleicher kaum mehr Chancen als Brüning, sich dafür die Anerkennung oder gar Unterstützung seitens der Landbundführung einzuhandeln. Das taktische Lavieren des "sozialen Generals" bestärkte die Führung des RLB vielmehr in der vorgefaßten Einstellung, daß es sich bei dessen Kanzlerschaft lediglich um eine "Übergangsregelung" handle, die von der profaschistischen "nationalen Bewegung" für ihren Endspurt zum strategischen Ziel genutzt werden müsse.

Den Führern des RLB, die aktiv um eine Verständigung zwischen Hitler und Hugenberg bemüht waren, war gewiß nicht entgangen, daß führende Kreise des Finanzkapitals etwa Mitte Dezember 1932 dazu übergangen, mit Hilfe Papens die Machtübergabe an eine von Nazis und Deutschnationalen geführte faschistische Regierung unmittelbar vorzubereiten.³⁾ In Übereinstimmung mit diesen Bestrebungen stellte sich auch die Landbundführung darauf ein, Anfang des Jahres 1933 zum entscheidenden Schlag gegen die von Schleicher geführte Übergangsregierung auszuholen. Graf v. Kalckreuth, der sich darauf berief, "über die in-

1) Vgl. Schulthess', a.a.O., S.232.

2) Vgl. S.369f. der vorliegenden Arbeit.

3) Vgl. W.Ruge, a.a.O., S.473; H.Denecke, a.a.O., S.248 f.; J.W. Wheeler-Bennett, Die Nemesis der Macht, Düsseldorf 1954, S.292 ff.; W.Görlitz, Hindenburg..., a.a.O., S.396.

ternen Kämpfe des Kabinetts einigermaßen orientiert" zu sein, schrieb am 30. Dezember, als er R. Graf v. Keyserlingk auf dessen erwähnten Brief antwortete:

"Die Rundfunkrede Brauns habe auch ich sehr bedauert und teile ganz Ihre Auffassung, daß wir schon Anfang J a - n u a r v o r a u s s i c h t l i c h in eine ausgesprochene O p p o s i t i o n zum Kabinett Schleicher gedrängt sein werden."1)

Die von der Landbundführung geplante und von ihrem Präsidenten hier vorangekündigte Konfrontation des RLB mit dem Reichskabinett war, wie aus den nachfolgenden Ereignissen ersichtlich, darauf angelegt, Schleichers Vertrauensstellung, die er als Chef des Präsidialkabinetts bei P. v. Hindenburg genoß, schlagartig grundlegend zu erschüttern und - in diesem Zusammenhang, - einen "Entrüstungssturm unter ihrem Fußvolk", den bürgerlichen Mitgliedern und Anhängern zu entfesseln, um die Machtübergabe an die kommende faschistische Koalitionsregierung von Nazis und Deutschnationalen als angeblich letzten Ausweg zur Rettung Deutschlands zu motivieren.

Zunächst organisierte sie den sogenannten Landbundkonflikt,2) provozierte sie, anders ausgedrückt, planmäßig den Abbruch der Beziehungen des Reichskabinetts zum RLB, dessen Ehrenpräsident, wie schon erwähnt, P. v. Hindenburg war. Am 11. Januar 1933 fand eine gemeinsame Sitzung des Bundesvorstandes und der Hauptgeschäftsführer des RLB statt. Kalckreuth kam in seinem Bericht über die Lage zu dem Ergebnis, daß "angesichts der schweren Enttäuschungen", die der Landbund erlitten habe, "jetzt eine scharfe Entschließung erforderlich" sei.3) Nach der Debatte, in der Präsident Bethge u.a. erklärte, daß unter einer Regierung Hitler-Hugenberg die die Landwirtschaft negierenden Kräfte nicht in der Lage gewesen wären, ihr Haupt wieder zu erheben, wurde die von Kalckreuth vorgelegte, gegen die Schleicher-Regierung gerichtete scharfe Entschließung mit Mehrheit angenommen und sogleich der Presse übergeben. Dort heißt es u.a.:

"Die Verelendung der Landwirtschaft... hat unter Duldung der derzeitigen Reichsregierung ein selbst unter einer

1) DZA I, RLB, Nr.23, BL.297 (Hervorhebung von mir - K.M.).
2) Vgl. B.Fuchta, a.a.O., S.153 ff.
3) Vgl. DZA I, RLB, Nr.146, BL.245 ff.

rein marxistischen Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmaß angenommen... Seitens der Reichsregierung hört die Landwirtschaft nur Rundfunkreden und inhaltlose Formulierungen, denen trotz...vorhandener sachlicher Möglichkeiten entscheidende Taten nicht gefolgt sind... Die Notgemeinschaft des deutschen Landvolks steht zum Äußersten bereit. Die Führung des Reichslandbundes fordert von jedem einzelnen den letzten Einsatz in dem dem gesamten Berufsstand aufgezwungenen Kampf um die nackte Existenz.1)

Sodann regte v. Strüvy an, daß angesichts der explosiven Stimmung im Lande, die sich in der Debatte widergespiegelt habe, das Präsidium des RLB um einen sofortigen Empfang beim Reichspräsidenten nachsuchen sollte. Da sich Hindenburg sofort bereit erklärte, das Landbundpräsidium zu empfangen, wurde die Vorstandssitzung erstmals für etwa eine Stunde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Beratungen teilte Kalckreuth mit, der Reichspräsident habe während des ersten Empfanges für die im Namen des Bundesvorstandes vorgetragenen Auffassungen und Forderungen persönlich großes Verständnis gezeigt und für 17.30 Uhr eine zweite Besprechung angesetzt, an der auch Vertreter der Reichsregierung teilnehmen sollten. Vom RLB nahmen an dieser Besprechung außer den vier Präsidenten der Direktor v. Sybel sowie die Landbundführer Tönnsen (Schleswig-Holstein), v. Rohr (Pommern), v. Strüvy (Ostpreußen) und seitens der Reichsregierung der Kanzler sowie der Ernährungs- und der Wirtschaftsminister teil. Die Landbundführer zogen hier alle Register, um die katastrophale Lage der Landwirtschaft so dramatisch wie möglich darzustellen, wobei Kalckreuth erklärte: "Wir sehen keine Möglichkeit, die Ordnung aufrecht zu erhalten, wenn nicht sofort etwas geschieht. Wenn es so weiter geht, wird der Landwirt zur Selbsthilfe schreiten und sich außerhalb der Ordnung stellen."²⁾ Tönnsen sekundierte: "Die Verzweiflung ist so groß, daß es in nächster Zeit zu einem gewaltigen Ausbruch kommen muß." Lind und Bethge schließlich befürchteten eine "ernste Gefährdung der Staatssicherheit", wenn die Bauern- und Junkerfamilien als nationaler Kern der Bevölkerung verloren gingen.³⁾

Die Landbündler forderten vor allem sofortige Erneuerung des

1) Ebenda, Bl. 255 f.

2) DZA I, Büro des Reichspräs., Nr. 47, Bl. 552.

3) Ebenda.

Vollstreckungsschutzes, eine Hilfsaktion zur Sanierung der Preise und autonome Zölle an Stelle der inzwischen fallengelassenen Kontingentierungspläne; und sie wollten hier Klarheit darüber erlangen, ob das Kabinett bereit sei, den Weg des Schutzes der Binnenwirtschaft zu beschreiten, oder ob es den Weg der Exportförderung auf Kosten des Binnenmarktes zu gehen beabsichtige. Hindenburg sah sich veranlaßt, die Regierung gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß bisher nichts für die Landwirtschaft geschehen sei. Schleicher berief sich darauf, daß er mit dem Landbund wiederholt Besprechungen über die zum Schutz der Landwirtschaft notwendigen Maßnahmen geführt hätte, inzwischen den Butterbeimischungszwang veranlaßt habe und auch bereit sei, sich für hohe Zölle einzusetzen. Nach anfänglichen Vorbehalten kündigte er schließlich an, auch die Frage des Vollstreckungsschutzes schon am nächsten Tag im kleinen Kreise unter Hinzuziehung der Fachminister beraten zu wollen.

Das Ergebnis dieser Beratung bei Hindenburg, über das Kalckreuth anschließend den Bundesvorstand informierte, beweist, daß Schleicher zumindest nicht weniger als seine Vorgänger bereit war, sich mit den Landbund-Junkern zu verständigen. Als allerdings bekannt wurde, daß der RLB schon vor den Verhandlungen bei Hindenburg der Presse die erwähnte scharfe Entschliebung übergeben hatte, veröffentlichte die Regierung ihrerseits eine amtliche Mitteilung, in der es hieß, daß sie sich gezwungen sähe, "von jetzt an Verhandlungen mit Mitgliedern des Vorstandes des Reichs-Landbundes abzulehnen."¹⁾ Die Landbundzentrale wiederum veröffentlichte am 12. Januar eine Stellungnahme zu der regierungsamtlichen Mitteilung, die offensichtlich darauf angelegt war, den angestrebten Bruch in den Beziehungen zwischen Reichsregierung und RLB zu vollenden. Dort heißt es:

"Die Reichsregierung kündigt in ihrer amtlichen Mitteilung lediglich an, daß 'alles sachlich Mögliche' für die Landwirtschaft geschehen werde. Es ist nicht die erste Zusicherung dieser Art. Die Stellung des Reichs-Landbundes zu der Reichsregierung wird nach wie vor nicht von den Versprechungen der Reichsregierung, sondern von deren Taten bestimmt werden. Wenn jetzt die Reichsregierung die Tatsache der Veröffentlichung der Entschliebung des Bundesvorstandes glaubt dazu benutzen zu sollen, die Beziehungen zum Reichs-Landbund abzubrechen, so erscheint das lediglich als ein Versuch, sich der Verantwortung, die die Reichsregierung gegenüber dem land-

¹⁾ Deutsche Zeitung, Nr. 10a v. 12. Jan. 1933.

wirtschaftlichen Berufsstände hat, zu entziehen, um im Dunkel der Regierungskonklaven ihren bisherigen verhängnisvollen wirtschaftspolitischen Weg fortzusetzen."1)

Das Präsidium des RLB übersandte diese Stellungnahme auch an Hindenburg und beteuerte, mehr in politischer Absicht als in höflicher Ergebenheit, daß durch das persönliche Eingreifen des Reichspräsidenten das Vertrauen in seine Gerechtigkeit und Tatkraft in den Reihen des Landbundes einen neuen Impuls erhalten habe.2) Wenn die Landbundführung ihren massierten Angriff gegen Schleicher offiziell mit ihrer Sorge um die "Gesundung der Landwirtschaft" begründete, dann verschleierte sie damit nur ihre wahren Absichten. In Wirklichkeit lag die tiefste Ursache für den sog. Landbundkonflikt im langfristigen strategischen Ziel des RLB begründet, das nunmehr verwirklicht werden sollte. Schleicher war nicht unmittelbarer Interessenvertreter der mit den intransigenten Junkern verbündeten militanten Schwerindustriellen, sondern Exponent des "Reformflügels" der deutschen Großbourgeoisie,3) d.h. der taktisch wendigeren, vom Export stärker abhängigen Chemie/Elektro-Gruppierung. Daraus erklärt sich auch seine auf den "Interessenausgleich" orientierte Wirtschaftspolitik, welche die Junker ebenso angriffen wie seine Aufgeschlossenheit hinsichtlich einer Umsiedlung absolut bankrotter Junkergüter einerseits und seine Zurückhaltung gegenüber einem allgemeinen Vollstreckungsschutz andererseits. Der konzentrierte Schlag des RLB gegen Schleicher wurde geführt, um das letzte präsidiale Übergangskabinett beschleunigt beiseite zu räumen4) und Platz zu schaffen für die bereits

1) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.277 f.

2) Vgl. ebenda, Bl.231 f.

3) Vgl. K.Gossweiler, Die Röhm-Affäre und die Monopole, in: Monopole u. Staat in Deutschland 1927-1945, a.a.O., S.158.

4) B.Buchta sieht den "Hauptgrund" bzw. "das Motiv für die rücksichtslose Kritik des Reichslandbundes an Schleicher" in dessen Siedlungsplänen und der Gefahr der Aufdeckung des Osthilfeskandals (Die Junker, a.a.O., S.153 ff.) Letzteres vor allem sollte nicht überbewertet werden, zumal 1. der RLB schon am 29. Nov. 1932 Schleichers bevorstehende Kanzlerschaft lediglich als letzte Übergangsregelung vor einer Regierung der faschistischen Diktatur bezeichnet hatte, u. 2. der Osthilfeskandal, der nach Buchta in parlamentarischen Gremien erst am 13. Jan. 1933 auftauchte, in den Aufzeichnungen über den "Landbundkonflikt", der relativ langfristig geplant war, nicht vermerkt ist. Eine solche Gefahr konnte die Junker in ihrer vorgefaßten Absicht, Schleichers Kanzlerschaft in den Grundfesten zu erschüttern, selbstredend nur bestärken.

ins Auge gefaßte Koalitionsregierung der faschistischen Diktatur. Das beweisen auch andere Zeugnisse der Politik des RLB in der Endphase der Weimarer Republik.

Um Schleichers Position restlos zu unterminieren, entfesselte die Landbundzentrale den über die Provinzial-Landbünde vorbereiteten "Entrüstungssturm" unter den Bauern. Vom 12. Januar an liefen im Büro des Reichspräsidenten telegraphisch übersandte Protestentschließungen aus allen Teilen des Reiches ein, in denen faktisch die Ablösung des Schleicher-Kabinetts durch eine Regierung der sog. nationalen Bewegung gefordert wurde. So hieß es z.B. in der von der außerordentlichen Generalversammlung der Kreisgruppe Pyritz des Pommerschen Landbundes am 26. Januar gefaßten Entschließung:

"Wir verlangen im Interesse der Erhaltung der Betriebe, der Arbeitsstätten und zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft die sofortige Umbildung der gegenwärtigen Regierung durch Männer, die endlich mit starker Hand einen national-wirtschaftlichen Kurs steuern."¹⁾

Wohin dieser Kurs führen sollte, wurde in einer Kampfentschließung angedeutet, die am 18. Januar auf der Tagung des Schlesischen Landbundes in Breslau nach einer Rede des Nazi-Landbundespräsidenten Willikens angenommen wurde. Sie lautete:

"Unser Vertrauen ist zerstört, unsere Geduld zu Ende, die Verzweiflung ist da. Der Verzweiflungskampf beginnt. Drohungen des Reichskanzlers wirken nicht mehr. Wir fordern den sofortigen Schritt von der Ratlosigkeit zur Tat, die Abkehr von weltwirtschaftlichem Großmannsgebaren zu n a t i o n a l w i r t s c h a f t l i c h e r G e n ü g s a m k e i t (!), die Wiederverdeutschung deutschen Lebensbedarfs, soweit deutscher Boden und deutsche Arbeitskraft ihn in Deutschland herstellen können."²⁾

Auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes, nun schon aus der Sicht der errichteten faschistischen Diktatur, legte Direktor A.Kriegsheim offen und selbstgefällig dar, welche Bedeutung der vom RLB durchgeführte Großangriff auf die Schleicher-Regierung hatte. Er führte u.a. aus:

1) DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.333, Bl.163.

2) Völkischer Beobachter, Nr.14 v. 14.Jan.1933. Die Redaktion fügte der zitierten Entschließung hinzu: "Ähnlich wie aus Schlesien treffen täglich aus allen deutschen Gauen Entschließungen der Bauern- und Landbünde ein, in denen allen die einmütige Entschlossenheit des Landvolkes zur Durchführung des Kampfes gegen Schleicher zum Ausdruck kommt."

"Als wir uns am 11. Januar abends trennten, hatten wir alle das Gefühl, daß eine bedeutende und entscheidende Situation geschaffen war ... Alle nationalen Gruppen rückten von der Regierung Schleicher ab ... Durch den von uns in unserem Kampf immer erneut eingeschalteten Druck vom Lande draußen entstand schließlich eine gesamtpolitische Situation, der sich niemand mehr entziehen konnte. Insofern ist unser Keulenschlag vom 11. Januar zum Segen für die deutsche Politik geworden. Es kam zu der sehr klaren Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei und zum Abbruch der Beziehungen zwischen Schleicher und einem wesentlichen Teil der Stahlhelmführung. Unser Plan, engste Verbindung zwischen Hitler und Hugenberg zu schaffen war nie fallen gelassen und wurde nunmehr energisch wieder aufgenommen."¹⁾

Daß dieser "Keulenschlag" des RLB von der Nazi-Partei maßgeblich mitgeführt wurde bzw. völlig zu deren politischem Konzept paßte, läßt sich nicht allein an der Tatsache nachweisen, daß die Führung und die Organisation des RLB selbst schon weitgehend von Nazis beherrscht wurden, sondern auch an anderen Zeugnissen. So sandte z.B. R.W. Darré am 13. Januar einen Offenen Brief an Schleicher, in dem er dem Kanzler die Schuld an dem Konflikt mit dem Landbund zuschob, die Forderung nach einer "Regierung von Männern" begründete und mit der Andeutung schloß: "Mit dem 'General' von Caprivi fing die Leidenszeit der deutschen Landwirtschaft an. Wolle Gott, daß der 'General' von Schleicher der letzte Vertreter dieser unglückseligen und landwirtschaftsfeindlichen Zeit- und Wirtschaftsepoche ist."²⁾ Aufschlußreich ist auch die folgende Eintragung Goebbels' unter dem 14. Januar 1933: "Schleicher hat einen schweren Konflikt mit dem Landbund heraufbeschworen. Die Bauern werden wild gegen ihn. Das paßt uns im Augenblick gut in den Kram."³⁾ Die "Verdienste" des RLB um die unmittelbare Vorbereitung der faschistischen Diktatur, insbesondere seine aktive Rolle beim Sturz Schleichers, bestätigte später Darré ausdrücklich. Am 7. April 1933 führte er vor dem Bundesvorstand des RLB aus, daß er auf Grund seiner Kenntnis der Geschichte sehr wohl zu würdigen wisse, welche historische Bedeutung gerade der Landbund für diese Zeit habe, die jetzt gekommen sei, wobei er vor allem auf den Sturz des letzten Kanzlers des Li-

1) DZA I, RLB Nr.146, Bl.259 f. Vgl. W.Ruge, a.a.O., S.477.

2) Völkischer Beobachter, Nr.14 v. 14.Jan.1933.

3) J.Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S.241.

beralismus, von Schleicher, durch die Landbundführer hinwies.¹⁾ Auf dem ersten deutschen "Reichsbauerntag" am 21. Januar 1934 in Weimar kam Darré, nun schon als Reichsbauernführer und Reichsernährungsminister, nochmals auf den RLB zu sprechen und betonte:

"Es war dann nur ein folgerichtiger Schritt des bereits seit einem Jahre unter nationalsozialistischem Einfluß stehenden Reichslandbundes, wenn er in der Erkenntnis der Durchdringung des deutschen Volkes mit dem Nationalsozialismus sich zu einer kämpferischen Haltung gegenüber dem damaligen Reichskanzler von Schleicher aufraffte und diesem damit einen Stoß versetzte, von dem er sich nicht wieder erholen sollte."²⁾

5. Die Rolle des Reichslandbundes bei der Konsolidierung der faschistischen Diktatur auf dem Lande

5.1. Die Stellungnahme des RLB zum Machtantritt des Faschismus in Deutschland

Die profaschistische Orientierung und Politik des RLB erschöpfte sich nicht darin, daß er mit seinen spezifischen Mitteln und Methoden aktiv dazu beitrug, die bürgerlich-parlamentarische Weimarer Republik zu untergraben, die schnellere Beseitigung der präfaschistischen Übergangskabinette (vor allem Brüning's und Schleichers) herbeizuführen und den Weg zur Errichtung der offenen terroristischen Diktatur in Deutschland freizumachen. Sie fand ihre Fortsetzung und Vollendung darin, daß er dem faschistischen Regime dazu verhalf, seine Herrschaft auf dem Lande verhältnismäßig rasch und reibungslos durchzusetzen und zu konsolidieren.

Das kam zunächst darin zum Ausdruck, daß die deutschnational- und nazifaschistischen Landbundführer, die die letzten Kabinette der Weimarer Republik mehr oder weniger erbittert bekämpft hatten, sich nunmehr, als Hitler an die Macht geschoben war, vorbehaltlos zur Regierung der offenen faschistischen

1) Vgl. Hannoverischer Landbund, Nr.17 v. 29. April 1933.

2) Rede des Reichsbauernführers und Reichsernährungsministers R.W.Darré..., a.a.O., S.3.

Diktatur bekannten. Triumphierend konstatierte die Landbundzentrale, daß der deutsche "Marsch auf Rom" durchgeführt und "Die Wende" erkämpft war, für die der Landbund "seit Jahren gerungen" habe.¹⁾ Der Bundesvorstand des RLB sprach in einer am 14. Februar einstimmig angenommenen EntschlieÙung P. von Hindenburg seinen "ehrerbietigen Dank für die Berufung" der Führer der faschistischen Bewegung zur Staatsführung aus und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß diese die Macht nicht mehr aus der Hand geben würden.²⁾ Am 22. März betonte der Bundesvorstand gleichfalls in einer EntschlieÙung ausdrücklich, daß der RLB stolz darauf sei, alles in seinen Kräften und Möglichkeiten Liegende beigetragen zu haben zur Herbeiführung des Sieges der faschistischen Machtergreifung, die hier als "nationale Revolution" deklariert wurde.³⁾ Der geschäftsführende Präsident v. Kalckreuth verkündete auf einer Generalversammlung des Kreislandbundes Neuruppin, daß es nun darauf ankomme, für Deutschland den Platz an der Sonne zu erkämpfen, der ihm seiner Überlieferung und Stärke nach zukomme, und daß es jetzt gelte, die bestehenden Aufgaben durch Taten zu erfüllen.⁴⁾

Viele Landbundführer begrüÙten zunächst auch die Tatsache, daß sich der Machtantritt des Faschismus in Deutschland in Form einer Koalitionsregierung vollzog, in der, wie Kalckreuth vor dem Bundesvorstand am 14. Februar ausführte, "die Kräfte der nationalen Konzentration in einer ... außerordentlich glücklichen Zusammensetzung zusammengefaÙt" waren.⁵⁾ Die Nazipartei an der Macht schien ihnen eine Garantie dafür zu sein, daß die ihnen verhaÙte Weimarer Republik schnell und gründlich liquidiert und die revolutionäre Arbeiterbewegung, insbesondere die Kommunistische Partei, radikal vernichtet würde.⁶⁾

1) RLB/AWS, Nr. 5 v. 4. Febr. 1933.

2) Vgl. DZA I, RLB, Nr. 146, Bl. 268 f.

3) Vgl. ebenda, Bl. 212.

4) Vgl. Der Ruppiner Stürmer, Nr. 66 v. 18. März 1933, Erste Beilage.

5) DZA I, RLB, Nr. 146, Bl. 258 f. Auch Direktor Kriegsheim bekannte sich zu dem von Hindenburg berufenen Kabinett von "nationalen Männern", dessen Zusammensetzung die Landbundler "durchaus begrüÙen" könnten. Ebenda, Bl. 260.

6) Kalckreuth charakterisierte auf der schon erwähnten Versammlung des Kreislandbundes Neuruppin den von der faschistischen Regierung eingeleiteten antikommunistischen Terror als "besonders erfrischend".

Andererseits sahen die deutschnational orientierten Landbund-Junker in ihren unmittelbaren Vertrauensmännern A. Hugenberg und H. J. von Rohr, die als Reichswirtschafts- und Ernährungsminister bzw. als Staatssekretär in die Regierung aufgenommen waren, die Gewähr dafür, daß die wirtschaftspolitischen Interessen der Junker unbeeinflußt von "sozialistischen Experimenten" durchgesetzt würden.

Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl am 5. März, deren Ansetzung die Landbundführer wiederholt prinzipiell bedauerten, forderte Kalkreuth vor dem Bundesvorstand dazu auf, den Wahlkampf in größter Geschlossenheit "gegen Marxismus, Parlamentarismus und Liberalismus" zu konzentrieren.¹⁾ Der RLB wollte "mit äußerster Kraft kämpfen, um den Fortbestand und die Festigung des neuen Kabinetts auch durch das Wahlergebnis zu sichern."²⁾ Sein Bundesvorstand gab in einer EntschlieÙung der Überzeugung Ausdruck, daß der deutsche Bauer "seinen Willen für den Sieg und die Bauernherrschaft des geeinten Nationalismus" um so stärker bekunden werde, "als es für ihn feststeht, daß dies a u f l a n g e M e i t die l e t z t e H e e r s c h a u i s t, z u d e r e r m i t d e m S t i m m z e t t e l a n t r i t t."³⁾ Unter Berufung darauf, daß sie an der Schaffung der neuen Regierung und am Wahlkampf erheblichen Anteil hatte, hielt es die Führung des RLB für ihre "Ehrenpflicht", am faschistischen Staatsakt in Potsdam am 21. März anläßlich der Eröffnung des neuen Reichstages geschlossen teilzunehmen.⁴⁾

Am 7. April rief der Bundesvorstand zur "Hitlerspende des Reichslandbundes" auf.⁵⁾ Die Landbundführer, die früher die

1) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.261.

2) RLB/AWS, Nr.5 v. 4. Febr.1933.

3) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.268 (Hervorhebung von mir - K.N.). Während die meisten Landbünde dieser Orientierung folgten und zur Stimmabgabe für die Nazi-partei oder die deutsch-nationale "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" aufforderten, hielten die Landbünde in Bayern, Württemberg und Thüringen an ihrer alten Wahlkampf-taktik fest, wobei sie entweder nur die Deutschnationalen empfahlen (Bayern) oder mit eigenen Landbundlisten auftraten. Vgl.: RLB/AWS, Nr.9 v. 26. Febr.1933; Schwäbischer Landmann, 1933, Nr.8 u.9; Der Thüringer Landbund, 1933, Nr.13.

4) Vgl. DZA I, RLB, Nr.146, Bl.270.

5) Ebenda, Bl.290; Nr.111, Bl.1 ff; vgl. auch ZdRLB, Nr.16 v. 7. April 1933.

Bauern gegen die von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften beeinflussten Industriearbeiter systematisch aufgehetzt und die Kluft zwischen Stadt und Land vertieft hatten, appellierten jetzt an ihre Mitglieder, "deutsche Blutsbrüder" aus den größten Städten zur mehrwöchigen Erholung bei sich aufzunehmen und somit ein Bekenntnis zum faschistischen Regime abzulegen, das mit Geld nicht aufzuwiegen wäre. Bei den "Blutsbrüdern" handelte es sich um Mitglieder der SS und SA sowie des Stahlhelms, die "im Ringen um die verführte Volkseele die schwerste Arbeit (!) hatten"¹⁾ Als eine Abordnung der Landbundführung Anfang Juni das Ergebnis der Hitlerspende (mehr als 50 000 Erholungsplätze) überreichte,²⁾ sprach Hitler seine besondere Befriedigung darüber aus, daß die Verbundenheit zwischen Stadt und Land durch die Tat des RLB auf diese Weise zum Ausdruck gebracht würde.³⁾

Aus dem verbehaltlosen Bekenntnis des RLB zum faschistischen Regime ergab sich folgerichtig auch die völlige Umstellung in der Taktik seines wirtschaftspolitischen Kampfes. Während er vorher alles aufgeben hatte, um die letzten Regierungen der Weimarer Republik durch ultimative wirtschaftspolitische Forderungen fortlaufend unter Druck zu setzen und immer aufs neue "nachzuweisen", daß sie einer "nationalen Regierung tatbereiter Männer" weichen müßten, war es nunmehr sein Anliegen, die faschistische Regierung gegenüber Vorschlägen, Anträgen und Kritiken, die ungeduldige oder unzufriedene bäuerliche Mitglieder zum Ausdruck bringen wollten, völlig abzuschirmen. Zuerst und zugleich am deutlichsten wurde diese taktische Umorientierung in einem Brief des Hauptgeschäftsführers des Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbundes, Scheel, an dessen Vorsitzenden M. Tönnsen begründet. Hatte Scheel noch am 9. Januar die Ansicht geäußert, daß der Land- und Bauernbund

1) Ebenda. Der Leiter der Pressestelle des RLB, G. Paeyna, warb für diese Hitlerspende in einem durch Rundschreiben den Landbünden übersandten Artikel, den er unter die Überschrift "Bauerndank durch die Tat" stellte. Vgl. DZA I, RLB, Nr. 111, Bl. 3 f.

2) Am 1. Juni lief auch eine vom Reichsverband der deutschen Industrie organisierte "Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft" an.

3) Vgl. NS-Landpost, Folge 24 v. 11. Juni 1933.

ähnlich wie der Pommersche Landbund vom RLB fordern müsse, er solle die Landbünde unverzüglich zum scharfen Kampf gegen die Schleicherregierung voranführen,¹⁾ so schrieb er am 30. Januar, als die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bekannt wurde:

"Es ist ja außerordentlich erfreulich, daß das vaterländische hoffentlich Diktatur - Kabinett nunmehr unseren gesamten Hoffnungen und Erwartungen zu entsprechen scheint ... Einem derartigen vaterländischen Kabinett können wir keine Aufmarschpläne gegenüberstellen, ohne daß das Kabinett eine lange und entsprechende Anlaufzeit von uns bekommen hat. Worauf es ankommt, ist, nunmehr programmäßig unsere gesamten Forderungen zusammenzustellen und sie nicht nur über den Reichslandbund, sondern auch über die beiden nationalen Parteien einzureichen, desgleichen dem Stahlhelm eine Abschrift zugehen zu lassen."²⁾

Das Präsidium des RLB sah sich dann auch veranlaßt, in einem Rundschreiben vom 10. Februar an den Bundesverband und an die Hauptgeschäftsstellen darauf hinzuweisen, daß "Sonderschritte und Sondervorstöße der einzelnen angeschlossenen Landbünde bei den Reichs- und preussischen Zentralbehörden (zu) unterbleiben und daß alle etwaigen Anregungen und Verstöße nur durch den Reichs-Landbund" zu gehen hätten.³⁾ Diese Weisung wurde damit begründet, daß unmittelbare Vorstöße der Landbünde notwendige Entscheidungen verzögerten und den Kampf der Zentrale des RLB geradezu schädigten.

Am 9. März wandte sich Kalkreuth in einem weiteren Rundschreiben auch gegen wirtschaftspolitische Vorstellungen, die nun an die Zentrale des RLB selbst herangetragen wurden. Von der Feststellung ausgehend, daß in letzter Zeit dem RLB eine große Anzahl von Umschuldungs- und Schuldenregulierungsplänen unterbreitet worden seien, ersuchte er die Landbünde, "von Eingaben derartiger Pläne vorläufig Abstand zu nehmen, da die Fülle der Arbeiten nicht (zuließe), jetzt im Augenblick der Frage der Umschuldung näherzutreten."⁴⁾ In einem Antwortschreiben an Graf Keyserlingk, der über den Schlesischen Landbund eine Stellungnahme zu diesem Rundschreiben eingereicht und sich gegen die dilatorische Behandlung der Umschuldungsfrage

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.257, Bl.5.

2) Ebenda, Bl.17. (Hervorhebung von mir - K.N.).

3) Ebenda, Nr.146, Bl.257.

4) Ebenda, Nr.23, Bl.365.

ausgesprochen hatte, verteidigte Kalckreuth die Haltung der Zentrale. Diese sei, soversicherte er, auch damit beschäftigt, eigene Gedanken und Vorschläge zu dieser Frage zu formulieren. Für ihre praktische Förderung aber sei es notwendig, ehe man in die Öffentlichkeit gehe, die Formulierung mit den deutsch-nationalen Ministern und auch mit Hitler soweit vorzuklären, daß die von der Führung des RLB vertretenen Auffassungen "mit der im Kabinett für möglich gehaltenen Lösung einigermaßen in Übereinstimmung gebracht" würden. Abschließend gab Kalckreuth zu verstehen, daß, obwohl zur Zeit das sehr schwierig zu bearbeitende Margarinethema im Vordergrund stünde, die Landbundesführung sich der Wichtigkeit der Umschuldungsfrage bewußt wäre, daß sie aber "j e t z t k e i n e D i s k u s s i o n i n d e r Ö f f e n t l i c h k e i t oder Presse herbeiführen" möchte.¹⁾

Die Äußerungen Kalckreuths lassen das Bemühen der Landbundesführung erkennen, innere Widersprüche des faschistischen Regimes, in diesem Falle den Widerspruch zwischen faschistischen Machthabern und ihrer Massenbasis auf dem Lande, zu paralisieren, indem sie ihre Wirtschaftspolitik auf das Führerprinzip umstellten, die wirtschaftspolitische Initiative auf den unteren Ebenen systematisch abwürgten und den bäuerlichen Mitgliedern die Gelegenheit zu nehmen suchten, zwischen den Worten und den Taten des faschistischen Regimes zu vergleichen. Der andere Widerspruch, der hier zum Ausdruck kam, waren die aus dem Führungsanspruch der Nazi-Partei resultierenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nazis und den Deutschnationalen, durch die schon die Harzburger Front von Anfang an zerrissen war, und die sich nun in der faschistischen Koalitionsregierung fortsetzten und auch die faschistische Agrarpolitik in ihrer Anfangsphase belasteten.

Die Landbundesführer unterstützten die Konsolidierung der faschistischen Herrschaft auf dem Lande auch, indem sie die faschistische Bauerndemagogie immer intensiver propagierten und verkündeten, daß nun, da die Wende erkämpft sei, die Rettung des deutschen Bauern durch die Hitlerregierung begonnen habe. Sol-

¹⁾ Ebenda, Bl. 363 (Hervorhebung von mir - K.K.).

che Illusionen wurden nicht nur durch bestimmte agrarpolitische Maßnahmen,¹⁾ sondern mehr noch durch eine ungeheure Propaganda und die Züchtung eines verlogenen Bauernkultes erzeugt und genährt. Hitler selbst nahm die Jahrestagung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 5. April zum Anlaß, um in einer Propagandarede ein "Bekenntnis zu den ewigen Werten des Bauerntums" abzulegen. Er hob hervor, daß die Nazi-Bewegung nicht in den Städten jene Ausgangsstellungen hätte erobern können, die ihrem Handeln das "Gewicht der Legalität" gegeben habe, sondern daß sie ihren Ausgang genommen habe vom deutschen Boden, vom deutschen Bauerntum. Und er postulierte demagogisch: "Daß unser Volk ohne Städter bestehen könnte, das wissen wir aus der Geschichte, daß es ohne Bauern bestehen kann, ist unmöglich."²⁾

Die junkerlichen Führer des RLB, die die Bauern in den letzten Jahren der Weimarer Republik stets aufgerufen hatten, die Regierungen nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten zu beurteilen, werteten solche Beteuerungen Hitlers als Beweis für den absolut festen Willen der faschistischen Regierung, daß der Bauer in Wirtschaft, Politik und Kultur "der tragende Grundpfeiler des deutschen Volkes" werden solle. Auf der Sitzung des Bundesvorstandes des RLB am 7. April stimmte Kalckreuth den oben zitierten Phrasen Hitlers "aus vollem Herzen" zu, und er führte wörtlich aus:

"Heute sehen wir uns einem ganz anderen Staat gegenüber als bisher. Was wir heute haben, ist das, was der Reichslandbund und der Bund der Landwirte seit Jahrzehnten erstrebt haben, nämlich eine Reichsführung, die den Bauernstand in seiner ganzen Bedeutung würdigt, und die unser Volk auf dem deutschen Bauernstand aufbauen will."³⁾

Bald darauf nahm der RLB Hitlers Geburtstag zum Anlaß, um in einem Glückwunschsreiben seinem "aufrichtigen Bedürfnis treuer Verbundenheit und warmen Dankes" dem "Führer" und "Bauernkanzler" gegenüber Ausdruck zu geben, der bereit und entschlossen sei, "dem deutschen Bauernstande wieder die Stellung in Staat und Wirtschaft zu verschaffen, die ihm die Möglich-

1) Vgl. Edwin Hoernle, Ein Leben..., a.a.O., S.491.

2) Deutsche Agrarpolitik, (Berlin) 1933, H.10, S.712 f.

3) Hannoverscher Landbund, Nr.17 v. 29. April 1933.

keit" gäbe, "seine ganze Kraft im Dienste des Volksganzen zu entfalten."¹⁾

Auch die Führerschaft des Reichs-Junglandbundes legte auf ihrer Frühjahrstagung 1933 ein Bekenntnis zur faschistischen Blut- und Bodenideologie ab. In einer einstimmig angenommenen EntschlieÙung begrüÙte sie mit Begeisterung die unter A.Hitler vollzogene "schicksalshafte politische Wende". Wörtlich heiÙt es in der EntschlieÙung:

"Für den Reichs-Junglandbund erübrigt es sich, in seiner Zielsetzung eine Änderung vorzunehmen. Seit seiner Gründung ist der Reichs-Junglandbund für den Gedanken von Blut und Boden eingetreten im Sinne seiner im Jahre 1924 festgelegten Satzungen ... Diese Weltanschauung, die nunmehr weite Kreise des deutschen Volkes in ihrem Innern entscheidend umformen soll, war von jeher die geistige Grundlage der Gesamtarbeit des Reichs-Junglandbundes. Aus voller persönlicher Überzeugung reiht sich daher die Führerschaft des Reichs-Junglandbundes und die hinter ihr stehende Landjugend in die Aufbauarbeit des neuen Reiches ein."²⁾

Die solcherart verbreitete Ideologie vom Bauernstand als dem ersten Stand im faschistischen Dritten Reich war nichts anderes als der propagandistische Rauchs Schleier, mit dessen Verbreitung maßgebliche Landbundführer die Bauernmasse daran hinderte, den Klassencharakter der faschistischen Diktatur zu erkennen, und die ihnen dazu diente, die Bauern von Anfang an und in möglichst großer Geschlossenheit zu einer zuverlässigen Stütze des faschistischen Regimes auf dem Lande zu machen.

5.2. Die Rolle des RLB bei der Gleichschaltung aller Berufsorganisationen auf dem Lande und der Vorbereitung des Reichsnährstandes

Nach der Installierung der Hitler-Hugenberg-Regierung gingen die Führer des agrarpolitischen Apparates der NSDAP und des RLB gemeinsam daran, die faschistische Diktatur im gesamten Bereich der Landwirtschaft zielbewußt durchzusetzen. Die eine Seite dieses Prozesses war die Unterdrückung aller demokrati-

1) DZA II, Rep.87 B, Nr. 20548, Bl.152.

2) NS-Landpost, Folge 24 v. 11.Juni 1933.

schen Bewegungen und Organisationen auf dem Lande, insbesondere das Verbot der unter dem Einfluß der KPD stehenden bäuerlichen Organisationen,¹⁾ sowie die Verfolgung und Ermordung ihrer Führer.²⁾ Die andere Seite war die Erfassung der gesamten Landbevölkerung in der faschistischen Zwangsorganisation des Reichsnährstandes und ihre weitestgehende chauvinistische Verseuchung im Interesse der Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges. Die Landbundjunker hatten schon in den Jahren der Weimarer Republik ideologische und organisatorische Vorarbeit für die Errichtung des Reichsnährstandes geleistet, indem sie die reaktionär-patriarchalische Ständeideologie propagierten und in bedeutenden Teilen ihres Machtbereiches mit-

- 1) So bezeichnete ein vom Staatskommissar für das Polizeiwesen Dr. Best am 22. Mai 1933 verfügtes "Verbot marxistischer Organisationen in Hessen" auch die kommunistische Bauernorganisation als verboten. Die Verfügung, die unter Berufung auf den § 1 der "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933 erlassen wurde, schloß mit der Drohung: "Wer sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglied beteiligt oder sie auf andere Weise unterstützt oder den organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird nach § 4 der genannten Verordnung bestraft." (DZA I, RMDI, IAN, Nr. 26172, Bl. 72). Der RLB unterstützte alle Maßnahmen zur Verfolgung und Unterdrückung jeder unter kommunistischem Einfluß stehenden demokratischen Betätigung auf dem Land. So hieß es in einem Schreiben des Reichsministeriums des Innern vom 21. Februar 1933 an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, bezugnehmend auf ein vom "kommunistischen 'Reichs-Bauern-Komitee' (RBK)" erlassenes Rundschreiben an die Gemeindebehörden verschiedener Stadt- und Landgemeinden, in dem um die Mitwirkung der Gemeindevorstände bei der Zusammenstellung von Material über die Nöte in den bäuerlichen Gemeinden ersucht wurde: "Auf Antrag des Reichslandbundes, der in der Umfrage des RBK mit Recht eine neue Art der kommunistischen Agitation auf dem Lande sieht und daher die ihm angeschlossenen Landbünde aufgefordert hat, die kommunistischen Bestrebungen nach Möglichkeit zu beobachten und zu unterbinden, hat der Herr Reichsminister des Innern den Landesregierungen mit Schreiben vom 16.2.d.J. nahegelegt, durch entsprechende Anweisung dafür zu sorgen, daß die vom RBK beabsichtigte Ausnutzung amtlicher Stellen für seine parteipolitischen Zwecke verhindert wird." Ebenda, Bl. 68 ff.
- 2) Vgl. A. König, Ernst Putz - Ein kommunistischer Bauernführer, a.a.O., S. 251 ff.

tels der sogenannten wirtschaftsfriedlichen Landarbeiterorganisationen auch praktizierten.¹⁾

Nachdem H.J. v.Rohr Anfang Februar 1933 in das von Hugenberg geleitete Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft als Staatssekretär eingetreten war,²⁾ nahm er die Möglichkeit wahr, diese Erfahrungen der ostelbischen Junker im Interesse der Durchsetzung und Festigung der faschistischen Diktatur durch Verwirklichung der Berufsstands-ideologie in der gesamten Landwirtschaft des Reichsgebietes unverzüglich anzuwenden. In seiner Eigenschaft als langjähriger Vorsitzender der "Berufsständischen Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landwirtschaft" versandte er am 8. April an führende Agrarpolitiker eine Denkschrift, die unter der Überschrift stand: "Der Reichsbauernstand. Vorschlag zur Einordnung des Nährstandes in den berufsständisch gegliederten Staat."³⁾ Von der These ausgehend, daß durch die "nationale Revolution" der Nährstand wieder als Voraussetzung des völkischen und materiellen Bestandes der Nation erkannt sei, wurde in diesem Exposé die Schaffung eines Reichsbauernstandes wie folgt begründet:

"Damit entfällt die Notwendigkeit zur selbständigen Weiterführung und dem weiteren Ausbau all der Organisationen, die der Nährstand während der Dauer der liberalistisch orientierten Staatsführung als Selbsthilfe-, Abwehr- und Kampforganisationen gegen diesen Staat oder gegen andere ihm entgegenarbeitende Berufsgruppen in jahrzehntelanger Arbeit errichtet hat. Es ist vielmehr die Zeit dazu reif geworden, daß nach dem Wegfall aller politischen parteimäßigen Gegensätze und Einschränkungen all' diese mannigfachen Bestrebungen einmünden in e i n e n mächtigen Strom, der aus dem stets lebendigen Quell immer neuer Kräfte aus Blut und Boden gespeist wird und zum Ausdruck werden soll aller echten Kräfte der Selbstverwaltung; das ist der Reichsbauernstand."⁴⁾

Als Spitzenorganisation, die alle Stände auf dem Lande umfassen sollte, wurde eine Reichsständekammer ins Auge gefaßt. Die Bildung des Reichsbauernstandes sollte in enger Anlehnung vor-

1) Vgl. S. 60 ff. der vorliegenden Arbeit.

2) Vgl. DZA I, Büro des Reichspräs., Nr.89/1, Bl.290 f.

3) Vgl. DZA II, Rep.87 B, Nr.20548, Bl.153 ff.

4) Ebenda, Bl.154.

nehmlich an die bisherigen Kammern und Landbundorganisationen vorbereitet und zu einem möglichst kurzfristigen Termin abgeschlossen werden. Unter Hinweis auf "uralte Erfahrungen, die im Blute" lägen, wurde die Verpflichtung des Bauernstandes postuliert, "allen übrigen Berufsgruppen, die vielleicht noch weniger berufsständisches Fühlen in sich haben, als Vorbild voranzugehen, damit ... als festes Bollwerk des 3. Reiches für alle Zukunft der Bauernstand als Kernstück des neuen Staates in unerschütterlicher berufsständischer Gliederung" entstünde.¹⁾

Die historischen Tatsachen widerlegen jene westdeutschen Historiker, die bemüht sind, die aktive Teilnahme deutschnationaler Großgrundbesitzer an der Errichtung und Konsolidierung der faschistischen Diktatur auf dem Lande umzudeuten und abzuwerten oder gar abzuleugnen. H. Haushofer z.B. formuliert nicht ohne Absicht, daß die nationalsozialistische Agrarpolitik (damit ist zweifellos die Agrarpolitik des Faschismus überhaupt gemeint - K.N.) im Spätwinter 1933 begonnen habe.²⁾ An anderer Stelle behauptet er, daß das konservative Programm von Rohrs, das auf den Bausteinen traditioneller Agrarpolitik aufbaute, mit den "revolutionären Ansprüchen des Nationalsozialismus" in der weltanschaulichen Wurzel nicht übereinstimmt und eine irgendwie totalitäre Neu- oder Umgestaltung der ganzen deutschen Agrarverfassung nicht angestrebt habe; die faschistische Agrarpolitik sei vielmehr durch ein "Zwischenspiel konservativer Agrarpolitik abgebremst" worden.³⁾ Indes enthielt das

1) Ebenda, Bl.164.

2) Vgl. Heinz Haushofer, Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter, Stuttgart 1963, S.258.

3) Vgl. derselbe, Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet, Bd.II, a.a.O., S.189 f. u. S.201. Bezeichnend ist, daß in dem in der BRD verbreiteten biographischen Handbuch "Wer ist wer?" der Eindruck erweckt wird, als sei von Rohr nicht nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler Staatssekretär in der faschistischen Regierung geworden, sondern als solcher im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bis 1933 tätig gewesen. Vgl. Wer ist wer? XIV. Ausgabe von Degeners Wer ist's? Bd. I, (West) Berlin 1962, S.1274.

von Rohr verbreitete Exposé nicht nur die Grundgedanken für die Schaffung der künftigen Zwangsorganisation des faschistischen Reichsnährstandes, sondern es orientierte auch darauf, daß "Die Bildung des Reichsbauernstandes ... mit einem möglichst kurzfristigen Termin abgeschlossen sein" sollte.¹⁾

Daß von Rohr mit seinen Plänen nicht so recht zum Zuge kam, lag offenbar vor allem daran, daß er glaubte, ihre Verwirklichung unter maßgeblichem Einfluß der Deutschnationalen Volkspartei betreiben zu können, zumal Hugenberg und er staatliche Spitzenpositionen im Bereich der Landwirtschaft besetzt hielten. Dem stand die Absicht der Nazis entgegen, ihren eigenen Führungsanspruch bei der Errichtung der faschistischen Diktatur - auch auf dem Lande - durchzusetzen und den Einfluß der Deutschnationalen ebenso wie aller anderen altbürgerlichen Parteien auszuschalten.²⁾ Solange dieser Prozeß noch im Fluß war, war die Führung der Naziartei an einer Propagierung der auftauchenden Projekte für eine Einheitsorganisation des Bauernstandes nicht interessiert. In offensichtlicher Übereinstimmung mit dieser Taktik der Naziartei wies die Führungsspitze des RLB nicht nur den von Rohr verbreiteten Entwurf, sondern auch alle anderen Vorschläge zur unverzüglichen Schaffung einer ständischen Organisation der deutschen Landwirtschaft als unzumutbar und verfrüht zurück.³⁾ Insbesondere wandte sie sich gegen die "Versachlichungstendenzen", die sich darin äußerten, eine schematische Vereinigung des landwirtschaftlichen Organisationswesens durch Aufgehen in den Landwirtschaftskammern herbeiführen zu wollen; denn, so schrieb die Landbundzentrale, "eine solche 'Verkammerung' des ländlichen Berufsstandes, die zwangsläufig zur Vormachtstellung einer Bürokratie in

1) Vgl. DZA II, a.a.O., Bl.164.

2) Vgl. S.401 der vorliegenden Arbeit.

3) So in dem Artikel "Die freie Standesorganisation des deutschen Bauerntums", in: Grüne Wochenschau des RLB, Nr.15 v. 22. April 1933 (Vgl. DZA II, Rep.87 B, Nr.20548, Bl.147 ff.); ferner in einem Brief Kalkreuths v.25. April 1933 an R.Graf v.Keyserlingk (vgl. DZA I, RLB, Nr.23, Bl.382 ff.); sowie in der Stellungnahme des Präsidiums des RLB "Zur Neuordnung des Bauernstandes", in: ZdRLB, Nr.19 v.26.April 1933.

der gefährlichsten Form führen müßte, würde zu einer tödlichen Verkümmern der Kräfte des deutschen Bauernstums führen, denen der Staat der nationalen Erhebung nicht zuletzt seinen Sieg verdankt und deren immer stärkere Aktivierung die beste Grundlage für den weiteren Staatsneubau ist."1)

Die Verlautbarungen der Führungsspitze des RLB zu diesem Thema lassen mehr oder weniger deutlich folgende Absichten der Faschisten erkennen:

Erstens sollten die Bauern durch die Eingliederung in die künftige Organisation des Reichsnährstandes der faschistischen Diktatur nicht nur als Produzenten materieller Güter, sondern auch als ihre zuverlässigste Stütze dienstbar gemacht werden.2) Dazu bedurfte es einer massiven geistigen Manipulierung der gesamten Bauernschaft durch jene Kräfte, die die faschistische Ideologie schon vorher auf dem Lande zielbewußt verbreitet hatten. Die Landbundführer leiteten daraus für sich und für den agrarpolitischen Apparat der NSDAP den Anspruch ab, den Charakter der künftigen Organisation des Bauernstandes entscheidend zu bestimmen.3)

Zweitens waren die Faschisten gleichzeitig darauf bedacht, die Eingliederung der gesamten Bauernschaft in die geplante Landesorganisation nach außen hin zu "legalisieren"; d.h., der künftige Reichsnährstand sollte nicht als offensichtlich staatliche Zwangsorganisation deklariert, sondern als "freie Berufsorganisation" getarnt und seine Gründung als Ausdruck

1) DZA II, Rp. 87 B, Nr. 20548, Bl. 149.

2) "Die schöpferische Kraft von Blut und Boden beschränkt sich nicht auf die Produktion von Wirtschaftsgütern, sondern formt Gesinnung und Haltung aller derjenigen, in denen diese Urkräfte völkischen Lebens noch lebendig sind. Blut und Boden sind daher eine staatsbildende und staats-erhaltende Kraft erster Ordnung. Dies stets erkannt zu haben, ist das besondere Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung. Diese Erkenntnis war zugleich das geistige Band, das Reichslandbund und Nationalsozialismus innerlich stets verbunden hat." Ebenda, Bl. 148.

3) "Der klare nationalpolitische Kampfcharakter, der den Reichslandbund und den agrarpolitischen Apparat der NSDAP stets ausgezeichnet hat, muß auch in Zukunft die vornehmste Eigenschaft der den Bauernstand repräsentierenden freien Landesorganisation darstellen." Ebenda, Bl. 149.

"bäuerlicher Selbstverwaltung" hingestellt werden.¹⁾ Das setzte aber die Unterordnung des gesamten landwirtschaftlichen Organisationswesens unter die faschistische Führung voraus und bedurfte deshalb auch einer gewissen Zeit,²⁾ wobei die Landbundführer eine maßgebliche Rolle zu spielen gedachten, während die Führer des agrarpolitischen Apparates der NSDAP, wie die Entwicklung zeigen sollte, das Ziel verfolgten, sich des RLB als des am besten geeigneten Werkzeuges zu bedienen, um mit seiner Hilfe alle landwirtschaftlichen Verbände gleichzuschalten, den noch vorhandenen Einfluß der Deutschnationalen im Bereich der Landwirtschaft zu eliminieren und ihren eigenen Führungsanspruch vollständig durchzusetzen.

Die Unterordnung des gesamten landwirtschaftlichen Organisationswesens unter den Führungsanspruch der Nazi-Partei wurde unter der Parole der "Einigung" des landwirtschaftlichen Berufsstandes betrieben. Der Bundesvorstand des RLB ergriff die Initiative und leitete diesen Prozeß ein, indem er in einer am 22. März einstimmig angenommenen EntschlieÙung verkündete, daß der RLB "im neuen Reich ... das Landvolk sämtlicher Stämme und Gaue in sich sammeln" wolle; denn "durch Zusammenschluß aller die deutsche Scholle bearbeitenden und bewahrenden Volksgenossen soll(e) die deutsche Landwirtschaft zur tragenden berufsständischen Säule im Neubau des deutschen Nationalstaates aufgerichtet werden."³⁾

Der Vorstand der Vereinigung der christlichen Bauernvereine beeilte sich, der Sammelparole des RLB Folge zu leisten. Am 27. März beschloß er einstimmig, "sofort mit dem Reichslandbund Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziele, die Verschmel-

- 1) Kalckreuth deutete das in dem erwähnten Brief an R. Graf v. Keyserlingk wie folgt an: "Ich glaube, berechtigt zu sein zu der Annahme, daß man - wie wir ja auch in unserem Rundschreiben zum Ausdruck gebracht haben - an maßgebender Regierungsstelle durchaus nicht an eine staatliche Organisation der Landwirtschaft denkt, sondern eine freie Berufsorganisation bevorzugt." DZA I, RLB, Nr. 23, Bl. 382.
- 2) Kalckreuth im gleichen Brief an Keyserlingk: "Jedenfalls besteht heute keinerlei Veranlassung, die Frage der landwirtschaftlichen Organisation zu überstürzen und Hals über Kopf jetzt Organisationsformen vom grünen Tisch zu konstruieren." Ebenda, Bl. 384.
- 3) DZA I, RLB, Nr. 146, Bl. 283. Vgl. H. Denecke, a.a.O., S. 269 ff.

zung dieser beiden Spitzenverbände der deutschen Landwirtschaft baldmöglichst zu erreichen." 1) Frhr.v.Lüninck, der als neuer geschäftsführender Präsident der Vereinigung die Nachfolge des verhafteten A.Hermes angetreten hatte, wurde mit der Führung der Fusionsverhandlungen beauftragt. 2) Im Ergebnis der Verhandlungen, die am 31. März im Landbundhause geführt wurden, kam ein Beschluß über die unmittelbare Herbeiführung einer Verschmelzung der Vereinigung der Bauernvereine mit dem RLB zwar nicht zustande, aber Lüninck und die Landbundführer einigten sich darüber, "daß eine einheitliche Spitze geschaffen werden solle, in der sich alle Organisationen zusammenfinden." 3)

Schon am 4. April fanden sich auf Einladung des Präsidiums des

1) DZA II, Rep.87 B, Nr.20548, Bl.144.

2) Die Verhaftung A.Hermes' am 21. März möchte eine solche einstimmige Beschlußfassung begünstigt haben, zumal Hermes als Präsident der Vereinigung gegen eine organisatorische Verschmelzung des Verbandes mit dem RLB, die schon seit 1927/28 vor allem von den rheinischen und westfälischen christlichen Bauernvereinen angestrebt wurde, aufgetreten war. Die Bauernvereinsführer um Lüninck sahen nun ihre Zeit gekommen und nahmen den Aufruf des RLB zum Anlaß, um die langersehnte Verschmelzung unverzüglich zu realisieren, womit sie nicht nur ihre Gesinnungsgemeinschaft mit den Landbundführern und damit ihr Bekenntnis zum faschistischen Staat bekunden, sondern offenbar durch rechtzeitige Anlehnung an den einflußreichen RLB sich auch im Dritten Reich einen guten Platz sichern wollten. H.Gies verweist darauf, daß Lüninck seit längerer Zeit ein "für den Nationalsozialismus offenes Ohr" hatte (a.a.O., S.133). Andererseits ist Gies' Bemerkung, daß Hermes Verhaftung eine "entscheidende Rolle ... für die Gleichschaltung der Landwirtschaft gespielt" habe (ebenda, S.144), eine historisch unhaltbare Hypothese, die weniger einer unbeabsichtigten Überschätzung als vielmehr dem Bemühen entsprungen sein dürfte, Hermes' reaktionäre Politik aufzuwerten und die Version von Hermes als einen antifaschistisch-demokratischen Widerstandskämpfer zu stützen. Hermes hatte als einer der führenden Repräsentanten der "Grünen Front" nicht unwesentlich dazu beigetragen, die Interessenpolitik des RLB zugunsten der Großgrundbesitzer, nicht selten sogar gegen den Widerstand in den eigenen Reihen, durchzusetzen, die Weimarer Republik auch in den Augen der christlichen Bauern zu diskreditieren und letztere dadurch für die Aufnahme der faschistischen Ideologie empfänglich zu machen.

3) F.Jacobs, Von Schorlemer zur Grünen Front, Düsseldorf (1957), S.79. Hier deutete sich schon an, daß es der nazihörigen Führungsspitze des RLB um mehr ging als nur um die Einverleibung der christlichen Bauernvereine.

RLB die Spitzenvertretungen des agrarpolitischen Apparates und der NS-Bauernschaften, des RLB sowie der Vereinigung der christlichen Bauernvereine im Landbundhause zusammen. Sie stimmten einmütig dem Vorschlag des Grafen Kalckreuth zu, sofort ein Führungsgremium zu schaffen, das die Frage der einheitlichen Standesvertretung des gesamten deutschen Bauerntums bis spätestens zum Jahresende organisatorisch endgültig regeln sollte. Jeweils vier prominente Vertreter der erwähnten Organisationen bildeten sodann die "Reichsführergemeinschaft des deutschen Bauernstandes", an ihrer Spitze Kalckreuth für den RLB, Darré für den agrarpolitischen Apparat der NSDAP und Erhr. von Lüninck für die christlichen Bauernvereine. Während Darré der Vorsitz angetragen wurde, erhielt Kalckreuth das Amt der Federführung, auf dessen Vorschlag wiederum Hitler gebeten werden sollte, die Schirmherrschaft für die Reichsführergemeinschaft zu übernehmen.¹⁾ Am Nachmittag des gleichen Tages empfing Hitler in Gegenwart Darrés die Präsidenten und Direktoren des RLB, um die Entschließung des Bundesvorstandes des RLB vom 22. März, durch die der Anstoß zur Bildung der Reichsführergemeinschaft gegeben und damit der Prozeß der Unterordnung des gesamten landwirtschaftlichen Organisationswesens unter die faschistische Führung eingeleitet worden war, persönlich entgegenzunehmen und seine Bereitschaft zu bekräftigen, die ihm angetragene Schirmherrschaft "freudig" zu übernehmen.²⁾

Die Landbundführung ließ keinen Zweifel daran, daß mit diesem Ereignis im landwirtschaftlichen Organisationsbereich die faschistische Gleichschaltung und die Einführung des Führungsprinzips begonnen habe. G.Pacyna wertete im Zeitungsdienst des RLB die freiwillige Unterstellung der Reichsführergemeinschaft unter die Schirmherrschaft Hitlers als "Treuebekennnis des deutschen Bauerntums s o h l e c h t h i n zum neuen Staat und seiner Führung" und postulierte unmißverständlich: "Das Verhältnis des deutschen Bauern zum neuen Staat kann n u r e i n G e f o l g s c h a f t s v e r h ä l t -

1) Vgl. ZdRLB, Nr.16, v. 7.April 1933; NS-Landpost, Folge 15 v. 9.April 1933.

2) ZdRLB, Nr.15 v. 5.April 1933.

n. i s sein, das in rückhaltloser Treue zu dem Führer des neuen Staates seinen sichtbarsten Ausdruck findet."1)

Von grundlegender Bedeutung für die Unterordnung aller landwirtschaftlichen Organisationen unter die faschistische Führung war die Gleichschaltung des RLB und seiner angegliederten Verbände mit dem agrarpolitischen Apparat der NSDAP, die von den junkerlichen Landbundführern nicht etwa nur passiv geduldet, sondern aktiv gefördert wurde. In der Präsidialsitzung am 7. April, die sich mit der Bildung einer Einheitsorganisation der deutschen Bauernschaft beschäftigte und der unmittelbaren Vorbereitung der Sitzung des Bundesvorstandes diente, erklärte Kalckreuth, daß zunächst wesentlich "die schleunige Verschmelzung zwischen dem agrarpolitischen Apparat und den Bauernschaften der NSDAP und den Landbünden (sei). Die übrige Regelung (würde) sich dann anschließen."2)

Vor dem Bundesvorstand, der anschließend tagte, wiederholte Kalckreuth die Forderung nach unverzüglicher Gleichschaltung beider Organisationen, um sie zur "tragenden Säule" für die im Reichskanzler Hitler verkörperten Ideen der neuen Staatsführung zu machen, um das neue Deutschland auf einem einigen deutschen Bauernstande aufzubauen.3) Der Bundesvorstand begrüßte in einer Entschließung die auf Vorschlag Kalckreuths gebildete Reichsführergemeinschaft als die "gegebene Vorstufe zur Weiterführung des Einigungswerkes" und ermächtigte das Präsidium, das begonnene "Sammelwerk" mit allen Mitteln durchzuführen. Dabei durfte, so wurde ausdrücklich betont, das "Einigungswerk nicht auf Kosten des bisherigen klaren nationalpolitischen Kampfcharakters des Reichslandbundes erkauft" werden, sondern es sollte die "im Kampfe um das neue Deutschland zwischen den aktivistischen Kämpfergruppen in Führung und Gefolgschaft entstandene und bewährte Sinnesgemeinschaft" aufrechterhalten werden.4)

1) Ebenda. (Hervorhebung von mir - K.N.).

2) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.292.

3) Hannoverscher Landbund, Nr.17 v. 29.4.1933.

4) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.289 f.; ZdRLB, Nr.16 v. 7.April 1933. H.Gies versucht den Eindruck zu erwecken, als sei der RLB von Kalckreuth allein, dessen Handlungsweise "kaum anders als mit nationalsozialistischen Einflüsterungen erklärt werden" könne, unter die Ägide der Nazipartei geführt worden

Auf der Grundlage einer solchen "bewährten Sinnesgemeinschaft" konnte sich die Verschmelzung der Organisationen des RLB mit denen der Nazi-Partei verhältnismäßig rasch und ohne nennenswerten Widerstand vollziehen. Das Wesen dieses Prozesses bestand darin, daß die Landbundführer weitgehend freiwillig ihre Organisationen vollständig an die Nazis auslieferten, wobei sie auch in Kauf nahmen, von ihren bisherigen einflußreichen Posten durch "jüngere" Vertreter des agrarpolitischen Apparates der Nazi-Partei verdrängt zu werden. Präsident Albert Bethge war allen anderen mit "gutem Beispiel" vorangegangen, als er schon in der Sitzung des Bundesvorstandes am 22. März 1933 seinen Posten für "eine jüngere Kraft" zur Verfügung stellte, nachdem er die auch von ihm selbst erstrebten Kampfziele des RLB im "nationalen Durchbruch" und in der "jetzigen glücklichen politischen Entwicklung" verwirklicht sah.¹⁾

Anderen Landbundführern, die noch an einer konservativen Einstellung festhalten mochten und an den Zusammenschluß ihrer Organisationen mit denen der Nazi-Partei nur zögernd herangingen, gab Kalckreuth in der Sitzung des Bundesvorstandes am 7. April den Rat, solche falschen Hemmungen zu überwinden und die Verschmelzung "mit der ganzen Freudigkeit eines Mannes" zu fördern, "der etwas Neues, was für Jahrzehnte halten soll, schaffen will."²⁾

(a.a.O., S.135). Dem steht die aktenkundig belegte Tatsache gegenüber, daß das Bekenntnis des RLB zum faschistischen Staat und seiner Führung nach dem 30. Januar 1933, das sich folgerichtig aus seiner vorherigen profaschistischen Ideologie und Politik ergab, vom gesamten Bundesvorstand in bereits erwähnten Kundgebungen zum Ausdruck gebracht wurde.

1) DZA I, RLB, Nr.146, Bl.271 ff. Kalckreuth hatte namens des Präsidiums vorgeschlagen, Wilhelm Meinberg zum Nachfolger Bethges zu wählen, weil er in der nationalsozialistischen Bewegung stünde und das Vertrauen Hitlers besäße, und weil durch seine Wahl "die Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Bewegung auch äußerlich" sichtbar würde (ebenda, Bl.278 f.). Bezeichnend war, daß Meinberg schon nicht mehr durch Abstammung, sondern lediglich durch Zuruf zum neuen Landbundpräsidenten gewählt wurde. Mit W. Willikens und W. Meinberg stellten die Nazis bereits zwei der vier Präsidenten, die den RLB allesamt in der Reichsführungsgemeinschaft vertraten, so daß sie in diesem Gremium schon von der Zusammensetzung her ein zahlenmäßiges Übergewicht besaßen.

2) Hannoverscher Landbund, Nr.17 v. 29. April 1933.

Indem Kalckreuth forderte, der "Jugend, die sich einschalten will", das Zugeständnis zu machen, "daß sie zunächst einmal auf einen erheblichen Teil der Erfahrungen des Alters verzichten", appellierte er zugleich an die Bereitschaft der Landbundführer deutschnationaler Provenienz, den Führungsanspruch der Nazi-Partei zu respektieren und den Repräsentanten ihres agrarpolitischen Apparates den bestimmenden Einfluß auf die künftige Agrarpolitik freiwillig zu überlassen.

Kalckreuth sollte sehr bald in eigener Person erfahren, daß die Nazis keine Mittel scheuten, wenn es darum ging, die Ablösung konservativer bzw. deutschnationaler Landbundführer durch Funktionäre ihres agrarpolitischen Apparates zu beschleunigen, und daß sie skrupellos genug waren, auch solche Landbundführer auszuschalten, die sie zuvor noch wegen ihrer profaschistischen Haltung und ihrer "Verdienste" im Kampf gegen das Weimarer "System" und für die faschistische Diktatur gelobt hatten. Anfang Mai wurde Kalckreuth in gezielter Absicht beschuldigt, im Jahre 1930 während der vom Minister Schiele betriebenen Roggenstützungsaktion an der Berliner Produktenbörse Weizen- und Roggengeschäfte getätigt und sie "zum Gegenstand persönlicher Spekulationen und für persönliche Bereicherungszwecke" benutzt zu haben.¹⁾ Es war kein Zufall, daß die Nazis sich derartige Beschuldigungen, durch die Kalckreuth kompromittiert werden sollte, für diesen Zeitpunkt aufgehoben hatten. Goebbels' "Angriff" verkündete nicht von ungefähr: "Es ist selbstverständlich, daß die politische Rolle des bisherigen Landbund-Präsidenten Graf Kalckreuth für immer ausgespielt sein wird, wenn sich herausstellen sollte, daß die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben werden, richtig sind."²⁾ Am 5. Mai trat Kalckreuth vom Posten des geschäftsführenden Präsidenten des RLB zurück, um "zur Wahrung seines Rechts vollste Handlungsfreiheit nach allen Seiten zu haben."³⁾ Zum neuen geschäftsführenden Präsidenten wurde Wilhelm Meinberg bestimmt. Nunmehr war die Führungsspitze des RLB vollends ein Instrument

1) Vgl. Der Angriff, Nr. 105 v. 5. Mai 1933 (Abschrift des Artikels "Die Gründe für Kalckreuths Rücktritt" in DZA I, RLB, Nr. 10, Bl. 1 ff.)

2) Ebenda, Bl. 3.

3) Deutsche Tageszeitung, Nr. 123 vom 5. Mai 1933.

der Nazi-„Landpost“ bemerkte, daß die Einsetzung Meinbergs dadurch besondere Bedeutung gewinne, daß er „engster Mitarbeiter des Reichsbauernführers Darré“ sei.¹⁾

Den Appellen und dem Beispiel der Führungsspitze des RLB folgend, ordneten sich die Vorstände der Provinziallandbünde bereitwillig, zumindest ohne Widerstand zu leisten, dem Führungsanspruch der Nazi-Partei unter. Das kam zunächst darin zum Ausdruck, daß in der Regel die landwirtschaftlichen Gaufachberater der NSDAP an Stelle deutschnational orientierter Landbündelführer an die Spitze der Landbünde traten,²⁾ z.B. Willi Bloedorn in Pommern³⁾ oder der Rittergutsbesitzer Johannes Frhr. von Reibnitz auf Maltshawe (211 ha) in Schlesien.⁴⁾

Auch jene Landbündelführer, die bislang ihre Positionen unter der Flagge der Landvolkpartei zu behaupten versucht hatten, gaben - wie das Beispiel des Thüringer Landbundes zeigt - ohne zu zögern den Nazis den Weg frei, so daß dieselben nunmehr auch in der früheren Domäne der Landvolkpartei die gesam-

1) NS-Landpost, Folge 20 v. 14. Mai 1933.

2) Eine Ausnahme hiervon bildete der Schleswig-Holsteinische Land- und Bauernbund, dessen Führer sich schon 1931 mit der Gauleitung der NSDAP über eine enge Zusammenarbeit verständigt hatten. Bei der Neuwahl des Gesamtvorstandes des Land- und Bauernbundes durch die Vertreterversammlung am 5. Mai 1933 begnügte sich der landwirtschaftliche Gaufachberater für Schleswig-Holstein, W. Struve aus Oelixdorf, mit dem Posten eines 1. stellvertretenden Vorsitzenden; M. Tönnsen aus Schalby blieb geschäftsführender Vorsitzender, Graf von Kielmansegg auf Seestermühle (2.) stellvertretender Vorsitzender; auch der langjährige Hauptgeschäftsführer Scheel behielt seinen Posten. (Vgl. NS-Landpost, Folge 23 v. 4. Juni 1933.)

3) Die Vertreterversammlung des Pommerschen Landbundes, der bis dahin die faschistische Diktatur unter deutschnationaler Führung erstrebt hatte, wählte im April neben dem bisherigen Vorsitzenden H. J. v. Rohr W. Bloedorn zum Vorsitzenden des Landbundes (Vgl. NS-Landpost, Folge 17 v. 23. April 1933.) Da v. Rohr als Staatssekretär im Ministerium Hugenbergs in Berlin gebunden war, übernahmen in Pommern faktisch Repräsentanten der Nazi-Partei die Führung des Landbundes.

4) Am 9. Mai war der engere Vorstand des Schlesischen Landbundes zurückgetreten. Im Ergebnis der Neuwahl durch die Vertreterversammlung stellten die Nazis den Vorsitzenden und die ersten zwei Stellvertreter; der bisherige Vorsitzende Kurt v. Rohr auf Manze mußte sich mit dem Posten eines 3. stellvertretenden Vorsitzenden begnügen. (Vgl.: DZA I, RLB, Nr. 23, Bl. 400; NS-Landpost, Folge 21 v. 21. Mai 1933.)

te Bauernschaft in kürzester Frist unter ihren unmittelbaren Einfluß bringen konnten. Als der Nazigauleiter Sauckel Ende März vom Thüringer Landbund forderte, daß er auf eine eigene politische Organisation und eigene politische Vertretung in den Parlamenten verzichten und Nazilandwirte zu ersten und zweiten Vorsitzenden des Landbundes sowie in mindestens der Hälfte aller Kreislandbünde zu ersten Vorsitzenden wählen sollte,¹⁾ erklärte sich der engere Vorstand des Landbundes sofort zu Verhandlungen und "zur Einigung bereit".²⁾ Ihre Bereitschaft, sich vorbehaltlos hinter die faschistische Regierung zu stellen und frühere Differenzen, die sie an einem Zusammengehen mit den Nazis behindert hatten, völlig zu begraben, unterstrichen die Führer des Thüringer Landbundes und der Landvolkpartei, indem sie erklärten:

"Wir haben uns restlos hinter das Programm der neuen Reichsregierung Adolf Hitler, von der Rettung des Lauern um Deutschlands willen, gestellt. Es ist das, wofür wir immer eingetreten sind ... Wir stellen uns also auch jetzt, ohne unserer Würde etwas zu vergeben, hinter die führenden Persönlichkeiten der nationalen Reichsregierung. Wir erkennen an, daß eine Gleichschaltung mit den Kräften, die die Reichsregierung tragen, auch in den Landbünden notwendig ist ... Bisher haben wir mit der NSDAP auf zwei verschiedenen Wegen letzten Endes, wie das jetzt herausgestellte Programm der Reichsregierung erweist, für dasselbe Ziel gefochten. W i r b e g r ü ß e n e s d a h e r, daß auch von der NSDAP die Hand zu Versöhnung gereicht wird."³⁾

Die Nazis hielten es jedoch angesichts der realen Machtverhältnisse nicht mehr für notwendig, mit den zur Unterwerfung bereiten Landbundführern zu verhandeln. Statt dessen erhielt der Vorstand des Landbundes am 5. April eine Verfügung des Thüringer Innenministeriums,⁴⁾ das - unter Berufung auf die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933" - kurzerhand eine vorläufige Neu- besetzung der Organe des Thüringer Landbundes verordnete und auf diesem Wege der NSDAP in den Führungsgremien des Landbundes auf allen Ebenen sowie des Junglandbundes den bestimmenden Einfluß sicherte. Die bisherigen Vorsitzenden Abicht und Eckstein, die in Personalunion die jahrelang praktizierte Ein-

1) Vgl. Der Thüringer Landbund, Nr.26 v. 1.April 1933.

2) Ebenda, Nr.27 v. 5.April 1933.

3) Ebenda, Nr.26 v. 1.April 1933.

4) Ebenda, Nr.28 v. 8.April 1933.

heit von Landvolkpartei und Landbund in Thüringen verkörpert hatten, sahen sich im engeren Vorstand plötzlich von Repräsentanten der Nazipartei in die Linderheit und in den Hintergrund gedrängt.¹⁾ Dennoch nahmen sie, wie auch alle anderen Mitglieder des Gesamtvorstandes, die ihnen zugewiesene zweitrangige Stellung an, akzeptierten sie die verordnete Gleichschaltung, "um die Einheit im Berufsstande zu erkämpfen."²⁾ Schließlich teilte Eckstein am 1. Mai vor dem Thüringer Landtag mit, daß nach dieser "inneren Aussöhnung" die fünfköpfige Fraktion des Thüringer Landbundes bzw. der Landvolkpartei geschlossen ihren Anschluß an die Fraktion der NSDAP vollzogen habe.³⁾

Nachdem die Führer des Thüringer Landbundes und der Landvolkpartei in den letzten Jahren der Weimarer Republik sich mit den Nazis lediglich aus Konkurrenzgründen taktische Gefechte geliefert, im Übrigen aber ihre geistige Übereinstimmung in grundsätzlichen Fragen betont hatten, bewiesen sie letztlich durch ihr geschlossenes Überlaufen zu den Nazis, daß sie den Bauern keine Alternative zum Faschismus bieten wollten und das auch nicht konnten, sondern daß auch sie dem Faschismus auf dem Lande den Weg ebnen halfen, wenn auch auf dem gemäßig-

-
- 1) Dem neuen engeren Vorstand des Thüringer Landbundes gehörten an:
- a) von der Nazipartei
 - als 1. Vorsitzender: Rudi Peukert aus Wiebelsdorf, Gutsbesitzer (40 ha), MdL, Landwirtschaftlicher Gaufachberater der NSDAP;
 - als 3. Vorsitzender: Paul Junghanns aus Hördenitzsch, Gutsbesitzer, MdL, Staatsrat;
 - als Beisitzer: Karl Einhardt aus Kittelsthal, Landwirt MdL (zugleich als neuer Vorsitzender des Thüringer Junglandbundes);
 - als Hauptgeschäftsführer: E. Mackeldey aus Weimar, Staatsrat (Er konnte seinen Posten als langjähriger Hauptgeschäftsführer behaupten, zumal er schon 1932 zur Nazipartei übergetreten war.);
 - b) von der Landvolkpartei
 - als 2. Vorsitzender: Abicht aus Oberpöllnitz, Rittergutspächter, MdR (bisher 1. Vorsitzender);
 - als Beisitzer: Herbert Eckstein aus Theuern, Landwirt, MdL (bisher 2. Vorsitzender)

Vgl. ebenda.

2) Ebenda.

3) Vgl. STA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr. 464, VI. und VII. Landtag von Thüringen, I. - IV. Abteilung, S. 1 f.

ten Flügel des RLB und nicht so offensichtlich wie die von den extrem reaktionären Junkern geführten ostelbischen Landbünde. Einen ähnlichen, von der Regel aber auch abweichenden Verlauf nahm die Gleichschaltung des Landbundes Mecklenburg-Schwerin. Der Landbundvorsitzende Albrecht Wendhausen, der schon 1931 seinen Übertritt von der Landvolkpartei zur NSDAP vollzogen hatte, war mit dem faschistischen Ministerpräsidenten Walter Granzow wegen dessen Siedlungspropaganda in Konflikt geraten. Gerade in Mecklenburg, das auch nach 1918 eine ausgesprochene Domäne der ostelbischen Junker geblieben war,¹⁾ demonstrierte die seit 1932 amtierende Naziregierung die faschistische Agrar- demagogie in besonders auffälliger Weise. Während sie einerseits den Großgrundbesitzern als aktiven Förderern und Wegbereitern des Faschismus die Unantastbarkeit ihrer Güter zusicherte,²⁾ propagierte sie andererseits, um die Bauern hinzuhalten bzw. zu gewinnen und ihre Massenbasis auszubauen, besonders eifrig eine "sinngemäße Bauernsiedlung".³⁾ A. Wendhausen, der die Siedlungspropaganda Granzows wörtlich genommen und sich gegen dessen Pläne ausgesprochen hatte, sah sich seit Januar 1933 unter solchen Schlagzeilen wie "Ein siedlungsfeindlicher Landbundvorsitzender", "Ein 'Landbundführer' gegen die Bauernschaft", "Das Chamäleon Dr. Wendhausen" scharfen Angriffen durch die Nazipresse ausgesetzt.⁴⁾ Obwohl sich

- 1) Vgl. Martin Polzin, Kapp-Putsch in Mecklenburg, a.a.O. S.18, S.23 ff., S.255 ff.
- 2) So schrieb die Nazi-Landpost, an die Adresse der mecklenburgischen Großgrundbesitzer gewandt: "Wir Nationalsozialisten haben stets betont, daß wir, zur Macht gekommen, nicht daran denken, den Großgrundbesitz zu zerschlagen, denn dieser hat innerhalb der Nationalwirtschaft große volkswirtschaftliche sowie wehrpolitische Aufgaben zu erfüllen." NS-Landpost, Folge 5 v. 29.Januar 1933.
- 3) Horst Witt wies in einer Untersuchung zur faschistischen Bodenpolitik nach, "daß der Großgrundbesitz in den Jahren der faschistischen Herrschaft in Mecklenburg nicht antastet wurde. Die Aufteilung einzelner Güter für Siedlungszwecke war so gering, daß sich die Flächenverminderung des Großgrundbesitzes kaum bemerkbar machte." H.Witt, Die faschistische Bodenpolitik als Mittel zur Sicherung der ökonomischen Basis des Faschismus auf dem Lande und der Kriegsvorbereitung, erläutert an Beispielen aus Mecklenburg (1933 bis 1939), in: WZ der Universität Rostock. G-Reihe, 10.Jg. (1961), H.2, S.243.
- 4) Vgl. NS-Landpost, Folgen 5 bis 7 v. 29.Jan. bis 12.Febr. 1933.

die ordentliche Vertreterversammlung des Landbundes am 14. Juni 1933 in einer EntschlieÙung "freudig" und "voll tiefster Dankbarkeit" der Schirmherrschaft Hitlers unterstellte und die Einfügung der bestehenden landwirtschaftlichen Berufsorganisationen einschließlich des Landbundes in einen "neuen Organisationsrahmen" befürwortete,¹⁾ zwang die mecklenburgische Regierung wenig später den Gesamtvorstand des Landbundes zum bedingungslosen Rücktritt. Dieses Vorgehen wurde damit begründet, daß der Landbund der Forderung, eine "Umbildung des Vorstandes im Sinne der überall in Deutschland durchgeführten Gleichschaltung" vorzunehmen, nicht "in der von der Regierung gewünschten Form" nachgekommen sei.²⁾ Granzow ordnete daraufhin eine Prüfung der Vermögenslage des Landbundes und schließlich, unter Berufung auf diese Überprüfung, die Einleitung des Konkursverfahrens für den Landbund Mecklenburg-Schwerin an.³⁾

Im Ergebnis der Gleichschaltung aller Landbünde, d.h. ihrer weitgehend freiwilligen Unterordnung unter die Führung des agrarpolitischen Apparates der NSDAP, stand der Nazi-partei der gesamte Organisationsapparat des einflußreichen RLB und seiner angegliederten Körperschaften zur Verfügung: die Landbündenzentrale, die Haupt- und Kreisgeschäftsstellen, entsprechende Gebäude und Einrichtungen, ein eingespielter Beamtenapparat und eine Vielzahl landbundeigener Presseorgane. Dort, wo neben den Landbünden auch NS-Bauernschaften existierten, wurde die Zusammenlegung der Geschäftsstellen und der Presseorgane und das Aufgehen beider Organisationen in einer faschistischen Einheitsorganisation, die gewöhnlich "Bauernschaft" oder "Bauernstand" genannt wurde, beschlossen.⁴⁾ Da es nicht in jeder Provinz eine NS-Bauernschaft, überall aber einen Land-

1) DZA I, Nr.212, Bl.272.

2) NS-Landpost, Folge 29 v. 16.Juli 1933.

3) Vgl. ebenda, Folge 31 v. 30.Juli 1933.

4) So z.B. in Bayern, wo auf Grund einer Vereinbarung vom 14.Juni 1933 der Landbund, der vorher der Deutschnationalen Volkspartei gefolgt war, und die NS-Bauernschaften unter Führung des landwirtschaftlichen Gaufachberaters Fritz Schubert zur Bayerischen Bauernschaft, Gau Franken, vereinigt wurden. Die Zusammenlegung der Geschäftsstelle und der Presseorgane wurde ab 1. Juli wirksam. Vgl. "Einigung zwischen der NS-Bauernschaft und dem Bayerischen Landbund, in: NS-Landpost, Folge 27 v. 2.Juli 1933.

bund gab, der fast immer den beherrschenden Einfluß auf die Bauern ausübte, wurden die Provinziallandbünde in der Regel die organisatorischen Träger dieser Einheitsorganisationen.¹⁾

Die rasche Unterordnung der gesamten Bauernschaft unter den Führungsanspruch der Nazi-Partei wurde auch durch die Haltung der anderen politischen Bauernverbände begünstigt. Nach dem Beispiel der Reichsführergemeinschaft wurden Führergemeinschaften in den Ländern und Provinzen gebildet, an deren Spitze die Landwirtschaftlichen Gaufachberater oder andere Vertreter des agrarpolitischen Apparates der NSDAP traten. Wo Landbünde und NS-Bauernschaften bzw. agrarpolitischer Apparat das Terrain beherrschten, bildeten sie allein eine solche Führergemeinschaft (z.B. in der Provinz Hannover oder in Braunschweig),²⁾ in anderen Provinzen (z.B. im Rheinland) im Verein mit den christlichen Bauernvereinen. Alle der Führergemeinschaft angeschlossenen Organisationen erklärten die Aufgabe ihrer selbständigen Existenz und ihr Aufgehen in der faschistischen "Bauernschaft" oder dem "Bauernstand". Zuerst hatten sich die christlichen Bauernvereine im Rheinland mit den Landbünden verständigt und "ihr grundsätzliches Aufgehen im 'Rheinischen Bauernbund'" verkündet. Die Nazi-Pressen wertete diesen Schritt, durch den die "Vereinigung des rheinischen Bauernstandes im großen und ganzen als vollendet zu betrachten" wäre, als eine "Tatsache ..., die auch für die übrigen deutschen Länder beispielgebend sein sollte."³⁾

1) In Schlesien z.B. kam das darin zum Ausdruck, daß die im Ergebnis der erwähnten Neuwahl des Schlesienschen Landbundes entstehende faschistische Einheitsorganisation auf dem Lande zunächst "Schlesischer Bauernstand-Landbund" genannt wurde (Vgl. "Die Gleichschaltung des Schlesienschen Landbundes", in: NS-Landpost, Folge 21 v. 21. Mai 1933). Über die Gleichschaltung des Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbundes schrieb die Nazi-Landpost: "In der Nordmark gibt es seit dem 5. Mai 1933 nur eine freiberufliche Bauernorganisation mit eigenen Fachabteilungen, das ist der Schleswig-Holsteinische Land- und Bauernbund." ("Einheitsfront in der Nordmark", ebenda, Folge 23 v. 4. Juni 1933).

2) Vgl. ebenda, Folge 20 v. 14. Mai 1933.

3) Vgl. "Bauerneinigung im Rheinland und Bayern?", ebenda, Folge 25 v. 18. Juni 1933. Dieser recht deutliche Hinweis bezog sich offensichtlich vor allem auf Bayern, wo die Umorientierung des Landbundes von der DNVP auf die NSDAP noch nicht vollzogen war und auch der christliche Bauernverein seine eigene Existenz noch nicht aufgegeben hatte.

Nachdem schließlich im Juli auch in Bayern der christliche Bauernverein sich der vom Landbund und der NS-Bauernschaft gebildeten "Bayerischen Bauernschaft" angeschlossen und damit auf seine weitere selbständige Existenz verzichtet hatte,¹⁾ beherrschte die NSDAP die wichtigste Säule des landwirtschaftlichen Organisationswesens, die politischen Bauernvereine, vollends. Das um so mehr, als auch der Bayerische Bauernbund und die Deutsche Bauernschaft sich zu dieser Entwicklung zunächst völlig passiv verhielten und schließlich durch ihre Selbstauflösung die bisher unter ihrem Einfluß stehenden Bauern bereitwillig dem Faschismus auslieferten.²⁾

Bei der faschistischen Gleichschaltung des gesamten landwirtschaftlichen Organisationswesens standen die Führer der anderen bedeutenden Organisationen den politischen Bauernverbänden nicht nach. Am 19. April unterstellte sich der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften - Raiffeisen der Führung Darrés, wodurch die Nazis 40 000 bäuerliche Genossenschaften mitsamt ihrem Vermögen in die Hand bekamen.³⁾ Der Deutsche Landwirtschaftsrat, der sich als Spitzenorganisation der Landwirtschaftskammern schon am 5. April in einer EntschlieÙung "als die berufene Vertretung des gesamten deutschen Bauerntums" der faschistischen Regierung "rückhaltlose und geschlossene Gefolgschaft und Unterstützung" gelobte,⁴⁾ wählte am 13. Mai Darré zu seinem neuen Präsidenten, so daß nunmehr, wie die Nazi-Landpost feststellte, "auch die

1) Vgl. ebenda, Folge 30 v. 23. Juli 1933.

2) Die Nazis registrierten befriedigt, daß die Vertreterversammlung der Deutschen Bauernschaft am 11. Juli die Selbstauflösung der Organisation beschloß und ihre Mitglieder und Freunde aufforderte, "im Reichsbauernstand loyal und positiv mitzuarbeiten und an jedem Platz die Förderung des deutschen Bauerntums als ihre oberste Aufgabe zu betrachten." Ebenda, Folge 29 v. 16. Juli 1933.

Aus der heutigen Sicht ist es bezeichnend, daß die Aufforderung der Vertreterversammlung zu einer solchen "loyalen und positiven" Mitarbeit vom damaligen Geschäftsführer der Deutschen Bauernschaft und späteren KZ-Baumeister Heinrich Lübke ausging. Vgl. Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Band I, a.a.O., S. 300.

3) Vgl. "Darré führt das ländliche Genossenschaftswesen", in: NS-Landpost, Folge 18 v. 30. April 1933.

4) Vgl. "Der Kanzler vor dem Landwirtschaftsrat", ebenda, Folge 16 v. 16. April 1933.

dritte der landwirtschaftlichen und bäuerlichen Großorganisationen, die des öffentlich-rechtlichen Bereiches, in die Hände des nationalsozialistischen Bauernführers gelegt" war.¹⁾ Als eine Woche später auch das Präsidium des Deutschen Landhandelsbundes die Führung seiner Organisation von 16 000 Mitgliedern an Darré übergab,²⁾ beherrschte die Nazipartei das gesamte agrarpolitische Organisationswesen im Reich. Nunmehr konnte die von ihr angestrebte Gleichschaltung aller landwirtschaftlichen Organisationen bis in die untersten Gliederungen hinein fortgesetzt und vollendet werden.³⁾

Daß sich die von bürgerlichen Historikern zuweilen bestaunte legale "Machtergreifung R. Walther Darrés" im Bereich der Landwirtschaft⁴⁾ so schnell und reibungslos vollziehen konnte, lag vor allem daran, daß die überwiegend von Großagrariern geführten Organisationen sich entweder bereitwillig und aktiv (RLB, christliche Bauernvereine, Landwirtschaftsrat) oder widerstandslos dem Führungsanspruch der Nazipartei unterordneten, oder daß sie durch Selbstauflösung (Bayerischer Bauernbund, Deutsche Bauernschaft) kampflos das Feld räumten und darüber hinaus - wie z.B. Heinrich Lübke - ihre ehemaligen Mitglieder zur loyalen und positiven Mitarbeit im faschistischen Staat aufforderten.

Hermann Reischle bestätigte als einer der prominentesten Vertreter des agrarpolitischen Apparates der NSDAP schon im Mai 1933, daß das Ziel, der "politischen Revolution" auch in der Wirtschaftsgliederung Rechnung zu tragen, in der großen Linie erreicht sei, wobei er ausdrücklich auf die besondere Bedeutung des RLB für die außerordentliche rasche Gleichschaltung der landwirtschaftlichen Verbände verwies. Er schrieb:

"Am organischsten lief dieser Prozeß wiederum in dem Bereich der Landwirtschaft ab, weil hier die revolutionäre Umgestaltung auch in den Spitzen bereits am frühesten

- 1) "R. Walther Darré Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates", ebenda, Folge 21 v. 21. Mai 1933.
- 2) Vgl. Wilhelm Herferth, a.a.O., S.82.
- 3) Thyge Thyssen bestätigt das z.B. für Schleswig-Holstein: "Die Gleichschaltung in den Kreisen ging im allgemeinen glatt vonstatten. Man hatte ja im Land- und Bauernbund schon weitgehend vorgearbeitet." Th. Thyssen, a.a.O., S.413.
- 4) Vgl. H.Gies, a.a.O., S.135 ff.

und lange vor dem 30. Januar in Angriff genommen war. Es braucht zum Beweis lediglich auf die bereits vor Über einem Jahr gelungene Besetzung eines Präsidentenpostens im Reichslandbund verwiesen zu werden."1)

Diese Tatsache wußte im Nürnberger Nachfolgeprozeß 1948 der Verteidiger Darrés, Dr. Merkel, dahingehend auszunutzen, den gegen Darré gerichteten Anklagepunkt 13, die zwangsweise Gleichschaltung der landwirtschaftlichen Verbände betreffend, zu entkräften. In dem deutschsprachigen Protokoll des Militärgerichtshofes IV über das Direktverhör Darrés durch seinen Verteidiger heißt es dazu u.a.:

"F (Dr. Merkel - K.N.): ... Ich fahre fort in dem Punkt Gleichschaltung und frage Sie, Zeuge, in welcher Weise haben Sie nun die Landwirtschaft organisiert. Es handelt sich um Frage 13 ...

A (Darré - K.N.): Ich habe die Landwirtschaft nicht aus dem Nichts organisiert. Ich bin vielmehr ordnungsgemäß zum Präsidenten der verschiedenen landwirtschaftlichen Spitzenverbände gemacht worden. Praktisch habe ich die verschiedenen Verbände nur rationeller zusammengefaßt ... Im landwirtschaftlichen Bereich ist keine Organisation vergewaltigt worden."2)

Es ist bemerkenswert, daß den Führern des agrarpolitischen Apparates der NSDAP die völlige Gleichschaltung der agrarpolitischen Verbände unter den erwähnten Bedingungen erheblich früher gelang als die Besetzung der staatlichen Spitzenpositionen im Bereich des Agrarsektors, die zunächst noch von den deutschnationalen "Koalitionspartnern" A. Hugenberg und H.J. von Rohr gehalten wurden. Indes schließt die Herrschaft des Faschismus "auf die Dauer das Fortbestehen anderer bürgerlicher Parteien aus. Somit war die Koalition von vornherein auf Sand gebaut."3) Die Hitlerfaschisten, die die Monopolstellung ihrer Partei als alleiniger Interessenvertreterin des deutschen Finanzkapitals anstrebten4) und deshalb auch ihre

1) Hermann Reischle, Ordnet die Reihen! In: NS-Landpost, Folge 19 v. 7.Mai 1933.

2) DZA I, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Fall XI, Nr.163, Beginn des direkten Verhörs des Zeugen R.W.Darré durch Dr. Merkel am 27.8.1949, Bl.42 f. und 45.

3) W.Ruge, Deutschnationale Volkspartei, a.a.O., S.748.

4) Am 17.Juni erklärte R.W. Darré in Breslau bei der Gründung des "Schlesischen Bauernstandes": "Es ist Ergebnis einfachsten, logischen Denkens, daß die Männer, die für Adolf Hitler und seine landwirtschaftlichen Ideen stritten, die allein berufenen Führer des deutschen Bauernstandes sind." NS-Landpost, Folge 26 v. 25.Juni 1933. Vgl. auch J.Goebels, Vom Kaiserhof..., a.a.O., S.294 ff.

deutschnationalen Konkurrenten aus den staatlichen Schlüsselpositionen verdrängen wollten, suchten und nutzten Differenzen in agrarpolitischen Fragen, um deren Lösung zu verzögern und Hugenberg als Minister zu stürzen.¹⁾ So stieß der "Fettplan" Hugenbergs, den Kalckreuth in seinem Brief vom 17. März an Graf Keyserlingk erwähnt hatte, insbesondere der Butterbeimischungszwang für die Margarineproduktion, auf den Widerspruch Hitlers, der sich auf die große Zahl der von einer solchen Maßnahme betroffenen Margarineverbraucher zu berufen wußte.²⁾ Auch das von Hugenberg vorbereitete Schuldenregelungsgesetz nahmen die Naziführer zum Anlaß, um Meinungsverschiedenheiten mit dem Minister, vor allem über die Höhe des Zinsfußes,³⁾ in den Vordergrund zu rücken und seine Verdrängung aus dem Amte zu organisieren. Dabei konnten sie sich gleichfalls der Hilfsdienste des RLB bedienen.

Einen ersten Vorstoß in dieser Richtung unternahm Graf v. Kalckreuth persönlich, der in einem Brief an Hitler, Hugenberg und Göring, auf die Vereinigung mehrerer Ämter in der Hand Hugenbergs anspielend, eine vollgültige Besetzung des preußischen Landwirtschaftsministeriums forderte und für den Posten des leitenden Ministers den Nazi-Landbundespräsidenten W. Willikens vorschlug.⁴⁾ Das Hugenberg-Organ "Deutsche Zeitung" fand den Brief Kalckreuths um so mehr befremdend, als er selbst den Eintritt Hugenbergs als "Vertrauensmann" des RLB und der Landwirtschaft in die Regierung und die Zusammenfassung der Ministerien in einer Hand gefordert hatte.⁵⁾

Zugleich erhielten die Landbund-Organisationen - offenbar von ihrer Zentrale - die Weisung, sich Kalckreuths Vorstoß anzuschließen und die Räumung der Landwirtschaftsministerien durch Hugenberg und ihre Besetzung durch Führer des agrarpolitischen Apparates der NSDAP zu fordern. Am 3. Mai schrieb der Hauptgeschäftsführer Scheel an den Vorsitzenden M. Tönnsen, auf die Vorbereitung der nächsten Vorstandssitzung des Schles-

1) Vgl. H. Denecke, a.a.O., S. 276 ff., S. 289 ff.

2) Vgl. Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von E. Matthias und R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 588.

3) Vgl. Herferth, Der Reichsnährstand ... a.a.O., S. 77.

4) Vgl. Deutsche Zeitung, Morgenausgabe v. 25. April 1933.

5) Vgl. ebenda.

wig-Holsteinischen Land- und Bauernbundes bezugnehmend:

"Eine weitere EntschlieÙung sollen wir ja fassen gegen Eugenbergr und für Einsetzung Willikens und Darré unter Benutzung des ungenügenden Entschuldungsgesetzes¹⁾ ... Wir werden entsprechend der Aussprache am gestrigen Tage unter Heranziehung der Namen Darré/Willikens weisungsge- mäß eine EntschlieÙung vorbereiten."²⁾

Diese Kampagne wurde erst recht fortgesetzt, als W.Meinberg den Grafen Kalckreuth auf dem Posten des geschäftsführenden Präsidenten des RLB ablöste und die Gleichschaltung der Provinziallandbünde durchgeführt wurde. Dabei redeten die Hitlerfaschisten den unzufriedenen Bauern ein, daß die ihnen versprochene "nationalsozialistische Bauernpolitik" erst verwirklicht werden könne, wenn an der Spitze des Landwirtschaftsministeriums ein Nationalsozialist stünde.³⁾ In diese Richtung gelenkt, sandte z.B. die Vertreterversammlung des Schlesischen Landbundes am 9. Mai ein Telegramm an Hindenburg und Hitler, demzufolge die schlesischen Bauern ihrer Besorgnis wegen des viel zu langsamen Fortschreitens der Hilfe für die Landwirtschaft Ausdruck gaben und dringend forderten, das Reichsernährungsministerium mit dem "Vertrauensmann des Bauern- tums Darré" zu besetzen.⁴⁾

Gleichzeitig attackierten prominente Nazi-Landbundführer den Staatssekretär H.J.von Rohr.⁵⁾ W. Meinberg lehnte es in sei-

1) Als erstes agrarpolitisches Gesetz der faschistischen Regierung war die "Verordnung des Reichspräsidenten über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz vom 14. Februar 1933" (RGBl, I, 1933, S.63) erschienen, das die Zwangsversteigerung verschuldeter Bauernwirtschaften verbot und mit dem sich die faschistische Regierung, zumal kurz vor den Reichstagswahlen, als Retter der deutschen Bauern empfehlen wollte.

2) DZA I, RLB, Nr.257, Bl.51.

3) Der neue Vorsitzende des Schlesischen Landbundes, Erhr. v. Reibnitz, bestätigte das in einem Brief vom 23. Juni an den Staatssekretär von Rohr, als er schrieb: "Gerade wir führenden Vertreter der nationalsozialistischen Agrarpolitik sitzen hier im Lande und haben den Ansturm der unzufriedenen Bauern aufzufangen, wir hören und lesen täglich die in Unmenge an uns herantretenden Beschwerden und können immer nur die Achseln zucken und erklären: 'solange Eugenbergr da sitzt, kommt es zu keiner nationalsozialistischen Bauernpolitik.'" DZA I, RLB, Nr.23, Bl.433.

4) Ebenda, Bl.397.

5) Vgl. die Akte "Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten des RLB, Meinberg, und dem Staatssekretär v.Rohr, Juni

ner Eigenschaft als geschäftsführender Präsident des RLB ab, im Bundesvorstand wirtschaftspolitische Fragen behandeln zu lassen, deren Erledigung geeignet sein konnte, Hugenberg und von Rohr in ihrer Amtsführung zu bestärken. Statt dessen richtete er in einem Brief vom 15. Juni an Rohr die "ausdrückliche Forderung", seinen "Platz freizumachen, um nicht durch (seiner) Person eine gesunde bäuerliche Entwicklung Deutschlands weiter schwer zu schädigen." 1)

Nachdem Hugenberg am 27. Juni zurückgetreten war, wurde R.W. Darré zwei Tage danach zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und wenig später auch zum preußischen Landwirtschaftsminister ernannt. 2) Die Nazi-Landpost kommentierte den Rücktritt Hugenbergs und die Selbstauflösung seiner Partei mit den Worten:

"Der Totalitätsanspruch der NSDAP, der in der ganzen politischen Entwicklung unserer Bewegung begründet liegt, hat sich nunmehr voll durchgesetzt ... Die Entwicklung bis zur Totalität kann nicht mehr aufgehalten werden. Was heute noch bis zur Verwirklichung dieses Zieles im Wege steht, muß um der großen Sache willen ebenso geopfert werden." 3)

H.J. von Rohr, der als Parteigänger Hugenbergs keinerlei politischen Rückhalt mehr besaß, blieb noch auf seinem Posten, bis auch er schließlich am 26. Oktober von Herbert Backe als neuem Staatssekretär im Reichs- und Preußischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgelöst wurde, der schon seit dem 30. Juni als "Kommissar z.b.V." dem neuen Minister Darré zur Verfügung stand. 4)

So hatten die adlig-konservativen Junker, unter ihnen H.J. von Rohr als einer ihrer aktivsten Vertreter, durch ihre profaschistische Politik selbst dazu beigetragen, daß ihr wichtigstes politisches Instrument, der RLB und die ihm angegliederten Landbünde, schließlich von den Nazis dazu benutzt wer-

1933", in: DZA I, RLB, Nr. 11, Bl. 1 ff. und den erwähnten Brief v. Reibnitz an v. Rohr vom 23. Juni 1933, ebenda, Bl. 4.

1) Ebenda, Bl. 4.

2) Vgl. DZA I, RMfEuL, Personalakte Nr. 53, Reichsminister Darré, Bl. 2.

3) NS-Landp., F. 27 v. 2. Juli 1933.

4) Vgl. DZA I, RMfEuL, Personalakte, Nr. 10, Herbert Backe, Bl. 1.

den konnten, ihren Anspruch auf die totale Beherrschung des faschistischen Staatsapparates relativ schnell durchzusetzen und ihre deutsch-nationalen Rivalen abzuservieren.¹⁾

Indes dachten auch die Hitlerfaschisten keineswegs daran, die Großgrundbesitzer als "eine ihrer Hauptstützen anzutasten. Im Gegenteil, sie stärkten die Machtpositionen der Junker und Großgrundbesitzer im Dorf auf jede Weise."²⁾ Allerdings war die agrarpolitische Konzeption Darrés zugleich auf die Schaffung eines "Neuadels aus Blut und Boden", d.h. auf die Festigung der Dorfbourgeoisie und die Korruption eines Teiles der

1) Daß H.J. v.Rohr nicht wegen seiner profaschistischen Haltung, sondern als Parteigänger Hugenbergs und streitbarer Rivale der Hitlerfaschisten von den Nazis politisch aufs tote Gleis geschoben wurde, bestätigte der Landesbauernführer in Pommern, der am 18. Mai 1935 an die Staatspolizeistelle in Stettin über v.Rohr schrieb, daß derselbe "völlig rücksichtslos seinen Weg (ginge), der ihm in seinem Interesse richtig" erschiene. Rohr hätte früher als Vorsitzender des Pommerschen Landbundes diesen "im rein deutsch-nationalen Fahrwasser geführt" und darüber hinaus die Absicht verfolgt, "die gesamten landwirtschaftlichen Organisationen Pommerns unter seine Führung zu bringen, um dann mit diesem landwirtschaftlichen Block seine deutschnationalen Politik in Berlin durchsetzen zu können." Vom Landes- wie auch vom Kreisbauernführer sei v.Rohr "als eine politisch vollkommen tote Persönlichkeit überhaupt nicht irgendwie beachtet und berücksichtigt worden." (WAPSczeczin, Regierung Stettin, Polizeipräsidium, Nr.10, Schreiben der Landesbauernschaft Pommern an die Staatspolizeistelle in Stettin v. 18.5.1933).

Allerdings nahmen einige Naziführer - offenbar prominente Mitarbeiter des agrarpolitischen Apparates der NSDAP, die selbst hohe SS-Offiziere waren - die Gelegenheit der deutschen "Bartholomäusnacht" vom 30. Juni 1934 wahr, um alte Rechnungen aus der Zeit der Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Deutschnationalen in Pommern mit v.Rohr zu begleichen. Rohr konnte sich jedoch durch Zufall dem Zugriff des SS-Kommandos, das ihn verhaften sollte, entziehen, indem er sich für einige Tage in Berlin versteckte, um dann wieder ungestört sein Leben als Rittergutsbesitzer auf Demmin fortsetzen zu können. (Vgl. ebenda, die vom Landrat Demmin am 13. Juli 1934 dem Regierungspräsidenten in Stettin überreichten Berichte, betr. versuchte Festnahme des Staatssekretärs a.D. von Rohr anlässlich der Röhm-Revolution.)

2) W.Ulbricht, Die demokratische Bodenreform - ein ruhmreiches Blatt in der deutschen Geschichte, a.a.O. Vgl. auch: E.Polzin, Kapp-Putsch in Mecklenburg, a.a.O., S.262 ff.; ders., Zur ökonomischen und politischen Rolle der mecklenburgischen Großgrundbesitzer in der Periode von 1918 bis 1945, a.a.O., S.31 ff.; Rudolf Elsner, Der Charakter und die Bedeutung der Osthilfe während des Hitlerfaschismus, Phil.Diss., Halle 1959 (MS); A.Petruschow, a.a.O., S.67 ff. u. 82 ff.

Mittelbauern orientiert. Sowohl die auf dem "Gesetz über die Neubildung deutschen Bauerntums" vom 14. Juli 1933¹⁾ beruhende faschistische Siedlungspolitik²⁾ wie auch das am 29. September 1933 erlassene Reichserbhofgesetz³⁾ zielten im besonderen darauf ab, eine privilegierte Schicht von Großbauern und größeren Mittelbauern als zuverlässige Klassenstütze und Produktionsbasis des faschistischen Regimes auf dem Dorfe zu schaffen. Obwohl es den Nazis durch diese und andere, zeitweilig wirkende agrarpolitische Maßnahmen⁴⁾ sowie durch eine hemmungslose bauerndemagogische und chauvinistische Propaganda gelang, große Teile der ländlichen Bevölkerung irrezuführen, war die faschistische Agrarpolitik ihrem Wesen nach zutiefst bauernfeindlich, vor allem deshalb, weil sie auf die Vorbereitung und Entfesselung eines Aggressionskrieges gerichtet war.⁵⁾

Mit dem "Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisregulierung für landwirtschaftliche Erzeugnisse" vom 13. September 1933⁶⁾ schufen sich die Nazis im Reichsnährstand das Instrument, mit dessen Hilfe sie die gesamte ländliche Bevölkerung sowie die landwirtschaftliche Produktion und den Absatz dem staatsmonopolistischen System der Zwangskartellierung und Reglementierung unterwarfen und in den Dienst der Kriegsvorbereitung stellten. Den tieferen Sinn des Reichsnährstandes offenbarte Darré in einer Rede, die er auf Einladung Krupps am 11. Januar 1934 vor dem Führerkreis des Reichsstandes der Deutschen Industrie hielt, als er erklärte: "Wir fordern von dem einzelnen Bauern freilich rücksichtslos Disziplin, wir ordnen ihn ein als Soldaten in der Ernährungsschlacht."⁷⁾

1) RGBl. I, 1933, S.257 f.

2) Zum Klassencharakter der faschistischen Siedlungspolitik vgl. H.Witt, a.a.O.; A.Petruschow, a.a.O., S.82 ff.

3) RGBl. I, 1933, S.685 ff.

4) Vgl. Edwin Hoernle - Ein Leben..., a.a.O., S.491 ff.

5) Vgl. R.Melzer, Studien zur Agrarpolitik der deutschen Faschisten..., a.a.O.

6) RGBl. I, 1933, S.626 f.

7) R.W.Darré. Industrie und Reichsnährstand, in: Deutsche Agrarpolitik, 2.Jg.(1933), H.7, S.458.

Die wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß das "eigentliche Gesetzgebungswerk" der faschistischen Agrarpolitik in Angriff genommen werden konnte, waren, wie Darré selbst betonte, gegeben:

1. durch die "Einigung der Bauernschaft" (d.h. durch die erwähnte Gleichschaltung der landwirtschaftlichen Organisationen im Rahmen der "Reichsführergemeinschaft" unter der Ägide Larrés - K.N.);
2. durch die "Einheit zwischen Bauernführer und Minister" (d.h. durch die Vereinigung der politischen Führung des "Reichsbauernstandes" und der Leitung der staatlichen Agrarpolitik in einer Hand, in der Person Darrés - K.N.).¹⁾

Dr. Karl Kräutle, der damals als stellvertretender Präsident an der Spitze des Landwirtschaftsrates stand, wertete die Ernennung Darrés zum Minister mit den Worten:

"Endlich sind die Leitung der staatlichen Agrarpolitik und die Führung des Reichsbauernstandes in einer Hand vereinigt. ... Die bäuerliche Selbstverwaltung steht nicht mehr im Kampf gegen einen bauernfeindlichen Staat, sondern sie hat die Aufgabe, den für die Agrarpolitik verantwortlichen Reichsminister, der zugleich der Reichsbauernführer ist, zu unterstützen, damit der deutsche Bauernstand die ihm von Volkskanzler Adolf Hitler zgedachte Sendung im deutschen Vaterlande erfüllen kann."²⁾

In die verständliche Sprache der realen Politik übersetzt hieß das: nunmehr konnte das wichtigste Anliegen der faschistischen Agrarpolitik verwirklicht werden - die gleichgeschalteten landwirtschaftlichen Organisationen unter dem Deckmantel einer vorgetäuschten bäuerlichen Selbstverwaltung für die Schaffung der Zwangsorganisation des Reichsnährstandes auszunutzen, um mit ihrer Hilfe die Bauern als "Soldaten in der Ernährungsschlacht" der faschistischen Kriegsvorbereitung einzuordnen.

Schon am 28. Mai hatte Darré einen Grundplan "Zur Frage der Neugliederung des deutschen Landstandes" veröffentlicht.³⁾ Einen Monat später ging er unverzüglich daran, diesen Plan nach dem faschistischen Führerprinzip zu verwirklichen. Am

1) Vgl. Rede des Reichsbauernführers ..., a.a.O.

2) NS-Landpost, Folge 28 v. 9. Juli 1933.

3) Ebenda, Folge 22 v. 28. Mai 1933.

Tage seiner Ernennung zum Minister rief er die Reichsführergemeinschaft des deutschen Bauernstandes zusammen, um sich dafür die gewünschten Vollmachten erteilen zu lassen. Die Vertreter der beteiligten Verbände bekundeten dann auch übereinstimmend, "daß Herr R. Walter Darré nicht den Charakter eines Vorsitzenden habe, der an Beschlußfassungen der Reichsführergemeinschaft gebunden sei, sondern daß ihm die Vollmacht erteilt worden sei, im Sinne echten Führertums, den Bauernstand zu führen."¹⁾

Unter Berufung auf diese Vollmacht ernannte Darré die bisherigen landwirtschaftlichen Gaufachberater zu Landesbauernführern.²⁾ Schon vorher hatte er den Landbund-Präsidenten W. Meining zum "Reichsobmann für die bäuerliche Selbstverwaltung" ernannt. Den bisherigen vier Säulen der landwirtschaftlichen Berufsvertretung entsprechend, die zugleich den Grundstock für den Aufbau des Reichslandstandes bzw. der künftigen Berufs- und Marktorganisation des Reichsnährstandes³⁾ bilden sollten, umfaßte des Reichsobmannes Verwaltungsgebiet und

1) "Neuordnung in der Führergemeinschaft des deutschen Bauernstandes", ebenda, Folge 28 v. 9. Juli 1933.

Außerdem wurde bestätigt, daß

"4. im Interesse einer straffen und einheitlichen Führung das offizielle agrarpolitische Organ der NSDAP, die 'Nationalsozialistische Landpost', zum offiziellen Zentralorgan des landwirtschaftlichen Berufsstandes bestellt wird. ...

5. Die 'Deutsche Agrarpolitik' zur alleinigen und offiziellen Monatsschrift zu bestellen sei." (Ebenda)

Sodann ernannte Darré den Referenten für das agrarpolitische Pressewesen im Amt für Agrarpolitik bei der Reichsleitung der NSDAP, Roland Schulze, zum Kommissar für das agrarpolitische Presse- und Nachrichtenwesen im Reichsministerium und Preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Die Nazi-Landpost kommentierte dieses Ergebnis, das die Gleichschaltung der gesamten agrarpolitischen Presse einleitete, mit dem folgenden Satz: "Diese Ernennung ist der erste Schritt, die gesamte Presse des Berufsstandes zu einem **e i n h e i t l i c h e n I n s t r u m e n t** zu gestalten, das nicht nur wirklicher Berater des Bauern ist, sondern auch die vom Reichsbauernführer und Reichsernährungsminister bestimmte Agrarpolitik vor der Öffentlichkeit vertritt." ("Kein Gegen-einander in der Bauernpresse mehr", ebenda.)

2) Vgl. "Bekanntmachung des Reichsbauernführers", ebenda.

3) Vgl. R. Melzer, a.a.O., S. 10, Anm. 3.

-apparat folgende Hauptabteilungen:¹⁾

- I: Fragen der freien landwirtschaftlichen und bäuerlichen Organisationen (Leiter: Helmut Reinke, Geschäftszimmer im RLB);
- II: Fragen der Landwirtschaftskammern (Leiter: Präsident Dr. Karl Kräutle, Geschäftszimmer im Landwirtschaftsrat);
- III: Fragen des Genossenschaftswesens (Leiter: Präsident Arnold Trumpf, Geschäftszimmer im Reichsverband Deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften - Raiffeisen);
- IV: Fragen des Landhandels (Leiter: Reichskommissar Herbert Daßler, Geschäftszimmer im Deutschen Landhandelsbund).

Durch Rundschreiben des Reichsobmannes vom 28. Juni wurden die Landbauernführer angewiesen, ihren "Landesobmann für die bäuerliche Selbstverwaltung" und die ihm zu unterstellenden Hauptabteilungsleiter namhaft zu machen, die in ihrem Bereich, insbesondere durch Umorganisation des Landbundes, den Landesbauernstand aufzubauen hätten. Damit war der Startschuß für die unmittelbare Vorbereitung des Reichenährstandes durch den Aufbau der einzelnen Landesbauernstände gegeben, zunächst allerdings auf dem internen Weg der parteiamtlichen Weisung.

Wie sich mancherorts herausstellte, führte dieser Weg, sofern Justizbehörden sich auf gesetzliche Grundlagen beriefen, zuweilen zu Komplikationen. Das kam z.B. zum Ausdruck, als der Landesbauernführer Willi Bloedorn, der schon am 5. Juli den Landesobmann für Pommern und dessen vier Hauptabteilungsleiter namentlich nach Berlin gemeldet hatte,²⁾ sich nunmehr anschickte, die Umorganisation des Pommerschen Landbundes unverzüglich in Angriff zu nehmen. In einer Besprechung am 7. Juli fühlte sich der Landbunddirektor v. Oertzen als ausgebildeter Jurist verpflichtet, auf die mangelnden gesetzlichen Grundlagen hinzuweisen. Aus Sachsen wußte er zu berichten, daß dort Schwierigkeiten bei der gerichtlichen Eintragung der neuen Vorstandsmitglieder entstanden seien, da die nach den Vereins-

1) Vgl. DZA I, RLB, Nr.235, Bl.60; "Richtlinien Darrés für den Aufbau des landwirtschaftlichen Standes", in: Berliner Börsenzeitung v. 19.7.1933.

2) Vgl. DZA I, Reichenährstand, Nr.155, Bl.142.

satzungen vorgeschriebenen ordnungsgemäßen Versammlungsbeschlüsse nicht vorgelegt werden konnten, zumal die bisherigen Gleichschaltungen lediglich auf parteiamtliche Weisungen ohne rechtliche Unterlagen erfolgt wären. "Um die rechtliche Unterlage zu haben", fuhr Oertzen fort, "sei ein Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung erforderlich, was der jetzige Reichsernährungsminister auch erbitten wolle, und das nach Herrn v. Rohr schon voraussichtlich zum nächsten Freitag verabschiedet werden würde."¹⁾

Ein solches Ermächtigungsgesetz, das den Aufbau einer faschistischen Zwangsorganisation der Landwirtschaft ermöglichte und von vornherein staatlich sanktionierte, erschien in der Tat sehr bald. Am 15. Juli 1933, als der Generalrat der deutschen Wirtschaft gebildet²⁾ und das Ermächtigungsgesetz über die Errichtung von Zwangskartellen in der Wirtschaft erlassen wurde, erschien auch das von Darré geforderte und von Hitler unterzeichnete "Gesetz über die Zuständigkeit des Reiches für die Regelung des ständischen Aufbaues der Landwirtschaft."³⁾ Darin wurde verkündet, daß das Reich die ausschließliche Gesetzgebung über die Neuregelung des Aufbaues des Standes der deutschen Landwirtschaft habe (§ 1), und daß der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ermächtigt sei, Beauftragte mit der Durchführung der Vorarbeiten für die Neuregelung zu betrauen sowie die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen und Verbände zur Hilfeleistung heranzuziehen (§ 2).

Unter Berufung auf dieses spezielle Ermächtigungsgesetz beauftragte Darré nunmehr ganz offiziell den Landbundpräsidenten W.Meinberg mit der Einleitung und Durchführung aller Maßnahmen, die im Sinne des Gesetzes notwendig wurden. Die Landesbauernführer wurden zu Darrés Sonderbeauftragten in ihrem Zuständigkeitsbereich ernannt, zugleich im Hinblick auf die durchzuführende Sonderaufgabe W.Meinberg unmittelbar unterstellt und beauftragt, ihre Landesobmänner und die vier Hauptabteilungsleiter in die Arbeit einzugliedern. Jetzt hatte der

1) Aktennotiz über die Unterredung, in: DZA I, RLB, Nr.235, Bl.66 f.

2) Als Vertreter des agrarpolitischen Apparates der NSDAP wurden Herbert Backe und Dr. Hermann Reischle in dieses Gremium entsandt.

3) RGBl. I, 1933, S.495.

agrarpolitische Apparat der Naziartei vollends freie Bahn, um das gesteckte Ziel, den Reichsnährstand, in forciertem Tempo zu erreichen.

Der Landesbauernführer W. Bloedorn indes hatte das Ermächtigungsgesetz nicht erst abgewartet, sondern, auf die realen Machtverhältnisse unter dem faschistischen Regime vertrauend, bereits in der erwähnten Besprechung mit v. Oertzen seine Entschlossenheit bekundet, "schon jetzt die entsprechenden Anordnungen zu erlassen, man würde ja dann sehen, ob und von wem diesen Anordnungen Widerstand geleistet werden würde."¹⁾ Er entthob mit sofortiger Wirkung sämtliche Mitglieder des Landbundes sowie aller Kreisgruppen ihrer Ämter und übertrug die Geschäftsführung des Landbundes dem Leiter der Hauptabteilung I, Schönbeck²⁾, und die der Kreisgruppen den neuernannten Kreisbauernführern.³⁾

Alsdann wurden die Kreisgruppen von Schönbeck angewiesen, eine Änderung ihrer Satzungen herbeizuführen, vor allem in der Richtung, an Stelle der alten Satzungsbestimmungen über den Vorstand (Gesamtvorstand und geschäftsführender Vorstand) als neue Vorschriften "1. Der Kreisbauernführer, 2. Der Führerrat"

1) DZA I, RLB, Nr. 235, Bl. 67.

2) Vgl. ebenda, Bl. 65, Schreiben des Landesbauernführers für Pommern vom 7. Juli 1933 an sämtliche Vorstandsmitglieder des Pomm. Landbundes.

3) Das Muster des Schreibens an die Kreisgruppen des Pomm. Landbundes vom 7. Juli hatte folgenden Wortlaut:
"Der Reichsbauernführer hat auf Grund der ihm erteilten Vollmacht vom 29.6.1933 mich mit sofortiger Wirkung vom 4. ds. Mts. zum Landesbauernführer für Pommern ernannt. Auf Grund dieser Vollmacht und auf Anordnung des Reichsobmannes und geschäftsführenden Präsidenten des Reichs-Landbundes, Meinberg, habe ich mit sofortiger Wirkung den Pommerschen Landbund umzuorganisieren. Ich enthebe hiermit den dortigen Vorstand seines Amtes und ernenne ... zum Kreisbauernführer, welcher die Geschäfte der dortigen Kreisgruppe bis zur endgültigen Regelung zu leiten hat. Weiter teile ich Ihnen mit, daß der von mir ernannte Hauptabteilungsleiter I., Bauernhofbesitzer Schönbeck, die Geschäfte des Pommerschen Landbundes in meinem Auftrage bis zur Neuregelung führt. Bloedorn." (Ebenda, Bl. 64.)

Das gleichfalls vom 7. Juli datierte Ernennungsschreiben für die Kreisbauernführer schloß mit der Aufforderung: "Sollten irgendwelche Widerstände gegen meine Anordnungen auftreten, so haben Sie unverzüglich an den Pommerschen Landbund, Hauptgeschäftsstelle zu berichten." Ebenda, Bl. 63.

zu setzen.¹⁾ Durch Rundschreiben vom 15. August wies Schönbeck die Kreisbauern- und Kreisgeschäftsführer an, die erforderlichen General- bzw. Vertreterversammlungen, die er allesamt persönlich besuchen wollte, einem vorgegebenen Termin entsprechend sofort einzuberufen. Dabei sollte darauf geachtet werden, jede Versammlung satzungsgemäß zu eröffnen, möglichst durch ein altes Vorstandsmitglied, um sie "alsdann tunlichst dem Kreisbauernführer zu übertragen"; durch ein ordnungsgemäß unterzeichnetes Protokoll sollte schließlich die Löschung der eingetragenen Vorstandsmitglieder und die Eintragung des Kreisbauernführers "als neuen Vorstand" in das Vereinsregister gesichert werden.²⁾ Den Sinn dieser "Umorganisation" des Landbundes, die mit den pseudolegalen Satzungsänderungen in kürzester Frist ihren Höhepunkt und Abschluß fand, enthüllte Schönbeck in einem Schreiben, das wie folgt begann:

"Landesbauernstand Pommern, Hauptabteilung I, Pommerscher Landbund, Hauptgeschäftsstelle ... Stettin, den 23. August 1933. An die Kreisbauernführer und Kreisgeschäftsstellen. Betr. Satzungsänderung. Rückfragen einzelner Kreisgruppen geben mir Veranlassung, auf Folgendes hinzuweisen:

- 1.) Der Zweck der Satzungsänderungen ist, den Pommerschen Landbund auf das Führerprinzip umzustellen. Etwas formale juristische Bedenken finden demgegenüber keinen Platz. Im übrigen ist durch unser Rundschreiben (vom 15. August 1933 - K.N.) der Weg gewiesen, wie auf durchaus legale Weise das Ziel zu erreichen ist.
- 2.) Bei der Zusammensetzung des Führerrates ist der Totalitäts-Anspruch des Nationalsozialismus grundsätzlich zu wahren..."³⁾

Das aktenkundig belegte Beispiel der Umorganisation des Pommerschen Landbundes nach dem Führerprinzip zum faschistischen Landesbauernstand spiegelt die Entwicklung wider, der der gesamte RLB und alle ihm angegliederten Landbünde unterworfen waren. Das geht aus einem Rundschreiben Nr.11 des "Reichsobmannes" vom 16. August 1933 hervor, durch welches verfügt wurde:

- 1) Der vom Kreisbauernführer ernannte 7-köpfige Führerrat sollte an Stelle des bisherigen Vorstandes dem Kreisbauernführer zur Seite treten und ihn bei der Führung der Kreisgeschäfte "beraten". Vgl. ebenda, Bl.34.
- 2) Vgl. ebenda, Bl.32.
- 3) Ebenda, Bl.29.

"Die Organisationsarbeiten für den Reichslandstand sind schon soweit fortgeschritten, daß es für die weitere Entwicklung notwendig ist, im gesamten Geschäftsbetrieb die Geschäftseinteilung und Gliederung des Reichslandstandes und der Landesbauernstände auch äußerlich sichtbar zu machen."¹⁾

Dies geschah zunächst in der Form, daß bei Verwendung alter Briefbogen beispielsweise des RLB oder der Landbünde die neuen Dienststellen (Reichslandstand, Hauptabteilung I; Landesbauernstand ..., Hauptabteilung I) durch Überstempelung gekennzeichnet wurden.²⁾

Die Rolle des RLB bei der unmittelbaren Vorbereitung des Reichsnährstandes erschöpfte sich jedoch nicht im ausschließlich organisatorischen Aufbau der künftigen Hauptabteilung I im Verwaltungsapparat sowie bei den Landes- und Kreisbauernschaften,³⁾ wobei seine Gebäude und Einrichtungen, der Verwaltungsapparat mit vielen langjährig gedienten Beamten, die Presseorgane und die finanziellen Mittel weitgehend eingesetzt wurden.⁴⁾ Gleichlaufend mit der erwähnten Umorganisation der Landbünde und dem Aufbau der Landesbauernschaften lief die Kampagne zur Erfassung aller in der Landwirtschaft Beschäftigten in den Landbünden, um sie über den RLB schlagartig in die faschistische Zwangsorganisation des Reichsnährstandes zu überführen.

Deshalb wandten sich die faschistischen Landbundführer zunächst dagegen, daß sich irgendeine Landbundorganisation vorzeitig auflöste. Als z.B. die Vertreterversammlung des Kreislandbundes Ober-Barnim am 8. Juni 1933 den Beschluß faßte,

- 1) Zitiert in einem Umlauf innerhalb des Landesbauernstandes Pommern, Hauptabteilung I, ebenda Bl.19.
- 2) Vgl. ebenda.
- 3) Es handelte sich später um folgende drei (statt der ursprünglich vier) Hauptabteilungen: I: "Der Mensch" (ideologische Führung: Propaganda, Erziehung, Arbeitskräfte); II: "Der Hof" (produktionstechnische Führung); III: "Der Markt" (Kontrolle des Agrarmarktes). Vgl. W.Herferth, Der faschistische Reichsnährstand ..., a.a.O., S.1056.
- 4) So waren im Verwaltungsapparat des Reichslandstandes von der Zentrale des RLB weiterhin tätig: die Direktoren A.Kriegsheim und H.v.Sybel, der Pressechef G.Pacyna, der Kanzleichef Regierungsrat a.D. Wenzel; bei der Hauptabteilung I der Landstände wirkten solche langjährigen Hauptgeschäftsführer wie Scheel in Schleswig-Holstein, v.Oertzen in Pommern usw.

"daß, nachdem Adolf Hitler die Führung des Reiches übernommen habe, die Aufgabe des Landbundes als erfüllt zu betrachten" sei und die landwirtschaftlichen Belange künftig durch die Landwirtschaftskammer als einzige und einheitliche Organisation vertreten werden sollten,¹⁾ da versäumte es W.Meinberg als geschäftsführender Präsident des RLB nicht, dem Vorstand des Kreislandbundes sein "äußerstes Befremden" über ein solches Vorgehen auszusprechen. Er wies darauf hin, daß zu den Aufgaben, die immer angepackt und gelöst werden müßten, "die Zusammenfassung und Vertretung des Willens des deutschen Bauerntums" gehöre. Diese Aufgabe könne aber "nie von einer Behörde oder einer Bürokratie gelöst werden, sondern nur von einer das wirkliche Wesen des Bauern frei zum Ausdruck bringende Standesorganisation, wie sie zur Zeit der Landbund darstellt."²⁾ Anders ausgedrückt hieß das: Die Faschisten wollten den RLB und seine Organisationen noch erhalten,

1. um ihn als die am besten geeignete Organisation für die Sammlung und Zusammenfassung des gesamten landwirtschaftlichen Berufsstandes und seine geschlossene Übernahme in den künftigen RN zu benutzen;
2. um den umfangreichen Verwaltungs- und Propagandaapparat sowie die erfahrenen, profaschistisch orientierten Führer und Beamten des RLB in den künftigen Hauptabteilungen I des RN für die "ideologische Führung" des auf diese Weise zwangsorganisierten Berufsstandes zu übernehmen und einzusetzen - eine Aufgabe, die durch die "Verkammerung des Landstandes", wie Meinberg das Vorgehen des Landbundes Ober-Barnim kritisch wertete, nicht im erwarteten Sinne hätte gelöst werden können.

Deshalb erklärte der Landesbauernführer J.v.Reibnitz in einem Artikel, der nicht nur im "Schlesischen Landbund", sondern auch in der Nazi-"Landpost" veröffentlicht wurde, unmißverständlich:

"Wenn ich in meiner Rede am 17.6. gesagt habe, daß in Zukunft der Landbund keine Lebensberechtigung mehr haben wird,

1) DZA I, RLB, Nr.177, Bl.71.

2) Ebenda, Bl.72 f.; vgl. auch ebenda, Nr.111, Bl.7 f.

so werde ich auch entscheiden, wann diese Lebensberechtigung aufhört und der Landbund in eine andere Form der berufsständischen Vertretung übergeführt wird. Bis dahin besteht der Schlesische Landbund ebenso wie die Kreislandbünde ..."¹⁾

Auch der Landesbauernführer w.Bloedorn verkündete, daß der Pommersche Landbund, nachdem er auf der ganzen Linie unter nationalsozialistische Führung gestellt, "zum berufsständischen Werkzeug unseres Führers geworden" sei.²⁾

Deshalb wandten sich die faschistischen Landesbauern- bzw. Landbundführer mit Aufrufen an die Landbevölkerung, wobei sie alle Mitglieder der Sabotage zu bezichtigen drohten, die aus dem Landbund auszutreten gedachten, zugleich alle bereits Ausgetretenen zum Wiedereintritt drängten und auch diejenigen Landwirte zum Eintritt in den Landbund aufforderten, die zunächst noch abseits standen. Im Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbund wurde schon im Mai die Parole ausgegeben: "Jeder Bauer muß in die Organisation, sonst wird er geächtet."³⁾

Im Juli, als die Landbünde vollends nach dem Führerprinzip umorganisiert wurden, erschien diese Parole überall. W.Bloedorn z.B. verkündete in dem schon erwähnten Aufruf:

"Alle Bauern, groß und klein, welche aber bisher nicht dem Pommerschen Landbund angehört haben, verpflichte ich, alsbald ihren Eintritt in den Pommerschen Landbund zu vollziehen. Ich lasse keinen Zweifel darüber, daß ich jeden Austritt und jedes Fernhalten vom Pommerschen Landbund nunmehr als Sabotageakt an dem nationalsozialistischen Aufbau des Dritten Reiches betrachten werde ... Feinde unseres Berufsstandes werden aber in Zukunft nicht würdig sein, deutschen Boden zu bewirtschaften!"⁴⁾

Ähnliche "Warnungen" enthielten die Aufrufe des Landesbauernführers J.v.Reibnitz⁵⁾ und des neuen Vorsitzenden des Branden-

1) "Ich warne Neugierige!", in: NS-Landpost, Folge 29 v. 16. Juli 1933.

2) "Pommersches Landvolk!", ebenda, Folge 30 v. 23. Juli 1933.

3) Schreiben des Hauptgeschäftsführers Scheel an M.Tönnsen vom 13. Mai 1933, in: DZA I, RLB, Nr. 257, Bl. 56 ff.

4) "Pommersches Landvolk!", a.a.O.

5) "... und ich werde jede solche Austrittserklärung als das auffassen, als was sie gemeint ist: als Sabotageakt an dem nationalsozialistischen Aufbau des Dritten Reiches. Wer sich heute aus der berufsständischen Vertretung ausschließt oder ostentativ aus ihr austritt, stellt sich außerhalb des Berufsstandes und bekennt sich damit als Feind des Berufs-

burgischen Landbundes, Martin Wendt.¹⁾ Der erste Vorsitzende des Kreislandbundes Angermünde, Kalow, richtete im August einen "letzten Appell" an die Landwirte des Kreises, in dem es hieß:

"Der ständige (sollte heißen: "ständische" - K.N.) Aufbau erfordert den restlosen Zusammenschluß auch unseres Berufsstandes. Die maßgeblichen Stellen sind auch fest entschlossen, diejenigen, welche den Weg nicht freiwillig finden, zwangsweise in die gemeinsame Front einzugliedern. Es sollen daher alle Berufskollegen namhaft gemacht werden, welche bis zum 1. September ihren Beitritt zum Landbund noch nicht vollzogen haben. Es ergeht noch einmal der Ruf an alle Außenstehenden, sich unverzüglich in die Bauernfront unseres Kreises einzureihen ... Ich rufe daher noch einmal alle auf den Plan. **H i n e i n i n d e n L a n d - b u n d !**" 2)

Das Ergebnis eines solchen "letzten Appells" war dann auch, daß ausgetretene Mitglieder dem Landbund wieder beitraten, unter ihnen der Besitzer des Rittergutes Zichow³⁾, der seinen Austritt mit der zu hohen Beitragsbelastung für das stark verschuldete Gut begründet hatte, und der Rittergutsbesitzer Graf Arnim auf Kleinow.⁴⁾

Die Parole "Hinein in den Landbund!" war jedoch nicht nur an Einzelpersonen gerichtet, sondern betraf auch kleinere landwirtschaftliche Organisationen und Fachverbände für Landfrauen und die Landjugend, für ländliche Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter, Siedler, Pächter, Verpächter usw.⁵⁾

standes. Feinde unseres Berufsstandes werden aber in Zukunft nicht würdig sein, deutschen Boden zu bewirtschaften." ("Ich warne Neugierige!" a.a.O.)

- 1) "Ich erwarte ... von den Mitgliedern, daß sie sich der neuen Führung in den Kreisen vorbehaltlos unterstellen und durch freudige Mitarbeit ihre innere Verbundenheit mit dem Bauernstande und der Reichsführung bezeugen. Widerstreben, Beiseitestehen oder Austritt aus dem Landbunde werde ich als Sabotage bewerten." ("Ein Aufruf des Vorsitzenden des Brandenburgischen Landbundes", in: NS-Landpost, Folge 29 v. 16. Juli 1933.)
- 2) STA Potsdam, 37 Gut Zichow, Nr.29, Rundschreiben des Kreislandbundes Angermünde an alle Güter und Ortsgruppen n. Anlage. (Hervorhebung von mir - K.N.)
- 3) Er bestätigte dessen Wirkung, wenn er schreibt: "Im Besitz Ihres Rundschreibens vom 19.d.Mts. ziehen wir hiermit unsere Austrittserklärung vom 26.Juni d.Js. zurück." Schreiben an den Kreislandbund Angermünde vom 21.Aug. 1933, ebenda.
- 4) Vgl. ebenda, Schreiben des Grafen Arnim an den Kreislandbund Prenzlau vom 30.Sept. 1933.
- 5) Vgl. DZA I, RLB, Nr.235, Bl.3, 39 u.54.

In einem Rundschreiben des Pommerschen Landbundes vom 21. August wurden alle Kreisgruppen angewiesen, auch die "kleinen Splitterorganisationen" nicht zu vergessen, "damit von hier aus die erforderlichen Maßnahmen zwecks Eingliederung eingeleitet werden" könnten.¹⁾ Andererseits wurde die Bildung neuer landwirtschaftlicher Organisationen neben den Landbünden bzw. den Landesbauernschaften verboten. Das erfuhr z.B. eine Gruppe landloser Bauern, die sich auf Rügen unter dem Namen "Bauern ohne Land, Notgemeinschaft vertriebener Landwirte" zusammengeschlossen hatten.²⁾ Eine Anfrage der Kreisbauernschaft Rügen zum Schicksal dieser Vereinigung beantwortete am 28. September 1933 die Hauptabteilung I der Landesbauernschaft Pommern, indem sie mitteilte, der Herr Landesbauernführer habe "dahin entschieden, daß ein Zusammenschluß derjenigen Landwirte, welche ihren Betrieb verloren haben, in eine neue Organisation unter keinen Umständen infrage kommen kann. Dieser Zusammenschluß hat also zu unterbleiben."³⁾

Auch Handwerker, die die Landwirtschaft nur nebenberuflich betrieben und z.B. im Verband der Schmiede bereits organisiert waren, wurden zwangsweise in die Landbünde eingegliedert. Im Interesse einiger Beschwerde führender Mitglieder sah sich der Schmiede-Bezirksverband Pommern veranlaßt, solche Handlungsweisen des Landbundes als einen "ungesetzlichen Übergriff" zu werten und dagegen "Verwahrung" einzulegen,⁴⁾ jedoch ohne sich gegen die Absicht der Faschisten durchsetzen zu können, alle im Bereich der Landwirtschaft Beschäftigten,

1) Vgl. ebenda, Bl.28.

2) Vgl. DZA I, RLB, Nr.243, Bl.37.

3) Zur Begründung dieser Entscheidung wurde angeführt, daß sich "in einer solchen Notgemeinschaft 'alle' vertriebenen Landwirte" zusammenfänden, "also auch Elemente, die eines Einsatzes in keiner Weise wert" wären. (Ebenda, Bl.38) Dieses Beispiel verdeutlicht zumindest zweierlei: 1. daß die Herrschaft des Faschismus auf dem Lande besondere bauerliche Zusammenschlüsse neben der allumfassenden Zwangsorganisation des RN grundsätzlich ausschloß, 2. daß die klassennäßig orientierte Bodenpolitik des Faschismus die Förderung "unzuverlässiger" Bauern absolut ausklammerte, im Prinzip auch eine Unterstützung der Kleinbauern.

4) Vgl. DZA I, RLB, Nr.235, Bl.7, Handschreiben des Schmiede-Bezirksverbandes an den Pommerschen Landbund (ohne Datum, Eingangsstempel v. 16.Sep. 1933).

auch die in den Gutsdörfern tätigen Schmiede, über den RLB als Auffangorganisation schließlich in den RN als allumfassende "Berufsstandorganisation" einzugliedern.

Mit der Aufgabe, alle im Bereich der Landwirtschaft Berufstätigen organisatorisch zu erfassen, war eine andere Aufgabe des RLB engstens verbunden: alle seine Mitglieder, auch die neuen, zur Finanzierung des Aufbaues des RN heranzuziehen.¹⁾ Ihrer früheren Bauerndemagogie zuwider, die nicht selten auch gegen die teure Landbundbürokratie gezielt hatte, wiesen die faschistischen "Bauernführer" die Landbundorganisationen nunmehr an, rückständige Beiträge mit rücksichtsloser Konsequenz einzutreiben. Ein typisches Beispiel hierfür ist ein Rundschreiben des schlesischen Landesbauernführers v.Reibnitz vom 11. August 1933, das an alle Kreislandbünde gerichtet war, und in dem es u.a. hieß:

"Ich fordere die Kreislandbünde auf, sofort die Einbeziehung rückständiger Beiträge mit allen Mitteln zu betreiben und ihre Schulden an den Schlesischen Landbund bis zum 15. Oktober 1933 abzuführen. Nur so ist der Schlesische Landbund in der Lage, seine Verpflichtungen dem Reichslandbund gegenüber zu erfüllen.

Ich muß jede Hoffnung vernichten, daß eine kommende Auflösung des Schlesischen Landbundes und seine Überführung in den Schlesischen Bauernstand etwa die rückständigen Beiträge aufheben könnte. Sowohl der Schlesische Landbund wie auch der Reichs-Landbund müssen ihre Aufgaben bis zum letzten Augenblick erfüllen, so daß die vereinbarten Beiträge auf jeden Fall gebracht werden.

Nach dem 15. Oktober werde ich genötigt sein, dann noch säumige Kreislandbünde gerichtlich zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu zwingen ... Diejenigen Kreislandbundgeschäftsführer, die mit ihrer Weiterbeschäftigung in einem Kreisbauernstand rechnen, die aber nicht in der Lage sind ihre Beiträge ordnungsgemäß zu verwalten, werde ich wegen Unfähigkeit im Schlesischen Bauernstand nicht mehr beschäftigen."²⁾

- 1) Eine Ausnahmeregelung erfolgte in Mecklenburg-Schwerin, wo die Landwirtschaftskammer für ihre Mitglieder für das Rechnungsjahr 1933/34 nach Abstimmung mit dem dortigen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten eine Beitragserhöhung von 55 Pfg. je 1 000 RM des Einheitswertes durchsetzte, "um hiermit schon im laufenden Jahr eine Finanzierung der Hauptabteilung I, deren bisheriger Träger, der Landbund, sich in Konkurs befindet, zu ermöglichen." STA Schwerin, Meckl.-Schwer. Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Nr.148, Schreiben der Landwirtschaftskammer an das Ministerium vom 31.Juli 1933.
- 2) DZA I, RLB, Nr.23, Bl.453.

Aus vorliegenden Berichten einiger Landesbauernführer bzw. Landesobmänner an den Reichsobmann Meinberg¹⁾ geht eindeutig hervor, daß der Aufbau der Landesbauernschaften mit aktiver Unterstützung der Führer und Beamten der Geschäftsstellen der Landbünde sich planmäßig und ohne wesentliche Komplikationen vollzog und bereits Ende August bzw. in der ersten Hälfte des September abgeschlossen werden konnte. So heißt es in dem vom 13. September datierten Bericht des Landesobmannes für Schleswig-Holstein:

"In Schleswig-Holstein ist der Aufbau des Landesbauernstandes vollkommen beendet. In einer konstituierenden Versammlung am 6. September ds.Js. wurde der Plan verkündet ... Die ganze Aktion hat sich im wesentlichen absolut reibungslos abgespielt. In den meisten Kreisen wurde der ehem. Führer des Kreisbauernbundes (das waren Kreisverbände des Land- und Bauernbundes - K.B.) eingesetzt, in anderen wiederum der landwirtschaftliche Kreisfachberater ... Als Hauptabteilungsleiter I wurde Hofbesitzer Tönnsen, Schaalby, eingesetzt mit dem Stabsleiter Major Scheel, Kiel."2)

Bei Tönnsen und Scheel handelte es sich, wie bereits dargelegt, um den langjährigen Vorsitzenden des Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbundes und seinen gleichfalls im Landbunddienst "altbewährten" Hauptgeschäftsführer, auf deren Erfahrungen auch die Hitlerfaschisten nicht verzichten wollten.

Gerade die Bereitschaft der Landbundführer und -beamten, ihre Organisation völlig in den Dienst des Aufbaues des RN zu stellen, erleichterte es den Hitlerfaschisten, die Bildung dieser Zwangsorganisation als "bäuerliche Selbstverwaltung" zu tarnen. Zynisch konnte der hannoversche Landesbauernführer, Gutsbesitzer Hartwig v.Rheden, am 30. August an Meinberg berichten:

"Der Hannoversche Landesbauernstand steht ... Der Aufbau des Hannoverschen Landesbauernstandes ist nicht angeordnet. Ich habe ihn mit dem nötigen Schwung von unten herauf rein legal, freundlich aber bestimmt machen lassen. Mir liegt daran, im Lande gegen meine Maßnahmen keine Opposition zu haben."3)

1) Vgl. DZA I, RN, Nr.155, Bl.132 ff., 200 ff., u. 249 f.

2) Ebenda, Bl.249.

3) Ebenda, Bl.200 u. 210.

Außerdem hatten die faschistischen Machthaber durch einen derart schnellen und reibungslosen Aufbau der Landesbauernschaften erreicht, daß der RN bereits eine Tatsache war, die durch das Reichsnährstandsgesetz vom 13. September 1933 juristisch nur noch untermauert wurde. In selbstgefälliger Manier bekräftigte dies Darré auf dem "Ersten deutschen Reichsbauern-tag" in Weimar am 21. Januar 1934, als er ausführte:

"Als ... die Reichsregierung mir durch das Reichsnährstandsgesetz die Ermächtigung gab, auf reichsgesetzlicher Grundlage das deutsche Landvolk in einer Organisation zusammenzufassen, da war diese Ermächtigung nicht der Anfang einer Arbeit, die erst vorbereitend an die Dinge herangehen mußte ..., sondern lediglich der Abschluß eines Zustandes der Desorganisation, der inzwischen längst unhaltbar geworden war, und die gesetzliche Stabilisierung eines Zustandes, welcher sich längst durch den Agrarpolitischen Apparat als lebendige Tatsache herausgebildet hatte. Hiermit erklärt sich jene überraschende Schnelligkeit, mit der die einheitliche Organisation des deutschen Landvolkes sich durchsetzte." 1)

Mit der aktiven Unterstützung bei der Vorbereitung und Konstituierung des RN hatte auch der RLB seine verhängnisvolle Mission im Dienste der Vorbereitung und Konsolidierung der faschistischen Herrschaft auf dem Lande erfüllt. Mit der ersten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 8. Dezember 1933²⁾ wurde die Eingliederung der früheren freien und gesetzlichen Berufsvertretungen der Landwirtschaft in die Hauptabteilung I und II des Reichsnährstandes zum Abschluß gebracht.³⁾ Während nach § 8 der Verordnung alle anderen bürgerlichen Organisationen der Auflösung verfielen, fanden allein die "Verdienste" des RLB bei den Hitlerfaschisten volle Anerkennung in der Weise, daß er nach § 7 mit all seinen Verbänden auf allen Ebenen in den RN eingegliedert wurde,⁴⁾ wobei das Vermögen, alle Rechte und Pflichten sowie die Ansprüche der Angestellten auf den RN als Gesamtrechts-

1) Rede des Reichsbauernführers ..., a.a.O., S.10.

2) Vgl. RGBl. I, 1933, S.1060.

3) Kommentar zu dieser Verordnung von Dr.H.K. (Kräutle - K.N.), in: ZdRLB, Nr.53 v. 13.Dez. 1933.

4) Vgl. beispielsweise auch die Anordnung des Landesbauernführers Reinhard Bredow v. 22.Dez. 1933 über die Eingliederung des Brandenburgischen Landbundes in den RN und die Auflösung aller anderen Bauernverbände in Brandenburg. STA Potsdam, Amtsgericht Neuruppin, Nr.VR 7, Bl.253.

nachfolger übergangen.

Die "Deutsche Zeitung", nunmehr offizielles Tagesorgan des RN,¹⁾ schrieb "Dem Reichs-Landbund zum Abschied":

"Als Sammler, Mahner und Kämpfer hat der Reichs-Landbund sich unbestreitbare Verdienste erworben. Wer aber seine Hauptforderungen überdenkt, muß anerkennen, daß ihre Erfüllung zum Besten von Bauerntum und Vaterland nur möglich wurde, indem der Reichs-Landbund im Reichsnährstand aufging."²⁾

-
- 1) In einem Rundschreiben der Gauleitung Pommern der NSDAP vom 20. Okt. 1933 wurde den Beamten und Angestellten der Hauptabteilung I der Landesbauernschaft mitgeteilt: "Statt der 'Deutschen Tageszeitung' ist künftighin ... die 'Deutsche Zeitung' offizielles Organ des Reichsnährstandes ... Hinter der 'Deutschen Zeitung' steht vor allem der Reichsbauernführer R. Walter Darré". (DZA I, RLB, Nr. 243, Bl. 50. Vgl. auch Bl. 47).
- 2) Deutsche Zeitung, Nr. 9 a v. 11. Januar 1934.

6. Schlußbemerkungen

Als Resümee der vorliegenden Arbeit kann die Feststellung bekräftigt werden, daß der RLB als wichtigster politischer Interessenverband der Junker und Großgrundbesitzer bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland eine außerordentlich aktive Rolle spielte. Dabei kam zum Ausdruck, daß der politische Einfluß der ultraparasitären Junker ihre ökonomische Bedeutung bei weitem übertraf. Alle Versuche bürgerlich-konservativer Historiker, den bedeutenden Anteil der Junker am Faschisierungsprozeß und somit deren Mitschuld an der Planung und Realisierung der antinationalen Katastrophenpolitik des deutschen Monopolkapitals zu leugnen, zu bagatellisieren oder auf einige "Außenreiter" zu reduzieren,¹⁾ werden durch die historischen Quellen und Tatsachen ad absurdum geführt und erweisen sich als bloße, zweckbestimmte Apologetik. Aus der Fülle des historischen Materials abgeleitet, kann die profaschistisch-aktive Rolle des RLB und seiner Führer etwa unter folgenden Aspekten zusammengefaßt werden.

1. In den Jahren der Weltwirtschaftskrise war die Strategie und Taktik des RLB, seine gesamte politische, ideologische und agrarpolitische Aktivität auf die Er kämpfung seines reaktionären "Endzieles" eingestellt. Es war das erklärte Ziel des RLB, dessen Führer schon frühzeitig Interesse für den Faschismus bekundeten (Studienreise ostelbischer Landbundführer in das faschistische Italien 1928) und sich auf eine Zusammenarbeit mit der Nazipartei einstellten (Baum-Erick-Regierung in Thüringen 1930/31), die bürgerlich-parlamentarische Republik durch eine autoritäre Gewaltherrschaft abzulösen, die ihrem Wesen nach eine faschistische Diktatur sein sollte. Nachdem der "innere Feind" vernichtet wäre, sollte auch das reaktionäre außenpolitische Programm des RLB verwirklicht werden: die ungehemmte Wiederaufrüstung und die Schaffung eines Großdeutschen Reiches durch die "Neuordnung Europas."

2. Seiner politischen Strategie und Taktik folgend, unterstützte der RLB alle bedeutenden Aktivitäten der Reaktion,

1) Vgl. S. VI ff. der vorliegenden Arbeit.

die auf die Ablösung der parlamentarischen Republik durch die faschistische Diktatur hinausliefen. Dabei war er - belehrt durch geschichtliche Erfahrungen und in Übereinstimmung mit den anderen politischen Parteien und Verbänden der Reaktion - darauf bedacht, den Ablösungsprozeß auf scheinlegalem Wege voranzutreiben. Über die Frage freilich, wie, in welchem Tempo und mit welchen Methoden das Ziel erreicht werden sollte, gab es auch im Landbund taktische Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei Hauptgruppierungen, die sich unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise deutlich ausbildeten und die innere Entwicklung des RLB prägten. Zunächst dominierte - angeführt von M. Schiele - die bürgerlich-junkerliche, taktisch wendigere Gruppierung, die eine verdeckt systemfeindliche, "realpolitische" Linie des vorsichtigeren Faschisierungskurses vertrat. Sie wollte noch unter den Bedingungen der Weimarer Republik in die Regierung wieder hinein, um den Staat von innen her zu erobern und ihn im Sinne autoritärer Herrschaftsmethoden umzugestalten. Ausdruck dieser Konzeption waren die Bildung der Grünen Front, die aktive Mitwirkung des RLB am Sturz der Regierung der Großen Koalition und der Eintritt M. Schieles in die erste Präsidentsialregierung Brüning. Nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 setzte sich die junkerlich-bürgerliche, taktisch orthodoxe Gruppierung durch, die unter der Präsidentschaft des Grafen v. Kalckreuth die Umorientierung des RLB auf die offen systemfeindliche, intransigent-"katastrophenpolitische" Linie des forcierten Faschisierungskurses herbeiführte. Seither unterstützte der RLB mit seinem weitreichenden Einfluß alle bedeutenden politischen Vorstöße und Aktionen jener extrem reaktionären Kräfte des Monopolkapitals und des Militarismus, die am ungeduldigsten zur offenen Gewaltherrschaft drängten und schon seit dem Sommer 1931 die Bereitschaft zur Übernahme der Alleinverantwortung für die "Reichsführung" bekundeten. Die aktive Rolle, die der RLB beim Sturz sowohl Brünings als auch Schleichers spielte, lag primär in diesem Streben begründet, die profaschistische Entwicklung schneller voranzutreiben und die Bahn frei zu machen für den vollkommenen Systemwechsel, für eine autoritäre Regierung der uneingeschränkten Diktatur.

Brünings "Siedlungsbolschewismus" oder ähnliche "Sünden" Schleichers waren nicht tiefste Ursachen, sondern eher willkommene bzw. manipulierte Anlässe für solche militant profaschistische Aktivitäten des RLB.

3. In der strategisch-taktischen Konzeption des RLB, die den scheinlegalen Weg zur offenen Gewaltherrschaft einschloß, nahm Paul v. Hindenburg, dessen in der Reichsverfassung verankerte diktatorische Vollmachten der Landbund seit Jahren zu stärken und auszunutzen bemüht war, einen hohen Stellenwert ein. Die Junker und Landbundführer nutzten ihre Verbindungen zu Hindenburg, mit dem sie durch soziale Herkunft, monarchistisch-militaristische Tradition und Ehrenmitgliedschaft verbunden waren, dazu aus, um ihn als Reichspräsident für die von ihnen angestrebte Osthilfe zu engagieren und sodann unter Berufung auf seine "Osterbotschaft" die Einsetzung einer "nationalen", absolut autoritären Regierung immer aufs neue zu begründen. Auf direktem Weg über Hindenburg realisierten die Junker und Landbundführer ihre Initiativen und Aktivitäten zur Installierung präfaschistischer Präsidialregierungen, in denen sie das entscheidende Instrument zur Ablösung der parlamentarischen Gesetzgebung durch die präsidiale Notverordnungsdictatur erkannten. Sie feierten die "reine", von jeder Wahlarithmetik unabhängige Präsidialregierung, wie sie in der Bildung des profaschistischen Papenkabinetts ("Kabinetts der Barone") zum Ausdruck kam, als den Beginn des Systemwechsels, der - im Unterschied zur Personenfrage - konstant bleiben und in die uneingeschränkte Diktatur einmünden sollte. Schließlich nutzten Junker und Landbundführer die Stellung Hindenburgs und ihren Einfluß auf ihn dazu aus, um Forderungen führender Kreise der Großbourgeoisie bezüglich der Machtübergabe an eine von Hitler geführte faschistische Regierung auch durch ihr persönliches Engagement größeres Gewicht zu verleihen und Bedenken gegen einen solchen Schritt auszuräumen.

4. Gemäß der Devise: "Haben wir Preußen, haben wir das Reich!" stellten die Junker und Landbundführer ihren Organisations- und Propagandaapparat während der vom deutschnational-militaristischen Stahlhelm eingeleiteten Kampagne gegen die so-

zialdemokratisch geführte Preußenregierung im Frühjahr/Sommer 1931 in die vorderste Kampffront, um die bürgerliche Staatsmacht zuerst in Preußen und dann im Reich von den "roten Fesseln", d.h. den Attributen des Parlamentarismus, zu "befreien". Sie nutzten die ausweglose politische Konstellation der Sozialdemokratie aus, um die Preußenregierung als absolut landwirtschaftsfeindlich hinzustellen und unter der Landbevölkerung systemfeindliche Stimmungen zu schüren, die sich tatsächlich in den von den Junkern beherrschten Gebieten in überdurchschnittlichen Stimmzahlen zugunsten einer vorzeitigen Auflösung des Preußischen Landtages niederschlugen. Wenn dieses Ziel unmittelbar auch nicht erreicht wurde, so wurde die Position der Sozialdemokratie in ihrer politischen Domäne doch untergraben, die Veränderung des Kräfteverhältnisses im Landtag eingeleitet und der profaschistische Staatsstreich Papens gegen die Preußenregierung, den die Junker auch als Eröffnung des Landbündekampfes feiern konnten, politisch-ideologisch vorbereitet.

5. Die Junker und Landbündführer bestätigten auf ihre Weise die marxistisch-leninistische Auffassung vom Wechselverhältnis zwischen Ökonomie und Politik, indem sie einerseits die faschistische Diktatur erstrebten, um - nicht zuletzt - auch ihre ökonomischen Interessen uneingeschränkt durchsetzen zu können, und andererseits die Wirtschaftspolitik diesem politisch-strategischen Ziel unterordneten. Gemäß der von Kalckreuth postulierten These: "Je größer die Not, je näher rückt die Entscheidungsstunde!" verfolgten die Junker die taktische Konzeption der "Katastrophenpolitik", die auf der Ausnutzung der Wirtschafts- und Agrarkrise und ihrer Verschärfung beruhte. Demzufolge konzentrierte der RLB seine agrarpolitische Aktivität darauf, die maßlosen Forderungen der Junker und Großgrundbesitzer - abgeleitet aus dramatisierenden Berufungen auf die zunehmende Verschärfung der Agrarkrise, vornehmlich in den Ostgebieten - weitgehend durchzusetzen und den staatlichen Agrarprotektionismus zu ihren Gunsten ständig zu erweitern. Zugleich nutzten die Junker und Landbündführer die Auswirkungen dieser von ihnen maßgeblich beeinflussten einseitigen staatlichen Agrarpolitik aus, um die Regierungen

"halber und verspäteter Maßnahmen" unter permanentem Druck zu halten und mit dem Hinweis auf die katastrophale Lage der Landwirtschaft deren Ablösung durch eine zu allem entschlossene "nationale" Regierung zu fordern. Nach den Vorstellungen der Junker sollte die angestrebte autoritäre Regierung die Agrarkrise auch durch den "wirtschaftspolitischen Systemwechsel", d.h. durch die Umstellung von der "Interessenwirtschaft" (Exportförderung) auf die "Nationalwirtschaft" (Autarkiepolitik) radikal beenden und die ungehemmte Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges in Angriff nehmen. Das war auch ein Grund für das Abrücken des RLB von Papen, als offensichtlich wurde, daß sich dessen durch den Interessendualismus gelähmtes Kabinett zu einem solchen Systemwechsel nicht entschließen konnte.

6. Unter Hinweis auf den "überparteilichen" Charakter bzw. die parteipolitische "Neutralität" des RLB fühlten sich die Junker und Landbundführer besonders dazu berufen, die Widersprüche und Auseinandersetzungen im Lager der herrschenden Ausbeuterklasse zu überbrücken und alle reaktionären Kräfte in einer profaschistischen Einheitsfront zu sammeln. Die taktisch wendigere Gruppierung um M. Schiele, die sich weitgehend auf die Landvolkpartei stützte, wollte auf der "realpolitischen" Linie der konstruktiven Mitarbeit einer breiten Front von Brüning bis Hitler den Weg ebnen. Die intransigenten Junker wollten alle extrem reaktionären Kräfte auf der militant profaschistischen Linie in der kompromißlosen "nationalen" Opposition um die DNVP und die NSDAP vereinen. In dieser Richtung exponierten sie sich und ihre Organisation vor allem bei solchen Gelegenheiten wie den Kampagnen gegen den Youngplan und die Preußenregierung sowie bei der Bildung der Harzburger Front. Letztere war jedoch wegen der Positionskämpfe zwischen Deutschnationalen und Nazis gespalten, bei denen es im wesentlichen um den bestimmenden Einfluß auf die angestrebte Regierung der faschistischen Diktatur ging. Der RLB indes hörte nie auf, als einigende Klammer zu wirken. Selbst jene konservativen Junker, nach deren Vorstellungen die künftige Regierung zwar von der DNVP und der NSDAP getragen, aber von Hugenberg geführt werden sollte, und die

von den Nazis als politische Konkurrenten zeitweilig heftig attackiert wurden, stellten die Gesinnungsgemeinschaft zwischen Deutschnationalen und Nazis unbeirrt über alle Differenzen. Das bewiesen sie nicht nur durch aktenkundig belegte persönliche Bekenntnisse, sondern auch durch ihre praktische Politik, die dem Postulat entsprach: Ob in dieser oder jener Partei - wir Landbündler kämpfen alle für das gleiche Ziel! Demgemäß standen die Wahlvorbereitungen für die preußische Landtagswahl und die folgende Reichstagswahl 1932 im Bereich ihrer Landbünde unter der Losung: "Deutschnational oder nationalsozialistisch - etwas Drittes gibt es nicht!" In diesem Sinne rief der RLB bei den Reichspräsidentenwahlen 1932 offen zur Stimmabgabe für Hitler auf, um - selbst die schwankende DNVP überholend - seine militant profaschistische Einstellung zu bekunden. Er rückte im Herbst 1932 von Papen auch ab, als offensichtlich wurde, daß derselbe es nicht vermocht hatte, sich mit den Nazis über ihre Beteiligung an der Regierung zu verständigen. Die Junker und Landbündelführer organisierten und förderten um die Jahreswende 1932/33 die Verständigung zwischen Hugenberg und Hitler, um das Zustandekommen der faschistischen Koalitionsregierung zu beschleunigen.

7. Der RLB hatte also einen hohen Anteil an der direkten Förderung und Hochzüchtung der Nazipartei durch die herrschende Ausbeuterklasse. Das kam vor der Errichtung der faschistischen Diktatur am konzentriertesten in der von den Junkern indirekt und direkt begünstigten nazifaschistischen Infiltration des RLB und seiner Organisationen zum Ausdruck. Die Junker öffneten auch den Nazis die Tore ihrer Organisationen und gestatteten ihnen, auf völlig legalem Wege führende Positionen bis in die Spitze hinein zu besetzen; sie sollten nur eines nicht: den Landbund zerstören, denn die Junker wollten ihn als maßgebliche berufsständische Organisation für das dritte Reich der offenen Gewaltherrschaft erhalten. Damit kamen sie der Konzeption Darrés entgegen, den einflußreichen RLB von innen her zu erobern, um mit seiner Hilfe das Kräfteverhältnis in der profaschistischen Kampffront auf dem Lande zu ihren Gunsten zu verändern und ihren Führungsanspruch durchzusetzen.

Auf diese Weise begünstigten sie zugleich die Realisierung der strategisch-taktischen Orientierung der extremen Reaktion, die faschistische Diktatur auf scheinlegalem Wege zu errichten.

8. Die Errichtung der faschistischen Diktatur auf scheinlegalem Wege setzte das Vorhandensein einer profaschistisch manipulierten kleinbürgerlichen Massenbasis voraus. Mit Hilfe ihres ausgebauten Organisations- und Propagandaapparates, der sich über das ganze Reich erstreckte und alle Provinzen und Kreise umfaßte, trugen die Junker maßgeblich dazu bei, eine solche Massenbasis auf dem Lande zu schaffen und auszubauen, wobei sie vielfältige Formen und Methoden anwandten. Sie betrachteten es geradezu als spezifische Mission des RLB, durch die Propagierung und praktische Anwendung der Landvolk- und Berufsstandsideologie die gesamte Landbevölkerung unter seiner Ägide zu sammeln und sie ideologisch und organisatorisch auf den "Endkampf" vorzubereiten. Um die Bauern fest an die Großgrundbesitzer und ihren RLB zu binden und sie gegen revolutionäre Einflüsse der städtischen Arbeiterschaft zu immunisieren, manipulierten sie deren Eigentümerbewußtsein in antikommunistischer Richtung. Sie kultivierten konservativ-elitäre, antidemokratisch-profaschistische Bewußtseins-elemente und suggerierten die Vorstellung, daß von den Bauern, "Wurzel und Stamm aller Deutschen", und vom deutschen Osten der Systemwechsel und der "Wiederaufstieg" Deutschlands ausgehen müsse, und bereiteten auf diese Weise der nationalen und sozialen Demagogie der Nazipartei auf dem Lande den Boden. In den ostelbischen Gebieten wurden nach pommerschem Vorbild unter dem Dach der Landbundorganisation auch die Landarbeiter in die berufsständische landwirtschaftliche "Einheitsfront" eingegliedert, in das Führer-Gefolgschaftsverhältnis der "Werksgemeinschaft" - eine Organisationsform, die nach dem Urteil prominenter konservativ-junkerlicher Landbundführer die "Entproletarisierung" der Landarbeiter herbeiführen sollte und eine "Pionierleistung" für den späteren faschistischen Reichsnährstand bedeutete.

9. Die taktischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Führungsgruppen im RLB drehten sich auch um die Frage der Erhaltung und Aktivierung der kleinbürgerlichen Massenbasis auf dem Lande. Die Verfechter des taktisch vorsichtigeren Faschisierungskurses wollten deren bäuerliche Kernsubstanz über die Krise hinweg bis zum "Endkampf" weitgehend erhalten und ihrer Proletarisierung und politischen Radikalisierung an der Seite der Arbeiterklasse durch Anwendung ihrer "realpolitischen" Linie entgegenwirken. Ausdruck dieser Bemühungen waren im besonderen die Gründung der Landvolkpartei als eines politischen Ablegers des RLB, wodurch bäuerliche Emanzipationsbestrebungen paralytisiert und die Bauernschaft ausschließlich gegen links zusammengefaßt werden sollte, sowie die Erweiterung der reaktionären wirtschaftspolitischen Organisation des RLB zur "Reichsbauernfront" durch die Bildung der Grünen Front, die über die Durchsetzung agrarpolitischer Forderungen hinaus auch eingesetzt wurde, um den Übergang von parlamentarisch-demokratischen zu präsidential-autoritären Herrschaftsformen zu forcieren. Die intransigenten Junker und Landbundführer indes waren darauf bedacht, die kleinbürgerliche Massenbasis der Reaktion auf dem Lande auf der Linie der "Katastrophenpolitik" chauvinistisch-profascistisch anzupeitschen. Sie, die die staatliche Agrarpolitik selbst maßgeblich auf die primäre Befriedigung ihrer egoistischen Interessen - zum Nachteil der bäuerlichen Massen - orientierten, schürten unter Hinweis auf die wachsende Notlage die bäuerliche Verzweiflungsstimmung, hetzten gegen das bestehende System, das durch schwerfälligen Parlamentarismus und unfähige Regierungen gekennzeichnet sei. Sie organisierten und manipulierten Landvolk- und bäuerliche Selbsthilfebewegungen, um sie für reaktionäre politische Zwecke zu mißbrauchen, d.h. ihre eigennützigen agrarpolitischen Forderungen durch verstärkten Massendruck schneller durchzusetzen und zugleich die politische Entwicklung nach rechts zu treiben. Auf dem Tiefpunkt der Krise forcierten sie die antikommunistische und Antisowjethetze sowie den reaktionären Terror auf dem Lande, um der Ausstrahlung des Bauernhilfsprogramms der KPD entgegenzuwirken, den notleidenden Bauern die Diktatur des Proletariats als Schreckgespenst zu

suggestieren und sie für die profaschistische Scheinalternative empfänglich zu machen. Die Landbünde stellten dem Ringen der KPD um das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern gegen die Ausbeuter die demagogische These von der "Einheit des Dorfes" entgegen und organisierten die Harzburger Front auf dem Lande in Form der "Dorf- und Schicksalsgemeinschaften", deren erklärtes Ziel es war, die Massenbasis und Stimmungskulisse für jene Situation zu schaffen, die der Landbund als "Endkampf" um den Systemwechsel betrachtete. Unter diesem Aspekt organisierten seine Führer schließlich - in Zusammenarbeit mit der Nazipartei - den "Entrüstungssturm" unter den Bauern, der zum beschleunigten Sturz Schleichers beitrug.

10. Der RLB krönte seine profaschistische Einstellung und politische Aktivität damit, daß er dem faschistischen Regime dazu verhalf, seine Herrschaft auf dem Lande verhältnismäßig rasch und reibungslos durchzusetzen und zu konsolidieren. Die Landbundführung stellte dies unter Beweis, als sie sich vorbehaltlos zur Regierung der faschistischen Diktatur bekannte, die Taktik ihres wirtschaftspolitischen Kampfes von der intransigenten Opposition auf das autoritär-faschistische Führer-Gefolgschaftsprinzip umstellte und die unzufriedenen bäuerlichen Mitglieder von der kritischen auf eine loyale Haltung gegenüber der Regierung umorientierte, indem sie die faschistische Bauerndemagogie propagierte und verkündete, daß nunmehr, nachdem die "Wende" erkämpft sei, die Rettung des deutschen Bauern durch die Hitlerregierung begonnen habe. Sie vollendete diese verhängnisvolle, antinationale Politik, indem sie die Organisation des RLB völlig in den Dienst der faschistischen Gleichschaltungspolitik stellte, unter der Parole der "Einigung" des landwirtschaftlichen Berufsstandes die Unterordnung des gesamten landwirtschaftlichen Organisationswesens unter den Führungsanspruch der Nazipartei förderte sowie die vollständige organisatorische Erfassung der gesamten Landbevölkerung im RLB betrieb und - auf diesem Wege - ihre geschlossene Überführung in die Zwangsorganisation des faschistischen Reichsnährstandes aktiv unterstützte.

Was dann folgte, war nicht die Befreiung des deutschen Bauern, sondern - wie R.W.Darré unmißverständlich verkündete - seine Einordnung als Soldat in die Front der "Erzeugungsschlacht" zur Vorbereitung des verbrecherischen Raub- und Eroberungskrieges, der auch Hunderttausende Bauern und deren Söhne das Leben kostete.

Der welthistorische Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus eröffnete auch dem deutschen Volk die historische Chance, eine grundlegende Wende in seiner Geschichte herbeizuführen und den Weg zu einem neuen, demokratischen Leben zu beschreiten.

Auf dem Territorium der DDR wurde diese Chance genutzt und unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei "in einem einheitlichen revolutionären Prozeß, in erbitterter Auseinandersetzung mit der imperialistischen Reaktion und ihren Helfershelfern... die antifaschistisch-demokratische Umwälzung verwirklicht und die sozialistische Revolution zum Siege geführt."¹⁾ Ein wesentlicher Bestandteil dieser Umwälzung war die demokratische Bodenreform, durch deren konsequente Verwirklichung die Macht der Junker und Großgrundbesitzer, eine Wurzel des Militarismus und Faschismus sowie deren verbrecherischer Aggressionspolitik, für immer gebrochen wurde. Damit war zugleich die Grundlage geschaffen für eine echte demokratische Entwicklung auch auf dem Dorfe, für ein stabiles Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft und für die Entwicklung einer hochproduktiven Landwirtschaft.²⁾

In der BRD indes sind die Quellen, aus denen Faschismus und Aggressionspolitik entspringen, nach wie vor vorhanden. In den Auseinandersetzungen um die Stabilisierung und Effektivierung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems domi-

1) Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, a.a.O., S.6.

2) Vgl. E.Honecker, Bündnis war, ist und bleibt Eckpfeiler unserer Politik, a.a.O.; G.Grüneberg, 30 Jahre marxistisch-leninistische Agrarpolitik - 30 Jahre Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, in: ND v. 9./10.8.1975; B.Kiesler, Bodenreform - Grundlage der sozialistischen Entwicklung auf dem Lande, in: Einheit, 1975, H.9; H.Kuhrig, Demokratische Bodenreform legte den Grundstein für steigende Agrarproduktion, in: ND v.21.8.1975.

niert dort zur Zeit noch jene Gruppierung, die vornehmlich von rechtssozialdemokratischen Kräften getragen wird und dieses System durch staatsmonopolistische Reformen zu festigen sucht. Aber die von der CDU/CSU repräsentierten Rechtskräfte, die der Sicherung der Macht des Monopolkapitals durch konservativ-autoritäre Herrschaftsformen den Vorzug geben, drängen wieder nach vorn.¹⁾ F.J. Strauß als einer der profiliertesten Exponenten der Ultrarechten gab in einer internen Rede deutlich genug zu verstehen, daß im Gefolge weiterer Inflationierung und zunehmender Arbeitslosigkeit die Chancen für die Konservativen stiegen, mit ihren politischen "Warnungen" und "Vorstellungen" schließlich gehört zu werden.²⁾ Das heißt, daß die von den konservativ-profasischistischen Kräften schon in den Jahren der Weltwirtschaftskrise erprobte Konzeption der "Katastrophenpolitik" aus dem taktischen Arsenal der herrschenden Ausbeuterklasse wieder hervorgeholt wird und dazu genutzt werden soll, die sozialdemokratisch geführte Regierung als "abgewirtschaftet" darzustellen und dem Ruf nach dem "starken Staat" und nach einem "starken Mann" genügend Gehör zu verschaffen. Mit Hilfe der Notstandsgesetzgebung, der offenen Diktatur auf Abruf, an deren Zustandekommen die rechtssozialdemokratischen Führer mitgewirkt haben, ist die Möglichkeit gegeben, den Übergang von der parlamentarisch verbrämten zur offenen Gewaltherrschaft erneut auf "legalem" Wege zu vollziehen.

Indes beweist die Entwicklung, daß der "Kapitalismus eine Gesellschaft ohne Zukunft"³⁾ ist, auch im Hinblick auf seine Herrschaftsform. "In letzter Instanz vermochten die faschistischen und militär-terroristischen Regimes in keinem Falle die strategische Aufgabe zu erfüllen, die ihnen die Monopolbourgeoisie gestellt hatte... Diese Regimes, die nur eine zeitweilige Wirkung erreichten, förderten letztendlich die Untergrabung der Ordnung selbst, zu deren Aufrechterhaltung sie

1) Vgl. Anm. 1 u. 2 auf S. VI der vorliegenden Arbeit.

2) Vgl. W. Kleinig/H. Pirsch, der Neokonservatismus in der BRD, a.a.O., S. 28.

3) XXV. Parteitag der KPdSU: Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, a.a.O., S. 37.

an die Macht berufen wurden."1) Dennoch bleiben rechtsradikalistisch-profascistische Tendenzen in den Ländern des Kapitals eine ernstzunehmende Gefahr, und es ist ein Grundgebot aller revolutionären Kräfte, unvermindert politisch wachsam zu sein und den Kampf gegen solche Tendenzen konsequent zu führen.2)

-
- 1) A.Galkin, Der Faschismus erleidet Niederlagen, die Gefahr des Rechtsradikalismus bleibt, a.a.O., S.1615.
 - 2) Vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, a.a.O., S.15 f.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Klassiker des Marxismus-Leninismus

- Marx, Karl, Die Klassenkämpfe in Frankreich, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Bd. 7, Berlin 1960
- Ders., an Engels in Manchester, 16. April 1856, in: MEW, Bd. 29, Berlin 1963
- Engels, Friedrich, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, in: MEW, Bd. 21, Berlin 1962
- Ders., Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in: MEW, Bd. 22, Berlin 1963
- Ders., an Nikolai Franzewitsch Danielson in Petersburg, 5. Januar 1888, in: MEW, Bd. 37, Berlin 1967
- Lenin, W.I., Die Agrarfrage und die "Marxkritiker", in: Werke, Bd. 13, Berlin 1963
- Ders., Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907, in: Werke, Bd. 13
- Ders., Die neuesten Angaben über die Parteien in Deutschland, in: Werke, Bd. 19, Berlin 1962
- Ders., Der Zusammenbruch der II. Internationale, in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960
- Ders., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960
- Ders., Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, in: Werke, Bd. 23, Berlin 1960
- Ders., Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den "imperialistischen Ökonomismus", in: Werke, Bd. 23
- Ders., Über "linke" Kinderei und über die Kleinbürgerlichkeit, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960
- Ders., Rede an die Delegierten der Komitees der Dorfarmut des Moskauer Gebiets, 8. November 1918, in: Werke, Bd. 28, Berlin 1959
- Ders., Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage (Für den Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale), in: Werke, Bd. 31, Berlin 1959
- Ders., Über die Naturalsteuer, in: Werke, Bd. 32, Berlin 1961
- Ders., Die Organisierung der Massen durch die deutschen Katholiken, in: Werke, Bd. 36, Berlin 1962

2. Reden und Schriften führender Persönlichkeiten der marxistischen Arbeiterbewegung

- Dimitroff, Georgi, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975
- Grüneberg, Gerhard, 30 Jahre marxistisch-leninistische Agrarpolitik - 30 Jahre Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, in: Neues Deutschland v. 9./10.8.1975
- Hoernle, Edwin, Agrarkrise und Brotwucher, in: Der Rote Aufbau, 3.Jg. 1930, H. 6
- Ders., Das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, in: Einheit, 1946, H. 2
- Ders., Die Industrialisierung der Landwirtschaft, Berlin 1928
- Honecker, Erich, Bündnis war, ist und bleibt Eckpfeiler unserer Politik. Festansprache zum 30. Jahrestag der Bodenreform, in: Neues Deutschland v. 6./7.9.1975
- Koenen, Wilhelm, Krisenerscheinungen in den Parteien der deutschen Bourgeoisie, in: Internationale Pressekorrespondenz, Berlin, Nr. 73 v. 27.7.1932
- Norden, Albert, Die Bauernrevolte in Norddeutschland, in: Internationale Pressekorrespondenz, Nr. 69 v. 6.8.1929
- Pieck, Wilhelm, Reden und Aufsätze, Bd. 4. Parlamentsreden, Auswahl aus den Jahren 1906-1933, Berlin 1956
- Ders., Über die Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 26. Juli 1935, in: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Berlin 1975
- Ponomarjow, B., Aktuelle Probleme der Theorie des revolutionären Weltprozesses, in: Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, Berlin 1971
- Rau, Heinrich, Die Bauernpolitik der KPD unter Führung Ernst Thälmanns, in: BZG, 2. Jg. 1960, H. 3
- Ders., Zur Bauernfrage und zur Arbeit unserer Partei auf dem Dorfe, in: Die Internationale, 1932, H. 3

- Thälmann, Ernst, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin 1956
- Ders., Auszüge aus Reden (1925-1931). Als Ms. gedruckt, hrsg. von der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Potsdam o.J.
- Ulbricht, Walter, Die demokratische Bodenreform - ein ruhmreiches Blatt in der deutschen Geschichte, in: Neues Deutschland v. 2.9.1955
- Ders., Strategie und Taktik der SED, in: Einheit, 1946, H. 5
- Ders., Vergangenheit und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963

3. Archivalien

3.1. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Zentrales Parteiarchiv (IML/ZPA)

Fonds KPD, ZK, Abt. Land:

- 3/10/328 Protokoll der Sitzung der Landabteilung (9.5.1932)
- 3/10/329 Berichte und Zusammenstellungen zum Stand der Landarbeit der KPD (1932)
- 3/10/330 Rundschreiben, Anweisungen der Abt. Land an die Bezirksleitungen zu Fragen der Einheitsfrontaktion auf dem Lande (1932)
- 3/10/813 Berichte, Richtlinien und Rundschreiben der Abt. Land des ZK betr. Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses (1929)
- 3/10/1366 Arbeit der Partei auf dem Lande im Zusammenhang mit dem Bauernhilfsprogramm (1931-1932)
- 3/10/1457 Referentenmaterialien zum Bauerntag im November 1931, zur Lage der werktätigen Bauern in Deutschland (1931)
- 25/10/777 Bericht über Konferenz oppositioneller Bauernführer in Fulda am 31. Mai 1931

RmdI, IAN:

- St.10/60 Linksgerichtete Organisationen, (1930-1933)
- St.10/342 KPD - Landarbeiter (1929-1931)
- Polizeipräsidium Berlin:
- St.0/1/2 KPD - Landagitation (1925-1930)
- St.0/1/20 Bauernbewegung u.a. (1925-1932)

3.2. Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung I,
Potsdam (DZA I)

3.2.1. Büro des Reichspräsidenten

- 0/4 Schriftwechsel Staatssekretär Dr. Meißner (1932)
46 Kabinettsbildung, Ernennung und Verabschiedung von
Reichskanzler und Reichsministern (1930-1932)
47 dito (1932-1933)
89/1 Ernennung und Verabschiedung von höheren Beamten, Reichs-
ministerium für Ernährung und Landwirtschaft (1920-1933)
329 Allgemeine Landwirtschaftsfragen (1928-1929)
330 dito (1929-1930)
331 dito (1930-1931)
332 dito (1931-1932)
333 dito (1932-1933)

3.2.2. Reichsministerium des Innern (RMdI)

- 25789 Deutschvölkische u. Nationalsozialistische Partei
(1929-1932)
25950 Angriffe gegen die Reichsregierung (1930-1932)
25951 dito (1932-1933)
25952 Nationale Opposition. Harzburger Tagung (1931-1933)
26029 Bauernbewegung, rechtsgerichtete (1930-1931)
26030 dito (1931-1933)
26062 NSDAP, Allgemeines (1930)
26063 dito (1930-1931)
26064 dito (1931-1933)
26067 NSDAP. Bewegung, Entstehung, Ziele u. Mittel (1931)
26068 dito (1932)
26127 NSDAP - Bauernbewegung (1930-1933)
26142 Deutschnationale Volkspartei (1930-1933)
26143 Reichslandbund (1930-1933)
26145 Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei (1930-1931)
26172 Bund schaffender Landwirte. Reichsbauernbund (1930-1934)
3.2.3. Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung
220 Bauernbewegung 1928 (1928-1929)
221 dito (1929-1930)
282 Bayerischer Bauernbund. Deutsche Bauernschaft. Deutsche
Bauernpartei (1926-1930)

3.2.4. Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft

- 10 Personalakte: Backe, Herbert
53 Personalakte: Darré, Richard Walther

3.2.5. Reichsnährstand

- 155 Organisation der Landesbauernschaften (1933)

3.2.6. Nürnberger Prozeß - Fall XI (Wilhelmstraßenprozeß)

- 163 Darré, Direktverhör durch seinen Verteidiger (Aug.1948)
386 Darré, Anklage - Dokumentenbuch 101

3.2.7. Deutschnationale Volkspartei

- 11 Krisen in der Partei (1926-1933)
15 Entschließungen (1928-1929)
16 Verschiedene Aufsätze und Materialien (1929-1930)
18 Versammlungsberichte zum Rundschreiben Nr. 39 (Novemberwelle) (1930-1931)
24 Verwaltungs- und Verfassungsreform (1927-1928)
36 Agrarpolitik (1930-1931)
54 Parteitag Kassel I (1929)
58 Schulungswoche der DNVP (März 1928)
60 Protokoll der Versammlung des Landesverbandes
Potsdam II der DNVP (19.10.1932)
72 Verschiedenes Material zum Volksbegehren (Youngplan)
(1929-1930)
90 Verschiedenes Material (1925-1930)

3.2.8. Reichslandbund (RLB)

Präsidialabteilung:

- 10 Angriffe gegen Kalckreuth im Zusammenhang mit seinem Rücktritt als Präsident des RLB (Mai 1933)
11 Auseinandersetzungen zwischen Meinberg u. v.Rohr (1933)
14a/b Schriftwechsel mit Mitgliedsverbänden, ldw. Organisationen, Institutionen u. Persönlichkeiten: Anhalt, Sachsen, Thüringen (1928-1932)
18 dito: Brandenburg (1927-1930)
22a/b dito: Schlesien (1925-1930)
23 dito: Schlesien (1930-1933)
24 dito: Schleswig-Holstein (1926 u. 1932)
27 Verhältnis zur DNVP (1924-1932)

30a/b Einladungen anderer Organisationen u. Institutionen
(1929-1931)

Direktion K:

- 24a/b Organisation und Tätigkeit des RLB (1921-1933)
45 Gleichschaltung des landw. Organisationswesens (1933)
47a/b Reichslandbundtage (1928-1929)
48 dito (1931)
50 Protokolle u. Berichte über Sitzungen u. andere Ver-
anstaltungen (1927-1933)
51 Rechnungs- u. Etatangelegenheiten des RLB (1929-1930)
60 Schriftwechsel mit Mitgliedsverbänden, ldw. u. sonstigen
Institutionen u. Persönlichkeiten (1924, 1929-1931)
63 Arbeitsausschuß deutscher Verbände (1922-1931)
64 Arbeitsgemeinschaft f. vaterl. Aufklärung (1929-1931)
68 Landwirtschaftskammern (1926-1929)
74 Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten (1928-1931)
82 Pressestelle: Schriftwechsel (1926-1931)
83 Herausgabe u. Versand der Grünen Wochenschau des RLB,
(1926-1932)
85 Verbot der Wochenschrift "Reichs-Landbund" (1931-1933)
86 Verbot verschiedener Landbundzeitungen (1931-1933)
94a/b Propagandatätigkeit: Allgemeines, Kriegsschuldfrage,
Versailles (1921-1930)
99 Schriftwechsel über Linds Broschüre: "Mein Kampf gegen
Hugenberg" (1929-1930)
100 Landbund-Rüstzeug: Verfassung u. Verwaltung (1929-1933)
111 Aufrufe, Kundgebungen u. Entschließungen des RLB zur
politischen u. wirtschaftlichen Lage (1930-1933)
113 Eingaben des RLB an Hindenburg, Empfänge des RLB durch
den Reichspräsidenten (1926-1933)
117 Reichstagswahl 1928 (1927-1928)
118 Reichstagswahl Sept. 1930
120a/b Volksbegehren gegen den Youngplan (1928-1930)
121 Volksentscheid über die Auflösung des Preußischen
Landtages (1931)
122 Reichsreform und Verwaltungsreform (1927-1931)
132a/b Kundgebungen u. Entschließungen von Landbünden usw.
zur Lage der Landwirtschaft (1928-1931)

- 135 Verwaltungs- u. Aufsichtsräte verschiedener Unternehmen (1932-1933)

Direktion S:

- 144 Angelegenheiten des Bundesvorstandes. Rundschreiben
Berichte, Mitteilungen (1926-1927)
145 dito (1931)
146 dito (1932-1933)

Direktion W:

- 163 Reichs-Junglandbund - Sitzungen des Gesamtvorstandes,
Rundschreiben (1924-1930)

Reichsjunglandbund:

- 166 Organisation und Tätigkeit - Schriftwechsel (1928-1933)
167 dito (1931-1933)

Brandenburgischer Landbund:

- 175 Behandlung von Organisationsfragen des RLB im Branden-
burgischen Landbund (1928)
176 Rundschreiben des Brdb. Landbundes (1919-1932)
177 Schriftwechsel mit Kreislandbünden (1927-1933)
178 Beziehungen zur DNVP (1924-1931)
180 Beziehungen zur NSDAP (1931)
182 Kommunistische Propaganda auf dem Lande (1927-1932)
183 Dt. Bauernschaft. Deutscher Bauernbund. Reichsbauern-
bund u.a. gegnerische Organisationen (1924-1933)
185 Jungdeutscher Orden (1930)
187 Verschiedene polit. Organisationen und Institutionen,
u.a. Stahlhelm (1928-1933)
191 Beziehungen zur Deutschen Tageszeitung (1925-1933)

Landbund Mecklenburg-Schwerin:

- 212 Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle u. Schrift-
wechsel (1924-1933)
223 Notstandsaktion der Landwirtschaft 1928 (1927-1928)
225 Kaufenthaltung der landw. Bevölkerung (1929)
226 Notstandsaktionen der Landwirtschaft (1930-1931)

Pommerscher Landbund:

- 234 Organisation u. Tätigkeit des Pomm. Landb. (1925-1933)
235 Gleichschaltung des Pomm. Landbundes (1933)
236a/b Statistik der Mitgliederzahl u. angeschlossenen Fläche
der Kreisgruppen des Pommerschen Landbundes
(1931-1933)

- 241 Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern
(1931-1933)
- 243 Verschiedene Presseangelegenheiten (1931-1933)
Schleswig-Holsteinischer Land- und Bauernbund
- 257 Schriftwechsel des Hauptgeschäftsführers Scheel mit
dem Vorsitzenden Tönnsen (1933)
- 261 Reichspräsidentenwahl (1932)

3.3. Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II,
Merseburg (DZA II)

3.3.1. Rep. 77, Ministerium des Innern

Titel 4043:

- 9 Volksbegehren gegen den Youngplan (1929-1931)
- 13 Reichspräsidentenwahlen (1931-1932)
- 194 Bauernbewegung (1928-1929)
- 195 desgl. (1929-1931)
- 278 Deutschnationale Volkspartei (1925-1933)
- 283 NSDAP (1928-1933)
- 287 Bauernparteien (1928-1931)

3.3.2. Rep. 87 B, Preuß. Ministerium für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten

- 330 Pommerscher Landbund (1930-1932)
- 19315 Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Ordnung und
Sicherheit (1930-1931)
- 19316 dito (1931-1932)
- 20548 Das landwirtschaftliche Vereinswesen im Preußischen
Staat u. im Reich (1929-1933)
- 20561 Zusammenschluß der landw. Verbände (1928-1931)
- 20604 Landw.u. zweckverwandte Provinzial- u. Lokalvereine
in Brandenburg (1914-1933)
- 20609 dito: in Pommern (1913-1933)
- 20628 dito: in der Rheinprovinz (1929-1934)
- 20629 dito: in Schleswig-Holstein (1913-1934)
- 20630 dito: in Hannover (1916-1934)

3.4. Staatsarchiv Potsdam (STA Potsdam)

Rep. 2 A Regierung Potsdam, Abt. I Pol.:

- 1106 Versammlungen u. Demonstrationen des Landbundes
(1928-1929)

- 1402 Verstöße gegen die Presseverordnung u. Überwachung der Presse (1931-1932)
- 2135 Mitteilungen des Kriminalpolizeiamtes (1929-1930)
- Rep.37 Herrschaft Boitzenburg:
- 3840 Schriftwechsel des Grafen Dietloff von Arnim mit dem Stahlhelm und anderen politischen Organisationen (1928-1932, 1943)
- Rep.37 Herrschaft Neuhardenberg:
- 1896 Mitgliedschaft des Grafen H.C. v.Hardenberg im Brandenburgischen Landbund (1928-1932)
- Rep.37 Gut Zichow:
- 29 Schriftwechsel der Gutsverwaltung mit dem Kreislandbund u. der Kreisbauernschaft Angermünde (1927-1940)
- Rep.5E Amtsgericht Neuruppin:
- VR 7 Verband zur Wahrnehmung der Interessen der Landwirte des Kreises Ruppin, Kreislandbund (1919-1934)
- Rep.5E Amtsgericht Rathenow:
- 30 Verband zur Wahrung der Interessen des Kreises Westhavelland (1919-1935)

3.5. Staatsarchiv Schwerin (STA Schwerin)

Meckl.-Schwerinsches Ministerium des Innern:

- 21259 Sammelmappe mit Pressenotizen (1920-1933)

Meckl.-Strelitzer Ministerium des Innern:

- 318 Die Tariffähigkeit des Landbundes als Arbeitnehmerorganisation (1926-1932)

Meckl.-Schwerinsches Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten:

- 148 Die Landwirtschaftskammer (1926-1933)

Meckl.-Schwerinsche Gesandtschaft in Berlin:

- 480 Osthilfe ab 1.1.1933 (1932-1933)

3.6. Staatsarchiv Magdeburg (STA Magdeburg)

Rep. C 20 Ib Oberpräsidium d. Provinz Sachsen zu Magdeburg

X Polizeisachen:

- 1915 Politische Propaganda auf dem flachen Lande (1929-1932)

XV Landwirtschaftliche Angelegenheiten:

- 2357 Landbund Sachsen-Anhalt (1919-1933)

3.7. Staatsarchiv Dresden (STA Dresden)

Ministerium des Innern

Sekt. IX Politische Polizei:

11126/1-5 Monatsberichte über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen (1927-1931)

19092 Kommunistische Propaganda auf dem Lande (1928-1933)

19093 Kommunist. Propaganda in der Reichswehr (1927-1929)

Sekt. XVIII Landwirtschaft:

15526/1 Organisation des landwirtschaftlichen Vereinswesens (1878, 1906-1935)

3.8. Wojewódskie Archiwum Państwowe Szczecin (WAP Szczecin)

Regierung Stettin, Polizeipräsidium:

3 Politische und wirtschaftliche Vorgänge im Kreis Anklam (1928-1935)

10 Politische und wirtschaftliche Vorgänge im Kreise Demmin (1931-1936)

49 Polizei und Volksbegehren (1931-1934)

172 Landvolkbewegung (1929-1933)

173 Landvolkbewegung (1928-1931)

185 Stahlhelm (1930-1933)

196 Deutschnationale Volkspartei (1929-1933)

Landratsamt Belgard:

121 Reichstagswahl am 6.11.1932 (1932)

123 Landtagswahl am 24.4.1932 (1932)

125 Volksbegehren (1931)

129 Reichstagswahl am 31.7.1932 (1932)

3.9. Wojewódskie Archiwum Państwowe Bydgoszcz (WAP Bydgoszcz)

Rep.28 Deutschlandbund:

56 Landbund Tuchel, Briefe an und von der Kreisbehörde (1919-1923)

168 Kreislandbund Tuchel-Zempelburg, Korrespondenzen (1919-1922)

395 Hauptverein deutscher Bauernvereine Posen, Protokolle der Vorstandssitzungen (1919-1923)

515 Landbund Weichselgau Thorn (1927-1929)

652 Agrarreform (1926-1927)

670 Dokumente "Bauernverein" (1920-1923)

- 714 Kreislandbund Tuchel-Zempelburg, Briefe an Mitglieder bzw. Ortsgruppen (1919-1923)
- 715 dito, Briefe vom und an den Landbund Weichselgau Thorn (1921-1923)
- 826 Agrarreform (1929)
- Rep.15
- 13 Die Agrarstruktur der deutschen Volksgruppe in Posen und Pommerellen (1934-1938)
- 3.10. Pressearchiv des Reichslandbundes - Museum für Deutsche Geschichte und Deutsche Akademie für Landwirtschaftswissenschaften, Berlin
-

- 7 E Entschließungen und Aufrufe des Reichslandbundes
- 45 K Kommunisten und Reichslandbund
- 45 N Nationalsozialisten und Landbund
- 50 N NSDAP - Parteiprogramme u. Parteiversammlungen
- 98 Vereinigung der deutschen Bauernvereine
- 98 A Kleinbauernbewegung, Deutsche Bauernschaft
- 127 Innenleben des Reichslandbundes
- 154 A Führertagungen und Empfänge des Reichslandbundes
- 244 Reichslandbund und Reichsregierung, bes. Kabinettsbildung
- 425 Reichsregierung
- 450 Po Pommerscher Landbund
- 480 R Reichslandbund und Reichspräsidentenwahlen
- 492 Hi Hitler, Adolf - Führerreden
- 492 L NSDAP und Landwirtschaft
- 7 Personalialia:
- Hepp, Karl
- Schiele, Martin
- Kalckreuth, Graf von

4. Gedruckte Materialien

4.1. Dokumente, Berichte, Protokolle

Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,
Berlin 1976

Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED. Bericht-
ersteller: Genosse Erich Honecker, Berlin 1976

XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des Zentralko-
mitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und
die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen-u. Außen-
politik. Berichterstatter: L.I. Breshnew, Berlin 1976

VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und
Resolutionen, Berlin 1975

Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik
(Mai 1932 bis Januar 1933). Hrsg. H. Karl/E. Kücklich,
Berlin 1965

Graubuch. Expansionspolitik der Neonazis in Westdeutschland.
Eine Dokumentation. Hrsg. vom Nationalrat der nationa-
len Front, 2. Überarb. u. erw. Aufl., Berlin 1967

Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945. Protokoll der
2. Tagung der Fachgruppe Geschichte der neuesten Zeit
1917-1945 am 20. und 21. März 1965 in Berlin im Rahmen
des III. Kongresses der Deutschen Historiker-Gesell-
schaft, Berlin 1966

Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931. Protokoll,
Berlin 1931

Landtag von Thüringen: Nr. 461, IV. Abteilung, Stenographi-
sche Berichte über die Sitzungen des Fünften Landtags
von Thüringen, Bd. 1 (1. bis 35. Sitzung, 7. Januar
1930 bis 23. Mai 1930); Nr. 460, III. Abteilung, Be-
schlüsse des Fünften Landtags von Thüringen 1930/32
(Nr. 1 bis 219); Nr. 485, I. Abteilung, Vorlagen, An-
träge, Große Anfragen des Fünften Landtags von Thürin-
gen 1930/32 (Nr. 1 bis 347)

Beiträge zu einem deutschen Agrarprogramm. Reichsverband der
Deutschen Industrie, Berlin 1930

Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Indu-
strie, H. 42 (1928) bis H. 60 (1932), Berlin

- Deutsche Führerbriefe. Politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz, Berlin, Jg. 1931, 1932
- Rett die Landwirtschaft! Entschließung des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei am 9. April 1929 in Berlin (Deutschnationale Flugschrift, 519)
- Entschuldung der Landwirtschaft! Das Hugenberg-Programm, Berlin 1931
- Berufsständische Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landwirtschaft. Jahresbericht, 1. Juli 1927 bis 30. Januar 1928 von (H.J.) v.Rohr (Schriften des deutschen Landarbeitervverbandes, Nr. 27), Berlin 1930
- Geschäftsbericht des Brandenburgischen Landbundes für 1928; ... für das Jahr 1929; ... für 1931, Berlin
- Geschäftsbericht des Landbundes Anhalt E.V. für das Geschäftsjahr 1928/29; ... für 1929/30; ... für 1930/31, Köthen i. Anhalt
- Geschäftsbericht des Schlesischen Landbundes für 1929
- 4.2. Zeitgenössische Reden und Vorträge, Kampf- und Flugschriften
-
- Bauernnöte vor den Parlamenten. Eine Rede des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Hoernle über die Not der Bauernschaft. Antliches Stenogramm der 391. Sitzung des Reichstages am 2. März 1928, Berlin 1928
- Die Forderungen der Grünen Front vor dem Reichstag. Nach amtlichen Stenogrammen und Reichstagsdrucksachen, Berlin (1930)
- Für Bauernversammlungen. Referentenmaterial für den Reichstagswahlkampf 1930. Hrag. vom Zentralkomitee der KPD. Als Ms. gedr., Breslau (1930)
- Referentenmaterial für landwirtschaftliche Fragen. Reichstagswahl 31. Juli 1932. Hrag. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin 1932
- Hugenberg, (A.), Klare Front zum Freiheitskampf. Rede gehalten auf dem 9. Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Kassel am 22. November 1929, Berlin 1929
- Hugenbergs innenpolitisches Programm. Rede gehalten auf dem 10. Reichsparteitag d. Deutschnationalen Volkspartei am 20. Sept. 1931 in der Messehalle Stettin, Berlin 1931

- Richthofen-Boguslawitz, Frhr.von, Landwirtschaft und Weltwirtschaft. Vortrag gehalten in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin am 11. Januar 1929 (Schriftenreihe des Schlesischen Landbundes, H. 21), Breslau u. Schweidnitz 1929
- Rohr-Demmin, (H.J.) von, Der deutsche Osten. Rede gehalten auf dem 10. Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei am 20. September 1931 in der Messehalle Stettin, Berlin 1931
- Bauernpolitik der Nationalregierung. Rundfunkrede von Staatssekretär v. Rohr im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Leipzig 1933
- Rohr-Manze, Kurt von, Das sozialdemokratische Agrarprogramm. Vortrag auf der Führertagung des Schlesischen Landbundes in Breslau am 4.10.1928 (Schriftenreihe des Schlesischen Landbundes, H. 15), Breslau u. Schweidnitz 1928
- Rede des Reichsbauernführers und Reichsernährungsministers R.W. Darré auf dem Ersten deutschen Reichsbauerntag in Weimar am 21. Hartung 1934, Berlin (1934)
- Bauernkampf gegen Bauernnot. Hrsg. vom Deutschen Reichsbauernkomitee, Berlin (1932)
- Bauernkampf gegen Zwangsenteignung. Hrsg. vom Reichsbauernbund, Berlin (1932)
- Wie wehrt sich der Bauer gegen Zwangsenteignung? Hrsg. vom Reichsbauernbund, Berlin (1931)
- Bauernpolitik oder Landbundpolitik? Hrsg. Wirtschaftsverband für bäuerliche Veredelungswirtschaft e.V. Bremen, Brinkum/Bremen 1931
- Der Bauer im Kampf gegen den Landbund. Hrsg. Wirtschaftsverband für bäuerliche Veredelungswirtschaft e.V. Bremen, Brinkum/Bremen (1931)
- Für Ar und Halm! (Wahlflugschrift der Landvolkpartei), Berlin 1930
- Abwehr - ABC Hrsg. Reichs-Landbund e.V., Berlin 1930
- Bang, (Paul), Für Wahrheit und Freiheit! (Deutschnationale Flugschrift, Nr. 345), Berlin 1930

Richtshofen-Boguslawitz, Frhr.von, Speckzölle über Nationalpolitik - Aufklärung und Klärung, Schweidnitz (1930)

Landwirtschaft und Nationalsozialismus. Hrsg. Reichs-Landbund e.V., Berlin 1930

Landvolkpartei. (Deutschnationales Rüstzeug), Berlin 1930

Landvolk merke auf! (Deutschnationales Flugblatt, Nr. 507)

Reisner, Stahlhelm, Landbund und Deutschnationale Volkspartei. Hrsg. von der DNVP, Landesverband Frankfurt/O., Landsberg (1929)

Scheibe, A., DNVP und NSDAP. Was uns einigt und was uns trennt. (Deutschnationale Flugschrift, Nr. 367), Berlin 1932

Ders., DNVP und NSDAP. (Deutschnationale Flugschrift, Nr. 377), Berlin 1932

Seipel, Willi, Landvolkpartei oder Hitlerbewegung? (Kampfschrift, H. 3), München 1932

Vorwärts! (Wahlflugschrift der DNVP), Berlin 1930

Wo gehört der Landwirt hin? Zu den Nationalsozialisten oder zu den Deutschnationalen? (Deutschnationale Flugschrift, Nr. 381), Berlin 1933

4.3. Jahrbücher, Gesetzblätter

Jahrbuch für Geschichte, Bd. 1, Berlin 1967

Brandenburgischer Landbund-Kalender für das Jahr 1928 und für das Jahr 1931

Deutscher Bauernkalender 1934, Hrsg. R.W. Darré, Berlin (1933)

Egelhaafs Historisch-politische Jahresübersicht für 1929, 1930, 1931, 1932, Stuttgart

Horkenbach, Cuno, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1930; ... Erg.-Band 1931, Berlin (1932)

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Ulrich Thürauf, Jg. 1928 bis 1932, München

Reichsgesetzblatt, Teil I, 1930-1933

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 49. Jg. 1930 bis 52. Jg. 1933

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, 1. Jg. 1931 u. 2. Jg. 1932, München

4.4. Handbücher, Sammelbände

- 4 Monate Brüning-Regierung. Auf dem Wege zur faschistischen Diktatur. Nachtrag zum Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion, April bis Juli 1930. Hrsg. im Auftrage des ZK der KPD, Berlin (1930)
- Zwei Jahre Brüning-Diktatur. Von Brüning bis Papen. Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion, April 1930 bis Juli 1932. Hrsg. von der KPD, Berlin (1932)
- Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. I u. II, Leipzig 1968 u. 1970
- Historische Forschungen in der DDR 1960 bis 1970. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderband 1970
- Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Sammelband 1-13/14, Erfurt/Arnstadt o.J.
- Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Sammelband, Berlin 1974
- Von der Novemberrevolution zur demokratischen Bodenreform in Deutschland. Beiträge zur deutschen Agrargeschichte von 1917 bis 1945, WZ Rostock, 1968, G. 2/3
- 20 Jahre demokratische Bodenreform in Mecklenburg. Hrsg. im Auftrage des Landwirtschaftsrates des Bezirkes Rostock von der Arbeitsgemeinschaft Agrargeschichte am Historischen Institut der Universität Rostock, Rostock o.J.
- Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von E. Matthias u. R. Morsey, Düsseldorf 1960
- Deutsche Geschichte im Überblick. Ein Handbuch, hrsg. von Peter Rassow, Stuttgart 1953
- Handbuch des öffentlichen Lebens. Sechste Ausgabe des politischen Almanachs. Hrsg. von M. Müller-Jabusch, Leipzig (1931)
- Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte. Hrsg. von H. Rössler u. G. Franz, München 1958
- Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte, Hrsg. von H. Rössler u. G. Franz, München 1953
- Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Bd. I u. II, Berlin 1930 u. 1931

Wer ist wer? XIV. Ausgabe von Degeners Wer ist's? Hrsg. von W. Habel, Bd. I, (West)Berlin 1962

Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Gräflichen Häuser, zugleich Adelsmatrikel der Deutschen Adelsgenossenschaft, Teil A, 115. Jg. 1942, Gotha

Niekammers Landwirtschaftliche Güter-Adreßbücher:

Bd. I, Pommern, Leipzig 1928; Bd. II, Grenzmark Posen-Westpreußen, 3. Aufl. Leipzig 1922; Bd. III, Ostpreußen, 5. Aufl. Leipzig 1932; Bd. IV, Mecklenburg, 4. Aufl. Leipzig 1928; Bd. V, Provinz Sachsen, 3. Aufl. Leipzig 1922; Bd. VI, Provinz Hessen-Nassau, Teil I u. II, Leipzig 1927 u. 1929; Bd. VII, Brandenburg, 3. Aufl. Leipzig 1923; Bd. IX, Freistaat Sachsen, 3. Aufl. Leipzig 1925; Bd. XVIII, Thüringen, Leipzig 1923; Bd. XIX, Bayern, Leipzig 1923; Bd. XX, Freistaat Württemberg, Leipzig 1926

Schlesisches Güter-Adreßbuch, Vierzehnte Ausgabe, Breslau 1930
Großgrundbesitz im Umbruch der Zeit. Hrsg. von (Hans Olaf) von Rohr, 3., verb. Aufl., Berlin 1935

Bauern-ABC. Bearb. von der Pressestelle des Reichs-Landbundes, Berlin 1928

Organisationsbuch des Reichs-Landbundes 1929, Berlin

Landbundführer für den Kreislandbund Westhavelland in Rathenow, Meissen (1927)

Zehn Jahre Thüringer Landbund. Festschrift zum 10jährigen Gedenktage des Thüringer Landbundes 1919-1929. Hrsg. von der Hauptgeschäftsstelle in Weimar, Weimar 1929

5. Zeitungen und Zeitschriften

Der Rote Aufbau. Monatsschrift für Politik, Literatur, Wirtschaft, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung. Organ des ZK der IAH, Berlin, Jg. 1929-1932

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, hrsg. vom ZK der KPD, Berlin, Jg. 1932

Die Rote Fahne. Zentralorgan der KPD, Berlin, Jg. 1930-1932

Die Weltbühne. Wochenschrift für Politik, Kunst, Wissenschaft. Geleitet von C. von Ossietzky, Berlin, Jg. 1929-1932

- Internationale Pressekorrespondenz. Deutsche Ausgabe, Berlin,
Jg. 1928-1932
- Neue Deutsche Bauern-Zeitung. Publikationsorgan des Reichs-
bauernbundes, Berlin, Jg. 1931-1932
- Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (BZG),
Berlin
- Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaft-
lichen Sozialismus, Berlin
- IPW-Berichte. Hrsg. Institut für Internationale Politik und
Wirtschaft, Berlin
- Neues Deutschland. Organ des Zentralkomitees der Sozialisti-
schen Einheitspartei Deutschlands
- Probleme des Friedens und des Sozialismus. Zeitschrift der kom-
munistischen und Arbeiterparteien für Theorie und In-
formation, Berlin
- Sowjetwissenschaft - Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge,
Berlin
- Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), Berlin
- Reichs-Landbund. Agrarpolitische Wochenschrift, Berlin,
Jg. 1928-1933
- Zeitungsdiens des Reichs-Landbundes, Berlin, Jg. 1930-1933
- Der Brandenburgische Landbund, Berlin, Jg. 1931
- Der Pommersche Landbund, Ausgabe A Stettin, Jg. 1928-1931
- Der Thüringer Landbund, Weimar, Jg. 1928-1933
- Hannoverscher Landbund, Hannover, Jg. 1930-1931
- Landwirtschaftsverband Ostpreußen, Ausgabe A Königsberg Pr.,
Jg. 1930-1931
- Schlesischer Landbund, Ausgabe A Breslau, Jg. 1930-1931
- Deutsches Adelsblatt, Berlin, Jg. 1932
- Der Ring. Unabhängige Wochenschrift für Politik. Hrsg. H. von
Gleichen, Berlin, Jg. 1931-1932
- Nationalsozialistische Landpost. Wochenblatt für das deutsche
Landvolk, München, Jg. 1931-1933
- Deutsche Agrarpolitik. Monatsschrift für das deutsche Bauern-
tum. Hrsg. von R.W. Darré, München, Jg. 1932-1933
- Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Hrsg. von H. Rothfels
u. T. Eschenburg, Stuttgart
- Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Hrsg.
von G. Franz, Frankfurt a.M.

(Einzelne Ausgaben anderer Zeitungen und Zeitschriften sind in den Anmerkungen angegeben.)

6. Darstellungen und Erinnerungen

- Abel, Wilhelm, Agrarpolitik, 2. Aufl., Göttingen 1958
- Adler, H./Pötschke, H., Neofaschistische Aktivitäten in Westeuropa, in: IPW-Berichte, Berlin 1974, H. 12
- Arndt, Fritz, Die Politik der preußischen Regierung während der beiden Brüning-Kabinette (März 1930 bis Mai 1932). Phil. Diss. Berlin 1966 (MS)
- Bang (Paul), Bauernnot - Volksnot, Berlin (1928)
- Behnke, Walter, Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen. R. u. Staatswiss. Diss., Ohlau 1929
- Beyer, Hans, Die Agrarkrise und das Ende der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Frankfurt/M. 1965, H. 1
- Ders., Die Landvolkbewegung Schleswig-Holsteins und Niedersachsens 1928-1932, in: Jahrbuch der Heimatgemeinschaft des Kreises Eckernförde, 15. Jg. 1957
- Berthold, Lothar, Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930, Berlin 1956
- Borcke-Stargardt, Henning Graf von, Der ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik, Würzburg 1957
- Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 2., verb. u. erw. Aufl., Stuttgart u. Düsseldorf 1957
- Bracher, K.D./Sauer, W./Schulz, G., Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland, Köln - Op-laden 1962
- Braun, Magnus Frh. von, Von Ostpreußen bis Texas, 2. Aufl. Stollhamm 1955
- Braun, Otto, Von Weimar bis Hitler, Hamburg 1949
- Brentano, Bernhard von, Der Beginn der Barbarei in Deutschland, Berlin 1932

- Brüning, Heinrich, Ein Brief, in: Deutsche Rundschau, 70. Jg. 1947, H. 7
- Buchta, Bruno, Die Junker und die Weimarer Republik. Charakter und Bedeutung der Osthilfe in den Jahren 1928-1933, Berlin 1959
- Burkhardt, Jürgen, Bauern gegen Junker und Pastoren, Berlin 1963
- Cerny, Jochen, Reichs-Landbund 1921-1933, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch, Bd. II, Leipzig 1970
- Conze, Werner, Die Weimarer Republik, in: Deutsche Geschichte im Überblick. Ein Handbuch, hrsg. von Peter Rassow, Stuttgart 1953
- Ders., Zum Sturz Brünings, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1953, H. 1
- Darré, R. Walther, Industrie und Reichsnährstand, in: Deutsche Agrarpolitik. Monatsschrift für Deutsches Bauerntum, 2. Jg. 1934, H. 7
- Ders., Landvolk in Not und seine Rettung durch Adolf Hitler, München 1932
- Denecke, Horst, Die agrarpolitische Konzeption des deutschen Imperialismus beim Übergang vom bürgerlich-parlamentarischen System zur faschistischen Diktatur (Frühjahr 1930 bis Herbst 1934), Phil. Diss. Berlin 1972 (MS)
- Deutsche Geschichte in drei Bänden, Bd. 3 von 1917 bis zur Gegenwart, Berlin 1968
- Dietze, Constantin von, Grundzüge der Agrarpolitik, Hamburg und Berlin 1967
- Eickstedt, Claus von, Bauernkampf der Gegenwart, 2. Aufl. Langensalza 1932
- Elsner, Lothar, Zur Funktion und Politik der "Herrengesellschaft Mecklenburg" (Deutscher Klub Mecklenburg), in: Beiträge zur deutschen Agrargeschichte von 1917 bis 1945, WZ Rostock 1968, G.2/3
- Elsner, Rudolf, Der Charakter und die Bedeutung der Osthilfe während des Hitlerfaschismus. Phil. Diss., Halle-Wittenberg 1959 (MS)

- Eyck, Erich, Geschichte der Weimarer Republik, Zweiter Band, Erlenbach - Zürich 1956
- Faingar, I. M., Die Entwicklung des deutschen Monopolkapitalismus, Berlin 1959
- Franz, Günther, Politische Geschichte des Bauerntums, Celle 1959
- Fricke, Dieter, Bund der Landwirte, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch, Bd. I, Leipzig 1968
- Ders., Die bürgerlichen Parteien und die Lebensfragen der deutschen Nation. Zur Erforschung und Darstellung der Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland, in: ZfG, 1963, H. 1
- Ders., Methodologische Probleme der Erforschung der Geschichte der bürgerlichen Parteien, in: ZfG, 1965, H. 2
- Ders., Strategie und Taktik der Bourgeoisie in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus (Thesen), in: ZfG, 1968, H. 9
- Ders., Strategie und Taktik der Bourgeoisie in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus (Referat im Arbeitskreis des IV. Historikerkongresses der DDR), ZfG, 1969, H. 1/2
- Fruck, Horst, Die Lösung der Bodenfrage in den sozialistischen Ländern, in: Beilage zur WZ der HUB, Mat.-nat. Reihe, Berlin 1968
- Funke-Kaiser, Karl, Die Entwicklung der Berufsvertretung und der ständische Aufbau der deutschen Landwirtschaft, Zeulenroda (1936)
- Galkin, A.A., Der Faschismus erleidet Niederlagen, die Gefahr des Rechtsradikalismus bleibt, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Berlin 1974, H. 12
- Ders., Die Ideologie des Faschismus und der Neofaschismus, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1975, H. 12
- Gentzen, F. H., Zur Geschichte des deutschen Revanchismus in der Periode der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Berlin 1960, H. 4

- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Bde. 3-5, Berlin 1966
- Gies, Horst, Die nationalsozialistische Machtergreifung auf dem agrarpolitischen Sektor, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Frankfurt/M. 1968, H. 2
- Ders., R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930-1933. Phil.Diss. von 1965, Frankfurt/M. 1966
- Gimbel, A., So kämpften wir! Schilderungen aus der Kampfzeit der NSDAP im Gau Hessen-Nassau. Bearb. von Karl Hepp, Frankfurt a.M. 1941
- Goebbels, Joseph, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934
- Görlitz, Walter, Die Junker. Adel und Bauern im deutschen Osten, Glücksburg 1956
- Ders., Hindenburg. Ein Lebensbild, Bonn 1953
- Ders., Sendung und Macht Mussolini. Geschichte eines Lebens, Leipzig 1939
- Gossweiler, Kurt, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre, Phil Diss. Berlin 1963 (MS)
- Ders., Die Röhm-Affäre von 1934 und die Monopole, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin 1966
- Ders., Karl Dietrich Brachers "Auflösung der Weimarer Republik", in: ZfG, 1958, H. 3
- Gossweiler, Kurt/Schlicht, Alfred, Junker und NSDAP 1931/32, in: ZfG, 1967, H. 4
- Gottwald, H./Fritsch, W., Bayerischer Bauernbund, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch, Bd. I, Leipzig 1968
- Graffunder, Siegfried, Kollektiv unter Leitung von, Edwin Hoernle - Zum Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern. Eine Auswahl seiner agrarpolitischen Reden und Schriften 1928-1951, Berlin 1972
- Häbich, Theodor, Deutsche Latifundien. Bericht und Mahnung, 3. Aufl. Stuttgart 1947
- Haferkorn, Katja, Das Ende der Weimarer Republik in der westdeutschen Geschichtsschreibung, in: ZfG, 1965, H. 6
- Dies., Die bürgerliche westdeutsche Historiographie über das Ende der Weimarer Republik, in: ZfG, 1970, H. 8

- Dies., Zum Wesen der Präsidentialregierungen, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin 1966
- Hallgarten, George W.F., Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt a.M. 1955
- Haushofer, Heinz, Das agrarpolitische Weltbild, Leipzig und Berlin 1939
- Ders., Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter, Stuttgart 1963
- Ders., Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet, Bd. II, München - Bonn - Wien 1958
- Heberle, Rudolf, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932, Stuttgart 1963
- Heitz, G./Haack, H./Dillwitz, S./Polzin, M./Wilhelm, H.G., Forschungen zur Agrargeschichte, in: Historische Forschungen in der DDR 1960-1970, ZfG, Sonderband 1970
- Heller, Karl, Der Bund der Landwirte bzw. Landbund und seine Politik mit besonderer Berücksichtigung der fränkischen Verhältnisse. Phil. Diss., Würzburg 1936
- Herferth, Wilhelm, Der faschistische "Reichsnährstand" und die Stellung seiner Funktionäre im Bonner Staat, in: ZfG, 1962, H. 5
- Ders., Der Reichsnährstand - ein Instrument des Faschismus zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, unter besonderer Berücksichtigung des Aufbaues des Reichsnährstandes in den Jahren 1933 bis 1935. Phil. Diss., Berlin 1961 (MS)
- Ders., Der Reichsnährstand - ein Instrument der Kriegspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Beiträge zur deutschen Agrargeschichte von 1917 bis 1945, WZ Rostock 1968, G.2/3
- Hesselbarth, Hellmut, Revolutionäre Sozialdemokraten, Opportunisten und die Bauern am Vorabend des Imperialismus, Berlin 1968
- Hildebrandt, Horst, Die Rolle der sogenannten "wirtschaftsfriedlichen" Landarbeiterbewegung in Ostelbien während der Weimarer Republik, Phil.Diss., Rostock 1969 (MS)

- Hoefl, Klaus-Dieter, Die Agrarpolitik des deutschen Faschismus als Mittel zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, in: ZfG, 1959, H. 6
- Hönig, Alois, Ernst Putz - ein kommunistischer Bauernführer. Phil. Diss. Rostock 1969 (MS)
- Ders., Der Bauer vom Sinntalhof - Ernst Putz, in: BZG, 1967, H. 4
- Hube, Rolf, Auswirkungen des sich in Deutschland entwickelnden Kapitalismus auf den mecklenburgischen Großgrundbesitz zwischen 1918 und 1945, dargestellt an Beispielen aus den Kreisen Güstrow und Malchin, Phil. Diss. Rostock 1970 (MS)
- Ittershagen, I./Karl, H./Wimmer, W., Zur Entwicklung der Strategie und Taktik der KPD von der Novemberrevolution bis zur Brüsseler Konferenz, in: BZG, 1953, H. H. 1 u. 2
- Der Imperialismus der BRD, Berlin 1971
- Jakobs, Ferdinand, Deutsche Bauernführer (Schriften zur ländlichen Bildung, Bd. 2), Düsseldorf 1958
- Ders., Von Schorlemer zur Grünen Front (Schriften zur ländlichen Bildung, Bd. 1) Düsseldorf 1957
- Karl, H./Ruge, W., Forschungen zur Geschichte der Weimarer Republik, in: ZfG, Sonderband 1970
- Kiesler, Bruno, Bodenreform - Grundlage der sozialistischen Entwicklung auf dem Lande, in: Einheit, 1975, H. 7
- Klassenkampf - Tradition - Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (Grundriß); Berlin 1974
- Klein, Fritz, Deutschland von 1897/98 bis 1917 (Lehrbuch der deutschen Geschichte - Beiträge), Berlin 1961
- Ders., Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie (1929-1932), in: ZfG, 1953, H. 6
- Kleinig, W./Pirsch, H., Der Neokonservatismus in der BRD, in: IPW-Berichte, Berlin 1975, H. 6

- Klemm, Volker, Ursachen und Verlauf der Krise der deutschen Landwirtschaft von 1927/28 bis 1933. Ein Beitrag zur Agrarkrisentheorie. Habil.-Schr. Berlin 1965 (MS)
- Ders., Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion während der Agrarkrise von 1927/28 bis 1932/33 in Deutschland, in: Beiträge zur deutschen Agrargeschichte von 1917 bis 1945, WZ Rostock 1968, G.2/3
- Kotow, G.G., Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland, Berlin 1959
- Kretschmar, Hans, Deutsche Agrarprogramme der Nachkriegszeit, Berlin 1933
- Kuhrig, Heinz, Demokratische Bodenreform legte den Grundstein für stetig steigende Agrarproduktion, in: Neues Deutschland v. 21.8.1975
- Kuczynski, Jürgen, Die Barbarei - extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland, in: ZfG, 1961, H. 7
- Ders., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bde. 3 - 6, Berlin 1962 - 1964
- Ders., Monopolisten und Junker - Todfeinde des deutschen Volkes, Berlin o.J.
- Ders., Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd. I, Berlin 1948
- Lechler, Walter, Der Kampf des deutschen Bauern um die Zukunft der deutschen Heimat, in: Brandenburgischer Landbundkalender für das Jahr 1928
- Lewerenz, Elfriede, Die Analyse von Wesen und Funktion des Faschismus in Vorbereitung und Durchführung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (1933-1935), phil. Diss., Berlin 1971 (MS)
- Dies., Zur Bestimmung des Wesens und der Funktion des Faschismus durch die Kommunistische Internationale, in: Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Sammelband, Berlin 1974
- Liening, Elfriede, Das Bauernhilfsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands und die Anfänge einer Bauernbewegung unter Führung der Arbeiterklasse gegen den drohenden Faschismus in Deutschland. Wirtschaftswiss. Diss. Berlin-Karlshorst 1965 (MS)

- Lorenz, E., Die Verschärfung der Agrarkrise, in: Internationale Pressekorrespondenz, Berlin, 12.Jg. 1932, Nr. 47
- Lozek, G., Die bürgerliche Geschichtsschreibung im Zeichen imperialistischer Politik, in: Einheit, 1975, H. 12
- Ders., Genesis, Wandlung und Wirksamkeit der imperialistischen Totalitarismus-Doktrin, in: ZfG, 1966, H. 4
- Ders., Neueste Tendenzen in der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung und -ideologie (Eine informatorische Analyse), in: Einheit, 1970, H. 10
- Luetgebrune, W., Neu-Preußens Bauernkrieg. Entstehung und Kampf der Landvolkbewegung, Hamburg, Berlin, Leipzig 1931
- Mammach, Klaus, Bemerkungen über die Wende in der KPD zum Kampf gegen den Faschismus, in: BZG, 1963, H. 4
- Ders., Der Kampf um die Einbeziehung der Bauern in die anti-imperialistische, antimilitaristische Kampffront. Zum Europäischen Bauernkongreß im März 1930 in Berlin, in: BZG, 1960, H. 2
- Ders., Der Übergang des deutschen Finanzkapitals zur Vorbereitung seiner offenen terroristischen Diktatur. Ursachen und Anlaß des Sturzes der sozialdemokratisch geführten Regierung der Großen Koalition im März 1930, Phil. Diss. Berlin 1963 (MS)
- Ders., Der Sturz der großen Koalition im März 1930, in: ZfG, 1968, H. 5
- Meißner, Otto, Staatssekretär unter Ebert - Hindenburg - Hitler, 3. Aufl. Hamburg 1950
- Meißner, Otto/Wilde, Harry, Die Machtergreifung, Stuttgart 1958
- Melzer, Rolf, Studien zur Agrarpolitik der faschistischen deutschen Imperialisten in Deutschland im System der Kriegsplanung 1933 bis 1941. Phil. Diss. Rostock 1966 (MS)
- Methfessel, Werner, Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch, Bd. I, Leipzig 1968
- Miller, Reinhold, Die Lage und der Kampf der mecklenburgischen Landarbeiter und werktätigen Bauern unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen

- die Junkerherrschaft in den Jahren 1929 bis 1933. Hrgg. von der SED, Bezirksleitung Rostock, o.O.o.J.
- Müller, W./Stockfisch, J., Die "Veltenbriefe". Eine neue Quelle über die Rolle des Monopolkapitals bei der Zerstörung der Weimarer Republik, in: ZfG, 1969, H. 12
- Neumann, Sigmund, Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932
- Oldenburg-Januschau, Elard von, Erinnerungen, Leipzig 1936
- Pacyna, Günther, Agrarfabriken oder Bauernhöfe? Das Landvolk im Zeitalter der industriellen Gesellschaft, Hamburg 1958
- Peters, Wilhelm, Die landwirtschaftliche Berufsvertretung, Berlin 1932
- Petruschow, A., Agrarverhältnisse in Deutschland und die Agrarreform, Berlin 1948
- Petzold, Joachim, Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen, in: ZfG, 1956, H. 6
- Ders., Die Dolchstoßlegende, Berlin 1963
- Ders., Zur Funktion des Nationalismus. Moeller von den Brucks Beitrag zur faschistischen Ideologie, in: ZfG, 1973, H. 11
- Polzin, Martin, Der Kampf des mecklenburgischen Landproletariats gegen Junkertum und Militarismus während des Kapp-Putsches 1920. Ein Beitrag zur Geschichte der Landarbeiterbewegung. Phil. Habil.-Schr. Rostock 1962 (MS)
- Ders., Junkerherrschaft - Militarismus - Landarbeiterfrage, in: WZ Rostock, 1962, G. 3
- Ders., Kapp-Putsch in Mecklenburg. Junkertum und Landproletariat in der revolutionären Nachkriegskrise nach dem 1. Weltkrieg, Rostock 1966
- Ders., Zur ökonomischen und politischen Rolle der mecklenburgischen Großgrundbesitzer in der Periode von 1918 bis 1945, in: 20 Jahre demokratische Bodenreform in Mecklenburg, Rostock 1965
- Fuchert, Berthold, Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen 1925-1934, Berlin 1963
- Reichardt, Fritz, Andreas Hermes. Neuwied a. Rhein 1953

- Ritter, Kurt, Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im Kapitalismus, Erster Halbband, Berlin 1955
- Rohr-Demmin, Hans Joachim von, Eigene Betriebskontrolle, Stettin o.J. (1932)
- Ders., Entproletarisierung. Sonderdruck aus der Wochenschrift "Der Ring", 1928, H. 36
- Ders., Staatsdienst, in: Großgrundbesitz im Umbruch der Zeit, 3. verb. Aufl., Berlin 1935
- Rohr, Hans Olaf von, Aus der Geschichte derer von Rohr, Görnitz 1932
- Ders., Qui transtulit. Eine Stammreihe der von Rohr, Hannover 1963
- Ruge, Wolfgang, Deutschland von 1917-1933 (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beiträge), Berlin 1967
- Ders., Deutschnationale Volkspartei, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch, Bd. I, Leipzig 1968
- Ders., Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" und die Brüning-Regierung, in: ZfG, 1968, H. 1
- Ders., Erich Eycks "Geschichte der Weimarer Republik", in: ZfG, 1959, H. 4
- Ders., Heinrich Brünings postume Selbstentlarvung, in: ZfG, 1971, H. 10
- Ders., Hindenburg. Porträt eines Militaristen. 2., durchges. Aufl., Berlin 1975
- Ders., Weimar - Republik auf Zeit, Berlin 1969
- Ders., Zur chauvinistischen Propaganda gegen den Versailler Vertrag 1919 bis 1929, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 1, Berlin 1967
- Ders., Zur Taktik der deutschen Monopolbourgeoisie im Frühjahr und Sommer 1919, in: ZfG, 1963, H. 6
- Schlange-Schöningen, Hans, Acker und Arbeit, Oldenburg 1932
- Ders., Am Tage danach, Hamburg 1946
- Ders., Landwirtschaft von heute. Unternehmergeist und zeitgemäßer Betrieb, 3. neubearb. Auflage, Berlin 1931
- Ders., Rationalwirtschaft und Nationalwirtschaft. Betrachtungen eines praktischen Landwirtes, Berlin o.J. (1927)
- Schiele, Martin, Wie kann die Landwirtschaft wieder rentabel werden? Berlin 1929

- Schimmelreiter, Jürgen, Unter der schwarzen Bauernfahne. Die Landvolkbewegung im Kampf für Deutschlands Befreiung, München 1929
- Schmahl-Seipel, Der hessische Bauer im Kampf um Acker und Hof. Unveränderte Volksausgabe von Schmahl-Seipel, Entwicklung der völkischen Bewegung, Gießen (1933)
- Schreiber, W., Bürgerliche Staats- und Demokratiekonzeptionen von CDU/CSU und rechter Sozialdemokratie, in: IPW-Berichte, Berlin, 1975, H. 7
- Schreiner, A., Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932), in: ZfG, 1956, H. 2
- Schütze, Kurt, Reichswehr wider die Nation, Berlin 1963
- Seemann, Josef, Deutscher Landbund, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch, Bd. I, Leipzig 1968
- Ders., Grüne Front 1929-1933, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch, Bd. II, Leipzig 1970
- Seifert, O., Zur Wiederbelebung autoritärer Herrschaftskonzeptionen in der BRD, in: IPW-Berichte, 1974, H. 10
- Silverberg, Paul, Reden und Schriften. Eingeleitet von Franz Mariaux, Köln 1951
- Sobolew, A.I., Fragen der Strategie und Taktik des Klassenkampfes in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin, 1975, H. 7
- Sonnemann, R./Sauerzapf, R., Monopole und Staat in Deutschland 1917-1933, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin 1966
- Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, Freyburg i.B. 1960
- Stampfer, F., Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, 3. Aufl., Hamburg 1953
- Steinberger, Nathan, Die Agrarpolitik des Nationalsozialismus, Moskau - Leningrad 1935
- Steinberger, N./Graffunder, S./Herholz, K., Edwin Hoernle - Ein Leben für die Bauernbefreiung, Berlin 1965

- Stoltenberg, Gerhard, politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1962
- Strasen, G.A., Zur ökonomischen und politischen Rolle des Großgrundbesitzes in Mecklenburg-Strelitz während der Weimarer Republik, Phil. Diss. Rostock 1970 (MS)
- Ders., Zur Zusammenarbeit von Großgrundbesitz und Staatsapparat in den Jahren der Weimarer Republik, insbesondere in Mecklenburg-Strelitz, in: Beiträge zur deutschen Agrargeschichte von 1917 bis 1945, WZ Rostock, 1968, G. 2/3
- Tausend Jahre Kampf der deutschen Bauern um ihre Freiheit. Der Weg der deutschen Bauern von der Markgenossenschaft zur landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft. Hrsg. Institut für Agrarökonomik der HUB, Berlin 1961
- Thieme, Christa, Deutsche Industriellenvereinigung, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch, Bd. I, Leipzig 1968
- Thyssen, Thyge, Dauer und Standesvertretung. Werden und Wirken des Bauerntums in Schleswig-Holstein seit der Agrarreform, Neumünster 1958
- Topf, Erwin, Die Grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker, Berlin 1933
- Voß, Eberhard, Revolutionäre Ereignisse und Probleme des Klassenkampfes zwischen Landarbeitern und Gutsbesitzern in den Jahren 1921 bis 1923 in Deutschland. Phil. Diss. Rostock 1964 (MS)
- Weber, Wilhelm, Chronik der deutschen Agrarpolitik 1914-1932, in: Deutsche Agrarpolitik, Berlin 1932
- Ders., Reichsregierung und Agrarpolitik in der Republik von Weimar 1920-1932, in: Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge, Bd. IX, 1967, H. 1
- Weißbecker, Manfred, Erste Bemerkungen zur Funktion politischer Parteien im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Sammelband 1-13/14, Arnstadt o.J.

- Ders., Wesen und Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus, in: IPW-Berichte, Berlin, 1975, H. 8
- Weissenberger Otto, Der Existenzkampf der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1930
- Werner, E., Zur antidemokratischen "inneren Sicherheit" in der BRD, in: IPW-Berichte, 1975, H. 7
- Westarp, Graf, Am Grabe der Parteiherrschaft. Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918 bis 1932, Berlin (1932)
- Wheeler-Bennett, J.W., Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918-1945, Düsseldorf 1954
- Widersprüche und Tendenzen im Herrschaftssystem der BRD (Politik aktuell), Berlin 1973
- Wilmowsky, Tilo Frh. von, Rückblickend möchte ich sagen ... Oldenburg/Hamburg 1961
- Wimmer, Walter, Die Partei der Arbeiterklasse als Vorkämpfer nationaler und sozialer Befreiung (Fragen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik), in: ZfG, 1966, H. 8
- Witt, Horst, Die faschistische Bodenpolitik als Mittel zur Sicherung der ökonomischen Basis des Faschismus auf dem Lande und der Kriegsvorbereitung, erläutert an Beispielen aus Mecklenburg (1933 bis 1939), in: WZ Rostock, 1961 G. 2
- Woitinas, E., Du standest stets, wo das Leben ist. Heinrich Rau, in: BZG, 1969, H. 6
- Wolkowitz, Max, Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch, Bd. I, Leipzig 1968
- Zboralski, Dietrich, Zur Stellung der Reichswehrgeneralität in den letzten Jahren der Weimarer Republik, in: ZfG, 1955, H. 6

Ich erkläre an Eides Statt,
daß ich die Dissertation selbständig und nur unter Ver-
wendung der im vorstehenden Verzeichnis angegebenen Quel-
len und Literatur verfaßt habe.

Meißen, im Dezember 1976

Kurt Ullmann

L e b e n s l a u f

Am 13.1.1926 wurde ich in Oppendorf (Kr. Johannisburg/Ostpr.) geboren. Nach Absolvierung der Volksschule besuchte ich die Lehrerbildungsanstalt in Mehlsack. Ich wurde jedoch vor Abschluß der Ausbildung im August 1944 zur faschistischen Wehrmacht eingezogen, geriet als Grenadier in sowjetische Gefangenschaft und wurde im September 1945 als Kriegsinvalide entlassen.

Seit dem 1. Dezember 1945 war ich zunächst in Einrichtungen der Volksbildung tätig: von 1945 - 1948 als Neulehrer an den Grundschulen in Cavertitz/Kr. Oschatz und Weistropp/Kr. Meißen; die nächsten zwei Jahre als Schulleiter an der 5. Grundschule Meißen; von 1951 - 1953 als Kreisreferent für Lehrerbildung beim Rat des Kreises Meißen, Abteilung Volksbildung; in den folgenden neun Jahren als Lehrer für Geschichte und Marxismus-Leninismus am Institut für Lehrerbildung Dresden-Radebeul.

Am 1. September 1962 begann ich als Oberassistent mit Lehrauftrag im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium an der Hochschule für LPG in Meißen zu arbeiten; zunächst in den Disziplinen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und Philosophie, dann Wissenschaftlicher Kommunismus/Geschichte.

Meine Tätigkeit als Lehrer war stets mit der eigenen Weiterbildung verbunden. In den Jahren 1948 - 1950 legte ich die erste und die zweite Lehrerprüfung ab. Nach zweijähriger Teilnahme an einem Fernstudium für Mittelstufenlehrer wurde mir durch Attestation die Qualifikation als Fachlehrer für Geschichte der Mittelstufe zuerkannt. Ein 5-jähriges Fernstudium an der Pädagogischen Hochschule Potsdam schloß ich 1961 mit dem Staatsexamen für Geschichtslehrer der Oberstufe ab. Während meiner Tätigkeit an der Hochschule für LPG absolvierte ich in den Jahren 1965/66 und 1975/76 Weiterbildungslehrgänge für Lehrkräfte des Marxismus-Leninismus am Franz-Mehring-Institut. Zur Zeit leite ich an der Hochschule für LPG die Forschungsgruppe Philosophie/Wissenschaftlicher Kommunismus und beteilige mich an regionalgeschichtlichen Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Rahmen der Geschichtskommission bei der Bezirksleitung Dresden der SED.

Meißen, im Januar 1977

Kurt Klemm

Kurt Neumann

Thesen
zur Dissertation

"Die Rolle des Reichslandbundes bei der Vorbereitung und
Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland
(1928 - 1933)"

"Nächst dem reaktionärsten Teil der Groß-
bourgeoisie waren die Junker die wichtig-
ste Stütze des Faschismus und seiner ver-
brecherischen Aggressionspolitik."
(E. Bonecker)

1. Die Errichtung der faschistischen Diktatur im Jahre 1933 war für die reaktionärsten Kräfte des deutschen Finanzkapitals nicht nur der Ausweg aus der Krise, die ihre Macht zutiefst erschüttert hatte, sondern schien ihnen auch die beste Voraussetzung dafür zu sein, ihre weitreichenden revanchistischen Ziele zu realisieren. Die Frage, warum die bürgerlich-parlamentarische Weimarer Republik unterging, von welchen Kräften und mit welchen Methoden sie zerstört und durch die faschistische Diktatur ersetzt wurde, ist nicht nur von historischem Interesse, sondern auch von aktueller politischer Bedeutung, ein Anliegen der Klassenauseinandersetzung unserer Zeit. Ihre Beantwortung trägt dazu bei, die politische Strategie und Taktik der herrschenden Ausbeuterklasse zu erforschen, im besonderen sichtbar zu machen, welcher Mittel und Methoden sie sich bedient, um aus tiefen Krisen ihrer Klassenherrschaft herauszukommen und den historisch unvermeidlichen Untergang der kapitalistischen Ordnung hinauszuschieben. Das ist um so dringlicher, als sich in der Gegenwart auf dem Boden der politischen Instabilität des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems die dem Imperialismus innewohnende Tendenz der Wendung von der Demokratie zur Reaktion verstärkt und - namentlich in der BRD - rechtsradikale, pro-faschistische Aktivitäten und der Drang zur Handhabung autoritärer Herrschaftsmethoden zunehmen.

2. Die tiefste ökonomische und politische Wurzel des Faschismus ist das Monopolkapital und sein Streben nach Reaktion auf der ganzen Linie. Aus der Besonderheit des deutschen Imperialismus ergab sich - neben dem Monopolkapital - noch eine spezifische Wurzel des Faschismus: das mit der Schwerindustrie liierte Junkertum. Anliegen der vorliegenden Dissertation ist es nachzuweisen, daß der Reichslandbund (RLB) als wichtigster politischer Interessenverband der Junker und Großgrundbesitzer bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland eine außerordentlich aktive Rolle spielte; dabei kommt zum Ausdruck, daß der reaktionäre politische Einfluß der ultraparasitären Junker ihre ökonomische Stellung bei weitem übertraf. Alle Bemühungen bürgerlich-konservativer Historiker der BRD, den Anteil der Junker am Faschisierungsprozeß und somit deren Mitschuld an der Planung und Realisierung der volks- und fortschrittsfeindlichen Politik des deutschen Monopolkapitals zu leugnen, zu bagatellisieren oder auf einige "Außenseiter" zu reduzieren, werden durch die Erschließung historischer Quellen und die Aufhellung der Tatsachen ad absurdum geführt, erweisen sich als bloße, zweckbestimmte Apologetik im Dienste des Neofaschismus und des Revanchismus.

3. In den Jahren der Weltwirtschaftskrise war die Strategie und Taktik des RLB, seine gesamte politische, ideologische und agrarpolitische Aktivität auf die Er kämpfung seines reaktionären "Endzieles" eingestellt. Es war das erklärte Ziel des RLB, dessen Führer schon frühzeitig Interesse für den Faschismus bekundeten (Studienreise ostelbischer Landbundführer in das faschistische Italien 1928) und sich auf eine Zusammenarbeit mit der Nazi-Partei einstellten (Baum-Erick-Regierung in Thüringen 1930/31), die bürgerlich-parlamentarische Republik durch eine autoritäre Gewaltherrschaft abzulösen, die ihrem Wesen nach eine faschistische Diktatur sein sollte. Nachdem der "innere Feind" vernichtet wäre, sollte auch das reaktionäre außenpolitische Pro-

gramm des RLB verwirklicht werden: die ungehemmte Wiederaufrüstung und die Schaffung eines Großdeutschen Reiches durch die "Neuordnung Europas."

4. Seiner politischen Strategie und Taktik folgend, unterstützte der RLB alle bedeutenden Aktivitäten der Reaktion, die auf die Ablösung der parlamentarischen Republik durch die faschistische Diktatur hinausliefen. Dabei war er - belehrt durch geschichtliche Erfahrungen und in Übereinstimmung mit den anderen politischen Parteien und Verbänden der Reaktion - darauf bedacht, den Ablösungsprozeß auf scheinlegalem Wege voranzutreiben. Über die Frage freilich, wie, in welchem Tempo und mit welchen Methoden das Ziel erreicht werden sollte, gab es auch im Landbund taktische Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei Hauptgruppierungen, die sich unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise deutlich ausbildeten und die innere Entwicklung des RLB prägten. Zunächst dominierte - angeführt von M. Schiele - die bürgerlich-junkerliche, taktisch wendigere Gruppierung, die einer verdeckt systemfeindlichen, "realpolitischen" Linie des vorsichtigeren Faschisierungskurses folgte. Sie wollte noch unter den Bedingungen der Weimarer Republik in die Regierung wieder hinein, um den Staat von innen her zu erobern und ihn im Sinne autoritärer Herrschaftsmethoden umzugestalten. Ausdruck dieser Konzeption waren die Bildung der Grünen Front, die aktive Mitwirkung des RLB am Sturz der Regierung der Großen Koalition und der Eintritt M. Schieles in die erste Präsidialregierung Brüning. Nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 setzte sich die junkerlich-bürgerliche, taktisch orthodoxe Gruppierung durch, die unter der Präsidentschaft des Grafen v. Kalckreuth die Umorientierung des RLB auf die offen systemfeindliche, intransigent-"katastrophenpolitische" Linie des forcierten Faschisierungskurses herbeiführte. Seither unterstützte der RLB mit seinem weitreichenden Einfluß alle bedeutenden politischen Vorstöße und Aktionen jener extrem reaktionären Kräfte des Monopolkapitals und des Militarismus, die am ungeduldigsten

zur offenen Gewaltherrschaft drängten und schon seit dem Sommer 1931 die Bereitschaft zur Übernahme der Alleinverantwortung für die "Reichsführung" bekundeten. Die aktive Rolle, die der RLB beim Sturz sowohl Brünnings als auch Schleichers spielte, lag primär in diesem Streben begründet, die profaschistische Entwicklung schneller voranzutreiben und die Bahn frei zu machen für den vollkommenen Systemwechsel, für eine autoritäre Regierung der uneingeschränkten Diktatur. Brünnings "Siedlungsbolschewismus" oder ähnliche "Sünden" Schleichers waren nicht tiefste Ursachen, sondern eher willkommene bzw. manipulierte Anlässe für solche militant profaschistische Aktivitäten des RLB.

5. In der strategisch-taktischen Konzeption des RLB, die den scheinlegalen Weg zur offenen Gewaltherrschaft einschloß, nahm Paul v. Hindenburg, dessen in der Reichsverfassung verankerte diktatorische Vollmachten der Landbund seit Jahren zu stärken und auszunutzen bemüht war, einen hohen Stellenwert ein. Die Junker und Landbundführer nutzten ihre Verbindungen zu Hindenburg, mit dem sie durch soziale Herkunft, monarchistisch-militaristische Tradition und Ehrenmitgliedschaft verbunden waren, dazu aus, um ihn als Reichspräsident für die von ihnen angestrebte Osthilfe zu engagieren und sodann unter Berufung auf seine "Osterbotschaft" die Einsetzung einer "nationalen", absolut autoritären Regierung immer aufs neue zu begründen. Auf direktem Weg über Hindenburg realisierten die Junker und Landbundführer ihre Initiativen und Aktivitäten zur Installierung präfaschistischer Präsidialregierungen, in denen sie das entscheidende Instrument zur Ablösung der parlamentarischen Gesetzgebung durch die präsidiale Notverordnungs-diktatur erkannten. Sie feierten die "reine", von jeder Wahlarithmetik unabhängige Präsidialregierung, wie sie in der Bildung des profaschistischen Papen-Kabinetts ("Kabinetts der Barone") zum Ausdruck kam, als den Beginn des Systemwechsels, der - im Unterschied zur Personenfrage - konstant bleiben und in die uneingeschränkte Diktatur einmünden sollte. Schließlich

nutzten Junker und Landbundführer die Stellung Hindenburgs und ihren Einfluß auf ihn dazu aus, um Forderungen führender Kreise der Großbourgeoisie bezüglich der Machtübergabe an eine von Hitler geführte faschistische Regierung auch durch ihr persönliches Engagement größeres Gewicht zu verleihen und Bedenken gegen einen solchen Schritt auszuräumen.

6. Gemäß der Devise: "Haben wir Preußen, haben wir das Reich!" stellten die Junker und Landbundführer ihren Organisations- und Propagandaapparat während der vom deutschnational-militaristischen Stahlhelm eingeleiteten Kampagne gegen die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung im Frühjahr/Sommer 1931 in die vorderste Kampffront, um die bürgerliche Staatsmacht zuerst in Preußen und dann im Reich von den "roten Fesseln", d.h. den Attributen des Parlamentarismus, zu "befreien". Sie nutzten die ausweglose politische Konstellation der Sozialdemokratie aus, um die Preußenregierung als absolut landwirtschaftsfeindlich hinzustellen und unter der Landbevölkerung systemfeindliche Stimmungen zu schüren, die sich tatsächlich in den von den Junkern beherrschten Gebieten in überdurchschnittlichen Stimmzahlen zugunsten einer vorzeitigen Auflösung des Preußischen Landtages niederschlugen. Wenn dieses Ziel unmittelbar auch nicht erreicht wurde, so wurde die Position der Sozialdemokratie in ihrer politischen Domäne doch untergraben, die Veränderung des Kräfteverhältnisses im Landtag eingeleitet und der profaschistische Staatsstreich Papens gegen die Preußenregierung, den die Junker auch als Krönung des Landbundkampfes feiern konnten, politisch-ideologisch vorbereitet.
7. Die Junker und Landbundführer bestätigten auf ihre Weise die marxistisch-leninistische Auffassung vom Wechselverhältnis zwischen Ökonomie und Politik, indem sie einerseits die faschistische Diktatur erstrebten, um - nicht zuletzt - auch ihre ökonomischen Interessen uneingeschränkt durchsetzen zu können, und andererseits die Wirtschaftspolitik diesem politisch-strategischen Ziel unterordneten. Gemäß der

von Kalckreuth postulierten These: "Je größer die Not, je näher rückt die Entscheidungsstunde!" verfolgten die Junker die taktische Konzeption der "Katastrophenpolitik", die auf der Ausnutzung der Wirtschafts- und Agrarkrise und ihrer Verschärfung beruhte. Demzufolge konzentrierte der RLB seine agrarpolitische Aktivität darauf, die maßlosen Forderungen der Junker und Großgrundbesitzer - abgeleitet aus dramatisierenden Berufungen auf die zunehmende Verschärfung der Agrarkrise, vornehmlich in den Ostgebieten - weitgehend durchzusetzen und den staatlichen Agrarprotektionismus zu ihren Gunsten ständig zu erweitern. Zugleich nutzten die Junker und Landbundführer die Auswirkungen dieser von ihnen maßgeblich beeinflussten einseitigen staatlichen Agrarpolitik aus, um die Regierungen "halber und verspäteter Maßnahmen" unter permanentem Druck zu halten und mit dem Hinweis auf die katastrophale Lage der Landwirtschaft deren Ablösung durch eine zu allem entschlossene "nationale" Regierung zu fordern. Nach den Vorstellungen der Junker sollte die angestrebte autoritäre Regierung die Agrarkrise auch durch den "wirtschaftspolitischen Systemwechsel", d.h. durch die Umstellung von der "Interessenwirtschaft" (Exportförderung) auf die "Nationalwirtschaft" (Autarkiepolitik) radikal beenden und die ungehemmte Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges in Angriff nehmen. Das war auch ein Grund für das Abbrechen des RLB von Papen, als offensichtlich wurde, daß sich dessen durch den Interessendualismus gelähmtes Kabinett zu einem solchen Systemwechsel nicht entschließen konnte.

8. Unter Hinweis auf den "Überparteilichen" Charakter bzw. die parteipolitische "Neutralität" des RLB fühlten sich die Junker und Landbundführer besonders dazu berufen, die Widersprüche und Auseinandersetzungen im Lager der herrschenden Ausbeuterklasse zu überbrücken und alle reaktionären Kräfte in einer profaschistischen Einheitsfront zu sammeln. Die taktisch wendigere Gruppierung um K. Schiele, die sich weitgehend auf die Landvolkpartei stützte, wollte auf der "real-

politischen" Linie der konstruktiven Mitarbeit einer breiten Front von Brüning bis Hitler den Weg ebnen. Die intransigenten Junker wollten alle extrem reaktionären Kräfte auf der militant profaschistischen Linie in der kompromislosen "nationalen" Opposition um die DNVP und die NSDAP vereinen. In dieser Richtung exponierten sie sich und ihre Organisation vor allem bei solchen Gelegenheiten wie den Kampagnen gegen den Youngplan und die Preußenregierung sowie bei der Bildung der Harzburger Front. Letztere war jedoch wegen der Positionskämpfe zwischen Deutschnationalen und Nazis gespalten, bei denen es im wesentlichen um den bestimmenden Einfluß auf die angestrebte Regierung der faschistischen Diktatur ging. Der RLB indes hörte nie auf, als einigende Klammer zu wirken. Selbst jene konservativen Junker, nach deren Vorstellungen die künftige Regierung zwar von der DNVP und der NSDAP getragen, aber von Hugenberg geführt werden sollte, und die von den Nazis als politische Konkurrenten zeitweilig heftig attackiert wurden, stellten die Gesinnungsgemeinschaft zwischen Deutschnationalen und Nazis unbeirrt über alle Differenzen. Das bewiesen sie nicht nur durch aktenkundig belegte persönliche Bekenntnisse, sondern auch durch ihre praktische Politik, die dem Postulat entsprach: Ob in dieser oder jener Partei - wir Landbündler kämpfen alle für das gleiche Ziel! Demgemäß standen die Wahlvorbereitungen für die preußische Landtagswahl und die folgende Reichstagswahl 1932 im Bereich ihrer Landbünde unter der Losung: "Deutschnational oder nationalsozialistisch - etwas Drittes gibt es nicht!" In diesem Sinne rief der RLB bei den Reichspräsidentenwahlen 1932 offen zur Stimmabgabe für Hitler auf, um - selbst die schwankende DNVP überholend - seine militant profaschistische Einstellung zu bekunden. Er rückte im Herbst 1932 von Papen auch ab, als offensichtlich wurde, daß derselbe es nicht vermocht hatte, sich mit den Nazis über ihre Beteiligung an der Regierung zu verständigen. Die Junker und Landbündelführer organisierten und förderten um die Jahreswende 1932/33 die Verständigung zwischen Hugenberg und Hitler, um das Zustandekommen der faschistischen Koalitionsregierung zu beschleunigen.

9. Der RLB hatte also einen hohen Anteil an der direkten Förderung und Hochzüchtung der Nazi-Partei durch die herrschende Ausbeuterklasse. Das kam vor der Errichtung der faschistischen Diktatur am konzentriertesten in der von den Junkern indirekt und direkt begünstigten nazifaschistischen Infiltration des RLB und seiner Organisationen zum Ausdruck. Die Junker öffneten auch den Nazis die Tore ihrer Organisationen und gestatteten ihnen, auf völlig legalen Wege führende Positionen bis in die Spitze hinein zu besetzen; sie sollten nur eines nicht: den Landbund zerstören, denn die Junker wollten ihn als maßgebliche berufsständische Organisation für das dritte Reich der offenen Gewaltherrschaft erhalten. Damit kamen sie der Konzeption Darrès entgegen, den einflußreichen RLB von innen her zu erobern, um mit seiner Hilfe das Kräfteverhältnis in der profaschistischen Kampf-front auf dem Lande zu ihren Gunsten zu verändern und ihren Führungsanspruch durchzusetzen. Auf diese Weise begünstigten sie zugleich die Realisierung der strategisch-taktischen Orientierung der extremen Reaktion, die faschistische Diktatur auf scheinlegalem Wege zu errichten.
10. Die Errichtung der faschistischen Diktatur auf scheinlegalem Wege setzte das Vorhandensein einer profaschistisch manipulierten kleinbürgerlichen Massenbasis voraus. Mit Hilfe ihres ausgebauten Organisations- und Propagandaapparates, der sich über das ganze Reich erstreckte und alle Provinzen und Kreise umfaßte, trugen die Junker maßgeblich dazu bei, eine solche Massenbasis auf dem Lande zu schaffen und auszubauen, wobei sie vielfältige Formen und Methoden anwandten. Sie betrachteten es geradezu als spezifische Mission des RLB, durch die Propagierung und praktische Anwendung der Landvolk- und Berufsstandsideologie die gesamte Landbevölkerung unter seiner Ägide zu sammeln und sie ideologisch und organisatorisch auf den "Endkampf" vorzubereiten. Um die Bauern fest an die Großgrundbesitzer und ihren RLB zu binden und sie gegen revolutionäre Einflüsse der städtischen Arbeiterschaft zu immunisieren, manipulierten

sie deren Eigentümerbewußtsein in antikommunistischer Richtung. Sie kultivierten konservativ-elitäre, antidemokratisch-profascistische Bewußtseins-elemente und suggerierten die Vorstellung, daß von den Bauern, "Wurzel und Stamm aller Deutschen", und vom deutschen Osten der Systemwechsel und der "Wiederaufstieg" Deutschland ausgehen müsse, und bereiteten auf diese Weise der nationalen und sozialen Demagogie der Nazipartei auf dem Lande den Boden. In den ostelbischen Gebieten wurden nach pommerschem Vorbild unter dem Dach der Landbundorganisation auch die Ländarbeiter in die berufsständische landwirtschaftliche "Einheitsfront" eingegliedert, in das Führer-Gefolgschaftsverhältnis der "Werksgemeinschaft" - eine Organisationsform, die nach dem Urteil prominenter konservativ-junkerlicher Landbundführer die "Entproletarisierung" der Ländarbeiter herbeiführen sollte und eine "Pionierleistung" für den späteren faschistischen Reichsnährstand bedeutete.

11. Die taktischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Führungsgruppen im RLB drehten sich auch um die Frage der Erhaltung und Aktivierung der kleinbürgerlichen Massenbasis auf dem Lande. Die Verfechter des taktisch vorsichtigeren Faschisierungskurses wollten deren bäuerliche Kernsubstanz über die Krise hinweg bis zum "Endkampf" weitgehend erhalten und ihrer Proletarisierung und politischen Radikalisierung an der Seite der Arbeiterklasse durch Anwendung ihrer "realpolitischen" Linie entgegenwirken. Ausdruck dieser Bemühungen waren im besonderen die Gründung der Landvolkpartei als eines politischen Ablegers des RLB, wodurch bäuerliche Emanzipationsbestrebungen paralyisiert und die Bauernschaft ausschließlich gegen links zusammengefaßt werden sollte, sowie die Erweiterung der reaktionären wirtschaftspolitischen Organisation des RLB zur "Reichsbauernfront" durch die Bildung der Grünen Front, die über die Durchsetzung agrarpolitischer Forderungen hinaus auch eingesetzt wurde, um den Übergang von parlamentarisch-demokratischen zu präsidential-autoritären Herrschaftsformen zu for-

cieren. Die intransigenten Junker und Landbundführer indes waren darauf bedacht, die kleinbürgerliche Massenbasis der Reaktion auf dem Lande auf der Linie der "Katastrophenpolitik" chauvinistisch-profascistisch anzupeitschen. Sie, die die staatliche Agrarpolitik selbst maßgeblich auf die primäre Befriedigung ihrer egoistischen Interessen - zum Nachteil der bäuerlichen Massen - orientierten, schürten unter Hinweis auf die wachsende Notlage die bäuerliche Verzweiflungstimmung, hetzten gegen das bestehende System, das durch schwerfälligen Parlamentarismus und unfähige Regierungen gekennzeichnet sei. Sie organisierten und manipulierten Landvolk- und bäuerliche Selbsthilfebewegungen, um sie für reaktionäre politische Zwecke zu mißbrauchen, d.h. ihre eigennützigen agrarpolitischen Forderungen durch verstärkten Massendruck schneller durchzusetzen und zugleich die politische Entwicklung nach rechts zu treiben. Auf dem Tiefpunkt der Krise forcierten sie die antikommunistische und Antisowjethetze sowie den reaktionären Terror auf dem Lande, um der Ausstrahlung des Bauernhilfsprogramms der KPD entgegenzuwirken, den notleidenden Bauern die Diktatur des Proletariats als Schreckgespenst zu suggerieren und sie für die profascistische Scheinalternative empfänglich zu machen. Die Landbünde stellten dem Ringen der KPD um das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern gegen die Ausbeuter die demagogische These von der "Einheit des Dorfes" entgegen und organisierten die Harzburger Front auf dem Lande in Form der "Dorf- und Schicksalsgemeinschaften", deren erklärtes Ziel es war, die Massenbasis und Stimmungskulisse für jene Situation zu schaffen, die der Landbund als "Endkampf" um den Systemwechsel betrachtete. Unter diesem Aspekt organisierten seine Führer schließlich - in Zusammenarbeit mit der Naziartei - den "Entrüstungssturm" unter den Bauern, der zum beschleunigten Sturz Schleichers beitrug.

12. Der RLB krönte seine profascistische Einstellung und politische Aktivität damit, daß er dem faschistischen Regime dazu verhalf, seine Herrschaft auf dem Lande verhältnis-

mäßig rasch und reibungslos durchzusetzen und zu konsolidieren. Die Landbundführung stellte dies unter Beweis, als sie sich vorbehaltlos zur Regierung der faschistischen Diktatur bekannte, die Taktik ihres wirtschaftspolitischen Kampfes von der intransigenten Opposition auf das autoritär-faschistische Führer-Gefolgschaftsprinzip umstellte und die unzufriedenen bäuerlichen Mitglieder von der kritischen auf eine loyale Haltung gegenüber der Regierung umorientierte, indem sie die faschistische Bauerndemagogie propagierte und verkündete, daß nunmehr, nachdem die "Wende" erkämpft sei, die Rettung des deutschen Bauern durch die Hitlerregierung begonnen habe. Sie vollendete diese verhängnisvolle, antinationale Politik, indem sie die Organisation des RLB völlig in den Dienst der faschistischen Gleichschaltungspolitik stellte, unter der Parole der "Einigung" des landwirtschaftlichen Berufsstandes die Unterordnung des gesamten landwirtschaftlichen Organisationswesens unter den Führungsanspruch der Nazipartei förderte sowie die vollständige organisatorische Erfassung der gesamten Landbevölkerung im RLB betrieb und - auf diesem Wege - ihre geschlossene Überführung in die Zwangsorganisation des faschistischen Reichsnährstandes aktiv unterstützte.

Was dann folgte, war nicht die Befreiung des deutschen Bauern, sondern - wie R.W. Darré unmißverständlich verkündete - seine Einordnung als Soldat in die Front der "Erzeugungsschlacht" zur Vorbereitung des verbrecherischen Raub- und Eroberungskrieges, der auch Hunderttausende Bauern und deren Söhne das Leben kostete.

13. Der welthistorische Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus eröffnete auch dem deutschen Volk die historische Chance, eine grundlegende Wende in seiner Geschichte herbeizuführen und den Weg zu einem neuen, demokratischen Leben zu beschreiten. Auf dem Territorium der DDR wurde diese Chance genutzt und unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in einem einheitlichen revolutionären Prozeß, in erbitterter Auseinan-

dersetzung mit der imperialistischen Reaktion und ihren Helfershelfern die antifaschistisch-demokratische Umwälzung verwirklicht und die sozialistische Revolution zum Siege geführt. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Umwälzung war die demokratische Bodenreform, durch deren konsequente Verwirklichung die Macht der Junker und Großgrundbesitzer, eine Wurzel des Militarismus und Faschismus sowie deren verbrecherischer Aggressionspolitik, für immer gebrochen wurde. Damit war zugleich die Grundlage geschaffen für eine echte demokratische Entwicklung auch auf dem Dorfe, für ein stabiles Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft und für die Entwicklung einer hochproduktiven Landwirtschaft.

14. In der BRD indes sind die Quellen, aus denen Faschismus und Aggressionspolitik entspringen, nach wie vor vorhanden. In den Auseinandersetzungen um die Stabilisierung und Effektivierung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems dominiert dort zur Zeit noch jene Gruppierung, die vornehmlich von rechtssozialdemokratischen Kräften getragen wird und dieses System durch staatsmonopolistische Reformen zu festigen sucht. Aber die von der CDU/CSU repräsentierten Rechtskräfte, die der Sicherung der Macht des Monopolkapitals durch konservativ-autoritäre Herrschaftsformen den Vorzug geben, drängen wieder nach vorn. F.J. Strauß als einer der profiliertesten Exponenten der Ultrarechten gab bereits deutlich genug zu verstehen, daß im Gefolge weiterer Inflationierung und zunehmender Arbeitslosigkeit die Chancen für die Konservativen stiegen, mit ihren politischen "Warnungen" und "Vorstellungen" schließlich gehört zu werden. Das heißt, daß die von den konservativ-profascistischen Kräften schon in den Jahren der Weltwirtschaftskrise erprobte Konzeption der "Katastrophenpolitik" aus dem taktischen Arsenal der herrschenden Ausbeuterklasse wieder hervorgeholt wird und dazu genutzt werden soll, die sozialdemokratisch geführte Regierung als "abgewirtschaftet" darzustellen und dem Ruf nach dem "starken Staat" und nach einem "starken Mann" genügend Gehör zu verschaffen. Mit Hilfe der

Notstandsgesetzgebung - der offenen Diktatur auf Abruf -, an deren Zustandekommen die rechtssozialdemokratischen Führer mitgewirkt haben, ist die Möglichkeit gegeben, den Übergang von der parlamentarisch verbrämten zur offenen Gewaltherrschaft erneut auf "legalem" Wege zu vollziehen.

15. Indes beweist die Entwicklung, daß der Kapitalismus eine Gesellschaft ohne Zukunft ist, auch im Hinblick auf seine Herrschaftsform. Die faschistischen und militär-terroristischen Regimes vermochten der strategischen Aufgabe, die die Monopolbourgeoisie ihnen zugewiesen hatte, stets nur zeitweilig gerecht zu werden; letztendlich förderten und beschleunigten sie die Untergrabung der Ordnung selbst, zu deren Aufrechterhaltung sie an die Macht berufen wurden. Dennoch bleiben rechtsradikalistisch-profascistische Tendenzen in den Ländern des Kapitals eine ernstzunehmende Gefahr, und es ist ein Grundgebot aller revolutionären Kräfte, unvermindert politisch wachsam zu sein und den Kampf gegen alle profascistischen Kräfte und Tendenzen konsequent zu führen.

Lebenslauf

Am 13.1.1926 wurde ich in Oppendorf (Kr. Johannisburg/Ostpr.) geboren. Nach Absolvierung der Volksschule besuchte ich die Lehrerbildungsanstalt in Mehlsack. Ich wurde jedoch vor Abschluß der Ausbildung im August 1944 zur faschistischen Wehrmacht eingezogen, geriet als Grenadier in sowjetische Gefangenschaft und wurde im September 1945 als Kriegsinvalide

Seit Dezember 1945 war ich zunächst in Einrichtungen der DDR tätig: von 1945 - 1948 als Neulehrer an den Grundschulen in Cavertitz/Kr. Oschatz und Weistropp/Kr. Meißen; danach zwei Jahre als Schulleiter an der 5. Grundschule in Meißen; von 1951 - 1953 als Kreisreferent für Lehrerbildung im Rat des Kreises Meißen, Abteilung Volksbildung; in den folgenden neun Jahren als Lehrer für Geschichte und Marxismus-Leninismus am Institut für Lehrerbildung Dresden.

Am 1. September 1953 kann ich als Oberassistent mit Lehrauftrag im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium an der Hochschule für Pädagogik in Meißen zu arbeiten; zunächst in den Disziplinen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und Philosophie, dann in der Disziplin Wissenschaftlicher Kommunismus/Geschichte.

Meine Tätigkeit als Lehrer ist stets mit der eigenen Weiterbildung verbunden. In den Jahren 1948 - 1950 legte ich die erste und die zweite Staatsprüfung ab. Nach zweijähriger Teilnahme an einem Fernstudium wurde mir durch Attestation die Beförderung als Fachlehrer für Geschichte der Mittelstufe ermöglicht. Ein 5-jähriges Fernstudium an der Pädagogischen Hochschule Potsdam schloß ich 1961 mit dem Staatsexamen für die Beförderung zum Oberlehrer der Oberstufe ab. Während meiner Tätigkeit an der Hochschule für LPG absolvierte ich in den Jahren 1962/63 und 1975/76 Weiterbildungslehrgänge für Lehrkräfte in der Disziplin Marxismus-Leninismus am Franz-Mehring-Institut. Zur Vertiefung meiner Kenntnisse an der Hochschule für LPG die Forschungsgemeinschaft Philosophie/Wissenschaftlicher Kommunismus und betriebl. Philosophie an regionalgeschichtlichen Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Rahmen der Geschichtskommission der Bezirksleitung Dresden der SED.

Meißen, im Januar 1977

Kurt Klemm